ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Weg und Ziel

Marxistische Zeitschrift

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

Ästhetik

Nr. 2 • 1993 | 51. Jahrgang | Einzelpreis 40 Schilling

Einladung
zu einem Wochenendseminar über den Umgang der KPÖ mit dem kommunistischen Widerstand

Präsentation der Ergebnisse des Forschungsprojekts *Die Rolle des antifaschistischen Widerstands in der Politik der KPÖ nach 1945 vor dem Hintergrund der „Vergangenheitsbewältigung" in Österreich*
und Diskussion zwischen Historikern und Zeitzeugen

Schulungsheim „Johann Koplenig",
Mauerbach
26./27. Juni 1993

Vorläufiges Programm:

Samstagnachmittag
Einleitende Referate: 1. zur Rolle des antifaschistischen Widerstands in der österreichischen Nachkriegsgesellschaft und 2. zum Umgang der KPÖ mit ihrem antifaschistischen Widerstand (Überblick 1945-1992). Diskussion.

Samstagabend
Künstlerische und literarische Zugänge: Der antifaschistische Widerstand als Thema von Romanen, Erzählungen und szenischen Collagen sowie von Liedern.

Sonntagvormittag
Einleitende Beiträge und Diskussion zu Einzelfragen der Darstellung des Widerstandskampfs von Kommunistinnen und Kommunisten sowohl in der Öffentlichkeitsarbeit der KPÖ als auch im innerparteilichen Selbstverständnis (Schulungstätigkeit, Benennung von Parteilokalen nach Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfern, Aufnahme der „Helden des ZK" in das Mitgliedsbuch u. ä.).

Diskussion über die geplante Veröffentlichung: Reichen die bisherigen Forschungsergebnisse aus? „Stimmen" die Schwerpunktsetzungen?

Anmeldungen bitte *schriftlich* an das Bildungsreferat der KPÖ, z. H. Andrea Dampier, 1020 Wien, Schönngasse 15-17. Wer sich bis 4. Juni anmeldet, erhält die Tagungsunterlagen zugesandt.

Da sich das Projekt *Die Rolle des antifaschistischen Widerstands in der Politik der KPÖ nach 1945* in erster Linie auf schriftliche Quellen (Bücher, Broschüren, Artikel in »Volksstimme« und »Weg und Ziel« sowie Archivdokumente) stützt, ist es unerläßlich, die bisherigen Forschungsergebnisse mit dem zu konfrontieren, was Kommunistinnen und Kommunisten selbst erlebt haben, und zwar insbesondere in der ersten Nachkriegszeit, in der es eine intensive (allerdings später völlig in Vergessenheit geratene) Beschäftigung mit den Schrecken der faschistischen Herrschaft gab. Thematisiert werden soll aber auch der Stellenwert, der antifaschistischen Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfern in der Kommunistischen Partei in den letzten Jahrzehnten beigemessen wurde. Das Seminar dient in erster Linie dem Zweck dieser Korrektur der Forschungen in Archiven und Bibliotheken durch das persönliche Erleben der „Zeitzeugen". Erst auf der Grundlage dieser Diskussion soll eine Publikation der Forschungsergebnisse vorbereitet werden.

Diskutiert werden soll unter anderem über folgende Fragenkomplexe:

1. Woher rührten die Schwierigkeiten, die Leistungen einzelner lebender Kommunistinnen und Kommunisten im Widerstand zu publizieren? Die Kommunistische Partei verfügte über Dutzende Persönlichkeiten vom „Kaliber" einer Rosa Jochmann oder eines Josef Hindels. Trotzdem haben all diese Überlebenden des Widerstands in der Öffentlichkeit nie auch nur annähernd jene Rolle gespielt wie die genannten Sozialdemokraten – ignoriert wurden sie jedoch nicht nur von der breiten Öffentlichkeit, auch ihre eigene Partei hat wenig unternommen, um sie bekanntzumachen und ihre Leistungen zu würdigen.

2. Frauen hatten zentrale Funktionen im Widerstand, nach 1945 wurde in der „offiziellen" Diskussion ihr Anteil fast völlig negiert; sie „verschwanden" aus einer Geschichtsschreibung, die sich fast ausschließlich am Anteil des Widerstands an der Wiederherstellung der österreichischen Unabhängigkeit orientierte.

3. Der Umgang mit dem antifaschistischen Widerstand und den Personen, die diesen Widerstand trugen, läßt auch Rückschlüsse auf die innerparteilichen Verhältnisse zu: Wie konnte es passieren, daß sich die Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer in die hierarchischen Strukturen der Partei nach 1945 einpaßten? Was geschah mit jenen, die sich nicht anpaßten?

4. Schließlich wird – und zwar sowohl vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen des Kalten Krieges als auch der Stalinismusdebatte der vergangenen Jahre – die Frage zu diskutieren sein, wann Antifaschismus und Antistalinismus als Gegensatz angesehen wurden und wie sich das in der praktischen Politik auswirkte.

Weg und Ziel

Marxistische Zeitschrift

Herausgeber:
Kommunistische Partei Österreichs

Redaktionskomitee:
Dr. Helmuth Fellner
Willi Gaisch
Mag. Stephan Ganglbauer
Dr. Winfried Garscha
Dr. Günther Klodner
Gabi Lener
Mag. Julius Mende
Dr. Hans Mikosch
Georg Nowak
Mag. Martin Panholzer
Dr. Reinhard Pitsch
Dr. Wolfgang Priglinger
Dr. Rudolf Reiter
Dr. Elke Renner
Helmut Rizy
Herbert Waloschek
Dr. Willi Weinert
Dr. Maria Wölflingseder

Abonnement, Vertrieb und Redaktionsadresse:
Andrea Dampier, KPÖ,
Schönngasse 15 – 17,
Postfach 351, 1020 Wien,
Tel.: 0222/21742/600

Erscheinungsweise:
zweimonatlich

Abonnement-Preise:
6 Hefte 180,- S; 35,- DM

Lay-out:
Michael Baiculescu

Druck:
Druckerei
Gerstmayer Ges.m.b.H.,
Schönnbrunner Straße 215

Die nächste Nummer

erscheint Anfang Juli.

Themenschwerpunkt:

„Dritte Welt" im Abseits

Inhalt

Nr. 2, Mai 1993, 51. Jahrgang

ÖSTERREICH

Walter BAIER: Sollen wir wollen? Anmerkungen zu Maastricht 2

WIRTSCHAFT

Frank DEPPE: Gestaltungskompetenz und Gegenmacht 7

THEMA: ÄSTHETIK

Reinhard PITSCH: Dekadenz und Abstraktion 14

Julius MENDE: Realismus und Abstraktion 23

Leo KOFLER: Marginalien zu Lukács' Literaturtheorie 26

Martin PANHOLZER: Leidenschaft versus Realpolitik - Zum Werk Ernst Fischers 31

Stefan DORNUF: Georg Lukács oder Ernst Fischer? 35

Wolfgang HARICH: Zu Nietzsches spätstalinistischer Aufwertung 38

Georg KNEPPLER: Beiträge zur Bilanz 41

Manfred STANGL: Über postmoderne Literatur und die Verpackung der Wirklichkeit 45

MARXISMUS IN DISKUSSION

Friedhelm KRÖLL: Kritische Beharrlichkeit - Zum Tode von Leo Löwenthal 49

Julius MENDE: Konkrete Lebensweise - nationalistische Ideologie 50

BÜCHER

Gary Taylor, Shakespeare - wie er euch gefällt

Ekkehart Krippendorff, Politik in Shakespeares Dramen

Joachim Hetscher, Robert Michels, Die Herausbildung der modernen Politischen Soziologie im Kontext von Herausforderung und Defezit der Arbeiterbewegung

Christoph Butterwegge, Austromarxismus und Staat

Berthold Meyer, Christian Wellmann (Hrsg.), Umweltzerstörung: Kriegsfolge und Kriegsursache

Antonia Grunenberg (Hrsg.), Welche Geschichte wählen wir?

Henry A. Kissinger, Die sechs Säulen der Weltordnung

Gabriel Obermann, Karl Soukup, Öffentliche Unternehmen und die europäische Integration 53

Titelbild: Leonardo da Vinci, Ausschnitt aus: Groteske Köpfe.

Sollen wir wollen?

Anmerkungen zum Vertrag von Maastricht

Walter BAIER

Der norwegische Friedensforscher Johan Galtung führte bei seinem Vortrag in Wien (Oktober 1992) sinngemäß aus: Die Dänen hätten vor allem deshalb gegen Maastricht gestimmt, weil sie den Vertrag gelesen haben. Das zu tun, empfiehlt sich in jedem Fall. Mein Ausgangspunkt bei der Lektüre war folgender: Daß die heutige Welt durch die Internationalisierung des gesellschaftlichen Lebens gekennzeichnet ist, kann niemand wegdiskutieren.

Dies bezieht sich einerseits auf allgemeine Probleme wie Sicherheit, Ökologie, Entwicklung und andererseites darauf, daß das Kapitalverhältnis selbst international geworden ist. Das Überschreiten der nationalstaatlichen Strukturen mag beispielhaft die Tatsache verdeutlichen, daß an den internationalen Devisenbörsen täglich tausend Milliarden Dollar umgesetzt werden, was der Summe der Devisenreserven aller Zentralbanken der kapitalistischen Welt entspricht. Große transnationale Konzerne realisieren Umsätze in der Größenordnung von Bruttoinlandsprodukten kleiner Staaten wie Österreich. Österreich ist von der stürmischen Internationalisierung in hohem Maß betroffen, weil es nicht nur über eine sehr leistungsfähige, sondern auch eine extrem offene Volkswirtschaft verfügt. Die Exporte machen immerhin 46 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus (wovon zwei Drittel in die EG und von diesen wieder 59 Prozent nach Deutschland gehen).

Intensiv ist auch die Kapitalverflechtung mit dem Ausland: So beträgt der Auslandskapitalanteil der österreichischen Wirtschaft immerhin 25 Prozent (wovon wiederum 40 Prozent auf deutsches Kapital entfallen). Bisweilen verleiten diese Zahlen zu einer Neuauflage des österreichischen „Opfermythos": Ökonomisch sei unser Land schon längst „deutsche Kolonie". Aber: Seit 1986 ist Österreich Kapital-Netto-Exporteur, das heißt, es übersteigen die österreichischen Direktinvestitionen im Ausland die ausländischen Direktinvestitionen im Inland. Seit 1989 haben diese Direktinvestitionen vor allem in Osteuropa zugenommen. Mit 14 Prozent hält Österreich hinter Deutschland und den USA aber noch vor(!) Frankreich die dritte Stelle bei den ausländischen Direktinvestitionen (1990 - 1992) in Osteuropa.[1] Bei den Veräußerungen der Deutschen Treuhand nimmt es die vierte Stelle ein. Aufschlußreich für das komplizierte Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich und damit indirekt für die Stellung Österreichs im kapitalistischen Weltsystem ist folgendes: Betrugen die deutschen Direktinvestitionen in Österreich 37 Milliarden Schilling, so stehen dem österreichische Direktinvestitionen in Deutschland von 11 Milliarden Schilling gegenüber. Es wird einerseits sichtbar, daß sich ein österreichisch-deutsches transnationales Kapital herausbildet, andererseits aber auch, daß der „kleine Bruder" nicht ganz so klein ist, wie man zu vermuten geneigt ist.

Maastricht, seine psychologische und ideologische Funktion

Mit alle dem sollte klar sein, daß nicht die Frage, ob Internationalisierung, sondern lediglich die Frage wie, zur Diskussion stehen kann, das heißt in welchen gesellschaftlichen Formen und mit welchen Zielen und politischen Methoden die Internationalisierung gesteuert wird. Von einem linken Standpunkt aus und schlagwortartig bedeutet das, daß es um die Formulierung einer demokratischen, ökologischen, sozialen und humanen Alternative zum Integrationstyp EG geht, also um eine linke Alternative zu Binnenmarkt und Maastricht.

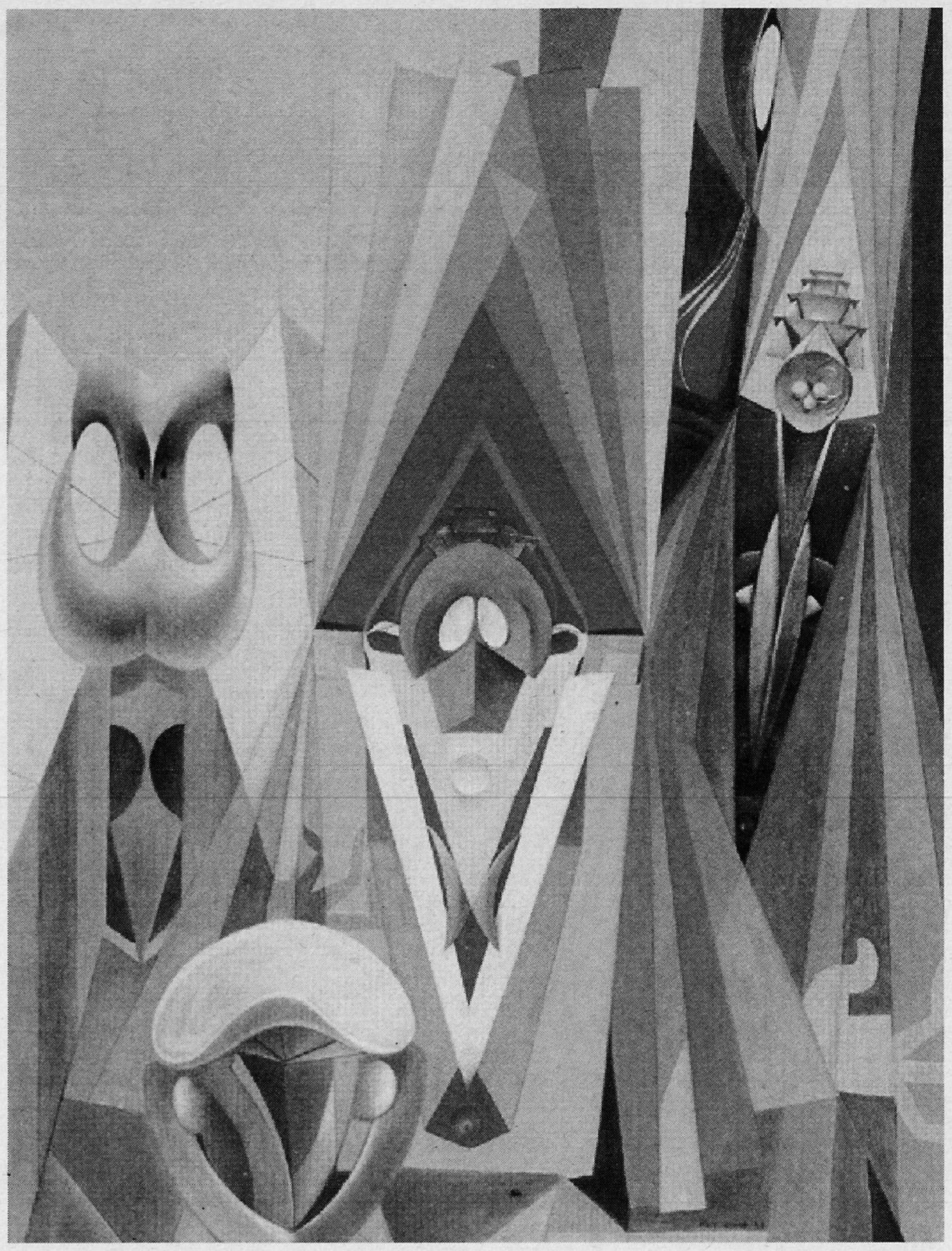
„Durch diesen Vertrag gründen die Hohen Vertragspartner untereinander die Europäische Union", heißt es im *Artikel A.*[2] Im Zielparagraphen, dem Artikel 2 zur Änderung des EWG-Vertrages, wird festgehalten: *„Aufgabe der Gemeinschaft ist es sicherzustellen:*

- eine harmonische und ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung,
- ein beständiges nichtinflationäres und umweltverträgliches Wirtschaftswachstum,
- ein hohes Beschäftigungsniveau,
- ein hohes Maß an sozialem Schutz,
- die Hebung der Lebenshaltung der Lebensqualität und der Solidarität",

und noch viele andere schöne Dinge werden angeführt.

Zu dem, was ich psychologische und ideologische Funktion dieses Vertrages nenne, gehört, daß man auf 250 Seiten immerhin eine halbe Seite dem Thema Kultur widmet. Ausschließlich ideologische und psychologische Funktion hat auch die nicht mehr als aus Absichtserklärungen bestehende Sozialcharta, was allerdings den britischen Konservativen schon wieder zu weit gegangen ist. Im Artikel 3a, unmittelbar auf den zitierten Zielparagraphen folgend: *„Die Tätigkeit der Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft, setzt die Einhaltung folgender richtungsweisender Grundsätze voraus: Stabile Preise, gesunde öffentliche Finanzen und monetäre Rahmenbedingungen, sowie eine dauerhaft finanzierbare Zahlungsbilanz."*[2] Das ist selbstverständlich auch Ideologie, allerdings eine andere.

Die Folgen dieser zweiten Ideologie lassen sich auch am Beispiel Österreich zeigen. In einem Memorandum des Europa-Parlaments über Österreich wird mit Befriedigung vermerkt[3]: Das erste Budget der Großen Koalition 1987 veranschlagte ein Defizit in der Größe von 5,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, und das bei einer Arbeitslosenrate von 2 Prozent. 1991, im letzten Budget der ersten Großen Koalition, wurde das Defizit auf 2,5 Prozent des BIP abgesenkt, im Gegenzug war die Arbeitslosigkeit auf 5,8 Prozent angestiegen. Es zeigt sich also die für eine neokonservative Wirtschaftspolitik charakteristische Umkehrung der Werte. Inzwischen hat sich aber schon herumgesprochen: Eine Wirtschaftspolitik die sich manisch von der Budgetausgeglichenheit leiten läßt, führt zu Sozialabbau, tendentiell zu niedrigeren Investitionen in Forschung und Entwicklung, fi-



Max Ernst, Festmahl der Götter, 1948.

nanzieller Austrocknung der Gemeinden, zwingt zur Privatisierung von Staatsvermögen; es gibt in Summe die Aufgabe des Vollbeschäftigungsziels. (Die negativen Folgen dessen werden in den kommenden Jahren um so härter zu spüren sein, als sich von Monat zu Monat die rezessiven Tendenzen verstärken.) In bezug auf den Vertrag von Maastricht bedeutet das: Beschäftigung, soziale Standards, Umweltqualität erfahren zwar im Zielparagraphen eine Art positiver Reverenz, sind aber definitiv keine operationalisierbaren Ziele der Europäischen Union.

Die operationalisierbaren Ziele des Vertrages werden im, mit Abstand ausgearbeitetsten Teil, dem Titel 6 definiert: *„Bestimmungen zur Änderung des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Hinblick auf die Gründung der Europäischen Gemeinschaft."*[2] Hier wird die künftige Wirtschafts- und Währungspolitik festgelegt. Für die Beteiligung an der dritten Stufe der Währungsunion werden in einem Protokoll zum Maastrichter-Vertrag sogenannte *„Konvergenzkriterien"* festgelegt. So darf die durchschnittliche Inflationsrate eines Staates, der an der dritten Stufe der Währungsunion teilnehmen will, nicht höher als 1,5 Prozent über den drei niedrigsten unter den EG-Staaten sein. Der durchschnittliche langfristige Nominalzinssatz darf nicht mehr als 2 Prozent über dem der drei preisstabilsten Ländern liegen.

Die Konvergenzkriterien bilden Zwingklammern, mit denen monetaristische Wirtschaftspolitik durchgesetzt werden soll. Um diese zu verstärken, werden der EG bzw. dem EG-Rat entsprechende Machtmittel in die Hand gegeben. Erstens: Der Rat verabschiedet im Falle des Verstoßes eines Mitgliedsstaates gegen diese Vorschriften mit qualifizierter Mehrheit *„Empfehlungen"*. Zweitens: Der Rat kann, wenn das nichts hilft, diese Empfehlungen *„veröffentlichen"*. Das ist deswegen wirksam, weil dies die Bonität der Staaten, also die Möglichkeiten und Bedingungen sich zu verschulden, beeinträchtigt. Und drittens: Der EG-Rat kann über diese Ziele nicht einhaltende Staaten auch *„Geldbußen in angemessener Höhe"*[2] verhängen.

Binnenmarkt und Maastricht ziehen demnach folgendes nach sich:

1. Eine politische Beeinflußung der funktionalen Einkommensverteilung im nationalstaatlichen Rahmen wird durch den freien Fluß von Kapitalien wesentlich eingeschränkt und erschwert. Es entspricht der Logik der zu schaffenden Europäischen Union, daß dies auf supranationaler Ebene nicht kompensiert wird.

2. Eine wirksame nationale Strukturpolitik durch öffentliche Förderungen von Investitionen wird durch die einheitliche europäische Akte als wettbewerbsverzerrend weitgehend behindert, wenn nicht ausgeschlossen.

3. Ein nachhaltiger beschäftigungswirksamer Einsatz öffentlicher Aufträge im nationalstaatlichen Rahmen ist ebenfalls durch die EEA (Einheitliche Europäische Akte), wesentlich eingeschränkt.

4. Eine selbständige Zins- und Geldpolitik wird unter anderem auch durch die Liberalisierung des Kapitalverkehrs unmöglich gemacht.

5. Einer selbständigen nationalen Fiskalpolitik sind durch den Vertrag von Maastricht enge Grenzen gezogen.

Maastricht und Binnenmarkt konfrontieren uns mit einem weit ausdifferenzierten System der Integration. Je näher man es betrachtet, um so klarer wird, daß eine Kritik an Einzelheiten das Thema verfehlen muß. Notwendig ist vielmehr, diesen Integrationstyp, seine Intention und seine Philosophie fundamental in Frage zu stellen. Man muß sich fragen: Warum ist nicht Gegenstand dieses Vertrages, respektive der Politik, zu der er verpflichtet, Vollbeschäftigung herzustellen, soziale und ökologische Standards immer weiter zu erhöhen oder die Gleichberechtigung der Ge-

schlechter zu verwirklichen? Warum wird den obersten Behörden der EG nicht aufgetragen, alles das und anderes durchzusetzen und im Falle des Verstoßes den betreffenden Staat gegenüber den sozial und psychisch Geschädigten schadenersatzpflichtig zu machen? Solches zu fragen ist keineswegs naiv, sondern halte ich für die erste Voraussetzung, um realistisch und sinnvoll über eine menschenwürdige und umweltverträgliche Integration nachzudenken.

Man muß sich auch fragen: Was berechtigt die gerade amtierenden Regierungen, sich in einem Vertrag, der keine Auflösungsbestimmungen kennt, ein für allemal zu einer monetaristischen Wirtschaftspolitik zu verpflichten und sich damit der politischen Verantwortung für soziale Sicherheit, gerechte Verteilung und Vollbeschäftigung zu entziehen. Selbst in den Fällen, in denen der Vertrag von Maastricht vor seiner Ratifikation einer Volksabstimmung unterzogen wird, ist diese Bindung problematisch.

Damit ist gesagt, daß „nationale" Identität nicht nur etwas ist, was mit Literatur, Kultur, Geschichte und Lebensart zu tun hat, sondern vor allem mit den in sozialen und politischen Auseinandersetzungen bestimmten Lebensumständen. Bei der nationalen Frage geht es um den von unterschiedlichen und auch entgegengesetzten sozialen Kräften gemeinsam akzeptierten (insoweit „Identität") Rahmen für die in Konflikten auszutragende Gestaltung der sozialen Beziehungen.

Der Vertrag von Maastricht ist nichts weniger als die Negation der nationalen Selbstbestimmung in bezug auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Auf dem Hintergrund der Tatsachen, daß die Europäische Union über kein gewähltes Legislativorgan verfügt, wirkt er unter anderem entparlamentarisierend und entdemokratisierend. Anders gesagt: Die Nationalstaaten respektive die Regierungen verabschieden sich aus politischer Verantwortung, die sie an Brüssel delegieren, wo sie allerdings nicht aufgenommen wird, denn zentrale EG-Politik erschöpft sich in der Optimierung der Voraussetzungen für ein grenzenloses Agieren der transnationalen Kapitale. Jahrzehntelang erkämpfte Standards und Rechte würden auf diese Weise, wie seinerzeit der „soziale Schutt" der 1918er-Revolutionen entsorgt und mit ihnen auch gleich jene bürgerlich-demokratische Traditionen und Institutionen, die der grenzenlosen Freiheit des heutigen Kapitals noch im Wege stehen.

Justiz und Inneres

Das Auffallendste an diesem Kapitel ist, daß der Artikel K 1 als Belange gemeinsamer Interessen in folgender Reihenfolge Fragen aufzählt:

1. die *Ayslpolitik*, 2. das *Grenzregime*, 3. die *Einwanderungspolitik* und bei 3. unter Litera c wörtlich die *Bekämpfung der illegalen Einwanderung, des illegalen Aufenthalts*[2]. der illegalen Arbeit von Staatsangehörigen dritter Länder im Hoheitsgebiet der Mitgliedsländer. Damit offenbart sich die restriktive Ausländer- und Asylgesetzgebung Österreichs als Anpassung an die EG-Normen. Ihre Kritik trifft objektiv die EG-Politik.

Eine der Mystifikationen, dessen sich die eher linken EG-Befürworter befleißigen, ist, daß mit dem kommunalen Wahlrecht, das die Bürger der Europäischen Union in jedem der Mitgliedsstaaten ausüben können, der größere Schritt zum allgemeinen kommunalen Wahlrecht für Ausländer getan sei. Allerdings beträgt der Anteil der EG-Bürger an den in EG-Staaten lebenden Ausländern von 14 Millionen nur 4,5 Millionen.[4] Für knapp zwei Drittel in den Staaten der EG lebenden Ausländer wird es daher weiterhin kein kommunales Wahlrecht geben. Der rassistische Charakter dieser EG-Gesetze ergibt sich daraus, daß sie nicht von vornherein ausländerfeindlich sind, sondern sich gegen Ausländer ganz bestimmter Herkunft richten.

Politische Union

Im Artikel J 1 heißt es knapp *„Hiermit wird eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik eingeführt"*. Unter J 1/4: *„Die Mitgliedsstaaten unterstützen die Außenpolitik der Union vorbehaltlos und im Geist der Loyalität und gegenseitiger Solidarität. Sie enthalten sich jeder Handlung, die den Interessen der Union zuwiderläuft oder ihrer Wirksamkeit als kohärente Kraft in den internationalen Beziehungen schaden könnte." „Der Rat trägt für die Einhaltung dieser Grundsätze Sorge."* Artikel J 2: *„In allen Fällen, in denen er dies als erforderlich erachtet, legt der Rat einen gemeinsamen Standpunkt fest. Die Mitgliedsstaaten tragen dafür Sorge, daß ihre einzelstaatliche Politik mit den gemeinsamen Standpunkten in Einklang steht."*[2] Wir haben es hier mit der westeuropäischen Variante der Breschnew-Doktrin von der „beschränkten Souveränität" zu tun.

Harte Realitäten, verbindliche Strukturen, präzise definierte Mechanismen. J 2: *„Die Mitgliedsstaaten treten in internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen für gemeinsame Standpunkte ein. Gemeinsame Standpunkte und Aktionen sind bei ihren Vorgehen bindend".*[2] J 4 definiert, daß zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik auch *„auf Perspektive eine gemeinsame Verteidigung"*[2] gehören wird. Die Westeuropäische Union (das ist der Zusammenschluß der europäischen NATO-Mitglieder) wird zu *einem integralen Bestandteil der Politischen Union erklärt*[2] und beauftragt, die Voraussetzungen für die gemeinsame Verteidigung auszuarbeiten. *„Der Rat trifft im Einvernehmen mit den Organen der WEU die erforderlichen praktischen Regelungen,"*[2] heißt es. Wenig zu plaudern wird in diesem Bereich das Europa-Parlament haben. *„Der Vorsitz des Rates hört das Europäische Parlament zu den wichtigsten Aspekten und grundlegenden Weichenstellungen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und achtet darauf, daß die Auffassungen des Europäischen Parlaments gebührend berücksichtigt werden. Das Europäische Parlament kann Anfragen und Empfehlungen an den Rat richten".*[2] Damit kann man sagen, daß die Rechte des Europa-Parlaments ungefähr dem entsprechen, was Ludwig XVI. den Generalständen zuzugestehen bereit war. Es verdient festgehalten zu werden: Die „Europäisierung" der Sicherheitspolitik bedeutet gleichzeitig ihre Entparlamentarisierung.

Daß alles das im eklatanten Widerspruch zu nationaler Selbstbestimmung, Neutralität und Rechtsstaatlichkeit steht, bedarf keiner gesonderten Beweisführung. Aber grundlegender ist die Frage, wie ein solcher Autoritarismus und bürokratischer Allmachtswahn mit den realen Problemlagen der heutigen Zeit zusammengehen soll. Der Vertrag von Maastricht spiegelt eine spezifische Sicht auf die europäischen und globalen Probleme wider. Auch dadurch, daß die Kapitel *„Bildung"*, *„Umwelt"* und *„Entwicklung"* zusammengenommen knapp ein Drittel des Umfan-

ges der „Übergangsbestimmungen bei der Einrichtung der Europäischen Zentralbank“ einnehmen. Man muß Robert Jungk vorbehaltlos zustimmen, wenn er diese Europa-Konzeption als einen „Anachronismus“ bezeichnet.

Versuch einer Wertung

Ich möchte eine politische Wertung auf vier Punkte konzentrieren:

1. Wir haben ein Konzept vor uns, das sich vornimmt, nach dem Wegfall der Herausforderung durch die „realsozialistischen Staaten“ möglichst viel des „sozialreformerischen Schutts“ wegzuräumen. Was die Kräfteverhältnisse in den einzelnen Staaten absehbar nicht durchzuziehen gestatten, soll supranational erreicht werden. Ziel ist, die rechtlichen Hindernisse und nationalen Strukturen zu überwinden, die der Herstellung maximaler Verwertungsbedingungen im Konkurrenzkampf, vor allem mit den USA und Japan, im Wege stehen.

2. Maastricht intendiert, die Europäische Union als Machtstaat und Festung zu konstituieren. Dieses Konzept differenziert Osteuropa. Während Staaten wie Slowenien, Kroatien, Ungarn, Tschechoslowakei, Polen, die Baltischen Staaten zur Europäischen Union assoziiert werden, und zwar mittels Verträgen die auch die Perspektive einer Mitgliedschaft öffnen, werden die Grenzen zu Rußland, den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken bzw. osteuropäische, Staaten abgeschottet. Notwendige Kapitaltransfers unterbleiben. Das heißt, es bildet sich tatsächlich ein Europa der konzentrischen Kreise heraus, ein Europa der sozialen Gräben und eines neuen Eisernen Vorhanges.

3. Aufbauend auf der Achse Berlin-Paris soll die Europäische Union sich zu einer politischen und militärisch handlungsfähigen Supermacht, die vor allem die USA herausfordert, emanzipieren. Das ist eine Perspektive, die mit zunehmender Unruhe international registriert wird, wie die zu Beginn des vergangenen Jahres veröffentlichten strategischen Planungen des Pentagons verdeutlicht haben.

4. Schließlich soll dieses Konzept angesichts wachsender Spannungen und Konflikte die Europäische Union als eine regionale Ordnungsmacht, mit Machtprojektionen nach Zentralasien, in den Mittelmeerraum und in den Nahen und Mittleren Osten institutionalisieren.

Paradoxe Begründungen

Angesichts dessen stellt sich die Frage, ob wir sollen oder ob wir nicht sollen, nämlich unsere Neutralität und Unabhängigkeit aufgeben, um uns in diese Konzeption einzubinden. Von den Befürwortern eines EG-Beitritts werden eigentümlicherweise zwei einander ausschließende Gründe angegeben. Der eine lautet: Europa wachse zusammen, ein gesamteuropäisches System der kollektiven Sicherheit entstehe, Neutralität müsse daher in „Solidarität“ übergehen, sagt die ÖVP. Das zweite dem entgegengesetzte Argument lautet: Europa bricht in Nationalismen auseinander, dies stelle Österreich an eine europäische Bruchlinie, und der einzige Schutz, den es in Anspruch nehmen könne, bestehe darin, Mitglied der NATO zu werden, sagt Jörg Haider.

Ergänzt wird das Angebot der Pro-Argumente durch eine sozialdemokratische Mischform, die in etwa so lautet: Europa wächst zusammen, indem es auseinanderbricht, ein gesamteuropäisches kollektives Sicherheitssystem ist nicht in Sicht, daher soll Österreich in die WEU (das heißt in die NATO), dabei aber gleichzeitig neutral bleiben. In jedem Falle lohnt eine Überprüfung einiger Einzelheiten, deren problemloses Verständnis immer wieder vorausgesetzt wird:

Gesamteuropäisches System der kollektiven Sicherheit

Zunächst zu gegebenen sicherheitspolitischen Strukturen: Das breiteste Forum ist die KSZE (derzeit 51 Mitgliedsstaaten, darunter auch die USA, Kanada, die Nachfolgerepubliken der Sowjetunion) als unversieller Rahmen. Aus dieser Zusammensetzung allein ergibt sich, daß schon der Begriff „gesamteuropäisch“ unklar ist. Ist etwa der Konflikt in Berg-Karabach ein Problem europäischer Sicherheit? Muß er, kann er überhaupt im Rahmen der KSZE behandelt werden? Wenn ja, wie?

Daneben gibt es den NATO-Kooperationsrat (die NATO-Staaten ohne Frankreich plus die osteuropäischen Staaten und die GUS). Dieser Rat ist vor allem ein Konsultationsgremium, in dem günstigstenfalls technische Einzelheiten des Abrüstungsprozesses abgestimmt werden können. Im wesentlichen soll er aber als Palliativ dienen, indem er den osteuropäischen Staaten den Eindruck vermittelt, in irgendeiner Art und Weise sicherheitspolitisch eingebunden zu sein. Was allerdings geschähe, wenn es zu einem Konflikt zwischen einzelnen dieser Staaten oder einem dieser Staaten und einem NATO-Staat käme, wagt niemand auch nur zu erwägen.

Schließlich die NATO, deren im Washingtoner Vertrag festgelegte Beistandspflicht nach dem Ende der Sowjetunion gegenstandslos geworden ist. Wiewohl also das offizielle Feindbild abhanden gekommen ist, wird nicht nur die NATO weitergeführt, aus ihr heraus wächst sogar eine neue Militärstruktur, nämlich die Westeuropäische Union. Nur mühsam ist auf dem NATO-Gipfel in Rom eine Kompromißformel ausgearbeitet worden, die da lautete, daß die WEU sowohl die europäische NATO-Stütze als auch verteidigungspolitische Identität der Europäischen Gemeinschaft ist.

Weiters gibt es die bi- und multilateralen militärischen Formationen zwischen NATO- bzw. WEU-Mitgliedern, unter ihnen die deutsch-französische Brigade, die deswegen soviel Irritation auslöst, weil sie eine schrittweise Verselbständigung der politischen Optionen in Europa gegenüber der USA und deren wichtigsten europäischen Verbündeten, den Briten, signalisiert.

Ein eigens zu analysierendes Element des europäischen Schauplatzes ist die neue kontinentale Großmacht Deutschland. Für das erneuerte Selbstverständnis dieser Großmacht möchte ich beispielhaft zitieren: Volker Rühe, der deutsche Verteidigungsminister, forderte bei einem Vortrag vor der Deutschen Gesellschaft für Außenpolitik ein *„Ende der Machtvergessenheit der Deutschen, nach dem Trauma der Machtbesessenheit“*. Es gehe um eine, wie er sagt, *„verantwortliche Außen- und Sicherheitspolitik, die Macht, auch militärische Macht, nicht als verwerflich, sondern als notwendiges Instrument ethisch begründeter Politik beträgt“*.[5]

Ein schöpferisches Chaos?

Die Unübersichtlichkeit und Vielschichtigkeit der europäischen Sicherheitspolitik ist nichts weniger als der planmäßige, zu Vertrauen in seine Akteure ermutigende Übergang oder

gar das System von sich ineinander verzahnenden Institutionen, wie seine Propagandisten Glauben machen wollen. Sie ist in Wahrheit das Resultat sich vertiefender Interessengegensätze, damit ein widersprüchliches Konfliktfeld, das sich auch als Quelle jedweden politischen Irrationalismus erweist.

Thomas Nowotny, ein SP-naher Außenpolitiker identifiziert auf diesem Hintergrund zwei außenpolitische Optionen für Österreich:

1. *Grundsätzlich und alles mitzumachen, was der Westen tut, wenn es in Zentral- und Osteuropa zu Schwierigkeiten und insbesondere zu militärischen Konflikten kommt; und*

2. *die Option, sich aus allen Konflikten im östlichen Zentraleuropa herauszuhalten, und zwar nicht nur aus Konflikten zwischen zentraleuropäischen Staaten, sondern auch aus Konflikten zwischen Westeuropa auf der einen und Zentraleuropa auf der anderen Seite.*[6]

Nowotny schließt die erste Option keineswegs aus grundsatzpolitischen Erwägungen aus. Vielmehr sind es pragmatische Überlegungen, die seine Skepsis provozieren. Er wäre für die erste Option, schreibt er, wenn der Westen *immer geeint und wirksam* handeln würde, wenn er daher immer *erfolgreich* wäre, wenn Österreich gleichberechtigter Teil des Westens wäre und wenn Österreich deshalb vom Westen auch tatsächlich militärisch geschützt würde. Bei realistischer Kalkulation gelange man allerdings zum Ergbnis, daß keine dieser Annahmen realistisch ist. Und wörtlich: *„So bleibt die zweite Option, Österreich sollte grundsätzlich klarstellen, daß es sich in Zukunft an Konflikten in Zentraleuropa nicht beteiligen wird. Daß es nicht gewillt ist, zur Partei in irgendwelchen Konflikten zu werden und daß militärisch und sicherheitspolitisch es nur dann außerhalb seiner Grenzen aktiv werden wird, wenn dies einem breiten Konsens aller Betroffenen entspricht.“* Offensichtlich wird hier eine polemische Spitze gegen die offizielle Jugoslawienpolitik Österreichs gerichtet. Aber so wie es Mock dabei um die Neudefinition der Generallinie in der Außenpolitik ging, impliziert Nowotny Grundlegendes. Eine solche Außenpolitik selbständig zu definieren, wäre nämlich unvereinbar mit der in den Verträgen von Maastricht eingeleiteten Entwicklung. (Sein Aufsatz steht unter dem bezeichnenden Titel *„Ein Plädoyer für eine Politik des Abseitsstehens“*.)

Abseitsstehen ist allerdings zu wenig: Es stellt sich die Frage, in welche Richtung eine Alternative entwickelt werden kann. Natürlich drängt sich als erste Überlegung zu einer strukturellen Alternative für die europäische Sicherheit die KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit) auf, und das, obwohl, vielleicht aber gerade auch deswegen, die Politik der Großmächte darauf hinausläuft, die KSZE gegenüber der NATO und der WEU abzuwerten, sie zur Stempelmaschine für militärische Interventionen umzufunktionieren. Entscheidend ist vor allem der Geist, in dem die KSZE operiert. Das Grunddokument der KSZE, die Schlußakte von Helsinki normierte die friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung als Muster der internationalen Beziehungen, während die Pariser Charta der KSZE die *„soziale Marktwirtschaft“* und die *„pluralistisch westliche Demokratie“* festschreibt. Was bedeutet eine so hochgradig ideologisierte Basis zwischenstaatlicher Beziehungen aber real- und militärpolitisch anderes, als vorauseilende Legitimation von Maßnahmen gegen Unbotmäßige. Übernimmt die KSZE Funktionen bei der Entwicklung und Implementierung von Abrüstungsmaßnahmen, bei der Konfliktverhütung, bei der Vertrauensbildung und beim Krisenmanagement, oder wird die KSZE das Forum, vor dem Anklage gegen einzelne Staaten erhoben wird, um sie dann aus der KSZE auszugrenzen und die Legitimation für militärische Interventionen zu schaffen? Wird also die KSZE ein Element bei der Demilitarisierung der europäischen Sicherheitspolitik? In diese Richtung zu wirken, wäre ein sinnvolles Ziel österreichischer Neutralitätspolitik, läuft aber wiederum auf das Gegenteil dessen hinaus, was ihr durch den Vertrag von Maastricht vorgeschrieben würde.

Die KSZE hätte den Vorteil, daß sie sich durch Universalität auszeichnet, daß ihre Grundlage die Respektierung der Souveränität ihrer Mitgliedsstaaten ist und daß zumindest formal die Mitgliedsstaaten der KSZE gleichberechtigt sind. Das heißt, die KSZE ist eine Organisation, die von ihrem Typ her internationalen und nicht supranationalen Charakter trägt.

Darauf läuft meiner Meinung nach die Alternativdebatte auch hinaus. Man kann so formulieren: Angesichts der Internationalisierung auf dem europäischen Kontinent und im globalen Zusammenhang ist internationale Zusammenarbeit gleichberechtigter Partner, heißt unabhängiger Staaten als Subjekte des Völkerrechts um vieles demokratischer und auch effektiver als die Bildung supranationaler Strukturen.

Es bleibt die sicherheitspolitische Grundfrage, nämlich, ob eine in diese Richtung sich entwickelnde Politik tatsächlich mehr Sicherheit oder weniger Sicherheit bietet, ob etwa der KSZE-Mechanismus in unüberschaubarer Zeit so ausgestaltet werden kann, daß eine Demilitarisierung der europäischen Beziehungen auf Perspektive erreichbar wird.

Ohne eine Prognose abzugeben, ist meiner Meinung nach anzunehmen, daß eine unabhängige offensive Neutralitätspolitik netto gerechnet mehr Sicherheit bieten kann als die Integration in einen der bestehenden Militärblöcke, die auf machtpolitische und militärische Konfliktlösungen orientieren.

Bestehen bleibt allerdings, daß nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und nach der Auflösung des Warschauer Pakts die Verhältnisse auf dem europäischen Kontinent insgesamt unsicherer geworden sind, was bei aller berechtigten Kritik am „Realsozialismus“ einmal ganz nüchtern zur Kenntnis zu nehmen ist. ■

Anmerkungen

1 »Die Presse«, 9. 3. 1993.

2 Rat der Europäischen Gemeinschaften, Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Vertrag über die Europäische Union, Brüssel/Luxemburg 1992.

3 Europäisches Parlament, Delegation im gemischten parlamentarischen Ausschuß EG-Österreich, Aufzeichnung über Österreich: wirtschaftliche Situation und Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft, Luxemburg 1992.

4 Rainer Münz, Ausländer und Stammbevölkerung Westeuropas, in »Die Presse«, 4. 3. 1993.

5 Volker Rühe, Sicherheitspolitik im Wandel. Die Zukunft der Bundeswehr in einem veränderten Europa. Vortrag auf der Jahresversammlung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Bad Godesberg, 25. 6. 1992.

6 Thomas Nowotny: Ein Plädoyer für eine Politik des Abseitsstehens. In: »Europäische Rundschau« 4/1992.

Mag. Walter BAIER ist Ökonom, Sekretär des Bundesvorstandes der KPÖ.

Gestaltungskompetenz und Gegenmacht*

Antworten auf die „Verschlankung" von Produktion und Gesellschaft

Frank DEPPE

Daß der Kapitalismus ein sehr lebendiger und höchst wandlungsfähiger Organismus ist, ist nicht nur und auch nicht in erster Linie eine durch den Zusammenbruch des Realsozialismus aktualisierte Erkenntnis. Gerade im Westen vollzieht sich derzeit ein gleichsam epochaler Umbruch.

Im Rahmen der von der rastlosen Jagd nach Mehrwert und Profit geprägten Produktionsweise bildet sich eine neue Betriebsweise heraus, die Produktion und Gesellschaft nicht minder nachhaltig verändern wird, wie das zuvor durch die Herausbildung der großen Industrie im 19. Jahrhundert und den Fordismus in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts in den USA und nach dem Zweiten Weltkrieg in allen führenden Metropolen des Weltmarktes geschehen ist.

Die Debatte um die „neuen Produktionskonzepte" oder das Zauber- und Modewort von der „schlanken Produktion", vom „Toyotismus", von der „Japanisierung" der Produktions- wie der Arbeitsbeziehungen und des Managements steht im Kontext von tiefgreifenden Veränderungen in den Produktionsverhältnissen und den Marktbeziehungen im heutigen Kapitalismus – und darin eingeschlossen: der Arbeit, der Arbeitsbeziehungen, der Arbeitsmarktstrukturen sowie der Lebensverhältnisse der abhängig Beschäftigten.

Die „Revolution" der Unternehmer

Die neue Betriebsweise ist auf dem Vormarsch. Daran ändert nichts, daß verschiedene Untersuchungen mit Recht darauf aufmerksam machen, daß sie sich keineswegs gleichförmig durchsetzt, daß es Blockaden, aber auch Mischformen gibt und daß gelegentlich das Tempo ihrer Durchsetzung überschätzt wird. Die „zweite Revolution nach Marx" ist das zwar nicht, wie der Computerhersteller Apple verkündet, aber das sich eine Umwälzung ankündigt, steht außer Zweifel.

Gegenüber dem vor wenigen Jahren propagierten Produktionskonzept der „vollautomatisierten Fabrik" scheint sich eine Wende um 180 Grad vollzogen zu haben. Damals sah man die industrielle Zukunft in menschenleeren Fabrikhallen, in denen Automaten und Roboter komplexe Operationen vornehmen, gesteuert durch informationsverarbeitende Maschinerie. Der Mensch stand außen vor – entweder kreativ sich selbst verwirklichend in Wissenschaft, Forschung und Freizeit oder als Arbeitsloser am Sozialamt Schlange stehend.[1]

Nun hat selbst der Gesprächskreis „Mensch und Arbeit" des Unternehmerverbandes Gesamtmetall kürzlich ein Konzept zur „Reform der Industriearbeit" vorgelegt, das den Menschen wieder in den Mittelpunkt des Betriebs zu stellen scheint: Die durch hohe Arbeitskosten bedrohte internationale Konkurrenzfähigkeit der Metall- und Elektroindustrien müsse durch höhere Arbeitsproduktivität gestärkt werden. Dazu wird ein Konzept vorgeschlagen, dessen Schwerpunkt auf der Arbeitsorganisation und der Eigenverantwortung der „Mitarbeiter" liegt und sich an dem zuerst beim japanischen Automobilhersteller Toyota realisierten Modell der „schlanken Produktion" orientiert.

Krise: Blockade oder Katalysator?

Die Debatte über den Durchbruch zu „neuen Produktionskonzepten" und einer Neubewertung des Humanfaktors im Arbeitsprozeß fand bisher unter der Voraussetzung einer zentralen Annahme statt: daß das Wachstum der kapitalistischen Wirtschaft seit etwa 1987 in eine neue expansive Phase eines sich – von der Seite der Investitionen her – selbsttragenden weltwirtschaftlichen Aufschwungs übergegangen sei. Für die deutsche Wirtschaft wurde zusätzlich – in den Jahren 1990 und 1991 – angenommen, daß ihre Rolle als – wie es der amerikanische Ökonom Lester Thurow formuliert hat – „Kraftzentrum" (power house) der Europäischen Gemeinschaft (EG) durch den Nachfrageschub der deutschen Einheit noch gestärkt werde.

Diese Prämissen stimmen nicht mehr. Die Weltmarktkonjunktur ist in eine Rezession übergegangen, und diese hat auch die „Filetstücke" der deutschen Exportwirtschaft erfaßt, diese nach 1974/75 und 1980 - 1982 dritte tiefe Weltwirtschaftskrise ereignet sich unter Rahmenbedingungen, die ihrerseits wirtschafts- und finanzpolitische Gegensteuerung erheblich erschweren: die katastrophale wirtschaftliche und soziale Lage im Osten Deutschlands, der Zusammenbruch der osteuropäischen Märkte, die rapide Verschuldung der öffentlichen Haushalte, die Turbulenzen im Europäischen Währungssystem, die wiederum Unsicherheiten hinsichtlich der Entwicklung der EG („Maastricht") ausüben.

Laut VDA-Informationen ist der Abbau von 100.000 bis 200.000 Arbeitsplätzen in der deutschen Automobilindustrie in den nächsten Jahren nicht mehr auszuschließen; in allen großen Werken wird Kurzarbeit gefahren, bei VW ist davon die Hälfte der Belegschaft betroffen. Gleichzeitig werden die Rationalisierungsanstrengungen intensiviert und verstärkt in Richtung der „Verschlankung" der gesamten Unternehmensabläufe gearbeitet (z. T. in neun Werken wie bei Opel bei Eisenach). „Französische Verhältnisse" könnten dabei Vorbild sein: Die Gruppe Peugeot-Citroen produziert heute 40.000 Fahrzeuge mehr als vor zehn Jahren,

---

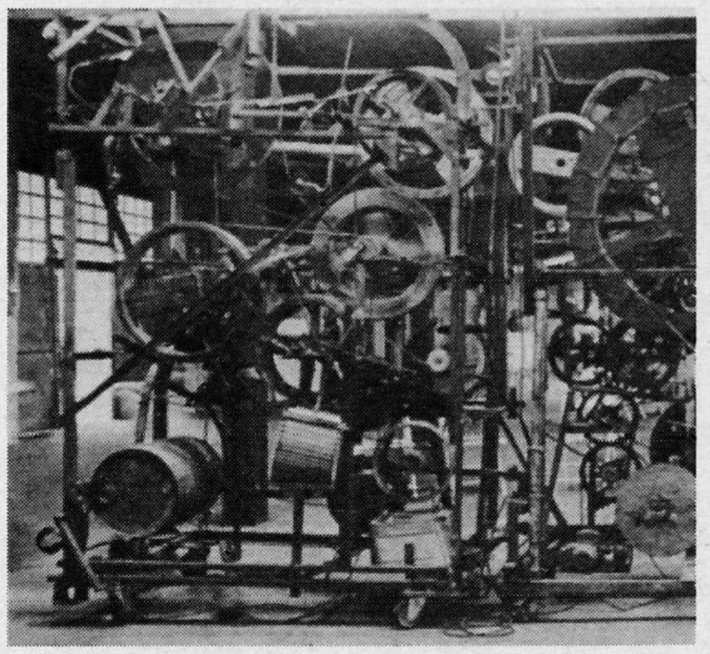
* Dieser Artikel ist die leicht überarbeitete und erstmals in »Sozialismus« Heft 2/93 erschienene Fassung eines Referats auf der Fachtagung der IG-Metall-Verwaltungstelle Stuttgart zum Thema: Neue Produktionskonzepte – Herausforderung für die Gewerkschaften, am 10./11. November 1992.

mit rund 50.000 weniger Beschäftigten, und Renault hat – bei konstanten Produktionszahlen – in den letzten fünf Jahren 40.000 Arbeitsplätze abgebaut.[2]

Hat der Prozeß also bereits mit aller Gewalt begonnen, den James Womack und andere in ihrer Studie über die „Zweite Revolution in der Automobilindustrie" dahingehend charakterisieren, daß der Schock der großen Weltmarktrezessionen Anfang der achtziger Jahre die Anpassungsprozesse in der Automobilindustrie erst durchgesetzt und beschleunigt hat? Wenn die Krise von 1980-1982 der Hebel für die ersten Ansätze der „Verschlankung" der US-Automobilindustrie war, ist dann heute die Weltmarktkrise das Brecheisen für die neuen Produktionskonzepte in der europäischen Automobilindustrie? „Ein Hauptproblem bei der Umstellung von der Massen- zur schlanken Produktion ist in der Tat, daß in einem stark umkämpften Markt, in dem das Ausweiten der Marktanteile nicht möglich ist, ein beachtlicher Teil der Arbeitskräfte nicht länger benötigt wird. Wenn die europäischen Massenproduzenten heute auf die schlanke Produktion umstellen sollten, dann würden sie weniger als die Hälfte ihrer gegenwärtigen Mitarbeiter benötigen."[3] Vieles deutet heute darauf hin, daß die Krise genutzt wird, um diese Anpassung eher katastrophisch, denn organisch durchzusetzen.

Der konjunkturellen Schieflage unterliegen zudem gravierende strukturelle Probleme. Seit gut zehn Jahren wird darüber diskutiert, ob die Automobilindustrie in absehbarer Zeit zu einer stagnierenden Krisenbranche wird – eine Branche mit struktureller Überakkumulation von Kapital. Angesichts der berauschenden Erfolge zumal der deutschen Automobilindustrie bis 1991 gerieten solche Prognosen stets wieder in Vergessenheit. Aber die Brisanz der heute noch zugespitzteren strukturellen Entwicklungen kann nicht überschätzt werden: nicht nur für die Automobilhersteller und ihre Zulieferer, für die dort Beschäftigten und für die IG Metall, sondern angesichts der Schlüsselstellung dieser Branche – die sich bis in die Poren der Alltagskultur zeigt – für die gesamtwirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Entwicklung in Deutschland und Westeuropa. Auf zahlreiche und bedeutende Regionen kommen enorme soziale Belastungen und strukturpolitische Herausforderungen zu, zu deren Lösung es allenfalls Ansätze gibt.[4]

Diese Strukturprobleme gibt es nicht minder in der zweiten industriellen Schlüsselbranche, in dem für den Innovationsgehalt und das Tempo kapitalistischer Akkumulationsprozesse entscheidenden Maschinenbau. In einem Artikel, der sich mit der Frage nach der Wirtschaftsmacht des vereinten Deutschland in Europa und auf dem Weltmarkt beschäftigt, kommt Reinhard Rode zu der kritischen Schlußfolgerung: „Die gegenwärtigen deutschen Exporterfolge verschleiern die Schwäche für den Wettbewerb der Zukunft. Bei der sogenannten Hochtechnologie- oder Zukunftsindustrie sind die Schwächen der Deutschen und damit auch der europäischen Wirtschaft unübersehbar. Bei der Biotechnik, der Werkstofftechnik, den neuen Energietechniken und besonders bei Telekommunikation und Computern ist Deutschland abgeschlagen. Bei Schlüsselindustrien, wie etwa Personalcomputern oder Mikrochips, spielen deutsche und europäische Hersteller nicht nur kaum eine Rolle auf dem Weltmarkt, sondern sind auch auf dem heimischen Markt schwach."[5]



Jean Tinguely, Meta-Harmonie, 1978.

Auch hier stellt sich die Frage: Wirkt die gegenwärtige Rezession als Katalysator, um strukturelle Anpassungen gerade in den für den kapitalistischen Akkumulationsprozeß entscheidenden Industriebranchen im Sinne neuer Rationalisierungskonzepte und einer gewaltigen Konzentrations- und Fusionswelle, einer neuen Forschungs- und Entwicklungsanstrengung und – wie es auch im Arbeitspapier von Gesamtmetall angesprochen wird – einer „Verschlankung" der Beschäftigung (also massiver Beschäftigungsabbau) zu nutzen? Und ist es nicht eine in Erwägung zu ziehende Entwicklungsvariante, daß dies unter Beteiligung von Betriebsräten und von wichtigen Teilen der Beschäftigten an Managemententscheidungen erfolgt, während die Gewerkschaft verstärkt aus dem Betrieb ausgegrenzt wird? Die Stärkung betrieblich-korporativer Absprachen würde so in einer gezielten Schwächung der politischen Macht der Gewerkschaften münden.

Antworten auf die Neugründung der Republik

Die Gewerkschaften stehen heute nicht allein vor der Herausforderung, auf die „neue Betriebsweise" gestaltend einzuwirken. Sie sind zugleich konfrontiert mit den Problemen der Ost-West-Spaltung des Landes, der ansteigenden Arbeitslosigkeit, den enormen Schwierigkeiten in den Verteilungskämpfen an der „Lohnfront" den Erwartungen ihrer Mitglieder gerecht zu werden. Sie sind darüber hinaus konfrontiert mit den gewaltigen Herausforderungen auf dem Gebiet der Sozialpolitik, unter politischen Bedingungen, die massiv auf einen neuen Angriff der Unternehmerverbände und der konservativ-liberalen Regierungsparteien auf sozialstaatliche, tarifpolitische Errungenschaften sowie auf die Macht der Gewerkschaften hinweisen: die Standortdebatte, die Einführung von Karenztagen, die Forderungen nach Aufhebung der Tarifautonomie usw., bei fortschreitender Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu Lasten der Arbeitnehmer und dies keineswegs zugunsten der Menschen in den neuen Bundesländern.

Die Herausforderung durch die neuen Produktionskonzepte verlangt eigene gewerkschaftliche und betriebliche Gestaltungskompetenz, die Definition von Zielen ebenso wie die Erarbeitung von Wegen und Methoden ihrer Umsetzung. Doch diese Herausforderung darf nicht isoliert betrachtet und aus dem Gesamtzusammenhang der Probleme gewerkschaftlicher Interessenvertretung herausgehoben werden. Es geht um die Einbettung der Gestaltung der „schlanken Produktion" in ein Gesamtkonzept gewerkschaftlicher und gesellschaftspolitischer Interessenvertretung. Nur so ist der Erkenntnis gerecht zu werden, daß wir in einer Zeit großer Veränderungen und Umbrüche leben – nicht nur technologisch, sondern auch und vor allem ge-

sellschaftlich und politisch; und daß diese „zweite Neugründungphase der Bundesrepublik Deutschland“ (nach der ersten, nach 1945, in der die DGB-Gewerkschaften mit ihrem Programm zur „Neuordnung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft“ angetreten waren) von den Gewerkschaften Konzeptionen und programmatische Antworten auf die Frage verlangt, in welchem Verhältnis die verschiedenen Felder gewerkschaftlicher Interessenvertretung, von der betrieblichen Ebene bis hin zur gesamtgesellschaftlichen und politischen Ebene, zueinander stehen sollen. Unterhalb dieses Anspruches mag es viel Kompetenz in Teilbereichen geben, aber immer auf die Gefahr hin, daß der Pragmatismus siegt und alle Gedanken über die Entwicklung der gesellschaftlichen und politischen Gestaltungsmacht der Gewerkschaften in den Hintergrund treten bzw. einer schleichenden Auflösung ausgesetzt sind.

Demgegenüber halte ich die Position der „Totalkritik“ oder „Totalverweigerung“ bei der Beurteilung der neuen Produktionskonzepte, ihrer Durchsetzung und Gestaltung für falsch. Erstens erweitert sie den Spielraum der Unternehmensleitungen bei der Durchführung der schlanken Produktion; Chancen für die Verbesserung der Arbeitsgestaltung, der Belastungen und der Entlohnung werden so nicht genutzt. Dadurch können zweitens soziale Verhältnisse und Kulturen im Betrieb geschaffen werden, die einen wachsenden Teil der Beschäftigten von den Gewerkschaften und vom Betriebsrat entfremden (hier hat die Diskussion über Unternehmenskultur bzw. „corporate identity“ ihren Platz).

Dennoch hat man bei Debatten über die schlanke Produktion gelegentlich den Eindruck, als sei erneut der Reformismusstreit in der deutschen Arbeiterbewegung (Reform oder Revolution) ausgebrochen – mit dem Autor des „18. Brumaire des Louis Bonaparte“ könnte man hinzufügen: „das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce!“ Das liegt wohl daran, daß schon 1984 von Michael Schumann und Horst Kern davon gesprochen wurde, daß neue Produktionskonzepte auch im Interesse des Managements liegen können und daß es deshalb Chancen einer Kooperation gibt, die ihrerseits Betriebsräten und Gewerkschaften erweiterte Handlungsoptionen ermöglichen. Die Befürchtungen hängen auch damit zusammen, daß die Forderung nach einer „Japanisierung“ des Managements und der Arbeitsbeziehungen zu einer fundamentalen Schwächung der über den Betrieb hinausgehenden Interessenvertretung führen könnte. Aber gerade bei der Zugespitzheit der Auseinandersetzung sollte man sich nüchtern vergegenwärtigen, daß Kooperation mit dem Management keineswegs auf die „neuen Produktionskonzepte“ beschränkt ist; sie ist schon immer ein struktureller Bestandteil der betrieblichen und tarifpolitischen Interessenvertretung gewesen. Und: Die Inhalte und Ergebnisse dieser Kooperation werden nicht durch die Technologie und Arbeitsbeziehungen als solche, sondern durch die Machtbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit bestimmt – sie hängen mithin mit der Stärke und Kampffähigkeit der Belegschaften und der Gewerkschaften insgesamt ab.

Das Plädoyer für Gestaltungskompetenz läuft also nicht darauf hinaus, auf kritische Analyse zu verzichten – ganz im Gegenteil: Sie ist zwingend erforderlich, um eine konzeptionelle, programmatische Antwort, die den systemischen Zusammenhängen gerecht wird, zu profilieren. Gewerkschaften und Betriebsräte brauchen Gestaltungskompetenz, aber deren Realisierung braucht auch Gestaltungsmacht. Wenn die Macht der Gewerkschaften – nicht nur nach Mitgliedern und Finanzen gerechnet, sondern allgemeiner nach ihrer Durchsetzungs- und Mobilisierungsfähigkeit (ja sogar nach ihrer politisch-kulturellen Ausstrahlungskraft) bewertet – schwächer wird oder zerfällt, dann nutzt auch Kompetenz immer weniger. Wir erleben in den letzten Jahren immer wieder das merkwürdige Schauspiel, daß die Gewerkschaften auf verschiedensten Gebieten ihre Kompetenz unter Beweis stellen, daß aber die Gestaltungsmacht nicht nur bei den „neuen Fragen“, sondern inzwischen auch bei den sogenannten „alten“ und „ganz einfachen“ Fragen der Tarifpolitik und der betrieblichen Interessenvertretung vielerorts schwächer geworden ist. Dieser Widerspruch produziert auf die Dauer Frustration und Desinteresse, er kann auch als ein Faktor der Schwächung der Gewerkschaften wirken. Deshalb gehört die Frage nach der politischen Kraft der Gewerkschaften – gleichsam als Hindergrundfrage – auch zu den Erörterungen von relativ konkreten Einzelfragen der betrieblichen, tarif- bzw. gesellschaftspolitischen Interessenvertretung. Gelegentlich hat man den Eindruck, daß das Bewußtsein darüber in der jüngsten Zeit etwas diffus geworden ist – daß aus dem Hintergrund mitunter schon ein Abgrund geworden ist.

Entzauberung japanischer Vorbilder

Als die Botschaft der „Zweiten Revolution in der Automobilindustrie“ vor etwa zwei Jahren verkündet wurde, klang sie zweifellos verlokkend. Schlanke Produktion – so die erste Botschaft – bedeutet „die Hälfte des Personals in der Fabrik, die Hälfte der Produktionsfläche, die Hälfte der Investitionen in Werkzeuge, die Hälfte der Zeit für die Entwicklung eines neuen Produkts. Sie erfordert auch weit weniger als die Hälfte des notwendigen Lagerbestandes, führt zu weniger Fehlern und produziert eine größere und wachsende Vielfalt von Produkten.“[6]

Und die zweite – vor allem für die Gewerkschaften geradezu aufregende – Botschaft lautete: „Während die Massenproduktionsfabrik voller geisttötendem Streß ist, ... bietet die schlanke Produktion kreative Spannung, in der die Arbeiter viele Möglichkeiten haben, den Herausforderungen zu begegnen. Diese kreative Spannung, die bei der Lösung komplexer Probleme mitspielt, ist genau das, was im Zeitalter der Massenproduktion manuelle Fabrikarbeit von der professionellen ‚Geistes‘arbeit unterschieden hat.“[7]

Inzwischen war reichlich Zeit, diese Botschaft zu überprüfen. Vor allem in der IG Metall gibt es inzwischen eine gehörige Skepsis, die Franz Steinkühler so zusammengefaßt hat: „Die deutsche, ja europäische Gewerkschaftsbewegung steht für ein Arbeits- und Produktionsmodell, das die Würde des Menschen, seine Fähigkeiten und Kompetenzen in der Arbeit, seine Verantwortlichkeiten und Qualifikationen, seine Fähigkeit zu Kooperation und Konflikt, seine Bereitschaft zur Gestaltung in den Mittelpunkt des Arbeits- und Produktionsprozesses rückt. Das ist unser Verständnis für humane und attraktive Arbeit in zukünftigen Produktionsstrukturen. Dies bedeutet keinerlei Anpassung an japanische Vorbilder. Es ist vielmehr unser Gegenentwurf zu der von manchen angestrebten Japanisierung der Arbeits-

Don Eddy, Untitled (VW), 1971.

beziehungen in den Unternehmen."[8]

Diese Ablehnung japanischer Vorbilder geht einerseits auf die „Entzauberung" der durch und durch ideologischen Tendenz der MIT-Studie von Womack und andere zurück. Die Untersuchung der Wirklichkeit der Produktions- und Arbeitsbeziehungen in der japanischen Großindustrie und darüber hinaus die zahlreichen Anzeichen einer Krise des „japanischen Modells" und einer Veränderung des Arbeitsverhaltens wie der Unternehmensstrategien – haben die kritische Distanz gegenüber dem „Modell" verstärkt. Die schlanke Produktion – so Norbert Altmann – „baut eben nicht nur auf einem ausgefeilten System von Koordination und Organisation der Wertschöpfungskette auf, sondern auch auf langen Arbeitszeiten, niedrigen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen".[9] Die extreme Leistungsbereitschaft wird zum einen durch den sozialen Druck innerhalb der Arbeitsgruppe und zum anderen durch ein Personalbewertungssystem gesichert, an das Aufstieg und Lohnhöhe geknüpft sind, bei gleichzeitigem Fehlen von gewerkschaftlicher Leistungskontrolle und von Mitbestimmungs- und Kontrollrechten der betrieblichen Interessenvertretung wie der Gewerkschaften. Von der „kreativen Spannung", die in der Womack-Studie propagiert wurde, bleibt in der Realität wenig übrig.

Auch die Erfahrungen vor allem der amerikanischen Automobilarbeitergewerksschaft UAW, die in der großen Krise der US-Automobilindustrie schon Anfang der achtziger Jahre dem Druck der „Verschlankung" und der japanischen Konkurrenz ausgesetzt war, wirken eher abschreckend. Sie stimmten per Tarifvertrag Senkungen der Löhne und der Lohnnebenkosten zu und akzeptierten schließlich betriebsspezifische Regelungen; sie verzichteten auf Inflationsausgleichregelungen, Urlaubstage und anderes mehr. Alle diese Konzessionen führten aber im Resultat weder zu einer „Gesundung" der Automobilindustrie noch vermochten sie die fortschreitende Schwächung der Gewerkschaften und ihren Glaubwürdigkeitsverlust aufzuhalten.[10] Gewerkschaftliche Interessenvertretung wurde aufgespalten und ihre nationale Kraft ausgehöhlt. Dabei spielte schon eine wichtige Rolle, daß in neuen Werken der US-Automobilhersteller sowie in japanischen Produktionsniederlassungen das neue Modell gleichsam im gewerkschaftsfreien Raum eingeführt wurde – eine Entwicklung, die sich derzeit im EG-Binnenmarkt und auch in Deutschland selbst abzeichnet: mit der Konzentration japanischer Automobilhersteller in Großbritannien und der Errichtung neuer Produktionsstandorte in Ostdeutschland (Eisenach und Mosel), die ihrerseits einen enormen Druck auf die alten Standorte im Westen ausüben.[11]

Die Kritik der heutigen Realität „schlanker Produktion" geht also über konkrete japanische Vorbilder hinaus. Ausgangspunkt von „lean production" sind ja gerade nicht nationale und historische Besonderheiten, sondern ist die globale Schlacht um Weltmarktanteile, die unter den Bedingungen der Krise seit 1991 noch viel härter geworden ist. Es ist ja gerade der Rückgang von Absatz und Umsatz, der nicht nur Entlassungen und Kurzarbeit erzwingt, sondern der zugleich die Rationalisierungsanstrengungen der Unternehmen – mit dem Ziel Produktivitätssteigerung bei gleichzeitiger Kostensenkung – vorantreibt. Daß die Gewerkschaften auf diese Gesetze der Weltmarktkonkurrenz nur geringen Einfluß haben, daß es auch nicht in ihrer Macht steht, den Konjunkturzyklus aufzuheben (obwohl die neoliberale Ideologie immer noch glauben machen will, daß die Löhne und die Macht der Gewerkschaften letztlich der ausschlaggebende Faktor für die internationale Wettbewerbsfähigkeit seien), sind nun einmal Grundtatsachen, die nüchtern über die Herrschafts- und Machtverhältnisse des kapitalistischen Wirtschaftssystems informieren.

Rahmenbedingungen von Konkurrenzfähigkeit

Um so wichtiger ist es, daß die gewerkschaftliche Politik den neoliberalen Ideologien und Dogmen Konzeptionen entgegenstellt, die heute in der internationalen Diskussion über die gesellschaftlichen Voraussetzungen von Marktkonkurrenz zunehmend an Resonanz gewinnen. Ich denke dabei vor allem an die amerikanische Debatte über den Verfall der Wettbewerbsfähigkeit der US-Wirtschaft, die durch den Wahlsieg von Bill Clinton eine politisch neue Bewertung erfahren hat. Dabei gehen viele US-Ökonomen und Sozialwissenschaftler davon aus, daß dieser Verfall ein Ergebnis von drei Entwicklungen ist:

1. einer falschen und verhängnisvollen Regierungspolitik, die sich seit dem Amtsantritt von Ronald Reagan (1980) hoch verschuldet hat, um die Rüstungsindustrien der USA zu entwickeln, aber gleichzeitig alle Bereiche der gesellschaftlichen Infrastruktur (des Verkehrs, des Bildungswesens, der Wissenschaft, des Wohnens usw.) sträflich vernachlässigt hat;

2. eine Unternehmensphilosophie, die auf hohen Profit und niedrige Löhne festgelegt ist und sich deshalb in den achtziger Jahren vor allem im

Bereich der Finanzspekulationen (des sogenannten „Casino-Kapitalismus“) ausgetobt hat, und

3. einer Entwicklung des Dienstleistungssektors, die die schlechtbezahlten Jobs in Kauf genommen hat und damit einem Verfall der gesamtwirtschaftlichen Produktivität zugearbeitet hat.[12]

Die amerikanischen Ökonomen, die diese drei Faktoren als wesentlich für das Desaster des US-Kapitalismus verantwortlich machen, schauen trotz des „MITI-Kapitalismus“, das heißt die japanische Variante der politischen Regulation der Forschungs- und Industriepolitik, nicht vornehmlich auf Japan. Aufmerksamer blikken sie nach Deutschland, das neben Japan zu den Gewinnern des „dritten Weltkrieges“ auf dem Weltmarkt gehört.[13] Und was entdecken sie dort? Internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, basiert auf einer Produktivität, die durch hohe Löhne und hohe sozialstaatliche Sicherungen gekennzeichnet ist, durch ein – wie sie sagen – gutes Aus- und Weiterbildungssystem, durch starke Gewerkschaften, die vor allem in den Betrieben eine Gegenmacht gegen das „reine“ Kosten- und Profitdenken des Managements bilden. Deshalb fordern diese Experten auch, daß die jetzt zu bewerkstelligende Regeneration der US-Wirtschaft mehr vom deutschen als vom japanischen Modell lernen sollte.

Das sind gute Argumente für die Begründung gewerkschaftlicher Positionen in der wieder aufgewärmten „Standortdebatte“. Aber bei realistischer Betrachtung der ökonomischen und politischen Lage wird man wohl davon ausgehen müssen, daß sie nicht besonders „schlagkräftig“ sind. Vielmehr wird der Rationalisierungsdruck anhalten und sich mit der Verschlechterung der Konjunktur noch verstärken. Deshalb wird auch die Diskussion über das „japanische Modell“ nicht beendet sein – und deshalb stehen die Gewerkschaften vor der Aufgabe, daß sie einerseits die Möglichkeiten der „neuen Betriebsweise“ mit dem Ziel einer Anreicherung der Arbeitsinhalte (auch einer Produktivitätssteigerung) nutzen, daß sie aber andererseits begreifen, daß der Kampf um die Gestaltung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu einem wesentlichen – vielleicht sogar überlebenswichtigen – Inhalt der gewerkschaftlichen Interessenvertretung und Politik werden muß.

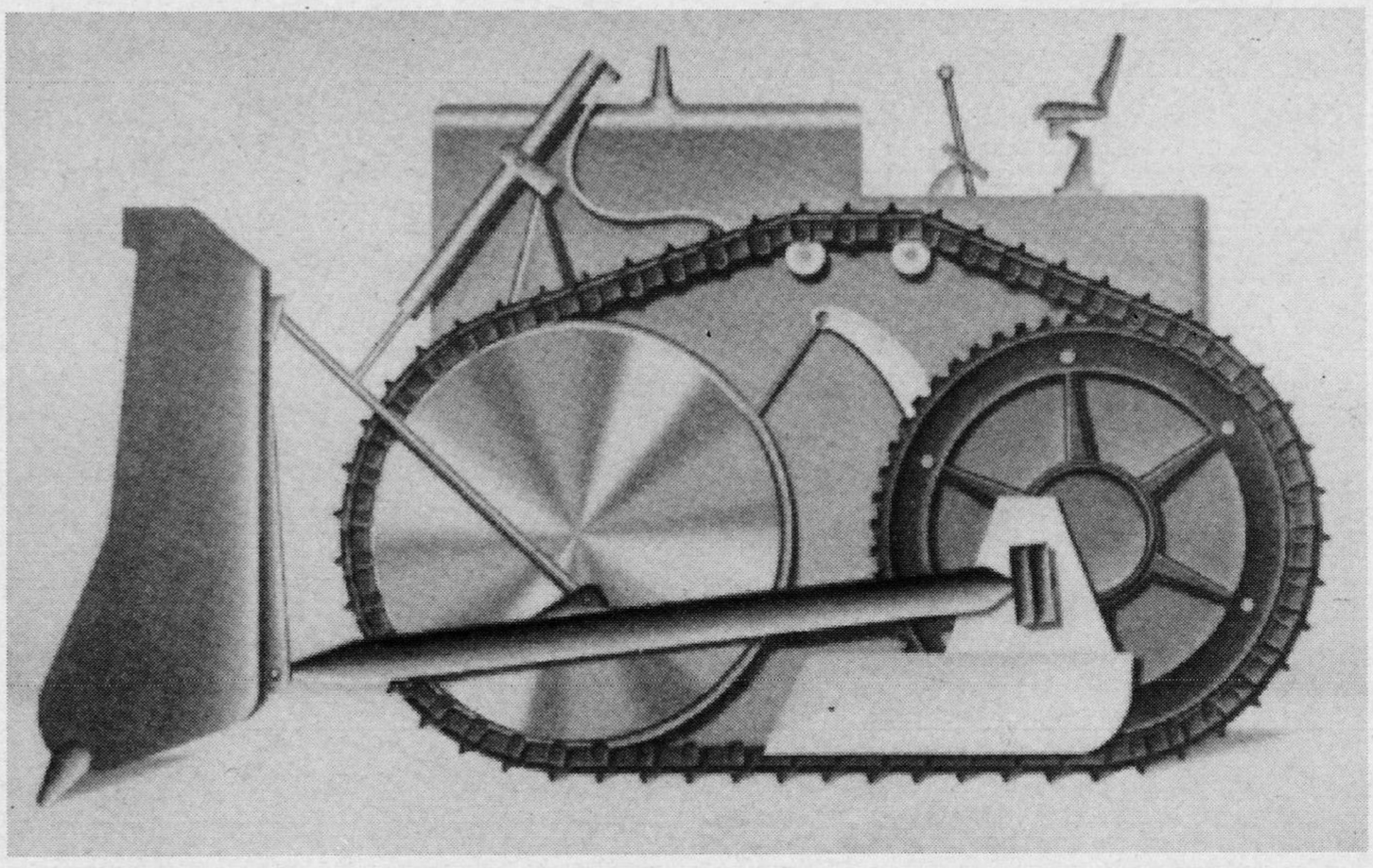
Spaltungstendenzen

Um diesen Gedanken etwas zu schärfen, müssen wir noch einmal auf die Funktionsweise des „japanischen Modells“ zurückkommen. Norbert Altmann formuliert das Problem so: „In der Diskussion um die schlanke Produktion ist die Frage der gesellschaftlichen Arbeitsteilung völlig aus dem Blickfeld geraten. Sie äußert sich zunächst in einem gespaltenen Arbeitsmarkt. Er ist eine zentrale Voraussetzung der betrieblichen Arbeits- und Personalpolitik in Japan.“[14] Altmann weist dabei auf zwei wesentliche Spaltungslinien hin: einmal die Spaltung zwischen Stamm- und Randbelegschaften, zum anderen die „Zweiteilung der produzierenden Wirtschaft in die beherrschenden großen Endfertiger einerseits und die gestufte Pyramide der Zulieferer und Unterauftragsnehmer andererseits“.[15] Weitere Spaltungslinien kommen hinzu: die zwischen den relativ privilegierten Stammbelegschaften und denen, die zunehmend in die Arbeitslosigkeit gedrängt werden, sowie die Spaltung zwischen den relativ sicheren und gut bezahlten Arbeitsplätzen in den Kernbereichen der schlanken Produktion und der Masse der ungeschützten, schlecht bezahlten Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor.

Diese Spaltungsprozesse höhlen die Grundlagen der gewerkschaftlichen Organisations- und Vertretungsmacht aus. Daraus folgt: Jeder Fortschritt auf dem Gebiet der Gestaltung der Arbeitsbedingungen im Kernbereich der schlanken Produktion führt dann zur Anhäufung sozialer, arbeitsmarktpolitischer Probleme und Widersprüche in den Randsektoren des Arbeitsmarktes und der Gesellschaft. Wenn sich die Gewerkschaften nicht der Gesamtheit, dem inneren Zusammenhang dieser Dualisierung stellen, dann wirken sie selbst noch mit an der Auszehrung nicht nur ihrer Macht, sondern auch ihrer Legitimation; denn die deutschen – wie die europäischen – Gewerkschaften haben seit ihrer Entstehung den Anspruch vertreten, allgemeine und weitgehend gleiche Standards der Arbeit zu sichern.[16]

Hier wird ein Grundproblem bzw. ein Dilemma deutlich, das bei der Debatte über die neuen Rationalisierungskonzepte besonders deutlich erfahrbar wird. Auf der einen Seite: Die Gewerkschaften stellen sich ins Abseits, wenn sie die neuen Produktionskonzepte ignorieren oder im Sinne einer Totalverweigerung gegen ihre Durchsetzung anrennen. Auf der anderen Seite: Wenn sie sich erfolgreich an einer betrieblichen Gestaltung (das heißt Anreicherung der Arbeitsinhalte, erweiterte Mitbestimmungsrechte, Abbau von innerbetrieblichen Hierarchien, verbesserte Entgeltbedingungen) der neuen Produktionskonzepte beteiligen, dann wirken sie selbst noch an der Spaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen verschiedener Gruppen der Arbeitnehmer bzw. an der Ausgrenzung der Rationalisierungsverlierer mit und schwächen damit Grundlagen der allgemeinen Interessenvertretung.

Es geht also – allgemeiner gesagt –



Konrad Klapheck, Triumph der Zerstörung, 1970.

um den Widerspruch zwischen betrieblicher Rationalität und gesamtwirtschaftlicher (im Maßstab des Weltmarktes) und gesamtgesellschaftlicher Irrationalität. Ein erheblicher Teil jener Probleme, das sei nur am Rande hinzugefügt, die wir heute unter dem Stichwort der Krise der Politik diskutieren, hängt eben damit zusammen, daß die Politik mehr und mehr überfordert ist, auf der einen Seite die Vorleistungen der einzelwirtschaftlichen Rationalisierung zu erbringen oder abzusichern (für die transnationalen Konzerne und das Finanzkapital), aber auf der anderen Seite die wachsenden Kosten der gesellschaftlichen Irrationalität (zu denen die gewaltigen sozialen Spaltungen in der Weltgesellschaft wie in den entwickelten Metropolen des Kapitalismus und auch die ökologischen Risiken gehören) auffangen muß.

Politisches Mandat über Industriepolitik hinaus

Wie aus diesem Dilemma herauskommen? Ein Dilemma dazu, das ja nicht nach der Art eines Sandkastenspiels vorgeprobt werden kann, sondern das sich – zumal unter den Bedingungen von Massenentlassungen und Kurzarbeit – als unmittelbarer Zwang als Rationalisierungs- und Krisenpeitsche darstellt. Für die Gewerkschaften wird sich mehr und mehr die strategische Grundaufgabe stellen, zusammen mit der klassischen Interessenvertretung auf dem Gebiet der Lohn- und Arbeitszeitpolitik und zusammen mit der betrieblichen Interessenvertretung die Gestaltung der gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen dieser Prozesse als eine einheitliche, politische Aufgabe zu betrachten. Die Felder, auf denen dieser Druck in bezug auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der neuen Betriebsweise ausgeübt werden muß, sind nicht einmal neu; es handelt sich um die keineswegs überholte Frage der Beschäftigungspolitik, der Strukturpolitik, der Verkehrs- und Ökologiepolitik sowie der Bildungs- und Ausbildungspolitik. Erst dann, wenn es gelingt, die Freisetzungseffekte der neuen Betriebsweise durch eine Arbeitspolitik zu kompensieren, die dafür Sorge trägt, daß im Dienstleistungssektor (und zwar dort, wo die Befriedigung qualitativer und nicht nur konsumtiver Bedürfnisse notwendig ist wie im Bereich des Gesundheitswesens, des Naturschutzes, der Bildung, Wissenschaft und Kultur usw.) qualifizierte Tätigkeiten geschaffen werden, erst dann könnte davon gesprochen werden, daß die neue Betriebsweise zugleich Bestandteil eines „neuen Modells“ der Organisation der Arbeitsgesellschaft ist.

Dies zu erreichen, kann nicht Aufgabe der Gewerkschaften allein sein. Es setzt voraus, daß eine gesellschaftspolitische Kräftekonstellation geschaffen wird, in der die Politik gegenüber der Ökonomie, genauer die politische – und zwar nicht allein staatliche – Intervention zur Steuerung gesellschaftlicher, technologischer und ökologischer Prozesse gegenüber der Vorherrschaft des Marktprinzips und des Profitprinzips wieder aufgewertet wird. Dazu müssen die Gewerkschaften Bündnispartner im politischen Raum wie im Raum sozialer Bewegungen suchen und akzeptieren. Gerade hier liegt eine gewaltige politische Aufgabe, die derzeit von vielen noch verkannt bzw. nicht gesehen wird.

Ende der Utopien?

Nun wird gegen diese Konzeption eingewandt, daß sie außerordentlich unrealistisch, abstrakt und utopisch sei. Nun, abstrakt ist sie nicht; denn sie bezieht sich auf den Prozeß der konkreten sozialen Wirkungen des Auseinandertretens von einzelwirtschaftlicher Rationalität und gesamtgesellschaftlicher Irrationalität in den Dimensionen der globalen Vergesellschaftung des heutigen Kapitalismus. Utopisch im positiven Sinne ist diese Konzeption aber insofern, als der Kampf um ihre Verwirklichung tatsächlich die Horizonte gegenwärtiger Macht- und Herrschaftsverhältnisse überschreitet – als Vision einer Gesellschaft, die durch die unermeßlichen Steigerungen der Produktivität nicht in Massenelend und Naturzerstörung gestürzt wird, sondern die auf Ausgleich sozialer Widersprüche und auf Frieden mit der Natur angelegt sind. Man mag ja darüber streiten, ob eine solche Konzeption realistisch ist und wer für ihre Verwirklichung mobilisierbar wäre. Dennoch erwähne ich diesen Gedanken, weil mir in diesen letzten beiden Jahren das schnelle Wort vom Abschied von den Utopien und von alternativen Gesellschaftsmodellen, das Wort vom Ende aller Systeme und Ideologien (das auch das Grundsatzreferat des ersten Vorsitzenden der IGM beim Gewerkschaftstag 1992 in Hamburg durchdrungen hat) ziemlich verdächtig ist – nämlich als eine dürftige Umschreibung eines konzeptionslosen Pragmatismus, der zwar immer Einzelerfolge erzielen kann, aber niemals jene Kraft erzeugen wird, die die Gewerkschaft brauchen wird, um die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen zu bestehen.

Wenn daraus nun noch der Schluß gezogen wird, daß es zum „sozialstaatlich verfaßten marktwirtschaftlichen System“ (so F. Steinkühler) keine Alternative gibt, dann ist die innergewerkschaftliche „Streitkultur“ gefragt. Denn die Probleme, die mit der Bewältigung des Widerspruchs zwischen globalisierten Marktprozessen, neuer Betriebsweise, Rationalisierung usw. auf der einen und den zunehmenden gesellschaftlichen Kosten und Problembereichen, die gerade durch die Marktprozesse im Sinne einer qualitativen Bedürfnisbefriedigung, von sozialer Gerechtigkeit und des Friedens mit der Natur reguliert werden können, ist gerade nicht ausschließlich „sozialstaatlich“ zu lösen. Sie verlangen die Aufwertung von neuen Politikfeldern, Ressourcenumverteilung, Neubewertung der gesellschaftlichen Arbeit und des Reichtums; nicht mehr sozialstaatliche Gestaltung im Rahmen der Marktwirtschaft, sondern deren Umbau.

Wo liegen die Ansatzpunkte für eine solche Gestaltungskonzeption? Ich sehe zwei Felder, auf denen die Diskussion über eine Aufwertung der Politik gegenüber dem Markt bereits begonnen hat. Erstens die wachsende Kritik an der Ideologie von den Wohlstands- und Wachstumseffekten der reinen Marktwirtschaft. Langsam setzt sich die Auffassung durch, daß die Marktgesetze politisch reguliert werden müssen, damit sie in ihrem Ergebnis nicht zu sozialen und ökonomischen Katastrophen führen. Zweitens nimmt die Zahl derer zu, die das neokonservative Projekt für gescheitert halten und die die Notwendigkeit eines Neubeginns sehen. Die De-Regulierung soll durch eine Politik der Re-Regulierung, das heißt des Wiederaufbaus der zerfallenen Infrastruktur des Kampfes gegen die Armut, der Sanierung des Bildungs- und Gesundheitssystems, aber auch durch eine gezielte Industriepolitik und durch eine damit verbundene Beschäftigungspolitik abgelöst werden. Das Wahlergebnis in den USA ist in

gewissem Sinne ein Signal dafür, daß nach über einem Jahrzehnt gescheiterter neokonservativer Politik von der Mehrheit der amerikanischen Wähler eine solche politische Wende, die aber ihrerseits nach rechts gerückt ist, gewollt wurde.

In der Bundesrepublik besteht derzeit die große Gefahr, daß sich der konservative Block im Ergebnis des Scheiterns seiner Politk – nicht nur beim Crashkurs der Vereinigung – nach rechts öffnet und versucht, über die Politisierung der Asyl- und Ausländerfrage und die militärische „Verantwortung" des neuen Deutschland in der Welt mehrheitsfähig zu bleiben. Dennoch gibt es Ansätze, in die sich auch die Gewerkschaften mit ihren Forderungen einschalten können und müssen: Da wird sogar von der Bundesvereinigung der Deutschen Industrie eine neue Industriepolitik gefordert, die durch gezielte staatliche Interventionen die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt sicherstellen soll, und da gibt es zum Teil quer durch die Parteien (z. B. bei Kurt Biedenkopf) die Bereitschaft, über neue Konzepte der Strukturpolitik zu diskutieren.

Europäische Erfahrungen mit Solidarpakten

Aktuell scheint die Suche nach Alternativen zum neokonservativen Weg eher in Sackgassen zu münden. Das gilt für die Forderung an die Gewerkschaften (und nicht umgekehrt der Gewerkschaften an die noch führenden politischen Kräfte, wie Franz Steinkühler meinte), neue Wege der Politik im sogenannten „Solidarpakt" mit Regierung und Arbeitgeberverbänden zu bestreiten. Es gibt zahlreiche Erfahrungen, die es nahelegen, solche Pakte mit großer Skepsis zu betrachten.

Die italienischen Gewerkschaften zum Beispiel hatten in den siebziger Jahren – mit der großen Kraft der Streikbewegungen im Rücken – über Tarifverträge die Großkonzerne des Nordens verpflichtet im Mezzogiorno zu investieren oder gezielt die Produktion von Fahrzeugen des öffentlichen Nahverkehrs zu fördern. Ein Konzept, das auch heute noch von Interesse ist. Aber mit dem Einschwenken auf die Linie der staatlichen Austeritätspolitik, mit der Bereitschaft zum Lohnverzicht und zu Streikzurückhaltung (natürlich kombiniert mit vielen anderen Faktoren) zerbröckelte das Ansehen der Organisation bei den Mitgliedern und nach einer großen Niederlage im Fiat-Streik brach eine Phase der politischen Depression aus, die bis heute nicht beendet ist.

Diese Erfahrung lehrt: Schwache oder schwächer werdende Gewerkschaften werden in solchen Solidarpakten zerrieben, weil sie aufgrund ihrer Zugeständnisse im lohnpolitischen Bereich (Lohnzurückhaltung) meist die Unterstützung „von unten" verlieren und die Zusagen „von oben" (Beschäftigungspolitik, Infrastruktur usw.) bislang in der Regel nicht eingehalten wurden.

Solche Erfahrungen machten auch die spanischen Gewerkschaften, die in der Zeit während des Übergangs von der Franco-Diktatur zur Demokratie zahlreiche „Pakte" mit Regierung und Unternehmerverbänden vereinbart hatten. In ihnen sollte die Bereitschaft der Gewerkschaften zur Lohnzurückhaltung „eingetauscht" werden gegen die Zusage der Regierung, durch beschäftigungs- und qualifizierungspolitische Maßnahmen gegen die Massenarbeitslosigkeit – insbesondere gegen die Jugendarbeitslosigkeit – vorzugehen. Auch diese Pakte scheiterten. Spätestens mit dem Generalstreik vom 14. Dezember 1988 gegen die sozialistische Regierung wurde das deutlich. Aber, die Gewerkschaften gingen aus dieser Politik des klassenübergreifenden Konsensus enorm geschwächt hervor.

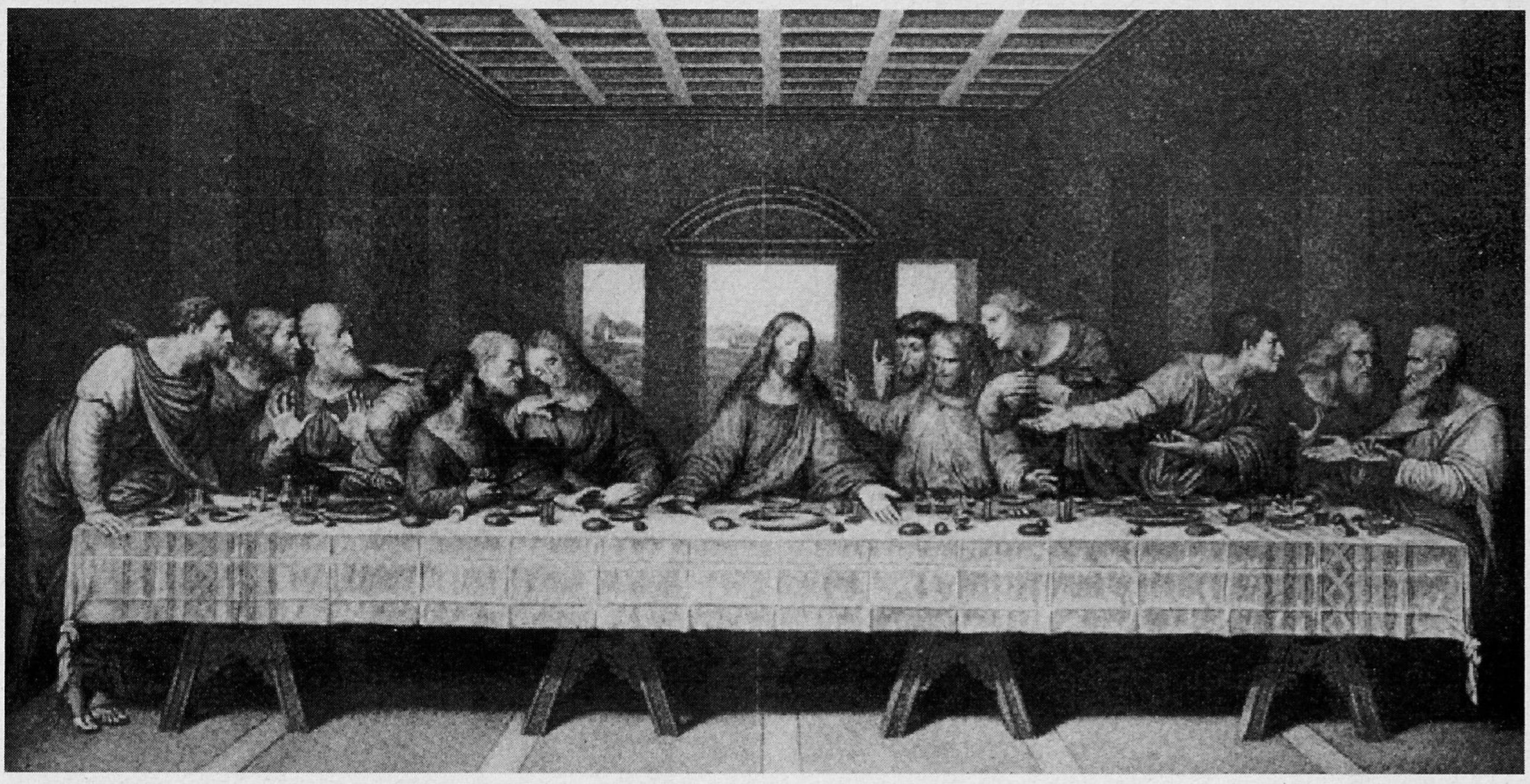
Es geht hier nicht um die Beweise durch die Kraft geschichtlicher Beispiele. Entscheidend ist, daß – in welch schwachen Ansätzen auch immer und mit großen Unterschieden von Land zu Land – die Debatte über die Politik nach dem Scheitern des neokonservativen Projektes international begonnen hat, und diese Debatte wird durch die Auswirkungen der weltweiten Rezession zweifellos noch verstärkt werden; auch die nationalistischen Intitativen, die für einen stärkeren Protektionismus in der Wirtschaftspolitik plädieren. Für die Gewerkschaften in der Bundesrepublik wäre eine gründliche Debatte über die Risiken und Chancen dieser neuen Situation in den neunziger Jahren dringend zu fordern.

Wenn es richtig ist, daß die Humanisierungspotentiale der neuen Produktionskonzepte gesellschaftlich nur dann zu Wirkung kommen, wenn die Gestaltung der neuen Betriebsweise mit einer Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verbunden werden kann; und wenn es richtig ist, daß nicht allein die Gestaltungskompetenz, sondern auch die Gestaltungsmacht und die Kampfkraft der Gewerkschaften beim Übergang zu einer Politik der Re-Regulation eine wesentliche Rolle spielen, dann wäre auch die Zeit gekommen, das politische Mandat der Gewerkschaften neu zu bestimmen und deutlicher als bisher zur Geltung zu bringen. ■

Anmerkungen

1 Jörg Goldberg in der Besprechung des Buches von Ulrich Dolata, Weltmarktorientierte Modernisierung, in: »Freitag«, 6. 11. 1992, S. 6.
2 Peter Strutynski, Die Schlanken und die Armen – Autohersteller und Zulieferer im Umbruch, in: »Blätter für dt. und intern. Politik« 11/1992, S. 1375, hier S. 1377/1378.
3 J. P. Womack u. a., Die zweite Revolution in der Autoindustrie, Frankfurt/New York, 1991, S. 272.
4 Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß seit etwa zwei Jahren in Bonn eine heftige industriepolitische Debatte stattfindet, die vor allem durch das Buch von Konrad Seitz (Die japanisch-amerikanische Herausforderung, München 1990; Seitz war der Planungschef in Genschers Auswärtigem Amt) ausgelöst wurde.
5 R. Rode, Deutschland: Weltwirtschaftsmacht oder überforderter Europahegemon?, in: B. Schoch (Hrsg.), Deutschlands Einheit und Europas Zukunft, Frankfurt/Main 1992, S. 203 ff., hier S. 220.
6 Womack u. a., S. 15.
7 Ebd., S. 106/107.
8 GMH, 10/92, S. 581/582.
9 N. Altmann, Japanische Arbeitspolitik – eine Herausforderung? in: Hans-Böckler-Stiftung/IG Metall (Hrsg.), Lean Production, Baden-Baden 1992, S. 27.
10 Vgl. U. Jürgens u. a., Moderne Zeiten in der Automobilfabrik, Berlin 1989, S. 100ff.; M. Wannöffel, Sachzwang Japan – Zum arbeitsorganisatorischen Umbruch in der internationalen Automobilindustrie, Münster 1991, S. 117ff.
11 Vgl. K. P. Wolf, Wie 'ne Religion – „Schlanke Produktion" bei Opel in Eisenach, in: »Der Gewerkschafter«, 40. Jg., Nr. 2/1992.
12 Vgl. z. B. L. Thurow, Head to Head. The coming economic battle among Japan, Europa and America, New York 1992.
13 So z. B. D. Burstein Weltmacht Europa, München 1991.
14 Altmann, S. 26.
15 Ebd., S. 27.
16 Ebd., S. 33.

Univ.-Prof. Dr. Frank DEPPE lehrt Politikwissenschaft an der Universität in Marburg.



Leonardo da Vinci, Das Abendmahl, Fresko; Mailand, S. Maria delle Grazie, 1495 - 1497.

Dekadenz und Abstraktion

ΠΡΟΣ ΕΑΥΤΟΝ
(An sich selbst)

Lern im Leben die Kunst, im
Kunstwerk lerne das Leben,
Siehst du das eine recht, siehst du
das andere auch.
Hölderlin

ανθροπος - der Mensch und μορφη – die Form; diese beiden griechischen Wörter bezeichnen in der geistes- und kunstgeschichtlichen Tradition, im Begriff des Anthropomorphen zusammengestellt, das Menschenförmige bzw. das menschenförmig Gedachte. So sind Göttervorstellungen umso anthropomorpher, je primitiver sie sind, je mehr Götter als menschliche Leidenschaften und Begierden wie Haß, Liebe usf. empfindend gedacht werden. In der Geschichte der religiösen Ideologeme können wir einen Prozeß zunehmender Des-, Ent-anthropomorphisierung beobachten.

Es kann hier nicht argumentiert werden, weshalb *jede* menschliche Aktivität auf der Tatsache der Widerspiegelung der Außenwelt beruht. Wichtig in unserem Zusammenhang ist, daß die anthropomorphisierende Widerspiegelung in den Bereichen von Technik und Wissenschaft zurückweicht – zugunsten der desanthropomorphisierenden, daß hingegen das Wesen der künstlerischen Widerspiegelung anthropomorphisierend ist. Die gegenseitige Angemessenheit von Mensch und Welt, die Evokation konkreter menschlicher Möglichkeiten in konkreten historischen Situationen, die Gestaltung des Menschlichen – dies ist das Wesen großer Kunst.

Magie, Religion, Kunst

Julius Mende vertritt in diesem Heft einen alten idealistischen Irrtum, wenn er gesellschaftlich kodifizierte Zeichen wie Schrift der künstlerischen Gestaltung angleicht. Johann Georg Hamann drückte dies noch radikaler aus, indem er eine „künstlerische Urzeit" als Goldenes Zeitalter behauptete.

„Poesie ist die Muttersprache des menschlichen Geschlechts; wie der Gartenbau, älter als der Acker: Malerey, – als Schrift: Gesang, – als Deklamation: Gleichnisse, – als Schlüsse: Tausch, – als Handel. Ein tieferer Schlaf war die Ruhe unserer Urahnen; und ihre Bewegung ein taumelnder Tanz. Sieben Tage im Stillschweigen des Nachsinnens oder Erstaunens saßen sie; – und thaten ihren Mund auf – zu geflügelten Sprüchen."[1]

Der deutsche Idealist Hamann ist der Nachklang von Giambattista Vico, was nicht erst Lukács bemerkte, sondern bereits der italienische idealistische Hegelianer Benedetto Croce, wie Tertulian nachwies.[2]

Für unseren Zusammenhang ist es wichtig, den fundamentalen Unterschied zwischen Zeichen und Kunstwerken herauszuarbeiten. Da wir den idealistischen Mißverständnissen über die Menschwerdung des Menschen nicht folgen, sondern ihnen materialistisch die Funktion der Arbeit entgegensetzen, zeigt sich bereits historisch, daß gesellschaftliche Äußerungen des Arbeitszusammenhanges wie Magie, Religion usf. früher sind als jedes Kunstwerk. „Wenn es etwa wahr wäre, daß der Gartenbau älter ist als der Acker, so handelt es sich auch dann bloß um verschiedene Weisen des Landbaus; dieser Garten hat mit dem Garten im ästhetischen Sinne noch nichts zu tun. Die Hamannsche Malerei (z. B. Hieroglyphen) ist

bildhafter Gedankenausdruck, magischer Zeichenkomplex, also weit davon entfernt, Vorfahre der späteren Malerei zu sein“[3]

Um bei der malerischen Wirklichkeitsnachahmung (Mimesis) zu bleiben, so zeigt sich die Differenz rein magischer Zeichen und dem Kunstwerk im Begriff der Welthaftigkeit, so wie sich die Differenz von magisch-religiösen Ritualen und der griechischen Tragödie in diesem Begriff zeigt. Das Kunstwerk entwickelt nämlich stets seine eigene Welt als intensive Totalität, es hat mit Magie und Religion gemein, eine anthropomorphisierende Widerspiegelung der menschlichen Welt zu sein, hat jedoch als historisch spätest erscheinende anthropomorphisierende Widerspiegelung sowohl ein ganz anderes Bedürfnis zu befriedigen – das ästhetische und kein unmittelbar der Lebenspraxis dienendes, als auch eine autonome eigene Welt, die in ihm zur Darstellung kommt, zu schaffen.

Zum Begriff des Abstrakten

Der Begriff der Abstraktion war bereits den klassischen griechischen Philosophen bekannt. Das lateinische Wort *abstractio* kommt von *ab(s)-trahere*, was weg-schleifen, weg-zerren bedeutetet und wird in der mittelalterlichen Philosophie im Anschluß an Aristoteles zu einem erkenntnistheoretischen Zentralbegriff. Die drei theoretischen Wissenschaften haben ihr Fundament in einem jeweils verschiedenem Abstraktionsgrad von der Materie: die Physik abstrahiert vom einzelnen wahrnehmbaren Körper, die Mathematik sowohl vom einzelnen Körper wie auch von dessen konkreten Eigenschaften, dessen Substanz usf., die Metaphysik (= Theologie) schließlich vom Körper und all dessen konkreten oder möglichen Eigenschaften überhaupt.

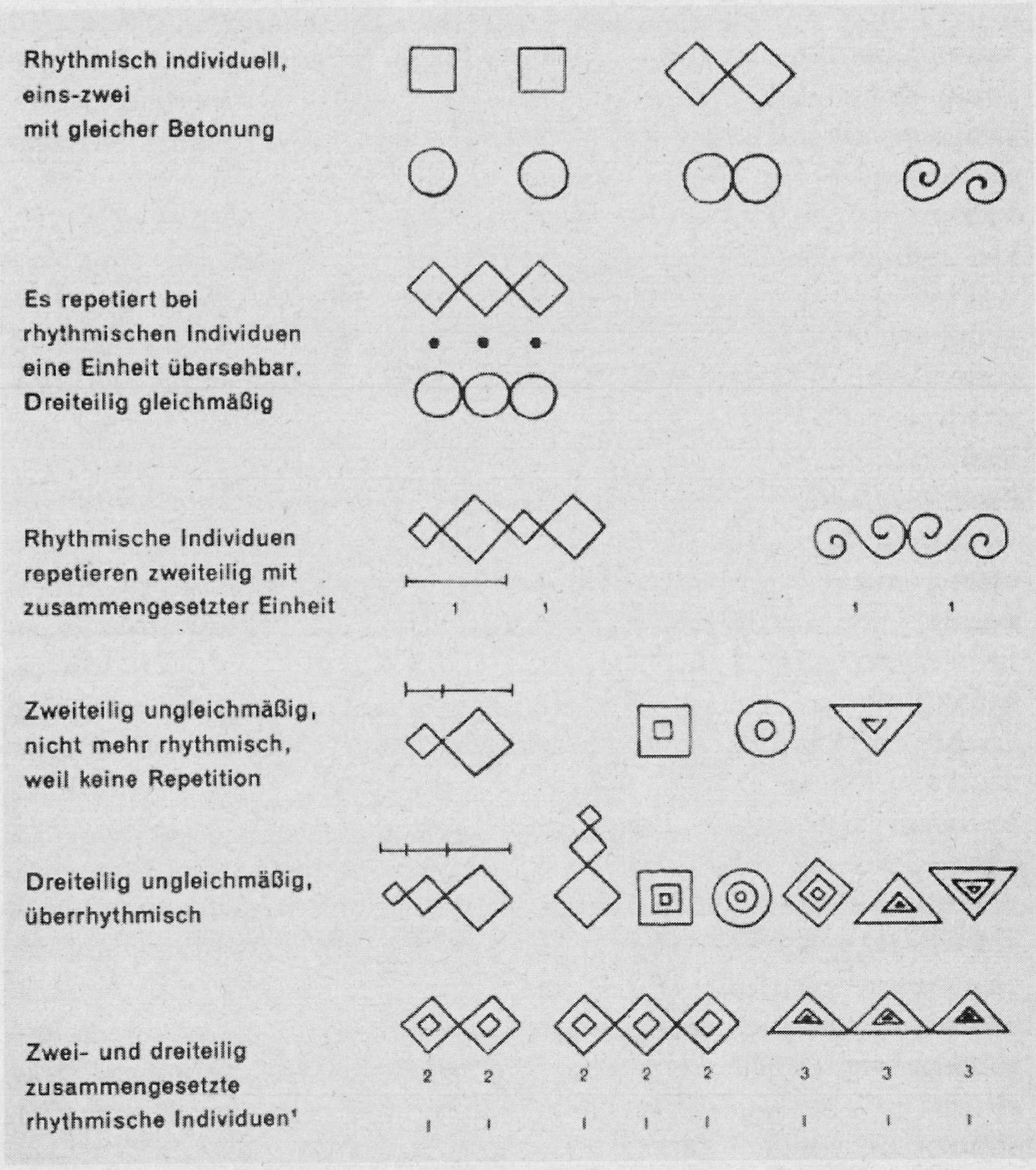
In unserem Zusammenhang ist wichtig, daß die Abstraktion bereits im Aristotelismus Voraussetzung jeder Wissenschaft ist, denn vom einzelnen, konkreten Gegenstand, z. B. dem einzelnen Stein, Pferd usf., dem *singulare*, ist solche nicht möglich: *de singularibus non est scientia*, lautet die Standardformel der Scholastiker. Ausschließlich vom Allgemeinen, also vom Stein als geologisches, dem Pferd als zoologisches Objekt, ist Wissenschaft für den menschlichen Verstand möglich.[4]

Unmittelbarkeit und Abstraktion

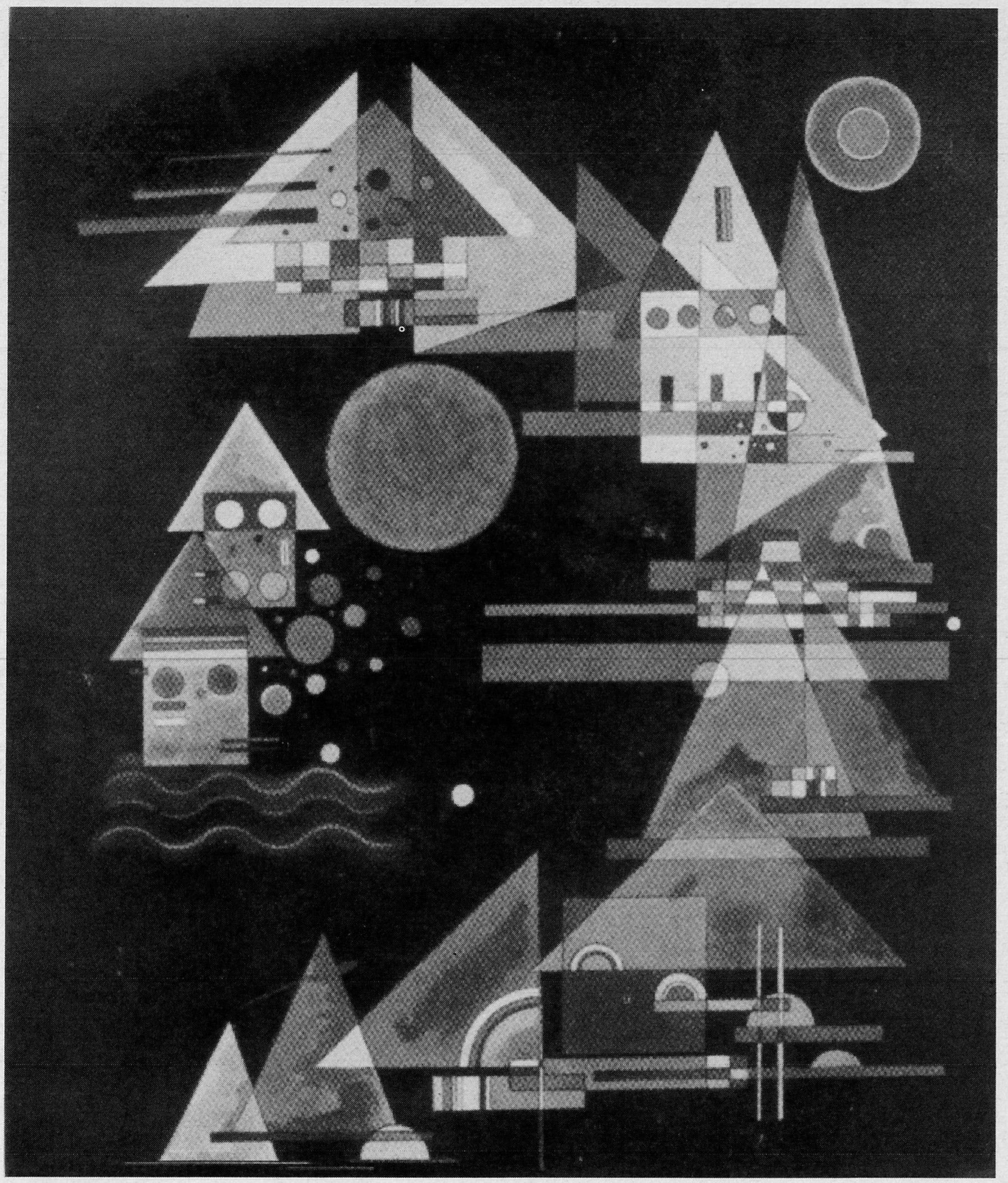
Der Gegensatz zwischen realistischer und abstrakter Darstellung erscheint menschheitsgeschichtlich erstmals im Übergang von der Alt- zur Jungsteinzeit. Die realistischen Höhlenmalereien (die im südfranzösischen Lascaux bis in die Mitte des 14. vorchristlichen Jahrtausends zurückgehen) der altsteinzeitlichen nomadisierenden Jäger und Sammler dienten magischen Zwecken. Der Erfolg der Jagd sollte durch möglichst getreue Darstellung der Beutetiere gesichert werden. Ebenfalls dienten Mimik und Tanz als Nachahmung (Mimesis) des Herbeizuführenden direkt Zwecken des Alltagslebens.[5]

Hier nun zeigt sich bereits in aller Schärfe die Bestimmung der Kunst als anthropomorphisierende Widerspiegelung. Denn einerseits sind diese Höhlenmalereien sehr realistisch, detailgetreu, treffen das Typische der dargestellten Tiere – offensichtlich sind sie von „Spezialisten“ verfertigt worden, denn man fand Steinplättchen mit Probeskizzen und Korrekturen. V. Gordon Childe meint sogar, daß diese Spezialisten von der Gemeinschaft der dank der großen Beutetierherden im relativen Überfluß lebenden altsteinzeitlichen Jäger erhalten wurden, daß jedoch die weitere Evolution diese frühe „Spezialistenkultur“ wieder zerstörte, da die Großherden mit dem Ende der Eiszeit abwanderten oder ausstarben.[6]

Andererseits stehen wir erstaunt vor dem Phänomen der „Weltlosigkeit“. „Die Paradoxie in den Gipfelleistungen der Höhlenmalerei aus der Altsteinzeit besteht darin, daß die abgebildeten Tiere, als vereinzelte Gegenstände betrachtet, diese intensive Totalität der Bestimmungen, also eine innere Intention auf Welthaftigkeit zu besitzen scheinen, zugleich jedoch vollkommen isoliert, in ihrem abstrakten Fürsichsein dargestellt werden, als ob ihre Existenz nicht einmal mit dem sie unmittelbar umgebenden Raum, geschweige denn mit ihrer na-



Paul Klee, „Niedrige und höhere Individuen“, aus: Das bildnerische Denken, Basel 1956.



Wassily Kandinsky, Spitzen im Bogen, Tafelbild, 1927.

türlichen Umwelt in Wechselbeziehungen stünde. Sie stehen also – künstlerisch – außerhalb einer jeden Welt, ihre Gestaltung ist letzten Endes weltlos."[7]

Lukács führt diese Weltlosigkeit auf die rein magische Determination dieser Kunst, deren Mimesis sich bloß auf das isolierte Objekt beziehen muß, sowie auf „ihre Fundiertheit in absolut primären Forderungen des Lebens" zurück. Die „Naturschranke" „erscheint noch nicht als solche, vielmehr als angeborener Umriß des menschlichen Lebens selbst". Deshalb evozieren diese Höhlenbilder keine eigene Welt im homogenen ästhetischen Medium.

Die ersten dauernd seßhaften Akkerbaukulturen an Euphrat und Tigris, Nil, Indus und Hwangho waren von der Periodik der Jahreszeiten und Überschwemmungen, von der Bodenqualität sowie, als historisch erste ungewünschte Folge der Gesellschaftlichkeit (hier des Zusammenlebens in großen stabilen Gemeinschaften), von Seuchen und Epidemien abhängig. Alle diese Abhängigkeitsfaktoren waren von den Menschen mit ihrem damaligen Kenntnisstand nicht direkt beeinflußbar.

„Die Welt, und damit auch der Mensch, wurde in zwei Teile aufgespalten – in das Gute und in das Böse; es waren die Ideen des Animismus, der Religion der Geister, der Totenverehrung (eine Folge der Seßhaftigkeit und des Seelenglaubens) – Glaubensinhalte und Gefühle, die, wie wir täglich erleben müssen, auch heute noch fortbestehen und nur mit größter Mühe überwunden werden. Während die Magie der älteren Steinzeit völlig an die Sinnesempfindungen gebunden war und die magische Handlung mit dem Jagdglück in durchaus konkrete Beziehung brachte – da ja beide Handlungen vom Menschen selbst ausgeführt wurden und in seiner Macht standen -, war der Animismus der jüngeren Steinzeit dualistisch, gliederte sein Wissen und seinen Glauben in eine zweigeteilte Welt ein und neigte zur Abstraktion."[8]

Es entsteht die Ornamentik, die als solche weltlos ist, nach ihr die realistische, gegenständliche Kunst. Diese Entwicklung ist universell, sie gilt für Griechenland, Ägypten, China, Indien usf.

Die Ornamente als abstrakte Symbole sind nun „intellektualistischer" als gegenständliche Darstellungen, „doch erstreckt sich diese Verstandestätigkeit nicht auf konkrete Dinge und Erfahrungen; diese Aktivität

könnte man eher als logisch, nicht aber als rational bezeichnen."[9] Diese Logizität bedeutet keineswegs Vernünftigkeit, wie ja auch Wittgensteins logizistischer Positivismus vor allen menschlichen Existenzfragen kapituliert und der Beliebigkeit anheimstellt, da vernünftige Rede darüber nicht möglich sei.[10] Deshalb steht diese logizistische Form sowohl „primitiven" wie dekadenten Kulturstufen zur Verfügung: „Die Auslese unter diesen Elementarformen (der ornamental-gegenstandslosen Kunst, R. P.) wurde in primitiveren Kulturepochen von einer unbewußten, nicht reflektierenden Gefühlssphäre aus, man könnte sagen fast instinktmäßig, getroffen. In der modernen Ära wird jene Auslese von einem exakten und bewußten Willensakt geleitet. Doch die Hinneigung zu solchen geometrisch-strukturellen Elementarformen beweist gerade ein Sichhingeben an die unbewußte Instinktsphäre, wobei vorsätzlich auf das von der Ratio geleitete Bewußtsein und auf die damit verbundenen Verpflichtungen und Schwierigkeiten verzichtet wird."[11]

Für diese frühe, ornamentale Periode der darstellenden Kunst, für den noch magisch determinierten Tanz usf. gilt die Bestimmung Hegels, der idealistisch als Tätigkeit des Begriffs umschreibt, wie die Bewußtwerdung des Menschen sowohl über seine Umwelt als auch über sich selbst – als Selbstbewußtsein – historisch geschieht: „Die nächste Form derselben (der Tätigkeit des Begriffs, R. P.) ist dadurch bestimmt, daß wir uns hier noch ganz auf der ersten Stufe befinden, die wir als die *unmittelbare* bestimmt haben, Stufe der unmittelbaren Einheit. Aus dieser Bestimmung der Unmittelbarkeit folgt, daß wir es hier mit ganz abstrakten Bestimmungen zu tun haben, denn unmittelbar und abstrakt sind gleich. Das Unmittelbare ist das Sein; im Denken ist ebenso das Unmittelbare das Abstrakte, das sich noch nicht vertieft hat in sich und sich dadurch noch nicht durch weiteres Reflektieren erfüllt, konkret gemacht hat."[12]

Leonardo da Vincis berühmtes Abendmahl (siehe Seite 14) (eine Mosaikkopie ist in der Wiener Minoritenkirche zu sehen) ist morphologisch streng geometrisch gegliedert: die vier Dreiergruppen der Apostel, auf die durch die vier nach oben weisenden Tischböcke besonders hingewiesen wird, Christus in der exakten Bildmitte, der seinerseits durch die zentrale hintere Türe betont wird. Diese für die Renaissance typische „monumentale" Gliederung kann mit Klees geometrischer Studie (siehe Seite 15), die sich ihrerseits auf das Ornament bezieht und die den vertikalen Schlüssel des Aufbaus dieses Gemäldes anzeigt, verglichen werden. Dennoch läßt es Leonardo mitnichten bei diesem geometrischen Aufbau, sondern gestaltet das Bild mit vollster individualisierter Gegenständlichkeit – er schafft also nicht bloß eine (ornamentale) Form, sondern diese dient als Basis für den Inhalt des Kunstwerks: eine vollständige, intensive Totalität, Welt, Welthaftigkeit.

Kandinskys Dreiecke (siehe Seite 16) evozieren eine kreisförmige Bewegung von links oben über rechts oben über rechts unten nach links unten. Außer den Formen der abstrakten Dreiecke, den hier nicht abgebildeten Farben, wirkt das Bild vor allem durch die Bewegtheit dieses Bogens. Es evoziert aber außerhalb dieser abstrakten Bewegtheit keine „eigene Welt", weder eine eigene des Kunstwerks, noch eine dem Menschen eigene. Rubens' Gemälde (siehe Seite 19) folgt, hier typisch barock, morphologisch dem selben Bogen, jedoch trägt bei Rubens diese Form eine immense Welthaftigkeit.

Die (abstrakte) Moderne und der Faschismus

Julius Mende teilt in seinem Artikel das geläufige Vorurteil, der deutsche Faschismus hätte abstrakte und formalistische Kunst verfolgt. Es stimmt ganz einfach nicht, daß das Dritte Reich eine einheitliche negative Politik gegenüber den Formalisten betrieb.[13] George L. Mosse stellt im Vorwort zur deutschen Ausgabe seiner Untersuchung der völkischen Ideologie lapidar fest: „Aber in den letzten Jahren hat uns die Forschung einen deutlicheren Zusammenhang von völkischem Denken und Technik gezeigt, als wir ursprünglich angenommen hatten. Der Nationalsozialismus war nicht nur mit moderner Technik verquickt, sondern auch mit der modernen Kunst, Architektur und Design."[14]

Der ästhetische Irrationalismus der Weimarer Republik speiste sich aus verschiedenen ideologischen Quellen, die freilich zuletzt bis auf wenige Ausnahmen im großen Fluß der völkischen Ideologie zusammenliefen. Die „Vordenker" des Faschismus blieben jedoch unbedankt. „Der nordische Tiefsinn kehrte sich gegen jene, die ihn zunächst ohne böse Absicht in reinster Form zu repräsentieren geglaubt hatten. Rosenbergs Propagierung des ‚ästhetischen Willens' entspricht auf weiten Strecken genau jener expressionistischen Auffassung, die er im gleichen Atemzug immerfort als das Werk jüdisch-bolschewistischer Mestizen diffamiert."[15]

Es ist zutiefst unwahr und ein typisches Beispiel der manipulativ gelenkten irrationalistischen Nachkriegsideologie, wenn „Realismus" als „totalitär" dem Faschismus und Sozialismus zugeordnet wird, während die abstrakte Moderne als eigentlich „freie Kunst" abgefeiert wird – Julius Mende sieht seinerseits diese Konfusionierung nicht präzise genug, da er beide Alternativen als künstlerisch gleichwertige Möglichkeiten aufzufassen scheint.

„Konfrontiert mit ‚Nazi-Klassizismus' und sozialistischem Realismus sehen wir ‚realistische' Kunst eher im Dienste totalitärer Regime, während der gedankliche Kontext der abstrakten Moderne geradezu zum Synonym für geistige Freiheit und gesellschaftlichen Pluralismus erhoben wurde. An der Vorgeschichte des Dritten Reiches läßt sich diese Auffassung nicht bestätigen, wobei daran erinnert werden muß, daß die Inhalte des deutschen Faschismus nicht von Hitler erfunden wurden, daß aber die heute als nationalsozialistisch charakterisierte Kunst offiziell erst dominant geworden war, als eine spezifische Richtung dieser Bewegung sich durchgesetzt hatte. Lenkt man den Blick auf die kulturellen Vorstellungen der Bewegung vor 1933 und den hierfür zuständigen Personenkreis, auf Mitkämpfer wie Paul Fechter, Mitglieder wie Emil Nolde, Sympathisanten wie Richard Müller-Freienfels und auf Josef Goebbels selbst, dann finden wir bei ihnen auch solche Vorstellungen, wie sie der klassischen Moderne zugrunde liegen und in den Schriften Kandinskys und Mondrians formuliert wurden."[16]

Otto Andreas Schreiber, bereits vor 1933 SA-Mann und NS-Studentenführer, Schriftleiter der NS-Zeitschrift „Die Kunst der Nation", bemerkte anläßlich der Futuristen-Ausstellung 1934 in Berlin, daß die Italiener, gemeint waren die avantgardistischen Futuristen, kaum Einfluß auf die deutsche Malerei ausüben könn-

ten, „da vor zwanzig Jahren die deutschen Expressionisten weitaus tiefer und gründlicher in der Richtung Neueroberung künstlerischer Grundelemente vorgestoßen sind und zugleich dem nordischen Menschentum neue Möglichkeiten eröffneten.“[17] Der expressionistische Dichter Georg Heym wurde 1935 in der Zeitschrift „Das innere Reich“ publiziert. Der Direktor der Berliner Nationalgalerie Alois Schardt hing die Expressionisten bis 1937 im Obergeschoß aus. Der Reichsjugendführer Baldur von Schirach förderte noch 1942 in Wien eine Ausstellung der Expressionisten.[18]

Auch auf musikalischem und literarischem Gebiet war Baldur von Schirach modern. Ein von ihm verfaßter und „Adolf Hitler, dem Führer“ gewidmeter Gedichtband „Die Fahne der Verfolgten“, wo er in diversen Gedichten offen zum Massenmord aufrief, wurde von Herbert Müntzel als Liederzyklus vertont. Im Juni 1934 lobte der Kritiker der Monatsschrift „Die Musik“, dem „Amtlichen Mitteilungsblatt der Reichsjugendführung“, in dieser Musik werde „dem Bild einer neuen Romantik nachgefragt; vielleicht von der Art, die Goebbels als ‚romantischen Realismus‘ bestimmt hat“. Der Zyklus sei besonders hervorzuheben, „nicht bloß weil er, durch die Wahl der Gedichte Schirachs als bewußt nationalsozialistisch markiert ist ...“[19]

Dekadenz

Das Phänomen der Dekadenz, also des Verfalls, kann deduktiv, analytisch ableitend, oder induktiv, von den einzelnen literarischen, künstlerischen und ideologischen Erscheinungen ausgehend, erfaßt werden. Für beide Herangehensweisen finden sich in der marxistischen Tradition exemplarische Beispiele.

Georg Lukács fundierte seine Dekadenztheorie 1938 in dem Aufsatz „Karl Marx und das Problem des ideologischen Verfalls“. Weniger bekannt ist, daß sein Moskauer Freund und Kampfgefährte Michail Lifschitz, dem wir den großartigen Materialband „Marx und Engels über Kunst und Literatur“[20] verdanken, bereits 1933 in einer Studie „Johann Joachim Winckelmann und die drei Epochen der bürgerlichen Weltanschauung“[21] anhand der Rezeptionsgeschichte der Kunst des griechischen Altertums den bürgerlichen Verfall untersuchte.

Lifschitz verwendet zwar die Begriffe Epoche und Periode teils mißverständlich und auswechselbar, es ist jedoch klar, daß er sich auf den Leninschen Epochenbegriff bezieht.

„Es ist von großen geschichtlichen Epochen die Rede; in jeder Epoche gibt es wie bisher so auch künftig einzelne Teilbewegungen bald vorwärts, bald rückwärts, gibt es wie bisher so auch künftig verschiedene Abweichungen vom Durchschnittstypus und vom Durchschnittstempo der Bewegungen. Wir können nicht wissen, mit welcher Schnelligkeit und mit welchem Erfolg sich einzelne geschichtliche Bewegungen der jeweiligen Epoche entwickeln werden. Wir können aber wissen und wissen tatsächlich, *welche Klasse* im Mittelpunkt dieser oder jener Epoche steht und ihren wesentlichen Inhalt, die Hauptrichtung ihrer Entwicklung, die wichtigsten Besonderheiten der geschichtlichen Situation in der jeweiligen Epoche usw. bestimmt.“[22]

Der Epochenbegriff ist durch die Scholastik des kodifizierten Marxismus-Leninismus weitgehend diskreditiert. Es muß hier unterstrichen werden, daß ihm keinerlei mechanisch-kausale oder geschichtsteleologische Notwendigkeit anhaftet. Klassen können ihre historischen Aufgaben durchaus verfehlen – wie dies die deutsche Bourgeoisie 1848 tat. Der Begriff ist freilich analytisch notwendig, um die konkreten Möglichkeiten und Aufgaben der Klassen bestimmen zu können.

Lifschitz differiert allerdings gegenüber der Leninschen Einteilung von 1915. Für diesen ist die „übliche Einteilung der geschichtlichen Epochen, die in der marxistischen Literatur vielfach anzutreffen ist, ... folgende: 1. 1789 – 1871; 2. 1871 – 1914; 3. 1914 – ?“[23], jener zeichnet ausführlichere Kurzporträts der drei Perioden.

Die erste Periode des Bürgertums beginnt mit dessen Machtergreifung 1789 in Frankreich. Aus dem *citoyen* schält sich der *bourgeois*, der Kapitalbesitzer, heraus. Die bürgerliche Gesellschaft konsolidiert sich im nationalen Rahmen. „Die Bourgeoisie *beginnt* also ihr Regiment.“[24]

Die zweite Periode beginnt nach Erschöpfung der revolutionären Mission der Bourgeoisie, während die Arbeiterklasse noch nicht die Macht ergreifen kann. Die gescheiterte demokratische deutsche Revolution 1848, der Aufstieg des Bismarck-Reiches, der Sturz der Pariser Commune kennzeichnen sie.

Schließlich leitet der I. Weltkrieg mit den revolutionären Erschütterungen der Jahre 1917 – 1923 die dritte Periode, die der überreifen, faulenden, imperialistisch – parasitär gewordenen bürgerlichen Gesellschaft ein. Zugleich kann der Imperialismus bereits als die Epoche der Aktualität der gesellschaftlichen Machtergreifung durch das Proletariat definiert werden.[25]

Die künstlerische, überhaupt kulturelle Entwicklung des Bürgertums bilanziert Lifschitz folgendermaßen:

„Die Kunst der bürgerlichen Epoche scheint den Kreis ihrer Entwicklung vollendet zu haben. Von den abstrakten Idealen des Klassizismus war sie zu den Leiden und Freuden lebendiger Menschen in künstlerischer Form übergegangen. Doch dieser Mensch, historisch begrenzt, war eine Personifizierung der privaten Lebensweise. In der Aufstiegsepoche der bürgerlichen Demokratie ist diese Enge der gesellschaftlichen Bedingungen unter der Hülle der realen Fortschrittstendenz verborgen. In der Epoche des Imperialismus tritt die elementare räuberische Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft offen zutage, und die *Menschenrechte* erfahren ihre logische Vollendung im Recht auf *Unmenschlichkeit*.

Die bürgerliche Gesellschaft scheint ihre früheren rationalen Grenzen verloren zu haben, sie kehrt zum *Naturzustand* zurück.“[26]

Dieser ist nicht mehr der gutmütige der Aufklärer, sondern Hobbes' „Naturzustand“ des *bellum omnium contra omnes*, des Krieges aller gegen alle.

„So wiederholt sich auf allen Gebieten und auf allen Ebenen der modernen bürgerlichen Kultur die gleiche Erscheinung. Das Bild von der friedlichen Konkurrenz der Einzelpersonen, von deren Interessen stillschweigend angenommen wurde, sie ließen sich ausgleichen, weil ‚unterm Himmel Platz genug für alle ist‘, wurde von der Rechtfertigung des offenen Raubtiergebarens, der nietzscheanischen Idee des gnadenlosen Wetteifers, der ‚Agonistik‘, abgelöst. Dieses neue Weltbild gründet sich bereits auf das Eingeständnis, daß der Platz unterm Himmel nur für wenige ausreiche.“[27]

Gerade gegen diese These hatte sich die erste, aufsteigende Periode der bürgerlichen Kunst formiert: gegen das ästhetische Normendiktat der „tragédie classique“, deren janseni-

Peter Paul Rubens, Maria mit Heiligen, Farbentwurf, 1628.

stischen geistigen Hinter- und Untergrund Lucien Goldmann ausführlich untersuchte,[28] war Lessing angetreten. Allerdings ist der jansenistische *deus alienus*, der verborgene Gott, der nur wenige Erwählte der Gnade teilhaftig werden läßt, als Ideologem der französischen Beamtenaristokratie, der *noblesse de la robe*, keineswegs die imperialistische Bestie der bürgerlichen Dekadenz. Tragisch erscheint bei Racine ja gerade das Faktum, daß nur wenige erwählt sind.

Der Russe Lifschitz seinerseits konnte auf *den* bolschewistischen Literaturtheoretiker zurückgreifen, auf Wazlaw Wazlawowitsch Worowski,[29] der bereits 1908 „Über den ‚bürgerlichen Charakter' der Modernisten" schrieb und auf die Differenz von fortschrittlicher und reaktionär gewordener Bürgerlichkeit zurückgriff.[30]

„Als die Welle der gesellschaftlichen Bewegungen abebbte", also nach der Revolution von 1905, entstand eine neue literarische Schule, „die heute in der Literatur die führende Stellung innehat und Lew Tolstoi, Korolenko und Gorki vom Kunstmarkt verdrängte." „Diese Literatur rückte nicht das Gesellschaftliche, sondern die Persönlichkeit in den Vordergrund, nicht das allgemeine, sondern das individuelle Wohl." Vor allem zog man „die sexuellen den geistigen Bedürfnissen vor."

„Am charakteristischsten war, daß in dieser ganzen übersteigerten Verherrlichung der natürlichen wie auch der widernatürlichen sexuellen Beziehungen die Herren Schriftsteller sich als große Neuerer fühlten, Kämpfer für die Zukunft, Pioniere der ‚Freiheit', ‚Revolutionäre', denn sie ‚zerstörten' alte Vorurteile, brüchig gewordene Begriffe, Fesseln eines freien Lebens! Sie ‚befreiten' die Menschheit für neue Seinsformen, hauptsächlich aber für neue Formen der Liebe ..."

„Da aber traten Leute auf, die so frech waren, diese Harmonie zu zerstören. Es erschien ein literaturkritischer Sammelband unter dem Titel ‚Der literarische Verfall'.[31] Hier unterzog eine Gruppe von Leuten, die auf der Position des historischen Materialismus stehen, unsere neueste Literatur mit allen ihren Schwankungen bald zur Pornographie, bald zur Mystik, bald auch zum Anarchismus einer scharfen Kritik."[32]

„Aber eine Amoralität, die das Recht des Starken und Frechen sanktioniert, predigt gerade Herr Arzybaschew in seinem ‚Sanin'. Diese Predigt ist schon aus dem Grund kein Fortschritt, weil eine solche Amoralität mit ihrem Triumph der räuberischen Gewalt den faktischen Inhalt der ‚alten Ordnung' bildet. Die Moral dieser Ordnung, die wahrlich niemals nützlich und maßvoll war, wurde nun allerdings von den Stürmen der Zeit davongeweht und ist zur schäbigen Schablone herabgesunken. In Wirklichkeit herrschte die Amoralität des Starken und Frechen. Als Sanin sie zur Lebensregel erhebt, wiederholt er nur sinnlos die wirklichen Lebensregeln der alten Räuber – sinnlos deshalb, weil diese hinreichend klug waren, um, selbst amoralisch agierend, das Banner ihrer verflüchtigten Moral dennoch als verbindlich für die anderen hochzuhalten.

... Die literarische Reaktion ist lediglich in der Lage, die Ideen der gesellschaftlichen Reaktion aufzuwärmen. Und darin erblicken all die Herren Pilski das ‚einzig Revolutionäre'! Ja freilich, sie haben recht, es ist ‚revolutionär', allerdings nur in einem Sinne: Es ist konterrevolutionär!"[33]

Herr Pilski wurde im I. Band des „Literarischen Verfalls" in einem Artikel über die moderne Presse von S. Iwanowitsch als typischer Vertreter der „gelben" Presse (im selben Sinne, wie von „gelben" Gewerkschaften gesprochen wird), die jedoch „auf revolutionären Stelzen" läuft, dargestellt. Sanin, der Held eines seinerzeit sehr bekannten Romans von Michail Petrowitsch Arzybaschew, ist ein ehemaliger Revolutionär, der sich dem zynischen „Lebensgenuß" hingibt und prätendiert, dies sei echt revolu-

tionär. Gorki charakterisierte ihn als „geistig elenden Menschen", Michail Olminski schrieb in der „Prawda" 1913: „Arzybaschew bringt mit seinem ‚Sanin' unsere ganze gesellschaftliche Sache in Verruf und setzt, der Grundaussage des Romans nach zu urteilen, die Losung: ‚Wodka und Mädels!' an die Stelle der Losung ‚Proletarier aller Länder, vereinigt euch!'"[34]

Damit ist zugleich belegt, daß zwar erst die Epochentheorie das theoretische Fundament der Dekadenztheorie legt, jedoch die Dekadenz als ästhetisches Phänomen schon zuvor und unabhängig von jener wahrgenommen werden konnte. Wo Lifschitz und Lukács deduktiv verfahren, verfährt Worowski induktiv.

Im „Totentanz der Weltanschauungen" (Lukács) geriert sich bürgerliche Kunst, die nichts historisch Progressives mehr zu vertreten hat, als konformistischer Nonkonformismus, respektabler Revolutionarismus, Befreierin von allem und jedem, als große Zerstörerin überkommener Zwänge usf. Der Anschlag der Dekadenz richtet sich nicht bloß auf die Basis des gesellschaftlichen Lebens überhaupt, sondern auch gegen die desanthropomorphisierende und anthropomorphisierende Widerspiegelung als Erkenntnis. Die Wissenschaft, v. a. die „Technik" versklavt uns, das „Diktat der künstlerischen Formen" beengt uns. Daß diese Zerstörung der Vernunft zugleich Zerstörung großer Kunst und der mit ihr gegebenen ästhetischen Selbsterkenntnis der Gattungsmäßigkeit des Menschen ist, dieser Zusammenhang konnte hier nur angedeutet werden. Daß aber die Spätformen der Dekadenz auf die abstrakte Unmittelbarkeit der Jungsteinzeit zurückgreifen, daß also ein nietzschesscher Kreis scheinbar sich schließt – daß damit Jahrtausende in der Menschheitsgeschichte „zurückgenommen werden" – um diesen Nachweis haben wir uns bemüht.

Noch liegt kein Grund zur Annahme vor, daß diese scheinbare „Zurücknahme" des Fortschritts endgültig ist. Aber selbst wenn sie es wäre, kann dennoch nicht in Vergessenheit geraten, was man in der klassischen Antike über den Cato sagte und was eines der Lieblingsworte des alten Lukács war:

VICTRIX CAVSA DIIS PLACVIT SED VICTA CATONI.

Die siegende Sache gefiel den Göttern, doch die besiegte dem Cato. ■

Anmerkungen

1 Johann Georg Hamann, Aesthetica in nuce. Eine Rhapsodie in Kabbalistischer Prose, in: Sämtliche Werke, Bd. 2, Wien 1950, S. 197.

2 Nicolas Tertulian, La grande esthétique marxiste, in: Georges Lukács, Paris 1980, S. 202.

3 Georg Lukács, Die Eigenart des Ästhetischen, Bd. I, S. 208.

4 Gott freilich erkennt auch die Einzelnen – denn er muß nicht abstrahieren. Die Abstraktion gilt also nicht als Vorzug, sondern als Mangel humanen Intellekts.

5 Von der umfangreichen Literatur über die realistische Mimesis des Paläolithikums seien hier beispielhaft angeführt: Adama van Scheltema, Die Kunst der Vorzeit, Stuttgart 1950; G. Bataille, Lascaux oder die Geburt der Kunst, Genf 1955; A. Laming, Lascaux – Am Ursprung der Kunst, Dresden 1962; A. Hauser, Sozialgeschichte der Kunst und Literatur, München 1955; R. Bianchi Bandinelli, Wirklichkeit und Abstraktion, Dresden 1962, behandelt dieses Thema bloß kursorisch. Zum Übergang von der Alt- zur Jungsteinzeit (der englischen Marxist V. G. Childe prägte hierfür den Begriff der „neolithischen Revolution"): V. Gordon Childe, Der Mensch schafft sich selbst, Dresden 1959; V. Gordon Childe, Stufen der Kultur, Stuttgart 1952; H. Kühn, Das Erwachen der Menschheit, Frankfurt am Main 1954; R. R. Schmidt, Der Geist der Vorzeit, Berlin 1934.

6 V. Gordon Childe, Stufen der Kultur, S. 51 ff.

7 Georg Lukács, Die Eigenart des Ästhetischen, Berlin 1987, Bd. I, S. 433.

8 R. Bianchi Bandinelli, Wirklichkeit und Abstraktion, Dresden 1962, S. 13 f.

9 R. Bianchi Bandinelli, S. 15.

10 „Worüber man nicht reden kann, darüber muß man schweigen." Dieser Schlußsatz des „Tractatus" postuliert schweigende, beliebig handelnde Einzelne.

11 R. Bianchi Bandinelli, S. 15.

12 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Vorlesungen über die Philosophie der Religion I, Werke Bd. 16, Frankfurt/Main 1969, S. 307.

13 Hildegard Brenner, Die Kunstpolitik des Nationalsozialismus, Reinbek 1963; eine sehr wertvolle und materialreiche Untersuchung legte unlängst Peter Ulrich Hein vor: Die Brücke ins Geisterreich. Künstlerische Avantgarde zwischen Kulturkritik und Faschismus, Reinbek 1992.

14 George L. Mosse, Ein Volk, ein reich, ein Führer. Die völkischen Ursprünge des Nationalsozialismus. Königstein / Ts. 1979, S. 4 f.

15 Hein, S. 58.

16 Hein, S. 58 f.

17 zitiert nach Peter Demetz, Worte in Freiheit. Der italienische Futurismus und die deutsche literarische Avantgarde 1912 – 1934, München 1990, S. 339 f.

18 Hein, S. 257 ff.

19 Der Kritiker war Theodor W.(iesengrund)-Adorno. Der Fall ist dokumentiert in der Frankfurter Studentenzeitung Diskus, Jg. 13/1963, Nr. 1; leichter erreichbar im Anhang des Briefwechsels Hanna Arendts mit Karl Jaspers, München 1985, S. 830. Arendts Kommentar in einem Brief vom 4. Juli 1966: „Die eigentliche Infamie bestand darin, daß er, halbjüdisch unter lauter Juden, diesen Schritt natürlich ohne Informierung seiner Freunde getan hat. Er hatte gehofft, mit der mütterlich italienischen Seite (Adorno versus Wiesengrund) durchzukommen." Über Adornos Rechtfertigungsversuch 1963: „unbeschreiblich kläglich". – Ich muß sagen daß ich diesen ‚respektablen' Revolutionarismus zutiefst verachte", so schrieb der alte Lukács am 12. August 1967 an Cesare Cases über Adornos „Negative Dialektik", und gegenüber dem rumänisch-französischen Philosophen Nicolas Tertulian präzisierte er bei einem von dessen letzten Besuchen in Budapest die fundamentale Differenz bezüglich des Freiheitsbegriffs: „Adorno verneint das Wesentliche der freien Handlung: die Tatsache, daß sie auf *Alternativen* beruht." Dem verwunderten Tertulian wies er die Stelle nach: Seite 223 der deutschen Erstausgabe. – Der Bericht über das Gespräch in Budapest in: Nicolas Tertulian, Notes sur le dernier Lukács, in: derselbe, Georges Lukács, Paris 1980, S. 291.

20 Gemeinsam mit F. P. Schiller. Die 1. Ausgabe in Russisch erschien in Moskau 1933, in Deutsch Moskau 1937, dann Berlin 1948 und öfter. Über Lifschitz: László Sziklai, Die kämpferische Ästhetik des Michail Lifschitz, in: Zur Geschichte des Marxismus und der Kunst, Budapest 1978.

21 In: Michail A. Lifschitz, Die dreißiger Jahre. Ausgewählte Schriften, Dresden 1988, S. 85 – 156.

22 Lenin, Unter fremder Flagge, in: Werke Bd. 21, S.134.

23 ebenda, S. 135.

24 Marx, Werke, Bd. 2, S. 130.

25 Lifschitz, S. 87.

26 Lifschitz, a.a.o.

27 Lifschitz, S.140.

28 Lucien Goldmann, Le dieu caché; Paris 1955; deutsch: Der verborgene Gott. Studie über die tragische Weltanschauung in den Pensées Pascals und im Theater Racines, Neuwied und Darmstadt 1974.

29 1871 – 1923. Er war Leiter der illegalen Parteiorganisation in Odessa, enger Mitarbeiter Lenins, wurde in Lausanne bei der Völkerbundkonferenz als Diplomat von weißen Emigranten ermordet.

30 Deutsch im Sammelband: Wazlaw Worowski, Literaturkritik im politischen Kampf, Berlin 1984, S. 182 ff.

31 Literaturny raspad (Literarischer Verfall), Bd. 1 1908, Bd. II 1909, St. Petersburg.

32 Worowski, S. 182 f.

33 Worowski, S. 189 f.

34 zitiert nach Worowski, S. 204.

Dr. Reinhard PITSCH ist Lehrbeauftragter für Philosophie an der Universität Wien.

Einladung

zum

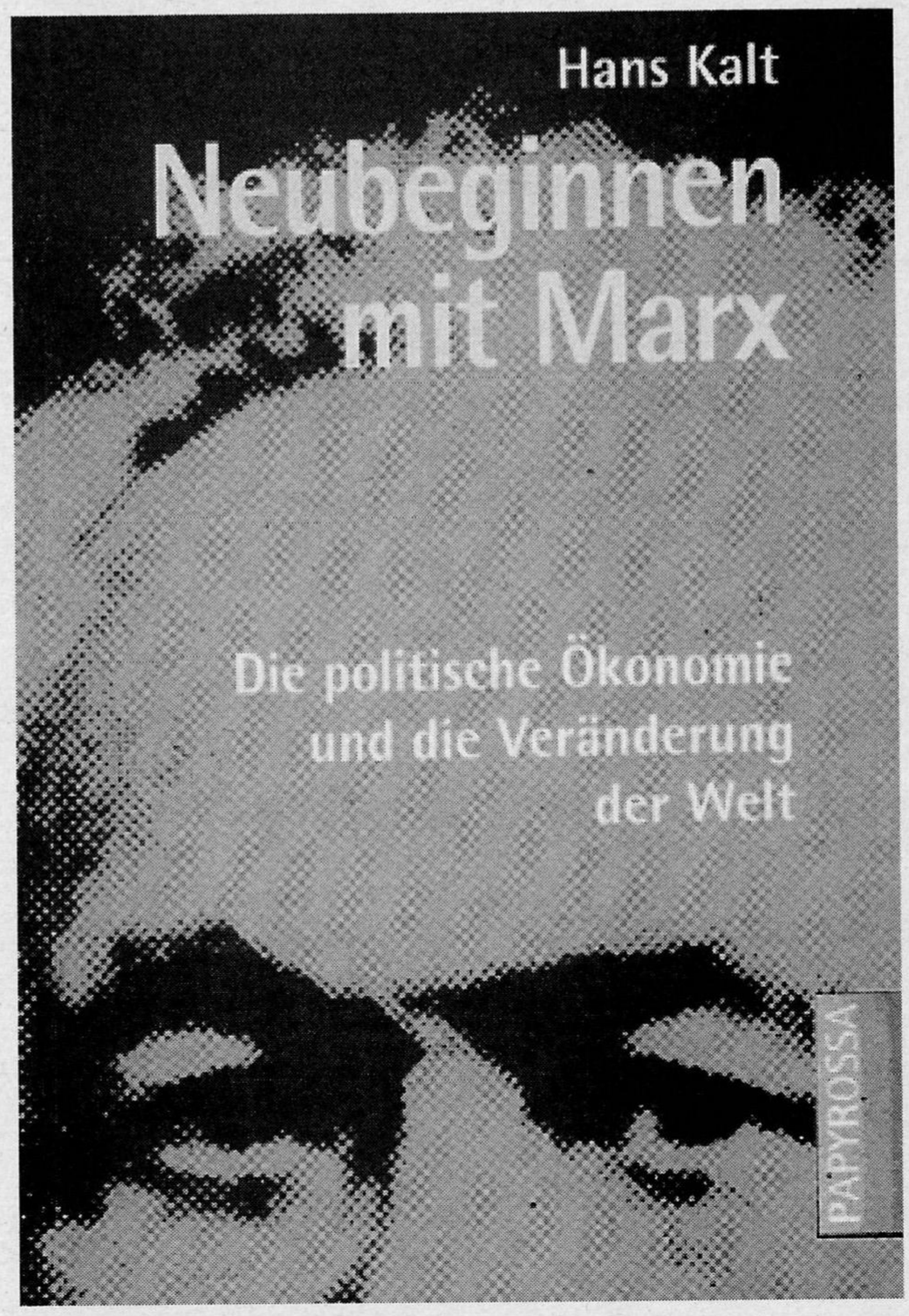
»Weg-und-Ziel«-LeserInnenforum

Zur Debatte steht das Thema dieses Heftes: Ästhetik.

Mittwoch, den 2. Juni 1993, um 19.30 Uhr

im Kulturzentrum Siebenstern, Siebensterngasse 31, 1070 Wien.

Eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Marxistischen Zentrum.



„Den Theoretikern und den politisch Verantwortlichen im kapitalistischen Teil der Welt ist es gelungen, die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Reproduktion mit dem Ziel der Vermeidung systembedrohender Erschütterungen zu regulieren. (...) Die Weltanschauung des Marxismus dagegen hat nach dem Sieg der ersten unter Berufung auf sie erfolgten Revolution die wissenschaftliche Potenz verloren, die Entwicklung der der von ihr initiierten, im Ansatz sozialistischen Produktionsweise zu analysieren und weiterzutreiben. Das war die Hauptsache der in Mittel- und Osteuropa bis nach Zentralasien entstandenen Gesellschaftssysteme.

Wer die Vorgänge der jüngeren Vergangenheit verstehen und die Perspektiven, vor denen die Menschheit steht, erkennen will, muß bei der Analyse jener Basis beginnen, auf deren Grundlage die politischen Ereignisse der jüngsten Zeit abgerollt sind."

Hans Kalt, geboren 1922, war Chefredakteur der »Volksstimme«, Landtagsabgeordneter und langjähriges Führungsmitglied der KPÖ.

PapyRossa-Verlag, Köln, 1993
240 Seiten, 250 Schilling.

Ernst Fridrich
ist am 2. März 1993 gestorben.

Er wurde am 23. Juni 1915 als Sohn jüdischer Eltern in Wien geboren. Er verbrachte seine Kindheit im 2. Bezirk, wo er auch die Realschule besuchte. Bereits damals galt sein besonderes Interesse der Geschichte, der Literatur und der Religion; er maturierte im Fach Religion – unter anderem seinem jüdischen Religionslehrer zuliebe und in Solidarität mit der jüdischen Gemeinde. Sein damaliges Umfeld war bereits durch sozialdemokratisches Gedankengut geprägt. Auf Grund der sozialen Umstände – sein Vater verstarb früh – konnte er kein Universitätsstudium beginnen. Nach der Matura begann er als Angestellter einer Ölfirma zu arbeiten. In dieser Zeit erlebte er die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, die Entwicklung der Klassenkämpfe in Österreich und den Einfluß des deutschen Faschismus. Nach dem Anschluß Österreichs an Deutschland mußte er als Jude mehrmals Demütigungen durch die SA erfahren. Nach einer Perlustrierung durch die Gestapo auf offener Straße, der er sich durch kühne Geistesgegenwart entzog, setzte er sich am nächsten Tag mit Freunden in den Zug nach Vorarlberg und überquerte zu Fuß illegal die Grenze nach Liechtenstein und in die Schweiz. Dort wurde er in einem Internierungslager zum Arbeitsdienst für Feld- und Straßenarbeiten herangezogen. Im Lager selbst nahm er organisatorisch und aktiv am Unterricht für internierte Kinder und Jugendliche teil. Er schloß viele Freundschaften und kam erstmals in engeren Kontakt mit Kommunisten; er erlebte die Kriegsbedrohung durch Hitler-Deutschland, aber auch die Niederlagen, die den Nazis durch die Sowjetunion beigebracht wurden, die die Hoffnung auf eine Heimkehr nährten.

Auf Grund seines Interesses für Nationalökonomie, seiner naturwissenschaftlichen Denkungsart fand er im Marxismus jene Synthese, die als Möglichkeit zum positiven Handeln für die Interessen aller seiner Mitmenschen auch den Kern seiner Begeisterung für die gesellschaftlichen sowie humanitären Anliegen der Sturm und Drang Dichter binden konnte, sodaß er der Kommunistischen Partei beitrat. Er war bis zuletzt der festen Überzeugung, in diesem Rahmen am besten für seine humanitären Ziele eintreten zu können, erhob jedoch nie einen Anspruch auf Ausschließlichkeit, vielmehr schätzte er jeden, bei dem er ehrliches Bemühen für Humanitäres zu orten glaubte – sei es auch von unterschiedlichen gesellschaftlichen Standpunkten aus.

Ob er der KPÖ bereits in der Schweiz oder erst nach seiner Rückkehr nach Österreich beigetreten ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

Bald nach Kriegsende kehrt er aus der Emigration zurück und engagiert sich in der KPÖ. Er lernt seine künftige Frau und Lebensgefährtin bis zuletzt, Lizzi Haas, kennen, die aus der englischen Emigration heimgekehrt ist.

Aus weltanschaulicher Überzeugung tritt er 1948 aus der jüdischen Glaubensgemeinschaft aus, bleibt der jüdischen Geisteshaltung auf Grund seiner Toleranz und seines Zugehörigkeitsgefühls jedoch stets verbunden.

Seine Begeisterung für die Arbeit in der KPÖ lassen ihn auf finanziell günstigere Angebote sowie auf die Möglichkeit eines Studiums der Volkswirtschaft verzichten. Er tritt voll in den Dienst der KPÖ, der er als Wirtschaftsstatistiker mit Rat und Tat zur Seite steht. Auch in der Freizeit ist er begeisterter Funktionär der Partei. Dabei läßt er sich nicht von innen- oder außenpolitischen bzw. ideologischen Krisen kopfscheu machen; ihm kommt es auf grundlegende humanitäre Ideen an. Dies bekundet er als Diskussionsredner sowie in zahlreichen von ihm verfaßten Artikeln (u.a. im »Weg und Ziel«, Anmerkung der Redaktion) – auch noch in den letzten 18 Jahren, nach dem er nach einem Herzinfarkt frühzeitig in Pension gehen mußte. Auch in der Zeit seiner Pension ist er durch sein übermäßiges Eintreten für ihn wichtig erscheinende Dinge geistig jung geblieben und hat viele ältere wie junge Menschen begeistert. All dies war mitgetragen von seiner ebenso aufopferungsvollen und verständnissvollen Frau.

Als sein Sohn habe ich die Toleranz meines Vaters vielleicht am tiefsten empfinden können, obwohl immer von seinen Überlegungen überzeugt, aber nie überheblich, versuchte er nicht, mich zu indoktrinieren oder mich in eine bestimmte Richtung zu drängen; so fühlte ich mich immer frei in meinen Entscheidungen, doch dankbar für seinen Rat, der mir und vielleicht auch anderen in Hinkunft schmerzlich abgehen wird.

Das Positive nach seinem so unerwarteten Abtritt bleibt sein Leben als Vorbild, das er bis zuletzt aktiv gestalten konnte.

Dr. Leo Fridrich

Realismus und Abstraktion

Ein Problem für die fortschrittliche Ästhetik in der Bildenden Kunst?

Julius MENDE

Die Linke hat sich aus der sogenannten „Realismusdebatte" weitgehend zurückgezogen – wie aus anderen Politikfeldern auch; und dies in Zeiten der Ästhetisierung von allem und jedem, der Behübschung der Architektur durch historistische Zitate, der druckfertigen Ausarbeitung von Texten in jedem Büro, der faktischen Pionierrolle bezüglich der ästhetischen Innovation durch die Werbung und durch das Verschmelzen von Werbung und Kunst – durch Sponsoring bzw. durch die Übernahme der Werbeästhetik in der Kunst.

Die sogenannte Linke nimmt an diesem Verlust ästhetischer Kategorien wenig Anstoß. Ein Teil fühlt sich noch der Realismuskonzeption des sogenannten „Realsozialismus" verbunden und erwartet Abbilder mit deutlich ablesbarer politischer Botschaft. Die anderen machen beim beliebigen Verkauf ästhetischer Muster der Vergangenheit munter mit – alles geht: Zum Beispiel Nietsch auf der Weltausstellung.

Die Anforderungen der Realismusvertreter an Kunstproduktion rühren meiner Auffassung nach aus der Übertragung der Realismusdebatte in der Literatur auf die Bildende Kunst. Daher zum Beispiel der stark erzählende Charakter in bekannten Werken der Malerei zum Beispiel aus der ehemaligen DDR, deren künstlerischer Wert auch im Westen anerkannt ist (Sitte, Matheuer, Tübke, Heisig u.a.). Interessant ist auch, daß Künstler wie Baselitz oder Penk, die aus der DDR stammen, im Westen auch mit neuer Figuration Furore machten. Baselitz, indem er einfach nach DDR-Manier realistisch gemalte Motive auf den Kopf stellt, Penk durch bewußten Primitivismus mit durchaus gegenständlichem Bildinhalt.

Picassos „Guernica" ist ein schöner Grenzfall zwischen Abstraktion im Sinne der klassischen Moderne und Politkunst im Sinne des sozialistischen Realismus mit erzählbarem Bildinhalt. Entsprechend erfreute sich diese Werk wegen der politischen Position und der reich interpretierbaren Formensprache und Symbolik auch des Zuspruchs sogenannter fortschrittlicher, linker Kreise, wenngleich, wie die DDR-Kunstpraxis zeigt, die freie abstrahierende Formensprache Picassos kaum Nachahmer fand. Tatsächlich ist die Differenz Realismus und Abstraktion ein Politikum. Allerdings stellen sich die Dinge komplizierter dar als in der Literatur. Bildsprache ist in der Regel nicht so präzise begrifflich faßbar wie das geschriebene Wort.

Vielfach gilt auch als Kriterium für fortschrittlich oder nicht, ob Kunstformen vom Faschismus vereinnahmbar waren oder nicht (vgl. Pitsch bzw. Diskussionen um Wagner, Stifter, Egger-Lienz). Sowohl die abstrahierend expressive Kunst als auch die ganz abstrakte wurde im Dritten Reich verfolgt. Diese Künstler wurden genauso mit Malverbot belegt wie die kritischen Realisten mit ihrem explizit linken politischen Engagement (Grosz, Dix u. a.).

Während diese Kunst dem Menschenbild des deutschen Faschismus widersprach, wurde der Futurismus mit ebenfalls abstrahierender Formensprache in Italien von Mussolini geschickt funktionalisiert, bzw. widmeten die Künstler sich bewußt diesem „Fortschritt" – ihrem Verständnis nach mit ihrer neuen Kunst für eine neue Zeit.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die beiden Formprinzipien abstrakt und realistisch ebenfalls weltanschaulichen Lagern zugeordnet. Von den Westmächten wurde die abstrakte Kunst gefördert. Die Tatsache für ihre Verfolgung im Dritten Reich galt als Ausweis für ihren demokratischen Grundzug und als Kriterium für die Freiheit der Kunst. Von dieser Seite wurde Realismus mit politischer Ambition gleichgesetzt, mit Nazikunst. Die Totalitarismustheorie wurde in den Kampf der Kunstsströmungen hereingenommen. Kritisch realistische Künstler, wie zum Beispiel Hrdlicka, konnte man damit als Politkünstler diffamieren, während die abstrakte Kunst als politikfrei und somit überhaupt als Inbegriff der freien Kunst galt.

Die Sozialdemokraten in Wien pflegten den „Phantastischen Realismus", den Realismus mit Zuckerguß, die Kommunisten, die kritischen Realisten und die Kirche heimattreuen Realismus bzw. die Abstrakten (Mauer, Galerie St. Stephan). Es ist sicher kein Zufall, welche politische Strömung sich welcher Kunst bemächtigt bzw. wo sich Künstler andienen. Trotzdem scheint mir wichtig festzustellen, daß es, seit es bildende Kunst gibt, abstrakte, abstrahierende und gegenständliche Formensprachen nebeneinander gibt und daß es unsinnig ist, sie gegeneinander auszuspielen. Ob eine Kunstrichtung fortschrittlich oder reaktionär wirkt, hängt vom Gesamt des gesellschaftlichen Ensembles ab und ganz wesentlich vom Rezeptionszusammenhang, das heißt welche Menschen in welcher historischen Situation ein Werk betrachten. Ein realistisch gemalter Bauer kann im Dritten Reich eine gänzlich andere Bedeutung haben als im kollektivierten Rußland oder in Zeiten der sterbenden Landwirtschaft heute. Nur eine Detailanalyse könnte die Differenz – auch in der Malweise – darlegen, die den oberflächlich einfach realistisch gemalten Bauern auch genau historisch zuordbar macht. Auf diese Analyse verzichtet häufig die Gleichsetzung zwischen Nazikunst und sowjetischer Kunst (stalinistischer?).

Die Grammatik des Sehens

Mit der Frage nach der künstlerischen Form im Detail schließt sich auch der Bogen zur abstrakten Kunst, die ja wesensmäßig als „gegenstandslose" definierbar ist. Eine Kunst also,

die natürlich einen gestalterischen Gegenstand hat – Formen und Farben – nicht aber dezidiert auf ein Naturvorbild verweist.

In der Auseinandersetzung mit dem Realismus gerät man leicht in die Falle auf der Ebene des Motivischen, bei der Frage: „Was ist dargestellt?", hängenzubleiben. Die Wahl des Bildmotivs ist aber nur die eine, meist die problemlosere Seite des Schaffensprozesses, die problematischere ist die künstlerische Formgebung. Das edelste zum Beispiel antifaschistische Motiv wird nicht zum Kunstwerk, wenn die große Theamtik formal nicht bewältigt ist.

Wie bei anderen Kunstformen auch ist es legitim, sich bloß oberflächlich betrachtend und geschmacklich urteilend einem Werk zu nähern. Der Kreis der Kunstexperten ist ja klein. Die Entscheidung über die künstlerische Relevanz eines Werkes bedarf aber des geschulten Blickes. Die diversen Elemente des bildnerischen Schaffens: Komposition, Bildaufbau, Raumbehandlung, Lichtführung, Farbwahl, Strukturierung usw. gehorchen bestimmten formalen Gesetzmäßigkeiten. Wie eine rote Fläche (ein Mantel vielleicht) im Bild angelegt ist, wen der Künstler mit dieser Signalfarbe hervorheben will, ist in der vollen Bedeutung nur durch eine Formalanalyse erkennbar – vergleichbar mit dem Mitlesen in der Partitur bei Konzerten. Um diese Analyse anstellen zu können braucht es eine formale Schulung. So wie die Kinder in der Schule die Sprachen lernen und das Alphabet, um überhaupt Texte aufnehmen zu können, wäre das geschulte Auge die Voraussetzung für die tiefere Aneignung eines Werkes der bildenden Kunst. Hier liegt ein Hauptschwierigkeit der meisten Menschen im Umgang mit der abstrakten Kunst.

Abstraktion

Die Abstraktion spielt gewissermaßen mit den formalen Elementen losgelöst von einem naturnahen Gegenstand. Kandinsky, der unbestrittene Erfinder der abstrakten Kunst in den zwanziger Jahren, betonte den Bezug seines Werkes zur Musik. Dort findet sich der gegenständliche Bezug höchstens in der Programmusik, wo also wirkliches zum Beispiel Vogelgezwitscher zu hören ist.

Die abstrakte Kunst spielt mit den genannten Formmitteln. Was in der Musik die Töne, Komposition, Tempi usw. sind, wird in der abstrakten Malerei durch Farbe, Rhythmus, Komposition, Struktur usw. dargestellt. Ähnlich wie in der Musik ist eine gewisse Schulung Voraussetzung, um die Formensprache zu entziffern. Wie die Musik orientiert die abstrakte Kunst auf die Auslösung von Gefühlen bzw. für Interessierte auch auf das geistige Durchdringen der formalen Logik des Werkes. In beiden Kunstsparten geht es nicht um das Schildern eines abbildbaren Sachverhaltes. Allerdings gibt es in der Malerei vielfältige Übergangsformen und Kombinationen zwischen abstrakter und gegenständlicher Darstellung. Auch in der realistischen Kunst wirken die genannten formalen Faktoren zum Beispiel die Farbe in ähnlicher Weise auf die Gefühle wie bei abstrakten Werken – und zwar relativ unabhängig von einem gegenständlichen Inhalt. So ist zum Beispiel die Helligkeit oder die Dunkelheit eines Bildes eine „abstrakte" Botschaft. Wird nur die Grundstimmung, zum Beispiel Gewitterschwüle, farbig dargestellt, lautet der Vorwurf Unverständiger: Hier ist nichts dargestellt! Tatsächlich sind Farben, Formen, Linien, Symbole, Bewegungen usw. dargestellt, aber eben nicht mit gegenständlichem Bezug. Abstrakte Formen und Symbole, die einem gesellschaftlichem Kodex entsprechen, wie zum Beispiel Verkehrszeichen, müssen erlernt werden wie das Alphabet. Genauso wird heute an Schulen im Kunstunterricht die Regelstruktur abstrakter Kunst vermittelt. Während aber der Umgang mit dem abstrakten Symbolsystem Alphabet jahrelang trainiert und benotet wird, sieht man in der bildnerisch-formalen Schulung der Kinder keinen besonderen Wert.

Eine häufige Erklärung für die Entwicklung der abstrakten Kunst ist auch die Erfindung der Fotografie. Tatsächlich gab es ja vor dem fotografischen Verfahren keine andere Möglichkeit der bildhaften Darstellung von Wirklichkeit als die bildnerische. Diese reine Abbildfunktion hat die heutige bildende Kunst weitgehend verloren, außer, wenn bei Gericht keine Fotografen zugelassen werden. Meist verstehen sich daher heute auch realistische Künstler stärker als Interpreten des Gesehenen als in manchen früheren Kunstepochen, wo zum Beispiel die Porträtmalerei ganz wesentlich Abbildtätigkeit war.

Realismus als Prinzip

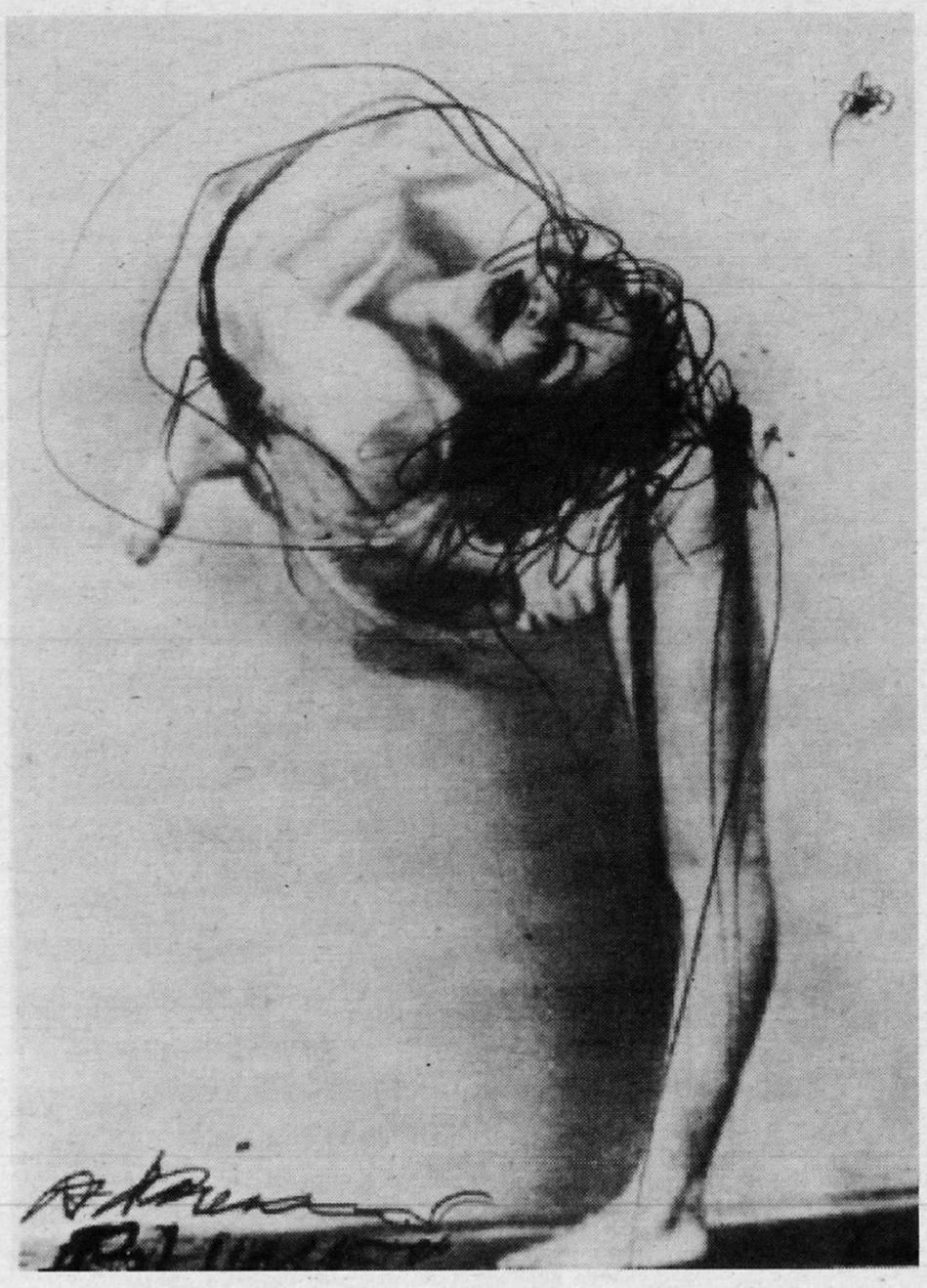
Marxistische Kritiker der zeitgenössischen Kunst etikettieren die vielfältigen Stile der Kunst des 20. Jahrhunderts mit Begriffen wie Dekadenzästhetik, Manierismus, Formalismus, Dekorationskunst usw. Für diese begrifflichen Zuordnungen gibt es Anhaltspunkte. Geht man von einer Konzeption des „faulenden Kapitalismus" aus, so spiegelt sich diese „Fäulnis" entsprechend in der Destruktion der künstlerischen Form mit Extremen, indem Abfall zur Kunst erklärt wird oder das Wühlen in Fäkalien. Man kann an solche Er-

Wassily Kandinsky, Dominierende Kurve, 1936.

scheinungen moralisierend herangehen oder sie als Ausdruck der Dekadenz, also des Abstiegs einer einst vorwärtstreibenden Epoche, verstehen ohne deshalb im Verein mit der politischen Rechten ihre Legitimität zu bestreiten (z. B. Kunstverbot für Nitsch).

Manche Museen moderner Kunst erinnern an Gerümpelhalden. Die ersten Experimente dieser Art reichen in den Dadaismus der zwanziger Jahre zurück (Duchamps Pißmuschel als Kunstwerk). Ohne Frage drückt sich in den kunstzerstörerischen Aktionen der Dadaisten, Aktionisten und Installateure die Zersetzung eines relativ einheitlichen Wertesystems im 20. Jahrhundert aus. Adorno prägte die bekannte Formel, daß nach Auschwitz kein Gedicht mehr möglich sei. Arnulf Rainer übermalte ein Hiroshimabild einfach schwarz, ein doch allgemein verständlicher Ausdruck der Zerstörung. Ich frage mich, warum der Anspruch an große Kunst so bedeutsam ist? Wenn man vom Primat des Inhalts ausgeht und die formale Umsetzung diesem zuordnet, kann doch der Anspruch auf Kunstfertigkeit des Werkes nicht der primäre sein. Für mich ist wesentlich, ob ein Werk eine für mich relevante Botschaft hat – das ist bei Rainers Übermalung der Fall. Der Kunstanspruch wird ja im gesellschaftlichen Kontext formuliert und hängt vom Konsens meinungsmachender Gruppen ab. Die jeweils Herrschenden bestimmen, was Kunst ist und was nicht.

Insofern war es auch konsequent, in der Sowjetunion knapp nach der Revolution nach der adäquaten Kunst zu fragen. Auch damals kam es zu entsprechenden Lagerbildungen. Die Konstruktivisten erklärten sich mit ihren Vorstellungen geometrischer Abstraktion zur künstlerischen Avantgarde im Dienste des Proletariats – eine neue Kunst für eine neue Zeit. Sie produzierten weitgehend an den möglichen Rezipienten ihres Schaffens vorbei. Sie wurden unter Stalin verfolgt und viele zur Auswanderung getrieben. Für die Kunstentwicklung im Westen gingen von diesen Künstlern wesentliche Impulse aus. Stalin erklärte den sozialistischen Realismus zur adäquaten Kunst der Arbeiterklasse. Tatsächlich bemüht sich jede herrschende Gruppe um Hegemonie an der „Kulturfront"; Wie heute die Postmoderne die herrschende Auffassung des „anything goes" zum Ausdruck bringt. Der Anspruch auf kulturelle Hegemonie bedeutet auch, Massen für die gewünschten Werte und ihre künstlerische Ausformung zu gewinnen.



Arnulf Rainer, Blume, aus der Serie Schlangenfrauen, 1975/76.

In der Sowjetunion war auch die „Proletkultbewegung" sehr wirksam, die quasi im Gegenzug zur modernistischen Avantgarde das Proletariat als einzigen legitimen Kunstschöpfer verstand, also das breite Kunstschaffen der Bevölkerung bzw. der aus dem Proletariat hervorgegangenen Künstler forcierte. Als dritter Strang setzte sich die Realismuskonzeption durch – allerdings in pervertierter Form, wie man sich vergewissern kann, wenn man die Moskauer Tretjakow-Galerie durchstreift. Mit der Stalin-Ära vermeint man sich ins 19. Jahrhundert zurückversetzt. Eine bombastische Herrschaftskunst, die auch in den Hochhäusern zum Ausdruck kommt, verdrängt die lebendigen Aufbrüche der Kulturrevolution. Der Anspruch, das beste und höchstentwickeltste Erbe der Kunst in den Dienst der Arbeiterklasse zu stellen, verkam zu pathetisch überfrachteten Werken des Revolutionsklassizismus. Wobei sich durchaus auch Künstler – wie zum Beispiel die Brüder Wesnin, die abstrahierend gearbeitet hatten – der Einsicht beugten, daß ihre Kunst von den Massen nicht verstanden wird.

Dieses Problem stellt sich nur dem, der nicht der Auffassung ist, daß Kunst nur die Nahrung der Besten sei. Jeder auch gesellschaftlich und sozial engagierte Kunstschaffende steht vor dem Vermittlungsproblem seiner künstlerischen Sprache. Wer Kunst für wirkliche oder selbsternannte Eliten schaffen will, hat dieses Problem nicht. Diese Debatten der Kulturrevolution füllen Bände und sind bis heute aktuell – ich kann sie hier nur grob skizzieren.

Die Grundfrage ist: Kunst für den Elfenbeinturm oder eingreifende sozial engagierte Kunst. Letztere wurde bei uns nach dem Zweiten Weltkrieg von den Westmächten bewußt diffamiert und mit der Politkunst der Nazis gleichgesetzt. Will Kunst Gesellschaft mitgestalten, muß sie an den Sehgewohnheiten breiter Bevölkerungsteile anknüpfen, also auch eine pädagogische Funktion übernehmen, die die meisten zeitgenössischen Künstler verweigern. Die Avantgarde der frühen Sowjetunion verstand sich hingegen durchaus auch als Erzieher des Volkes, im leninschen Sinne. So wie die Revolution die alte Gesellschaft zerstört, meinten sie, die traditionellen Bildgewohnheiten zerstören zu müssen, wie dies in dem Majakowski-Stück „1918" zum Ausdruck kommt. In der Zerstörung des Alten liegt der Keim des Neuen. Dies wird in der Etikettierung auch der zeitgenössischen Kunst als Dekadenzkunst meist übersehen. Eine weltoffene künstlerische und kunsttheoretische Haltung würde sich im Interesse allem Neuen gegenüber ausdrücken und dabei die Frage nach dem Anspruch einer realistischen Widerspiegelung der Welt in der Kunst nicht vergessen. Diese kann aber auch mit abstrakten künstlerischen Mitteln geschehen. Die Aneignung dieses historischen Erbes hat die Arbeiterbewegung bis jetzt verabsäumt. ■

Mag. Julius MENDE ist Kunsterzieher, Lehrbeauftragter an der Hochschule für angewandte Kunst und Bundessprecher der KPÖ.

Marginalien zu Lukács' Literaturtheorie*

Leo KOFLER

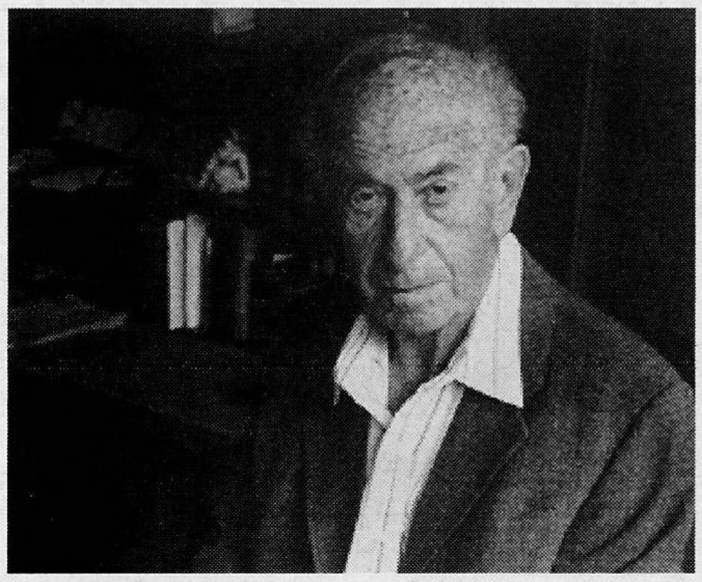
Es kann als ein Zeichen des Niedergangs der geistigen Kultur gedeutet werden, wenn im 20. Jahrhundert, im Gegensatz zu den vorangehenden Epochen, kein einziges geschlossenes System auf den Gebieten der Ästhetik und Ethik angeboten wurde.

Mittlerweile ist Georg Lukács der einzige, der eine systematische Ästhetik publiziert hat (eine Ethik hat er geplant), was sich daraus erklärt, daß im Gegensatz zu anderen geisteswissenschaftlichen Richtungen der Marxismus, zu dem sich Lukács bekennt, eine ungebrochene Geltung nicht nur beansprucht sondern auch besitzt. Es bedeutet zunächst wenig – und es ist an diesem Ort nicht darüber zu reflektieren –, daß diese Geltung oft verknüpft ist mit mechanistischen Deformationen (z. B. Sartres Gleichsetzung der marxistischen Theorie mit der ihr angetanen stalinistischen Verflachung). Unter ihr hatte auch Georg Lukács wegen der Unbelehrbarkeit seiner Kritiker zu leiden; so wenn ihm zum Beispiel der Hang zur „Monokausalität" vorgeworfen wurde oder in neuester Zeit noch dem Marxismus insgesamt eine „Vorliebe für kausale Gesetzlichkeiten" (Luhmann) unterstellt wird, was so viel heißen soll und von Habermas (der auch in anderer Beziehung sich dreiste Ent- und Unterstellungen der marxistischen Theorie leistet) ausdrücklich unterstrichen, die Betrachtung der Geschichte nach „Naturgesetzen".

Gewiß, in Abwehr der sozialpsychologisch irrationalen Prozesse der Entfremdung, die das kritische Hauptproblem des marxistischen Humanismus bildet, wird dem Marxismus der Rationalismus zur allein anerkennenswerten Methode. Die alte, zum Beispiel neuromantische (Dilthey, Spengler, Windelband als Vorläufer und dann Gundolf, v. Kahler, Spann u. a.), das heißt irrationalistische Verwechslung von Gegenstand und Methode bedeutet einen Rückfall gegenüber der rational-dialektischen Forschungsweise. Was nicht heißt, daß sich Marx und Engels der praktischen Gewalt des Irrationalen nicht bewußt gewesen wären. So sagt einmal Marx im „Kapital", 1. Bd.: „Sie wissen es nicht, aber sie tun es", und Engels bemerkt: „Die Menschen tun alles mit Leidenschaft." Auch Lukács ist sich der Rolle der Irrationalität bis in das Kunstschaffen hinein voll bewußt, so wenn er der Arbeitsweise des Künstlers jeglicher Provenienz die „Visualität" und das „Evokative" zuordnet, welch' beide Begriffe keine rationale Schlußformen, sondern ästhetisch-subjektive Erlebnisformen ausdrücken.

Allerdings, die Ästhetik als Wissenschaft hat rational zu verfahren, sie „weiß" somit mehr als der Künstler, weshalb Thomas Mann sich gegenüber Lukács dahingehend äußern durfte, daß er seit der Analyse seiner Romane durch diesen erst recht verstünde, was er geschrieben hat. Es kommt hinzu, daß die theoretische Irrationalisierung der Wissenschaft im allgemeinen und der Ästhetik im besonderen zu jener Mystifizierung des Bewußtseins beiträgt, die in das Vorzimmer zum Faschismus führt; für diesen Nachweis, insbesondere in seinem Werk „Die Zerstörung der Vernunft", hat sich Lukács viele bösartige Angriffe zugezogen.

Der im engeren Sinne ästhetische Hauptvorwurf gegen Lukács geht dahin, daß er sich einseitig der Klassik verschreibe und diese allein gelten lasse. Um dieses Mißverständnis aufzuklären, müssen wir auf das ästhetische Formproblem, wie es von Lukács verstanden wird, zurückgreifen.



Leo Kofler

Für Lukács besteht die Form nicht neben dem Kunstwerk, es wird ihm nicht als eine eigene Werkhandlung aufgepfropft. Die ästhetisch gelungene Form besteht in nichts anderem als in der Art und Weise, die dem Werk zugrunde liegende Aussage (Fabel, Idee, Meinung, tragischer oder heiterer Vorgang usw.) künstlerisch zu bewältigen. Wir kommen darauf noch ausführlich zurück.

Zunächst muß die übliche Verwechslung von Form und Technik zurückgewiesen werden. Der bloßen Technik begegnet Lukács mit relativer Gleichgültigkeit; sofern aber sie in bestimmten Gestalten der Übertreibung die Formtendenzen verdrängt und deshalb die dem Künstler auferlegte Bewältigung des Inhalts, der Aussage, schädigt, begegnet er ihr mit dem denkbar größten Mißtrauen. Die zum Beispiel expressionistische „Vergröberung" von Linie, Farbgebung und Anordnung der Bildteile hat sich – in behaupteter „origineller" Weise – die Aussage oft derart unterworfen, so rücksichtslos assimiliert, daß die Ausformung des Aussageflusses bis zu jener Höhe, die wir noch definieren werden, gestört, ja vielfach zerstört wurde. Die Auswirkungen der expressionsistischen Technik, müssen aber nicht zwangsläufig dieses verheerende Ergebnis zeitigen: Auch die expressionistische Technik ist als Technik, das heißt sofern sie die Bewältigung des Inhalts nicht stört, mit dem „Realismus" (im Sinne von Lukács und nicht des Stalinismus) vereinbar. Heinrich Bölls Buch „Ansichten eines Clowns" ist technisch expressionistisch gestaltet, deutet aber auf einen humanistisch-kritischen und darüber hinaus (wie zu zeigen) realistisch-„klassischen" Inhalt hin; Kokoschka und Schiele bedienen sich, der eine radikaler, der andere gemäßigter, expressionistischer Techniken, bieten aber in der Form realistisch bewältigte Aussagen an usw. Es gibt auch Mischformen wie bei Proust, Joyce und sogar Musil.

Nicht die Techniken unterscheiden die Kunstepochen und Kunstströ-

---

* Der hier veröffentlichte Text aus der Mitte der achtziger Jahre erschien erstmals in der Hamburger Zeitschrift »Sozialismus«.

mungen voneinander, sondern die Inhalte, das heißt, ob die Themen der Antiken, der renaissance-feudalen oder spätfeudalen, der liberalen oder der imperialistischen, der bürgerlichen oder sozialistischen Welt entnommen sind; was die auf die letztere gerichtete Literatur betrifft, hat Lukács in „Volkstribun oder Bürokrat" und in „Wider den mißverstandenen Realismus" heftige Kritik am stalinistischen „Realismus" geübt, er hat diese Kunst als falschen „Realismus" entlarvt, als flachen Naturalismus.

Das Geheimnis des realistisch-dialektischen Formproblems lüftet sich, wenn man sich Klarheit darüber beschafft, daß – abseits der Technikfrage – die allgemeinen ästhetischen Gesetzmäßigkeiten ebenso über die Epochen hinweg ihre Geltung behalten wie das Gravitations- oder Hebelgesetz, obgleich die Verwendungsweise letzterer sich nach der geschichtlichen, einer dauernden Veränderung unterworfenen Arbeitsweise richtet, die auch dauernd andere Menschen hervorbringt. In der Literatur werden diese in dauernder Veränderung befindlichen Menschen und ihre Beziehungen zum Objekt der Kunst; aber indem diese Kunst den gleichen ästhetischen Gesetzmäßigkeiten unterworfen bleibt, gewinnt sie – wenn erfolgreich – den Charakter des Klassischen. Bei Lukács ist es eben die Klassik des 19. Jahrhunderts, die ihn, aus welchen Gründen immer, besonders interessiert: insofern wird sie zum „Vorbild" einer jeglichen Kunst, das heißt ihrer unterschiedlichen ästhetischen Inhalte, wodurch erst die „Kunstepochen" sich verändern, ihre Geschichte offenbaren. Auf eine Formel gebracht, definiert sich die für alle Kunst und Literatur geltende Gesetzmäßigkeit durch die Dialektik von Individualität, Fülle (Vielseitigkeit) und Tendenz. Dies ist des näheren zu begründen. Wir behalten hierbei in erster Linie die Literatur im Auge, weil sich in ihr die Handlung „bewegt" und deshalb die einzelnen ästhetischen Phänomene leichter aufweisen lassen.

Leonardo da Vinci, Studie für eine kniende Leda.

1. Die Form als künstlerische ist stets die Form *des* Inhalts, sie besteht in seiner Bewältigung, in der Art und Weise, wie sich die Menschen äußern, einander begegnen und Folgen „produzieren".

2. Alle echte Literatur hat es – im Gegensatz zur Wissenschaft – mit individuellen Schicksalen zu tun. Sie verallgemeinert nicht a priori, sie soziologisiert nicht vordergründig, wie dies beim Naturalismus der Fall ist. (Über die verschiedenen Arten des Naturalismus werden wir später sprechen.)

3. Die Sprache ist stets die typische Sprache des speziellen, das heißt weiblichen oder männlichen, alten oder jungen, sozial und beruflich bestimmten usw. Individuums. Zum Beispiel in Zuckmayers „Katharina Knie" schlägt die Sprache des Zirkusmenschen deutlich durch. (Daneben kommt selbstverständlich der Sprache die Bedeutung als bloß technisches Mittel zu.)

4. Das Individuum, besonders in der Gestalt des Protagonisten, gibt sich nicht leer und farblos, sondern steht in seiner Zeit, die historisch und gesellschaftlich bestimmt ist; es gehört sichtbar einer Epoche an.

5. Damit hängt aufs engste zusammen, daß das Typische an ihm zum Vorschein kommt.

6. Nicht vernachlässigt werden darf die psychologische Vielseitigkeit und Tiefe.

7. Aus der Begegnung und der Auseinandersetzung mit den anderen Individuen erfließt die Entwicklung der Protagonisten. Sie sind am Ende andere als am Anfang, gleich, ob dieses Ende sich in einem Sieg oder in einer Niederlage, in einer Fortentwicklung oder in einer Reduktion niederschlägt.

8. Die realistische Literatur im Sinne Lukács ist getragen von der unbefangenen Offenheit gegenüber der Erscheinungswelt, die der Dichter zum Gegenstand seines Werkes gewählt hat; er läßt sie unbefangen auf sich wirken, was Schiller mit dem Begriff der Naivität umschreibt: „Naiv ist das Genie, oder es ist keins."

9. Aller echten realistischen Literatur ist alle zeitliche und räumliche Starrheit fremd. Sie steht in der Dialektik von Vergangenheit, Gegenwart

und Zukunft, weshalb sie sich charakterisiert durch den normalen Raum und die normale Zeit (im Gegensatz zu vielen „modernen" Romanen und Theaterstücken).

10. Bei einer geglückten Anwendung der bisherigen Bestimmungen kommt die Perspektive oder Tendenz in ihrer mehr oder weniger humanistischen Gestalt zum Vorschein. Die „Bühne" wird zu einer „moralischen Anstalt" (Schiller).

Erst durch das intuitiv-ästhetische Sichdurchsetzen dieser aufgeführten Bestimmungen wird der ideologische Schein zugunsten des Wesens durchbrochen. Die Kunst und Literatur wird aufklärerisch. Da uns der Punkt 2 von grundlegender Bedeutung erscheint, wollen wir ihn (was wir sonst aus Raummangel unterlassen müssen) mit einem wörtlichen Zitat von Lukács illustrieren: „Balzac versteht die gesellschaftlichen Erscheinungen und Institutionen als Gespinst individueller Beziehungen und Kämpfe, Zola dagegen gleichsam als phantastisches Ungeheuer ..." (Schriften zur Literatursoziologie, 1961, S. 343).

In der Negation zusammenfassend läßt sich sagen, daß es drei falsche Hauptwege in der heutigen Literatur gibt: *erstens* den gewöhnlichen Naturalismus, der bloß beschreibend an der Oberfläche der Erscheinungswelt verbleibt und der Vermittlung zum Wesen entbehrt; *zweitens* jenen modernen Naturalismus, der sich dadurch charakterisiert, daß die Grenzen des gängigen Bewußtseins auch zu den ideologischen Grenzen des Kunstwerkes werden, was soviel heißt, daß das herrschende falsche Bewußtsein den gesamten Aussagebereich des Werkes bestimmt und durchwirkt (so zum Beispiel tritt an die Stelle der Vereinsamung, die eine soziale Kategorie ausmacht, die in der „absurden" Literatur vielzitierte „Isolation", die eine das menschliche Bewußtsein transzendierende Chimäre ohne effektiven Sinn ausmacht); *drittens* ist zu verweisen auf die ästhetische Fehlleistung der sogenannten „absurden Literatur" insgesamt, die sich kennzeichnet durch die Abstraktion von der Fülle und Widersprüchlichkeit des Lebens; hier erscheint das Leben als ein „abgerissenes", wie Günther Anders sagt, als ein gleichsam verdinglichtes übersubjektives (überindividuelles) Schicksal.

Vergleichen wir zur Illustration sporadisch Brecht und Beckett, was einem Vergleich zwischen der realistischen und der „absurden" (abstrakten) Literatur gleichkommt.

In Becketts „Warten auf Godot" entbehrt die Bühne der Fülle, sie ist leer. Nur ein Baum ist vorhanden, der einen ganz bestimmten Zweck erfüllt: Die Leere der Welt und des Lebens, die Wladimir und Estragon, gleichsam außerhalb der normalen Zeit, geschichtslos, ohne eine bestimmte Zuordnung zu einem sozialen Status, deshalb als „abgerissene" Vagabunden dem Scheintun und der Scheinbewegung ergeben, durchleben, läßt sie die Welt als sinnlos erleben und legt den Selbstmord nahe; sie überlegen, ob sie sich aufhängen sollen, wozu sie des Baumes bedürfen. Zugleich wäre aber ein solcher Selbstmord eine wirkliche Tat, aber ihrer sind sie als Akteure des „Absurden" und des „Nichts" nicht fähig. Sie verfallen deshalb auf einen anderen Ausweg, sie hoffen auf ein Wunder, auf das erscheinen des Erlösers Godot. In diesem *vereinzelten* Punkt sehr genau beobachtend (es gibt noch einige solcher Punkte bei Beckett, die wir aber hier nicht behandeln können), erkennt Beckett das Fatum des heutigen, in der kapitalistischen Klassengesellschaft lebenden Menschen, stets auf etwas zu hoffen, also nicht dem Nihilismus verfallen zu sein, jedoch dem Schicksal unterlegen, daß Godot niemals kommt, das heißt die Hoffnung sich niemals erfüllt, Wladimir und Estragon sind zwar keine Nihilisten, aber sie leben im Nihilismus, dessen Gitter niemals durchbrochen werden kann.

Eine solche ästhetische Auffassung wie die Becketts, die infolge der nihilistischen Transposition des Lebens ins „Absurde" von aller geschichtlichen und sozialen Fülle und Widersprüchlichkeit abstrahieren

Leonardo da Vinci, Das Fünf-Köpfe-Blatt.

muß (auch das Paar Pozo und Lucky stellen kein soziales Herr-und-Knechtverhältnis dar – vgl. dazu meine Schrift „Zur Theorie der modernen Literatur"), kann die Figuren des Romans oder des Theaters nicht lebendig variieren, wie dies bei Brecht der Fall ist. Sie bleiben im gesamten literarischen Werk Becketts, was ihre Entwicklungslosigkeit – sie sind stets am Schluß dieselben wie am Anfang: erfahrungslos und gedächtnislos –, ihre soziale Indifferenz oder ihr Scheintun betrifft, fast dieselben (so auch in „Molloy" und in „Endspiel"; in ähnlicher Weise trifft dies auch für die übrige „absurde Literatur" zu und, wenn auch schwieriger nachzuweisen, für große Teile der modernen bildenden Kunst).

Der große Reichtum der Gestalten, ihre historische und gesellschaftliche, bis ins einzelne hinein greifbare Zuordnung bei Brecht führt uns in eine ganz andere, nämlich ästhetisch realistisch (durch unsere zehn Punkte definierte) begriffene Welt. Das anfängliche Mißtrauen von Lukács gegen den Brecht der ersten, in gewisser Hinsicht unzureichend dialektischen und deshalb mechanistischen Periode hat sich angesichts der Weiterentwicklung der Brechtschen Kunst in der Epoche der Emigration gelegt. In seinem Spätwerk, das aber schon lange auf seinem Schreibtisch lag, spricht dann Lukács von Brecht als dem „bedeutenden Dichter und Dramatiker" und von den „bedeutenden Dramen Brechts" (Die Eigenart des Ästhetischen, 2. Halbb., S. 186).

Die sozial genau bestimmbaren, von Fülle strotzenden, im lebendigen Widerspruch von Sünde und Erlösung, das heißt von Entfremdung und Streben darüber hinaus („Reerotisierung") stehenden Gestalten des Brechtschen Theaters erlauben eine fast unendliche Abwechslung und Farbigkeit. Der Richter Azdak, der Soldat Chachawa, das Dienstmädchen Grusche, die Sünderin Shen Teh, die Mutter Courage, der Knecht Matti, die Johanna, Galilei usw. lassen keine abstrakten Schemen und Gespenster zu, sie vermeiden jegliche „trocken-langweilige" (Marx) Wiederholung, sie gehen durch schicksalshafte Erfahrungen hindurch und sind daher einer individuellen Entwicklung unterworfen – sie unterscheiden sich auch durch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Epoche und durch diese Epoche kennzeichnenden Probleme von dem, was im gängigen Bewußtsein heute „antiklassisch" heißt. In diesem Sinne ist das Theater Brechts nicht nur „realistisch" in einem allgemeinen, sondern auch „klassisch" in einem speziellen Sinne.

Zudem erscheinen bei jedem großen realistischen Dichter Traum und Zeit nicht in einer abstrakten Leere und Zufälligkeit, sondern in jener konkreten Fülle, die ihnen die Geschichte selbst auferlegt. Lesen wir die folgende Passage von Lukács über Gorki, so fällt die ungeheure Kraft auf, die diese Literatur von der nihilistisch konstruierten der „absurden" trennt. Bei Gorki, so Lukács, geht es unter anderem um die dialektische Totalität von „Zarismus, feudalen Überresten und asiatischem Kapitalismus"; Gorki schildert die „Verwandlung der Sitten und Gebräuche der alten Welt in seelenlose, verknöcherte Routine, schlaue Heuchelei und barbarische Verwilderung", ein „grandioser Totentanz" tut sich vor den Augen des Lesers auf, oder wie wir sagten, die „Bühne" wird zur „moralischen Anstalt". Sie erfüllt die Aufgabe, die seit alters her ihr zugewiesen war, nämlich die Menschheit zu „erziehen" in einem humanistischen, der Fortbewegung aller Geschichte dienenden Sinn. (Über die „unterhaltende" Rolle des „ästhetischen Scheins" vgl. meine Schrift „Erotik, Ästhetik und Politik".)

Die von Lukács unternommenen Analysen zahlreicher Werke bedeutender Literaten bedienen sich keiner gequälten Konstruktionen, gekünstelter „methodologischer" Erfindungen oder leer-formalistischer Handhabungen, wie dies bei sehr vielen der „modernen" Kunsttheoretiker und -kritiker der Fall ist, sondern läßt gleichsam, wie dies bei jedem wirklichen Dialektiker der Fall sein muß, die Sache selbst für sich sprechen; er entreißt den Werken ihr Geheimnis, indem er sie selbst befragt – allerdings mit einer Methode, die keine Verzerrungen und Einseitigkeiten duldet und die er scharfsinnig der „Klassik" abgeschaut hat. So ist zum Beispiel für ihn – das ist allerdings unsere eigene Schlußfolgerung, die sich aber aus dem Aussagebereich von Lukács von selbst ergibt – das, was wir so leichthin als Frauenemanzipation bezeichnen, nicht einfach das Recht der Frauen, bei gleichem Lohn im Zustande der gleichen Entfremdung und Entmenschlichung zu verbleiben wie die Männer, sondern das gerade Gegenteil (dies natürlich ohne das Recht auf gleichen Lohn in Frage zu stellen): Frauenemanzipation heißt hier nichts weniger als die Pflicht der Frau, ihre menschlichen und intellektuellen Eigenschaften bis zu jener Höhe zu entfalten, auf welcher Freiheit und Gleichberechtigung mehr bedeuten als das, was die bürgerliche, den Menschen an emotionale und geistige Enge fesselnde Ordnung ihm gestattet. Im Blick auf Gottfried Kellers Frauengestalten unterstreicht Lukács deren besondere, überlegene Eigenschaften: „... die frauenhafte Reife der Rosalie und Judith, die mädchenhafte, feste und biegsame, humorvolle Überlegenheit der Dorothea" usw. Man beachte hierbei die Vermeidung des Schemenhaften, die Hervorhebung des moralisch und intellektuell Positiven in seiner wirklichen (aber auch möglichen) Vielfalt. Und Lukács kann hinzufügen: „Das Wesen der wirklichen Menschen ist echter und lebensvoller als ihre (äußerlich-empiristisch begriffene, L. K.) Erscheinung." Was übrigens auch für das Negative zutrifft.

So kritisiert Lukács zum Beispiel die philisterhafte Trennung von Leben und Schönheit der Natur. Er schreibt: „So verspottet Raabe ununterbrochen das hohle und konsequenzenlose, vom Leben abgelöste Sich-Begeistern der Philister an der Schönheit der Natur." Ganz im Sinne von Marx und Engels, die alles andere als Vertreter eines für den lebendigen, das heißt seelisch-geistig vielschichtigen und in diesem Sinne (!) „erotischen" Menschen „konsequenzenlosen" mechanistisch-ökonomistischen Materialismus gewesen sind, verteidigt Lukács einen Naturbegriff von zutiefst humanistischer Bedeutung. Schon Marx wußte zu sagen, daß bei dem Roger Bacon (Franziskanermönch des 13. Jh.) nachfolgenden Materialismus die Sinnlichkeit ihre Blume verliert, sie verwandelt sich in das „trocken-langweilige" „Rationale des Geometers". Ein Beispiel dafür, wie die Dialektik von Alltagsleben und Natur von der erlebnismäßig-erotischen Seite zu betrachten ist, gibt Rosa Luxemburg in einem ihrer Briefe aus dem Gefängnis: „Vergessen Sie nicht, wenn Sie noch so beschäftigt sind, wenn Sie auch nur in dringendem Tagewerk über den Hof eilen, schnell den Kopf zu heben und einen Blick auf diese riesigen silbernen Wolken zu werfen und auf den stillen blauen Ozean, in dem sie schwim-

men." Die Schönheiten der Natur als genußreiche Arbeitspause, als Trost, als Ermunterung für eine humanistische Zukunft. Auch die Vagabunden in Becketts „Warten auf Godot" staunen über das Blühen des blätterlosen Baumes, aber dies hat für sie keinerlei Konsequenzen, es ändert sich für sie, für ihre persönliche wie objektive Lage gar nichts.

Es ist interessant zu sehen, wie der am Historischen Materialismus geschulte Lukács ein bestimmtes ästhetisches Phänomen erklärt; wir wählen als Beispiel den Naturalismus des 19. Jahrhunderts. Nach 1848 mißlingen, stellt Lukács fest, die tragischen Werke. In der Folge der Niederlage der Revolution, führt er aus, finden die Dichter keine Beispiele von echter dramatischer Plastik vor, denn alle Courage (die dann auch Bismarck als den Deutschen fremd feststellt) wird verdrängt durch das Vorherrschen von Kompromissen, Feigheit und Jämmerlichkeit in Politik und Alltag. Die Folge ist die Flucht des beobachtenden Literaten in die subjektivistische Oberfläche, in den flachen Psychologismus – wofür wir auch in der heutigen Literatur auf zahllose Beispiele stoßen, und dies aus ähnlichen sozialen Gründen.

In diesem Zusammenhang sind interessant die Ausführungen Lukács' über die Beziehung von Humor und Philistertum bei Raabe. Der Humor stellt sich ein, wenn sich tragische gesellschaftliche Situationen „zu kleinen Ereignissen verdichten", wenn die der Entfremdung verfallene menschliche Situation sich nicht in breiträumigen tragischen Auseinandersetzungen und Kämpfen auslebt, sondern in der Enge des kleinen Alltags Unbehagen und Spannungen erzeugt, was mehr ein Lächeln als eine tiefere Anteilnahme hervorruft. (Wir würden als Beispiele anführen etwa den Ehekrach wegen des Geschirrabwaschens, den kurzen Mittagsschlummer des an seinen Schreibtisch den ganzen Tag gefesselten Angestellten oder wenn sich – nach Wilhelm Busch – die fromme Helene heimlich in den schönen Priester verliebt usw.) In Fortsetzung der Lukácsschen Theorie über den Humor könnte man sagen: Der Humor tritt überall da auf, wo im alltagsgebundenen Widerspruch zwischen der das Leben der Menschen in der repressiven Gesellschaft beherrschenden Entfremdung und dem Streben dieses Menschen nach „Reerotisierung" seines Alltagslebens das in Frage stehende zufällige oder typische Ereignis nicht ausreicht zu einem wirklich dramatischen Austragen des Konflikts. Der Humor ist das Tragische im kleinen. Die typische Inkarnation des Humoristischen findet sich im Sonderling, der noch in seiner, wenn auch begrenzten, Weise des Lebensgenusses fähig ist.

Nach Lukács unterscheidet sich der humoristisch wirkende Sonderling vom Philister, dem alle Fähigkeit zum „erotischen" Lebensgenuß abgeht. Während das Sonderlingtum sich als Humor darstellt („Deutsche Realisten im 19. Jahrhundert", S. 259), ist der Philister der Ausdruck des alltäglichen „Sumpfs" in der Geschichte des Menschen. Lukács weist darauf hin, daß es die verschütteten menschlich-moralischen Eigenschaften des deutschen Volkes sind, die sich in der „Schutzmaske des Sonderlingtums" einen gewissen, den Humor verhafteten Raum der Artikulation erhalten. (Echter Humor ist, im Gegensatz zur bloßen Komik des Philisters, wie ich meine, stets „erotisch", denn er wirkt „befreiend"; es wäre eine lohnende Aufgabe, den Unterschied zwischen Humor und Komik wissenschaftlich zu untersuchen.)

Wenn wir, Lukács ergänzend, den Humor als „erotisch" definieren, so definieren wir ihn zugleich als humanistisch. Lukács spricht in diesem Zusammenhang von den „positiven Figuren" bei Raabe und von der „Selbstbejahung jener guten, menschlich moralischen Eigenschaften des deutschen Volkes, die sich auf dem verschlungenen und widerspruchsvollen Wege seiner Volkswerdung ... unter der Schutzfarbe des Sonderlingtums bewahrt haben." (ebd.)

Wenn wir im vorangehenden Text den Begriff des „Erotischen" gebraucht haben – ich habe diesen Begriff anderweitig so definiert, daß ihm die Freudianische Einseitigkeit genommen wird –, so impliziert dieser Begriff, ohne daß wir dies an diesem Ort ausdrücklich begründen können, jenen des Humanistischen und damit aufs engste verknüpft jenen des humanistischen Genusses. Ein befreites Leben ohne Genuß, ein bloßes Leben für die Wurst, wie man im Blick auf die scheinmarxistischen Ökonomisten kurz angebunden sagen könnte, ist ein sinnloses Leben (vgl. dazu meine Broschüren „Kritik der Alternativen" und „Erotik, Ästhetik und Politik", VSA-Verlag, Hamburg).

Daß auch die Lukácssche Ästhetik keine bloß formalistische ist, sondern sich dem erotischen(!) Humanismus oder besser der humanistischen Erotik verbunden und verpflichtet fühlt, zeigen seine Äußerungen, die das Problem des Genusses betreffen. In „Faust und Faustus" schreibt er: „... Faust ist leidenschaftlich antiasketisch gestimmt." Aber Faust bejaht keinesfalls den gewöhnlichen, vulgären Lebensgenuß, einen, der dem Volke im allgemeinen „Sumpf der Zustände" in scheinbar demokratischem Wohlwollen und das heißt innerhalb der unaufgehobenen Entfremdung zugestanden wird. Lukács fährt vielmehr fort: „Aber auch jetzt ... verachtet er (Faust) den Hedonismus, den Lebensgenuß um des sinnlichen Genusses willen." (S. 169) Wir interpretieren: Das Einbinden eines bedeutenden Liebeserlebnisses in Erlebnisse, die die Natur, die Lebensanschauung (humanistische Philosophie), die Kunst, die aller Grobheit widerstrebende Sprache, die Gestik usw. einbeziehen, ist für den in einem „sinnlichen Glanze" (Marx) erscheinenden und mit echter „Leidenschaft" handelnden (Engels) Menschen etwas ganz anderes als für den der kapitalistischen Entfremdung verfallenen.

Georg Lukács ist ein vielschichtiger Denker, der sich auf keine „monokausale" Formel bringen läßt. Seine „Ästhetik" kreist um die Dialektik von differenziert analysiertem Individuellen, ebenso differenziert gehandhabtem Typischen und erotisch interpretiertem Humanismus. Ein Beispiel für das totale Unverständnis mit dem die bürgerliche Wissenschaft dem gefürchteten und ungeliebten Denker Lukács begegnet, gibt die geradezu stumpfsinnige Entstellung und Verleumdung des Lukácsschen Denkens seitens des deutschen Professors Günther Rohrmoser, der schreibt: „Die Kunst hat als Ideologie betrachtet die Funktion, vollzogene oder bestehende Veränderungen falsch zu interpretieren ... Auf diesen Gedanken hat Georg Lukács in seiner Interpretation der Geschichte der künstlerischen Formen immer (!, L. K.) den größten Nachdruck gelegt." (Krise der politischen Kultur, 1983, S. 100). ■

Prof. Dr. Leo KOFLER wurde in Wien geboren, er war Professor für Historischen Materialismus in Halle, danach Honorarprofessor in Bochum. »Weg und Ziel« widmete ihm ein Schwerpunktheft (Nr. 3/92).

Leidenschaft versus Realpolitik

Zum Werk Ernst Fischers

Martin PANHOLZER

Die Diskussion darüber, welche Funktion Kunst im Prozeß menschlicher Selbstfindung und Emanzipation haben kann, ist heute nicht abgeschlossen. Es wäre auch falsch zu glauben, zurückliegende Kontroversen über die mögliche Konzeption einer materialistischen Ästhetik seien für die gegenwärtige Auseinandersetzung irrelevant geworden. Es gilt, durch die Beschäftigung mit den Schwächen und Widersprüchen vergangener Versuche, eine zeitgemäße Position zu erarbeiten. Die theoretischen Arbeiten Ernst Fischers zählen zweifellos dazu.

Jenen österreichischen KommunistInnen, die erst in den siebziger Jahren und danach zur Partei gestoßen sind, war es praktisch unmöglich, etwas über das Wirken Ernst Fischers zu erfahren, was sich nicht in rüden Beschimpfungen und Verunglimpfungen erschöpfte.

Der folgende Artikel will weder diese unseriöse Tradition fortsetzen, noch will er einer blinden Fischer-Apologetik das Wort reden. Ernst Fischers Biographie zeigt uns wie kaum eine andere all die Widersprüche und Begrenztheiten der revolutionären Arbeiterbewegung in Österreich in diesem Jahrhundert auf. Zunächst einmal will dieser Artikel Genossen und Genossinnen unvoreingenommen über die Person Fischer informieren, etwas, was über zwanzig Jahre hinweg nicht möglich war. Es geht um eine nüchterne und vorurteilsfreie Auseinandersetzung mit dem Wirken Fischers, das für mich zweifellos auch zu einem positiven Erbe unserer Bewegung gehört, aus dem wir heute schöpfen können. Notwendigerweise muß dabei ein Schwerpunkt gesetzt werden. Die sechziger Jahre waren für die Linke eine höchst produktive und fruchtbare Zeit. Der kulturelle und politische Aufbruch in Westeuropa ging Hand in Hand mit einer Neubelebung theoretischer Diskussionen auch in den osteuropäischen Staaten, nachdem jahrzehntelang an festgefügten Dogmen des Marxismus-Leninismus nicht gerührt werden konnte. Auch für die Diskussion innerhalb der KPÖ brachte dieser Zeitraum eine gewisse Dynamik. Interessanterweise wurden die Diskussionen zunächst einmal vor allem auf dem Gebiet des Ästhetischen geführt, denen freilich politische Konsequenzen folgten. Ernst Fischer war innerhalb dieser Diskussion in der KPÖ eine Zentralfigur und wirkte als einer der wenigen GenossInnen auch über die Parteigrenzen hinaus.

Revolutionäre Begeisterung in der Sozialdemokratie

Vielen ist heute die Rolle Ernst Fischers in der Vorkriegs-Sozialdemokratie kaum bekannt. Als Redakteur der »Arbeiter-Zeitung« war er in den zwanziger und dreißiger Jahren vielleicht der exponierteste Vertreter der Linksopposition innerhalb der Partei.

Auch seine Auseinandersetzung mit ästhetischen Fragen begann in dieser Zeit. Fischer war einer der ersten, der innerhalb der österreichischen Arbeiterbewegung mit Sprechchorstücken, für viele damals die kommende proletarische Kunstform, zu experimentieren begann. Die kulturellen Impulse der Oktoberrevolution wurden innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie insbesondere von Fischer rezipiert und verarbeitet. Fischers Theaterstück „Lenin" wurde 1928 im Wiener „Carl-Theater" uraufgeführt. Lenin wird in diesem Stück als Idealbild des Revolutionärs dargestellt, der revolutionäre Begeisterung mit den nüchternen Anforderungen des praktischen Tageskampfes in einer idealen Weise verbindet. Nachhaltigen Einfluß gewann Fischer mit seiner 1931 herausgegebenen Schrift „Die Krise der Jugend". Im Gegensatz zu den abstrakt-idealistischen pädagogischen Schriften innerhalb des Austromarxismus[1] wurden in diesem Buch die Probleme der jungen Generation in einer erfrischend wirklichkeitsnahen Art angesprochen. Zweifellos bereitete Fischer durch sein Wirken damals den Schritt vieler junger GenossInnen hin zur KPÖ mit vor, einen Schritt, den er selber 1934 vollzog.

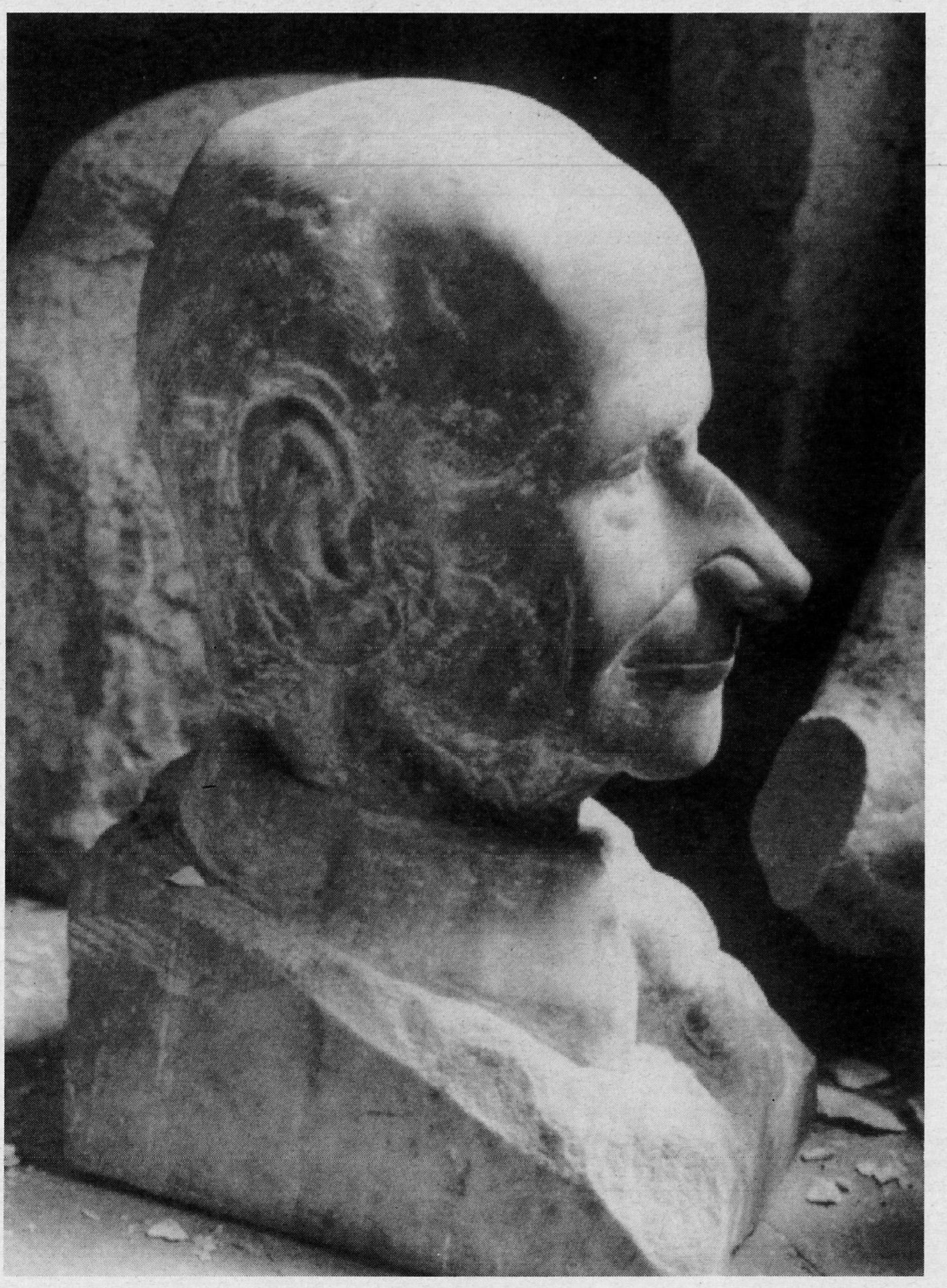
Der begeisterte Stalinist

Fischer ging nach Moskau ins Exil. Wie viele seiner Genossen auch, war er von der Richtigkeit des unter der Führung Stalins eingeschlagenen Wegs der Sowjetunion überzeugt. Jedoch ging seine Haltung über eine bloße Akzeptanz der Maßnahmen Stalins noch hinaus. Als Berichterstatter bei den Moskauer Prozessen des Jahres 1937 und Verfasser antitrotzkistischer Broschüren wirkte er aktiv an der Verbreitung der Legende von der trotzkistischen Verschwörung und somit auch der stalinistischen Entstellung der marxistischen Theorie innerhalb der kommunistischen Bewegung mit. An dieser Haltung Fischers wird exemplarisch eine der Hauptproblematiken in Fischers Wirken sichtbar. Seine übergroße Begeisterung und Leidenschaft für die Sache, von der er überzeugt war, verstellte ihm nicht selten den Blick auf eine wirklichkeitsgetreue Analyse der Lage. So wie er innerhalb der Sozialdemokratie glühend zum revolutionären Umschwung aufrief, so leidenschaftlich er den Trotzkismus verurteilte, so begeistert wurde er später zum Anhänger der Neuen Linken. Fischer selbst läßt die Tatsache, daß sich auch Persönlichkeiten wie Lion Feuchtwanger, Romain Rolland oder Bertolt Brecht von der hetzerischen Stimmung in Moskau der dreißiger Jahre einfangen ließen, nicht als Entschuldigung gelten. Was man ihm zugute halten kann, ist, daß er im Nachhinein sein damaliges Verhalten einer radikalen Kritik unterzog: „Es war das mechanistische Theorem der zwei Welten, zwei Lager, zwei Fronten,

zwischen denen es nichts Drittes geben könne, die schreckliche Simplifizierung des internationalen Klassenkampfes, was meinen Intellekt verdunkelte, im Widerspruch zur Politik der Volksfront, die doch davon ausging, daß es zeitweilige Bündnisse ohne Preisgabe von Auffassungen und Zielsetzungen geben könne."[2]

Die Jahre nach der Befreiung Österreichs vom Faschismus waren vom tagespolitischen Engagement geprägt. Eine der wesentlichen politisch-ideologischen Anforderungen der Zeit war nach der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich die Vermittlung eines positiven österreichischen Nationalbewußtseins. Fischer nahm dabei als Staatssekretär für Unterricht in der ersten Regierung eine zentrale Rolle ein. Auch wenn einiges in der 1945 erschienenen Studie Fischers „Die Entstehung des österreichischen Volkscharakters" heute naiv und vereinfachend wirkt (vgl. »Weg und Ziel« 5/92, S. 31), so war das Bemühen der österreichischen KommunistInnen um die Schaffung eines selbstbewußten Österreichbildes eines der großen Verdienste der Partei, die noch heute nachwirken.

Was bei Fischer in den Nachkriegsjahren konstant blieb, war die bedingungslose Unterstützung der Politik der KPdSU und somit Stalins. 1950 verfaßte Fischer ein übles Anti-Tito-Propagandastück („Der große Verrat"), das im „Scala-Theater" aufgeführt wurde.



Alfred Hrdlicka, Porträt Ernst Fischer, 1971/72.

Überwindung des Dogmatismus

Nachdem die KPÖ 1959 ihre Vertretung im Parlament verlor, wandte sich Fischer wieder verstärkt ästhetischen Fragestellungen zu. Das 1959 erschienene Buch „Von der Notwendigkeit der Kunst" halte ich auch heute noch für eine lesenswerte Einführung in eine marxistische Ästhetik, in der in klar verständlichen Worten die Entstehung der Kunst als menschliches Grundbedürfnis, als Notwendigkeit analysiert wird. Erstmals formuliert Fischer hier eine unmißverständliche Kritik an den dogmatischen Verkürzungen innerhalb der offiziellen Kunstauffassung der sozialistischen Staaten: „Immer kräftiger kündigt sich die Tendenz an, Kunstauffassungen nicht durch Beschlüsse festzulegen, sondern im künstlerischen Produktionsprozeß, im Wettkampf der Strömungen und Methoden, in der Vielfalt konkreter Diskussionen herauszubilden und weiterzuentwickeln."[3] Das Buch wurde in viele Sprachen übersetzt und hatte insbesondere im deutschen Sprachraum großen Erfolg. Durch den zwanzigsten Parteitag der KPdSU kam Bewegung auch in die Diskussion über die Möglichkeiten sozialistischer Kunst und Realismus. Nachdem 1963 in der Sowjetunion sich in der Kunstpolitik ein neuerlicher Konservatismus breitmachte und gegen den Formalismus in der Kunst polemisiert wurde, entfachte dies auch eine Diskussion innerhalb der KPÖ. Ausgetragen wurde diese Diskussion in der damals von der Partei herausgegebenen Zeitschrift »Tagebuch« (Das »Wiener Tagebuch« hieß bis 1968 »Tagebuch«). Darin wurde ein Artikel der KPdSU-Monatszeitschrift »Kommunist« abgedruckt, in welchem die Annahme vertreten wird, daß jeder Verzicht auf Gegenständlichkeit in der Kunst einer Negation des Kommunismus gleichkomme.[4]

Für die Parteiführung wandte sich Franz Marek gegen die hier vertretenen Positionen, die eine unzulässige Bevormundung der Kunst bedeute, und reklamierte das Recht des Künstlers auf Experiment.[5] In einem ausführlichen Diskussionsbeitrag warnt Ernst Fischer vor der vereinfachenden Sichtweise, Kunst als schlichten Reflex auf eine ökonomische Basis zu betrachten, etwa den Expressionismus als Überbau einer dekadenten Bourgeoisie. Durch die enorme Ent-

wicklung der Produktivkräfte würden immer neue Themen und Ausdrucksmittel provoziert, zu dem verändere sich das Wahrnehmungsvermögen der Rezipienten. Der Bruch mit dem Überlieferten sei kein Ausdruck von Dekadenz, sondern entspreche dem Wesen des dynamischen Zeitalters.

Der Künstler sei kein Registrator von Fakten, sondern ein Entdecker neuer Wirklichkeiten, einer, der Neues ahne, wittere, vorwegnehme. Der Sinn des Kunstwerks, die Gesinnung seines Schöpfers – nicht formalistische Kriterien bestimmten die Zugehörigkeit zur sozialistischen Welt.[6]

Liblice und die Folgen

Noch im selben Jahr – 1963 – fand in der Tschechoslowakei eine denkwürdige Konferenz statt. Das Werk Franz Kafkas wurde bis zu diesem Datum von marxistischer Seite nur unzureichend untersucht. Der tschechische Germanist Paul Reimann war einer der ersten marxistischen Literaturwissenschaftler, die das Werk Kafkas einer kritischen Analyse unterzogen. Neben ihm waren von tschechischer Seite noch Eduard Goldstücker und Jiri Hajek, zwei Zentralfiguren des Prager Frühlings, bei dieser Konferenz anwesend, die im Schloß Liblice bei Prag stattfand.

Aus Österreich nahm Ernst Fischer an der Konferenz teil. Den Grundtenor der Konferenz brachte Goldstücker in seinem Referat zum Ausdruck: „Viele Männer und Frauen finden in Kafkas Werk die eigene Problematik, das eigene Lebensbild. Wir können ein solches Werk nicht aus dem Wege räumen oder uns damit zufriedengeben, daß es mit der Etikette versehen wird: Dekadenz.“[7]

Ein Vertreter der DDR stand mit seinem Standpunkt, Kafka gehöre deshalb der Vergangenheit an, weil sein wesentliches Thema die Entfremdung sei und diese in den sozialistischen Ländern aufgehört habe zu existieren, allein da.[8]

Fischer dagegen reklamierte die Aktualität Kafkas auch für die sozialistische Welt: „Die Entfremdung des Menschen, die Kafka mit einzigartiger Intensität dargestellt hat, ist keineswegs, wie hier ebenfalls gesagt wurde, in der sozialistischen Welt endgültig überwunden. Sie Schritt für Schritt zu überwinden, ist ein langwieriger Prozeß und eine große Aufgabe. Ich glaube, daß die Lektüre von Werken wie „Der Prozeß“ und

Willi Neubert, Parteidiskussion, 1962.

„Das Schloß“ zur Bewältigung dieser Aufgabe beizutragen vermag. (...) Wir brauchen Kafka, weil er zu leidenschaftlichem Nachdenken über Probleme der modernen Wirklichkeit anregt.“[9]

Der französische Kommunist Roger Garaudy entwickelt in der Auseinandersetzung mit dem Werk Kafkas eine dynamische Realismuskonzeption, ein Konzept, das Ernst Bloch schon in den dreißiger Jahren in Abgrenzung zu Lukács objektivistisch-geschlossenem Realitätsbegriff vertrat[10]: „Jede Konzeption eines in sich abgeschlossenen Realismus ist daher unannehmbar. Die Wirklichkeit ist nicht nur, was sie im Augenblick ist. Der Mensch, in diese Wirklichkeit einbezogen, ist auch alles, was ihm noch fehlt, was er noch werden soll, alles, was er in seinen Träumen vorwegnimmt.“[11] Und Garaudy schließt seine Ausführungen mit einem Bild, das einige Jahre später als Bezeichnung für reale politische Prozesse dienen sollte: „Die Konferenz von Liblice und die Ehrung, die Prag Kafka erweist, scheinen uns erste Schalmeien, die einen neuen Frühling ankündigen.“[12]

Einige Nummern nach Abdruck der Diskussion von Liblice wird im »Tagebuch« ein Artikel von Alfred Kurella abgedruckt, der zuvor in der Berliner Zeitschrift »Der Sonntag« publiziert wurde. Kurella versucht anhand der theoretischen Grundlagen des Marxismus nachzuweisen, daß es schon beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft keine Entfremdung mehr geben könne, und deshalb das bisherige marxistische Kafka-Bild nicht zu revidieren sei.[13]

Es wäre jedoch falsch, den damaligen Konflikt vereinfacht als einen zwischen undogmatischen Marxisten auf der einen Seite und dogmatischen Vertretern des sozialistischen Realismus auf der anderen darzustellen. Man mag zum Realismuskonzept von Georg Lukács stehen wie man will – ihn und seine Theorie für die offizielle Kulturpolitik in den realsozialistischen Ländern mitverantwortlich zu machen, wäre ungerecht. In einem ebenfalls im »Tagebuch« abgedruckten Gespräch mit Lukács bringt dieser unmißverständlich zum Ausdruck, daß sein Realismuskonzept nie, wie in der realsozialistischen Praxis sehr wohl der Fall, eine bestimmte stilistische Ausprägung meinte, ihm ginge es immer um die Stellungnahme zur Wirklichkeit.[14]

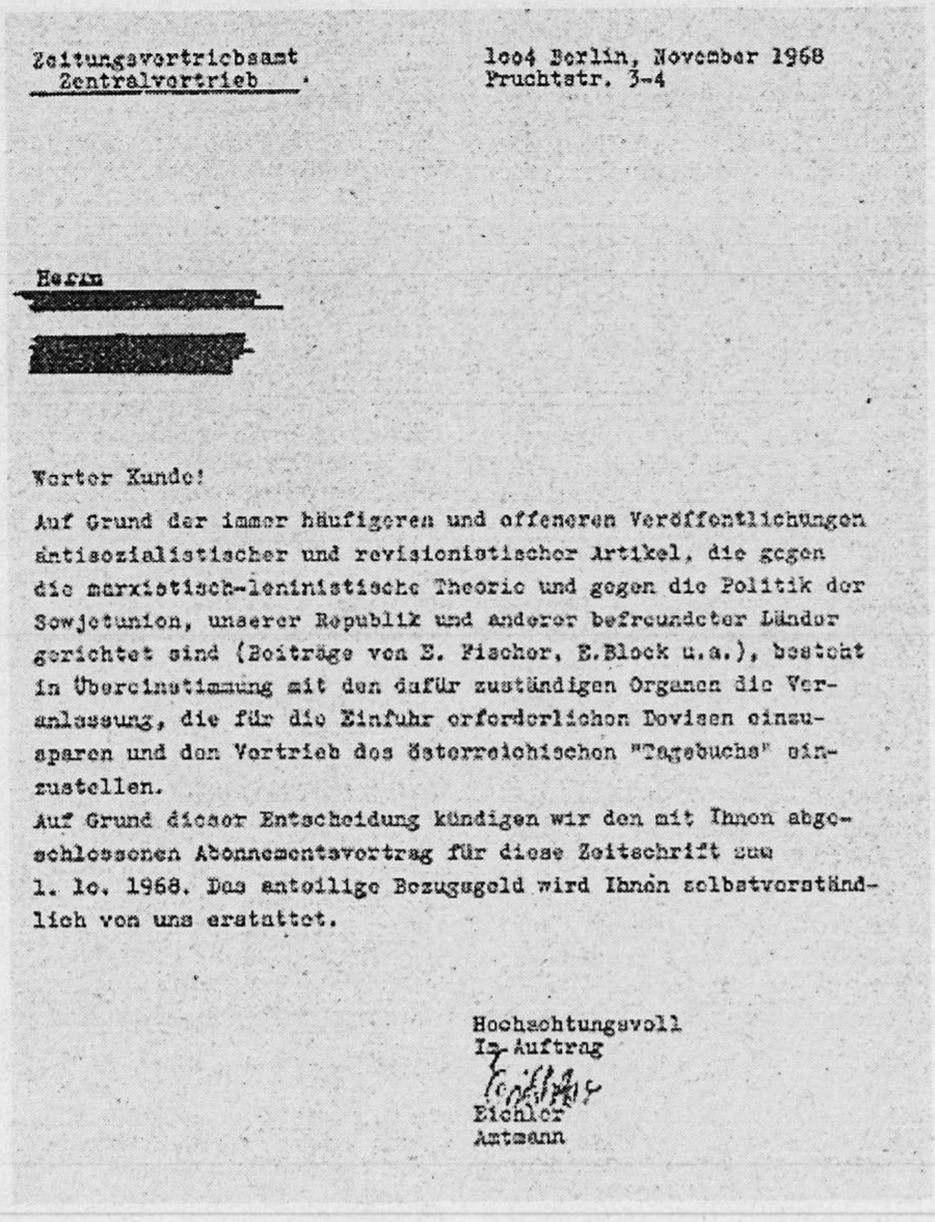
Während Franz Marek 1963 noch verkündete, er sei froh, in den entscheidenden Fragen der Weltpolitik die gleichen Auffassungen wie die KPdSU zu vertreten[15], geht Lukács' Kritik am Stalinismus viel weiter und fordert demgemäß von einer zeitgemäßen Literatur, „ein Bild der durch die stalinistische(!) Ära herbeigeführten ungeheuren Entfremdung zu ver-

mitteln und bei ihrer Überwindung behilflich zu sein".[16] Keine Rede also von einer auch nur annähernden Aufhebung der Entfremdung, sondern einer im Stalinismus ungeheuer gesteigerten.

Die Kritik an der Erstarrung und Dogmatisierung im Marxismus-Leninismus brach also zunächst einmal im Gebiet des Ästhetischen auf. Ernst Fischer gehörte mit seinen Ansichten zweifellos zu jenen ausländischen Kommunisten, von denen sich viele Protagonisten des „Prager Frühlings" am meisten inspiriert fühlten.

Die Kafka-Konferenz 1963 war zweifellos ein Vorspiel zu den späteren Ereignissen. Der „Prager Frühling" wurde insbesondere von Intellektuellen und Kulturschaffenden vorausgedacht und getragen.

Im 1967 erschienenen Buch „Kunst und Koexistenz"[17] sind die zeitpolitischen Bezüge stärker präsent als in den vorhergehenden Arbeiten, die Kritik an der verordneten Kunstdoktrin noch schärfer formuliert. Das Buch stieß insbesondere auch bei den Intellektuellen in der Tschechoslowakei auf reges Interesse. Gerade die Verbindung von theoretischen Erkenntnissen und praktischer politischer Konsequenz gibt dem Werk Fischers Ende der sechziger Jahre seinen Stellenwert. Man mag seine wissenschaftliche Unausgereiftheit, seine oft ins Schwärmerische abgleitenden Analysen kritisieren. Seine Bücher wurden rezipiert, und sie hatten Einfluß.



Zeitungsvertriebsamt
Zentralvertrieb

1004 Berlin, November 1968
Fruchtstr. 3-4

Herrn
[redacted]

Werter Kunde!

Auf Grund der immer häufigeren und offeneren Veröffentlichungen antisozialistischer und revisionistischer Artikel, die gegen die marxistisch-leninistische Theorie und gegen die Politik der Sowjetunion, unserer Republik und anderer befreundeter Länder gerichtet sind (Beiträge von E. Fischer, E.Block u.a.), besteht in Übereinstimmung mit den dafür zuständigen Organen die Veranlassung, die für die Einfuhr erforderlichen Devisen einzusparen und den Vertrieb des österreichischen "Tagebuchs" einzustellen.

Auf Grund dieser Entscheidung kündigen wir den mit Ihnen abgeschlossenen Abonnementsvertrag für diese Zeitschrift zum 1. 1o. 1968. Das anteilige Bezugsgeld wird Ihnen selbstverständlich von uns erstattet.

Hochachtungsvoll
I. A. Auftrag
Eichler
Amtsmann

Brief aus der DDR an das »Wiener Tagebuch«, aus »Wiener Tagebuch« 1/1969.

Was bleibt?

Häufig wird Ernst Fischer als Kronzeuge einer anderen, humanistischen, undogmatischen Richtung im Kommunismus gehandelt. Viele Abschnitte in seiner Biographie lassen jedoch diesen Schluß nicht zu. Was man vor allem nicht tun sollte, ist, aus Fischer den großen Neuerer der marxistischen Ästhetik zu machen. Das meiste, was er formulierte, wurde andernorts schon geäußert. In weiten Teilen seiner Arbeiten ging er mit Lukács konform, etwa wenn er zum Ausdruck bringt, es sei die Aufgabe der Kunst, gegen Klischee, Dogma und Phrase, gegen die als offizielle Wirklichkeit konstituierte Scheinwelt der Fakten und der Akten, der Konventionen und der Vorurteile ein Gesamtbild, also Totalität der Wirklichkeit zu setzen.[18]

In der Bewertung der Romantik und der Avantgarde als antizipierende, Neues vorwegnehmende, Kunstrichtungen, stand er wiederum Ernst Bloch näher. Auch Bertolt Brechts ästhetische Ansichten werden häufig verarbeitet. Eine Kritik an den wesentlichen Aussagen Fischers zur Ästhetik betrifft so auch die gesamte ästhetische Theorie im Umkreis des Marxismus. Da sie ihre Analyse und Bewertung ausschließlich am Kunstprodukt entwickelt, ist eine Erfassung der Wirkung von Kunstwerken in einem gesamtgesellschaftlichen Kommunikationsprozeß unter Einbeziehung der Produktions- und Rezeptionsbedingungen nur begrenzt möglich.[19] Wie schon angedeutet, liegt Fischers Bedeutung darin, daß seine Arbeiten in die konkreten politischen Auseinandersetzungen einwirkten, möglicherweise auch dadurch begründet, daß sie in einer verständlichen und gleichzeitig leidenschaftlichen Art und Weise verfaßt sind. Auf seine lesenswerten Interpretationen zur österreichischen Literatur kann in diesem Rahmen leider nicht eingegangen werden.

In seiner Kritik an der offiziellen marxistisch-leninistischen Kunstdoktrin hatte er in den wesentlichen Punkten recht. Es muß heute als Verdienst gewertet werden, daß Fischer einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Überwindung stalinistischer Entstellungen der marxistischen Theorie geleistet hat. Trotz des weltweiten Scheiterns antikapitalistischer Projekte birgt die hoffentlich endgültige Überwindung des Dogmatismus auch die Chance der Neubelebung linker Theorie und Praxis in sich. Vergangene Diskurse müssen kein totes Material sein, insbesondere jene Ansätze in der Geschichte der revolutionären Bewegung, die nie geschichtsmächtig wurden, sind als Material für die Entwicklung moderner Konzepte linker Politik oft besonders wertvoll.

Auch und insbesonders für die Diskussionen über die Funktion von Kunst in einer zunehmend von Orientierungslosigkeit, Irrationalismus und Gewalt geprägten Gesellschaft können Ernst Fischers Gedanken wichtige Anregungen geben. ■

Anmerkungen

1 Vgl. Adler, Max: Neue Menschen. Gedanken zur sozialistischen Erziehung, Berlin 1924.
2 Fischer, Ernst: Erinnerungen und Reflexionen, Frankfurt 1987, S. 382.
3 Fischer, Ernst: Von der Notwendigkeit der Kunst, Frankfurt/M. 1985, S. 121.
4 »Tagebuch« 3/1963, S. 7.
5 »Tagebuch« 6/1963, S. 7.
6 Ebd., S. 8.
7 Zit. nach »Wiener Tagebuch« 7/8 1963, S. 6.
8 Ebd.
9 Ebd.
10 Vgl. Schmitt, Hans-Jürgen (Hrsg.): Die Expressionsismusdebatte. Materialien zu einer marxistischen Realismuskonzeption, Frankfurt/M. 1973.
11 »Tagebuch« 7/8 1963, S. 6.
12 Ebd.
13 »Tagebuch« 11/1963, S. 3.
14 »Tagebuch« 3/1964, S. 7.
15 »Tagebuch« 6/1963, S. 7.
16 »Tagebuch« 4/1964, S. 6.
17 Fischer, Ernst: Kunst und Koexistenz, Reinbek 1966.
18 Vgl. Fischer, Ernst: Von der Notwendigkeit der Kunst, S. 244.
19 Vgl. zu dieser Problematik: Bürger, Peter: Vermittlung – Rezeption – Funktion. Ästhetische Theorie und Methodologie der Literaturwissenschaft, Frankfurt/M. 1979.

Mag. Martin PANHOLZER ist Germanist, er schreibt an seiner Dissertation und ist Redakteur der Zeitschrift »UNITAT«.

Georg Lukács oder Ernst Fischer?

Anmerkungen zu einer unzeitgemäßen Alternative

Stefan DORNUF

Dieser erste Teil - zur Edition - eines zweiteiligen Artikels wird im nächsten Heft mit der Analyse der Fischerschen Ästhetik fortgesetzt.

1963 war ein gutes Jahr für Ernst Fischer. Nicht nur publizierten Pelican Books, die wissenschaftliche Abteilung der vielgelesenen Penguins, „The Necessity of Art", eine Übersetzung der endgültigen (dritten) Version seines ästhetischen Opus magnum, das in entsprechender deutscher Fassung erst 1967 im Hamburger Claasen-Verlag erscheinen sollte[1] als heimlicher Gegenentwurf zu der 1958 ebenfalls dort veröffentlichten Abhandlung „Wider den mißverstandenen Realismus" des Freundes aus Moskauer Exiltagen Georg Lukács; „heimlich" nicht zuletzt insofern, als Fischer in seinem definitiven Text das Kunststück fertigbringt, den von ihm selbst oft als „Lehrer" apostrophierten nicht ein einziges Mal namentlich zu erwähnen. Noch wichtiger fast als sein Reüssieren im dialektischen Niemandsland der Angelsachsen[2] dürfte für Fischer indes eine heimische Premiere gewesen sein: daß der (SPÖ-nahe) Wien-Zürcher Europa-Verlag, der kurz nach dem Zweiten Weltkrieg immerhin die grundlegenden Kant- und Hegel-Monographien von Lucien Goldmann und Lukács vorgestellt hatte, nun zudem Fischers „Probleme der jungen Generation" präsentierte (1964 gefolgt von „Zeitgeist und Literatur"). Bis 1962 nämlich waren größere Aufsätze Fischers bzw. Sammelbände mit seinen polit-philosophischen Arbeiten ausschließlich mit KP-Imprimatur versehen herausgekommen, sowohl in Österreich wie in der DDR. So hatte Fischer in Wien seine Bleibe bei der parteieigenen Globus Ges.m.b.H., die – neben filmtheoretischen Erwägungen Béla Balázs' – noch 1962 Fischers Austro-Reigen „Von Grillparzer zu Kafka" druckte, während Fischer parallel dazu in Ostberlin, bis zur Ablösung Peter Huchels, die Spalten der Akademiezeitschrift »Sinn und Form« offenstanden. Von etwa Mitte der sechziger bis Mitte der siebziger Jahre gelang es der rührigen Rowohlt-Verlagsleitung, so ziemlich alle bedeutenden (und unbedeutenden) „Reformkommunisten" unter dem Dach ihres geräumigen Hauses zu vereinen: Das waren unter anderen, mit Lizenz- oder Originalausgaben, Georg Lukács und Ernst Bloch, Ernst Fischer und Hans Mayer, Wolfgang Abendroth und Leo Kofler, Robert Havemann und Wolfgang Harich. Reformkommunismus kann retrospektiv nur heißen: das Bekenntnis zum Sozialismus, verbunden mit dem Wunsch, nach 1945 aktiv vor Ort (also primär in der SBZ) zum Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung beizutragen – und bei jenem Einsatz mit der zuständigen Einheitspartei (hier insbesondere der SED) in Konflikt zu geraten, mit der Konsequenz des Parteiausschlusses und Publikationsverbots, der Deportation oder Gefängnishaft bzw. – vorbeugend – der Republikflucht. Die Anklage lautete in allen Fällen offiziellerseits auf „Revisionismus", während die Betroffenen wiederum mit dem Vorwurf des „Stalinismus" konterten. Dabei stimmten sie mit ihren Richtern in dem fundamentalen Punkt überein, nicht den Charakter der Oktoberrevolution per se, ihre historische Notwendigkeit in Frage zu stellen, sondern bloß eine bestimmte spätere, postleninsche Ausprägung des Systems. Dies ist deshalb wichtig zu unterstreichen, weil die „Konkurrenz" aus dem von Hegel und Marx inspirierten Lager, die Frankfurter Schule, die Auffassung verteidigt, daß der qualitative Schnitt bereits zwischen Marx und Lenin nicht erst zwischen Lenin und Stalin sitzt – am pointiertesten niedergelegt in Herbert Marcuses „Soviet Marxism" von 1958.[3] Daran schließen sich nahtlos die wenigen philosophisch beschlagenen Köpfe, die „Marxologen" (z. B. Iring Fetscher), aus der europäischen Sozialdemokratie an, die jene Position theoretisch unausgegorener, dafür praktisch-organisatorisch um so wirksamer schon seit Jahrzehnten vertreten hatten. Unter den genannten Reformkommunisten bildete Fischer eine Ausnahme, da er als einziger nicht auf dem Terrain des Realsozialismus wohnte, sondern dort lediglich ab und an auf Besuch weilte.

Fischers Dogmatismus

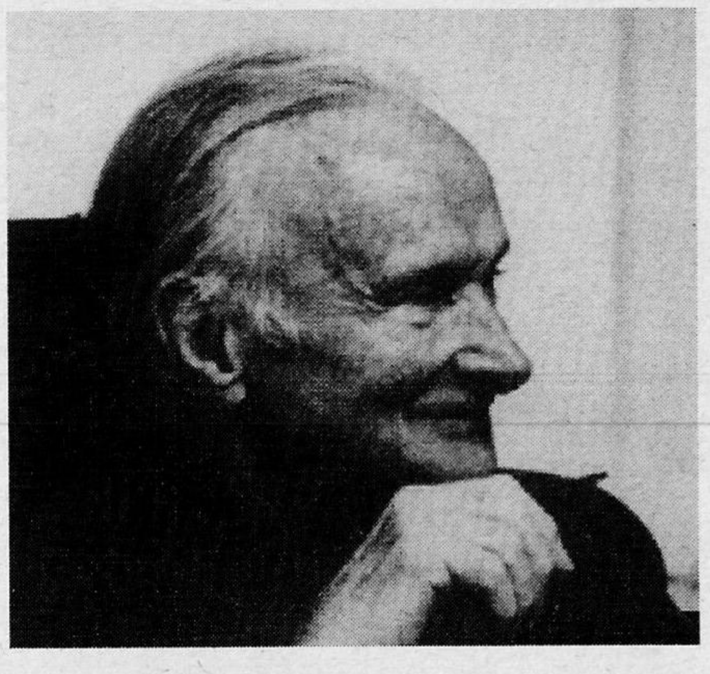
In Anbetracht derart eingeschränkter Möglichkeit zu administrativen Pressionen erstaunt der Dogmatismus, dem Fischer bis in die zweite Hälfte der fünfziger Jahre aus freien Stücken huldigte. Zwar lieferte er auch nach 1962 noch sporadisch Artikel für »Weg und Ziel« (in jenen Jahren sekundiert von Franz Marek, dem damaligen Chefredakteur des Blattes), seine Bücher indes wurden – wohl um eine weitere Verbreitung zu garantieren – nur mehr von etablierten westlichen, liberal-kapitalistischen Verlagen vertrieben. Dabei vermochte Fischer zum Teil auf Bewährtes zurückzugreifen: „Entfremdung, Dekadenz, Realismus" aus der letzten unbehelligten »Sinn-und-Form«-Nummer (Heft 5/6/1962) etwa konnte, geringfügig verändert, als Schlußkapitel „Entfremdung und Entscheidung" in „Zeitgeist und Literatur" übernommen werden.[4] Von den vier zwischen 1966 und 1971 bei Rowohlt edierten Büchern schließlich sind drei als Hauptwerke Fischers einzustufen: neben dem ersten Band seiner intellektuellen Autobiographie (1969) die aus eingearbeiteten Rezensionen, Referaten, Vorstudien zu einem Work-in-progress (dem Romantik-Manuskript) usw. bestehenden „Kunst und Koexistenz" (1966) und „Auf Spuren der Wirklichkeit" (1968). Ausgeschlachtet und umgruppiert, machen diese Brocken denn auch, gemeinsam mit den zweiteiligen Memoiren, den Kern der bisher siebenbändigen Werkausgabe aus.

Deren Absicht ist eine doppelte: Fischer einem ahnungslosen Publikum a) als „modernen marxistischen Ästhetiker"[5] und b) als verkannten, ja verleumdeten österreichischen Nationalhelden zu verkaufen (VI, S. 383-411). Zu diesem Zweck haben die

Herausgeber keine – allein finanziell untragbare – Vollständigkeit angestrebt, sondern sich explizit auf die angeblich aktuellen, quasi zeitlos gültigen Schriften ihres Idols konzentriert: Angeboten wird eine „Best-of-Fischer"-Auswahl. Schon bei erster Inspektion des Materials fällt auf, daß Fischers Aktivitäten aus den sechziger Jahren überproportional repräsentiert sind, während für die ersten anderthalb Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg gewaltige Lücken klaffen. Aber selbst das Vorhandene ist meines Erachtens unbefriedigend aufbereitet. So erschweren es die Herausgeber dem Benutzer der Werkausgabe und potentiellen Fischer-Fan, sich einen Überblick über das gesamte Wirken des Meisters zu verschaffen, indem sie bisweilen nur das Datum der Erstveröffentlichung eines Aufsatzes zitieren, ohne auf sein jeweils letztes Auftauchen in einer nachfolgenden – und von daher in Bibliotheken meist leichter zugänglichen – Anthologie usw. zu verweisen. Zum Beispiel die Petöfi-Gedenkrede von 1949, als Separatdruck brav vermerkt (VII, S. 24), findet sich außerdem in „Dichtung und Deutung", Fischers „Beiträgen zur Literaturbetrachtung" von 1953 (Wien, Globus-Verlag), traulich vereint mit zwei Interpretationen zeitgenössischer Romane von Thomas Mann und Alexei Tolstoi; allerdings gelangt Fischer dabei (was seine Herausgeber eher peinlich berührt, weshalb sie rasch darüber hinweghuschen, (VIII, S. 250 u. 252) zu einer mit Abstrichen negativen Bewertung des spätbürgerlichen und einer euphorischen des frühsozialistischen der beiden, letzeres inklusive einer tiefen Verbeugung vor Stalins feldherrlicher Kompetenz sowie einer interessanten Bemerkung hinsichtlich seiner Verwendung als Romanfigur (S. 298/299). Im übrigen notiert Fischer aus Anlaß der „Leidensweg"-Trilogie als „eine der schwierigsten Aufgaben der Revolution", „sich in ihrem Vorwärtsschreiten von Unrat, Abhub, Fäulnisresten der alten Welt zu reinigen" – „vor allem (sic!, S. D.) auch in den eigenen Reihen" (S. 295).

Vergötterung und Verteufelung Stalins

Diese unzweideutige Akklamation der stalinschen Säuberungen, 1947 formuliert, 1949 wiederholt[6] und 1953 nochmals bekräftigt, bräuchte Fischer heute nicht zur Last gelegt werden, hätte er nicht in den sechziger Jahren seine spektakuläre Wende vollzogen, die jedoch, dialektisch besehen, durchaus Kontinuität wahrt: Der gemeinsame Nenner nämlich von Fischers anfänglicher Vergötterung zur schließlichen Verteufelung Stalins ist die radikale Enthistorisierung von dessen Person. Daß „der Mann, der immer recht hatte" (VII, S. 194; die Äußerung stammt von 1966), so zuletzt, ohne daß ihm mildernde geschichtliche Umstände (die für Rußland nachzuholende ursprüngliche Akkumulation) zugebilligt würden,



Ernst Fischer

zum absolut Bösen, zum Zwillingsbruder Hitlers gestempelt wird, liegt zwar politisch im Trend[7], hat aber mit Marxismus nicht das Geringste zu tun (vielmehr mit Christentum). Wenn hingegen, zur Empörung der abstrakten Moralisten, deren Redlichkeit nicht bezweifelt werden soll, Lukács und seine besten Schüler Kofler und Harich lange *nach* Stalins Tod noch ein paar gute Haare an ihm entdekken, so können sie sich diese posthume „Orthodoxie" gerade deshalb leisten, weil sie schon *vor* Chruschtschows Enthüllungen, ja vor Stalins Tod nicht zu den Dogmatikern zählten, zu den strenggläubigen, besinnungslosen Apologeten jeder seiner Maßnahmen.

Eine geschönte Edition

Das eigentliche Elend der vorliegenden Edition besteht nun darin, daß die Herausgeber sklavisch sämtliche Umorientierungen Fischers nachbeten. So löblich es ist, statt des inzwischen geläufigen Aufsatzes „Doktor Faustus und die deutsche Katastrophe" von 1949 eine anders gewichtete Vorstellung des Musikerromans (von etwa 1953) aus Fischers Nachlaß offeriert zu bekommen, so sehr muß die Option einen faden Beigeschmack dadurch erhalten, daß sie eben nicht quantitativ, sondern mit einer größeren „Ausgewogenheit" (VII, S. 252) – nicht (zu verwechseln mit) Objektivität! – gegenüber Thomas Mann motiviert wird. Weniger scheinheilig ließe sich der gleiche Sachverhalt in die Worte kleiden, daß die spätere Fassung den nicht unangenehmen Nebeneffekt hat, ein günstigeres Licht auf Fischer zu werfen, der die Beleuchtung nötiger hat als der weltberühmte Nobelpreisträger. Denn die Reserviertheit, mit der Fischer seinem prominenten Objekt begegnet, dürfte den Ästhetiker dem Durchschnittsleser anno 1989ff. nicht unbedingt empfehlen. Aber auch der Fachmann staunt nicht schlecht, wenn er Fischer die Leverkühn-Schöpfung mit demselben Argument anklagen hört, das dieser hernach bei seinem Plädoyer für die literarische Avantgarde von Kafka bis Beckett urplötzlich vergißt: In dem Roman seien „gesellschaftliche Verhältnisse ... fetischisiert"; es träten „keine Arbeiter, keine Großindustriellen ..., keine der entscheidenden, geschichtsbildenden Klassen und Schichten" auf, „nicht einmal andeutungsweise" (VII, S. 49). Man meint, einem der Büttel der DDR-Bürokratie zu lauschen, über deren Borniertheit sich die Fischer-Herausgeber in ihren diversen Nachworten unentwegt ausschütten. Doch die SED hatte – im Unterschied zu Fischer – mit Thomas Manns Oeuvre keine Schwierigkeiten – wofür uns Gauß/Hartinger eine Erklärung schuldig bleiben.

Auch sonst schwankt die Werkausgabe zwischen Mystifikation und Verschweigen, zum Beispiel bezüglich Fischers Vorträgen bei Symposien. So war er 1967 Gast beim Dritten Salzburger Humanismusgespräch, und sein Beitrag wird „nach dem handschriftlich korrigierten Redemanuskript" (IV, S. 147) reproduziert. Allerdings wäre den Herausgebern das gewiß mühevolle Entziffern erspart geblieben, hätten sie den bereits zitierten Rowohlt-Band „Auf den Spuren der Wirklichkeit" wieder einmal aus dem Regal geholt und durchgeblättert: Dort prangt schwarz auf weiß, als Schlußabschnitt des dritten von sechs „Essays", der identische Text mit dem gleichen (Zwischen-)Titel, „Das Chaos und die Gestalt" – als tatsächliche Erstveröffentlichung.

Und: Mit Hegel, der der Kunst

prophezeite, demnächst zugunsten des sozialen Fortschritts abzusterben (der weniger optimistische Platon glaubte sie noch aussperren zu müssen), hatte sich Fischer auch schon in einem vorangegangenen Salzburger Referat, von 1964, auseinandergesetzt (oder besser gesagt: das Ärgernis halb ratlos, halb unwirsch beiseitegeschoben). Merkwürdig nur, daß die anderweitig so quellenkundigen Herausgeber hier offenbar weder den Anlaß kennen – V. Internationaler Hegel-Kongreß – noch den verantwortlichen Initiator und Jahrbuch-Betreuer nennen; vielleicht, weil Wilhelm Raimund Beyer (1902-1990), der immerhin in der Mozartstadt direkt vor Gauß/Hartingers Nase residierte, dem Kommunismus im Gegensatz zu Fischer nicht abzuschwören gedachte?

Politisch-ästhetische Kursschwankungen

Von derartigen Kleinlichkeiten einmal abgesehen, wird eine angemessene Würdigung Fischers aber auch durch ihn selbst behindert, genauer: durch die manchmal jahre-, ja jahrzehntelange Inkubationszeit seiner ehrgeizigsten Projekte. Wegen der politisch-ästhetischen Kursschwankungen ihres Autors sind „Von der Notwendigkeit der Kunst“ und „Ursprung und Wesen der Romantik“ in sich brüchig, enthalten mannigfaltig unaufgelöste Widersprüche, die nicht von der Sache herrühren. Wenn Fischer etwa Joyce einerseits vorhält, sich Illusionen gemacht zu haben über die Möglichkeit, die stummen Dinge zum Sprechen zu bringen, und ihm attestiert, stattdessen beim „verdringlichten Menschen“ (II, S. 101) gelandet zu sein – wie kann er dann andererseits den gleichen Dichter den „studierenden Arbeitersöhnen und -töchtern“ (II, S. 232) als vorbildlich ans Herz legen? Das ist weder „furios“ noch „fulminant“ (die beiden aus Fritz J. Raddatz' Vokabular ausgeborgten Lieblingsattribute der Herausgeber), sondern schlicht verworren. Um die Verwirrung nicht noch zu steigern, verzichten Gauß/Hartinger vorsichtshalber darauf, dem Leser all das zumindest anzudeuten, was sie selber nicht verstehen – und damit entfallen die wenigen echt originellen Gedanken Fischers. So hat etwa das gängige linke Vorurteil Bertolt Brecht zum Prototyp des „engagierten“, sozialistischen Schriftstellers stilisiert, und niemand, der sich nicht der Lächerlichkeit preisgeben möchte, würde es heutzutage wagen, Brechts Theorie einer nicht-aristotelischen Dramatik ernsthaft anzugreifen. Bevor Fischer sich auch in diesem Punkt entschloß, mit dem Strom zu schwimmen, tat er jedoch genau das – mit der ebenso prinzipiellen wie ungewöhnlichen Begründung, Brecht verkenne sowohl die Natur des Menschen als auch die des Theaters.[8]

Mit diesem Problem und anderen, im engeren Sinne ästhetischen Fragen wird sich der zweite Teil der Erörterungen in der nächsten »Weg-und-Ziel«-Ausgabe zu beschäftigen haben. ■

Georg Lukács

Anmerkungen

Ernst Fischer-Werkausgabe, herausgegeben von Karl-Markus Gauß unter Mitarbeit von Ludwig Hartinger, Frankfurt/M. 1984ff. (Sendler- bzw. Vervuert-Verlag).

I: Kultur, Literatur, Politik. Frühe Schriften, 1984.
II: Von der Notwendigkeit der Kunst, 1985.
III: Ursprung und Wesen der Romantik, 1986.
IV: Lob der Phantasie. Späte Schriften zur Kultur und Kunst, 1986.
V: Erinnerungen und Reflexionen, 1987.
VI: Das Ende einer Illusion, 1988.
VII: Aufstand der Wirklichkeit. Literarische Studien und Porträts, 1989.
VIII: Von Grillparzer zu Kafka, von Canetti zu Fried – Studien zur österreichischen Literatur, 1992.

1 Herausgeber der Exkommunist Alfred Andersch.

2 Wo heute John Berger Fischers Position fortsetzt.

3 1964 deutsch in der exzellenten Übersetzung Alfred Schmidts, allerdings mit dem irreführenden Titel „Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus“ (Neuwied/Berlin 1964; Frankfurt/M. 1989); denn fast stärker noch als der – Lenins Mißachtung der Marxschen „Gebrauchsanweisung“, den Sozialismus nur in den höchstentwickelten kapitalistischen Ländern „aufzupfropfen“, zuzuschreibende – Funktionswandel von Institutionen wie Staat und Partei irritiert Marcuse ja gerade das Verhältnis von Natur und Gesellschaft, Logik und Dialektik im sowjetrussischen Diskurs bzw. das Übergewicht der jeweils ersteren Komponente über die letztere, die Ankoppelung des historischen vom dialektischen Materialismus und dessen Einfrieren zu einer Ontologie nach traditionellem Muster.

4 Auch in Fritz J. Raddatz (Hrsg.), Marxismus und Literatur III, Reinbek 1969, 3.A. 1974, S. 44-76.

5 Vgl. den Untertitel von Ernst Fischer, Kunst und Koexistenz, Reinbek 1966.

6 In dem Band „Kunst und Menschheit“, Wien 1949, Globus-Verlag, der neben den Versuchen über A. Tolstoi und Th. Mann die erste Konzeption der „Notwendigkeit der Kunst“ bringt, rechnet Fischer (S. 239) zu den Fäulnisresten u.a. Bucharin, Sinowjew und Trotzki.

7 Sogar ein so unbestechlicher Beobachter der Literatur wie Marcel Reich-Ranicki ist (unbewußt) vom Zeitgeist angekränkelt, wenn er behauptet, Lukács hätte an Heinrich Manns „Henri Quatre“, der u.a. Züge des sowjetischen Vaters der Völker trägt, die Vernachlässigung der gesellschaftlich treibenden Kräfte zugunsten der biographisch im Zentrum stehenden Persönlichkeit gerügt – „(nach Stalins Tod, versteht sich)“; in M.R.-R., Thomas Mann und die Seinen, Frankfurt/M. 1990, S. 145. Die eingeklammerte Unterstellung indes hält einer Überprüfung nicht stand. Denn obwohl die deutsche Buchausgabe der Lukács-Ausführungen de facto erst 1955 (in Ostberlin) erschien, hatte es seit 1937 teils in russischer Übersetzung, teils in Exilzeitschriften wie der »Internationalen Literatur« (z. B. Heft 5/1938) schon Vorabdrucke bzw. fast gleichlautende Varianten gegeben. Insofern also die Zeichnung Henri Quatres von Stalin inspiriert wurde, hat Lukács' das bereits auf dem Gipfel von dessen Machtausübung getadelt. Aber Lukács Argumentation in „Der historische Roman“ geht ja – für Stalin unerfreulicherweise – noch viel weiter: Dieser könne nämlich niemals, qua „weltgeschichtliches Individuum“, zum Helden (künstlerisch gelungener!) sozialistischer Epik werden, wie Lukács aus seiner gattungstheoretischen Unterscheidung von Roman und Tragödie deduziert (G. L., Der historische Roman, Berlin-Ost 1955, S. 328-352 bzw. G. L., Werke Bd. VI, Probleme des Realismus III, Neuwied/Berlin 1965, S. 368-394). Zum Glück für den ungarischen Emigranten jedoch war Verständnis und Diskussion auf solch ästhetischem Niveau in Moskau nicht üblich, sonst wäre er wohl auf Nimmerwiedersehen in der Versenkung verschwunden. Ein Vergleich mit Fischers oben mitgeteilter Mahnung zu kommunistischer Wachsamkeit, ein Jahrzehnt danach (1947) vom sicheren Hafen Wien aus losgeschickt, erübrigt jeden Kommentar.

8 Ernst Fischer, Kunst und Menschheit, a.a.O., S. 245-247.

Stefan DORNUF ist Soziologe, er war Assistent von Leo Kofler in Bochum.

Zu Nietzsches spätstalinistischer Aufwertung*

Eine nicht nur persönliche Replik

Wolfgang HARICH

Zu den wenigen DDR-Denkern, die sich mir freundlich genähert haben, gehört Reinhard Mocek. Seit der Wende aber läßt er nichts mehr von sich hören. Und jetzt plötzlich, zu meiner Verwunderung, greift er mich öffentlich an (in einem Zusammenhang übrigens, in dem das merkwürdig aufgesetzt wirkt). In Sachen Nietzsche hätte ich „dem ZK die Augen geöffnet", woraufhin Manfred Buhr „vierwöchtenlich" Diskussionen habe organisieren müssen, um „ein ausgesuchtes Häuflein von DDR-Philosophen und Kulturwissenschaftlern auf Harichs Position zurückzubringen". Ich wünschte, es hätte sich so verhalten. Leider ist das Gegenteil wahr. Doch bevor ich darüber berichte, sei mir ein grundsätzliches Wort zu jener Nietzsche-Renaissance erlaubt, die dem nunmehr sich ausbreitenden Neofaschismus vorausgegangen ist.

Sie durfte unter realsozialistischen Bedingungen besonders weit in dem China Dengs gedeihen, das den Kapitalismus wieder einführt, ohne Demokratie zu gewähren. Und ihr Bahnbrecher in Osteuropa war das Rumänien Ceausescus. Der Wille zur Macht scheint diesen Herrenmenschen eingeleuchtet zu haben. Auch hierzulande hat eine greise Politbürokratie sich auf dem Weg zu Zarathustra befunden. Anscheinend war einzig Willi Stoph dagegen, wie eine kulturpolitische Andeutung von ihm vom Dezember 1985 verrät. Die blieb indes ein folgenloser Übergriff ins Ressort Kurt Hagers, der, zusammen mit Stephan Hermlin, den in seiner Unbildung und Ahnungslosigkeit verunsicherten Erich Honecker längst dazu bewogen hatte, Friedrich Nietzsches Philosophie in die Erbpflege der DDR mit einzubeziehen.

Der Generalsekretär der SED, sein Chefideologe und der Schöngeist unter seinen Jugendfreunden verfolgten ihren Plan behutsam, peu à peu, immer mit festem Blick auf Nietzsches in Weimar und Röcken, in Naumburg, Schuppfort und Leipzig 1994 mit internationaler Beteiligung und Resonanz festlich zu begehenden 150. Geburtstag. Bei Hager lief die Vorbereitung durch Jahrzehnte parallel zunächst mit dem Verbot, später mit manipulierter Verfemung des größten kommunistischen Philosophen seit Marx, des Ungarn Georg Lukács, eines exzellenten Nietzsche-Kritikers. Und Hermlin, in seinem „Deutschen Lesebuch", ließ 1976 eine erste Schwalbe auffliegen: durch den Abdruck von Nietzsches Gedicht „An den Mistral", mit dem in der Nazizeit deutschen Oberschülern das Erfordernis, „lebensunwertes Leben" auszumerzen, nahegebracht worden ist.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Tatsache zu sehen, daß ein volles Jahr lang, 1982, ZK-Apparat und Kulturministerium mit dem Köder einer Lockerung des gegen mich erlassenen Berufsverbots und mit der mir schmeichelnden Begründung, ich kannte mich so gut im Grenzgebiet von Philosophie- und Literaturgeschichte aus, immer wieder in mich drangen, ein „differenzierendes" Buch über Nietzsche, unter Würdigung auch seiner „guten Seiten", abzufassen. Ich kenne Nietzsche gründlich, ich empfinde nichts als Ekel und Abscheu vor ihm, und ich bin kein Nazi. Also wies ich das Ansinnen zurück, flehend, entrüstet, schließlich verzweifelt, und riet in warnenden Gutachten mehrfach von dem Vorhaben generell ab.

Derweil erklärte Wolfgang Heise sein Einverständnis, eine kommentierte Nietzsche-Edition herauszubringen. Doch nur zum Schein und nur mit hinauszögernden Vorschlägen war er darauf eingegangen, um das Projekt so zu sabotieren, daß andere es nicht übernehmen konnten. Bis zum eigenen Tod hat er es dergestalt blockiert. Wer Heises 1958 erschienene Rezension der Schlechtaschen Nietzsche-Ausgabe kennt, wird ihn verstehen, um so mehr, als sich in der DDR das Problem, an die betreffenden Texte heranzukommen, ja gar nicht stellte. Sie mit dem Signet eines DDR-Verlages zu versehen, wäre pseudoliberales Imponiergehabe gewesen. Es hätte lediglich davon abgelenkt, daß Wichtigeres im Buchangebot fehlte, zum Beispiel das Schaffen Solschenyzins. Eines Tages war sogar der „Sputnik" nicht mehr erhältlich.

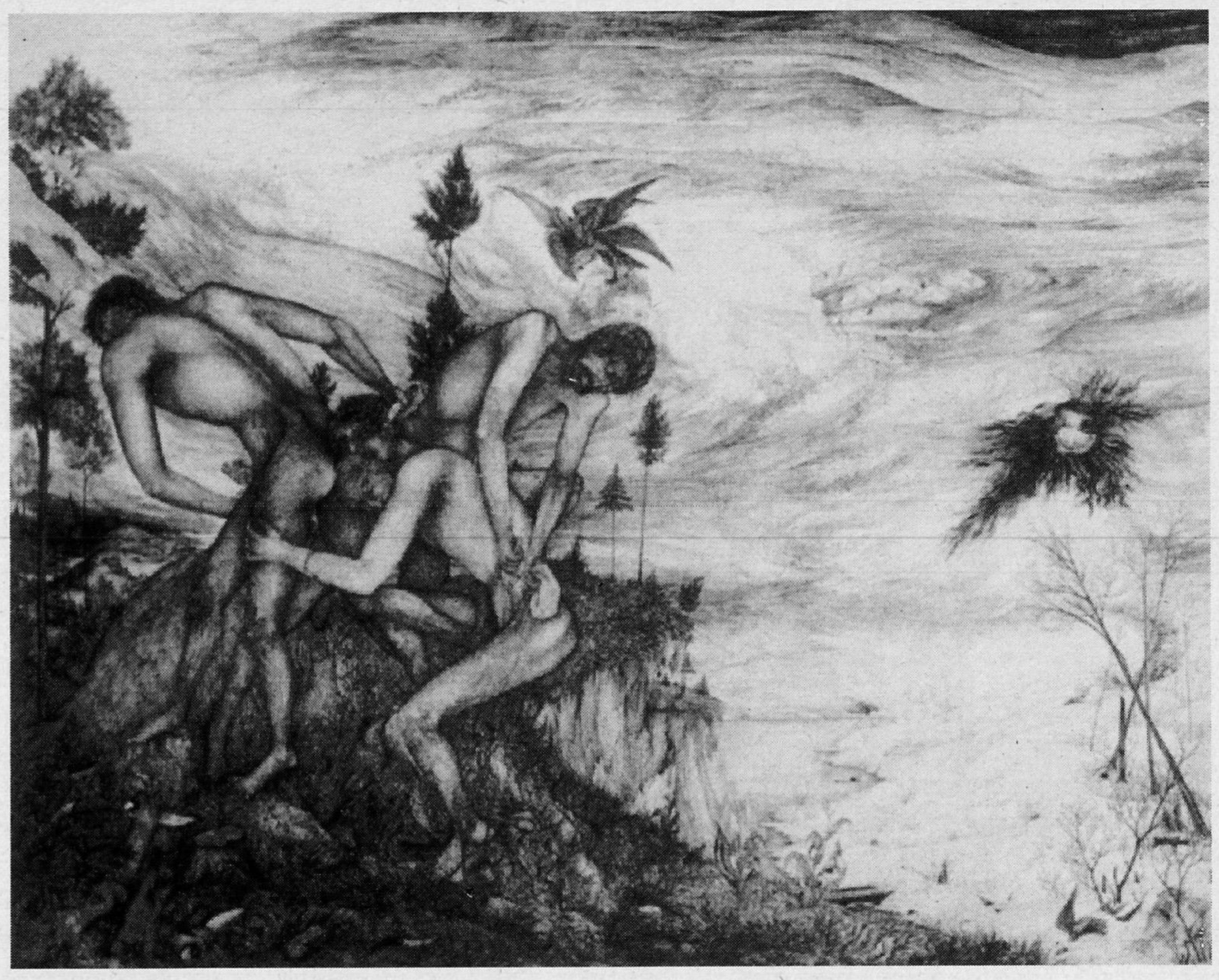
Andere Kollegen haben sich Hagers Sbirren erbötig gezeigt, namentlich Heinz Pepperle. Von ihm ist 1986 in „Sinn und Form" eine Zwar-aber-Verteidigung des Urfaschisten aus Röcken bei Lützen abgedruckt worden. Gegen die zog ich polemisch vom Leder und wurde damit, wieder einmal, unbequem. Seither hat Hager mir, wie ehemals oft, mit Schikanen und Intrigen das Leben schwergemacht, und das bis zur Wende und, fortwirkend, über sie hinaus. Es fing damit an, daß „Sinn und Form" von seiten Hagers die – für mich unannehmbare – „Empfehlung" zuging, mit die Streichung aller auf Pepperle kritisch bezugnehmenden Passagen

---

* Der Abdruck dieser Replik auf einen Angriff des Philosophen Reinhard Mocek wurde vom »Neuen Deutschland« abgelehnt. Wiener linke Zeitschriften haben mittlerweile eine Tradition in der Veröffentlichung von in der (Ex-) DDR zensurierten Artikeln – so mußte auch der von Harich im Text erwähnte Artikel „Mehr Respekt vor Lukács!" 1987 in der Zeitschrift »Aufrisse« in Wien erschienen. Sei's drum! R. P.

abzuverlangen. Einen Genossen von einem vormaligen Staatsfeind dermaßen abfertigen zu lassen, ginge, so bedeutete man mir, nicht an.

Dabei hätte es denn auch sein Bewenden gehabt, wäre nicht im Mai 1987 ein Malheur passiert: Hermlin ließ sich im Westen zu der Behauptung hinreißen, in der DDR gäbe es keine unterdrückten Manuskripte.



Anton Lehmden, Kämpfende Männer in einer Landschaft, 1954.

Das nutzte ich aus. Brieflich forderte ich Hermlin dazu auf, sich für die Publikation zweier unterdrückter Arbeiten von mir stark zu machen, andernfalls ich ihn als unglaubwürdig bloßstellen würde. So sah Hager sich gezwungen, in die Veröffentlichung wenigstens der einen Arbeit – die andere, „Mehr Respekt vor Lukács!", hatte ich nach Österreich schmuggeln müssen – mit einem Vorbehalt doch noch einzuwilligen: Meine Kritik an Pepperle durfte, etwas entschärft, erscheinen, nachdem ich mich – sehr ungern – der Bedingung unterworfen hatte, aus ihr eine längere satirische Stelle zu streichen. Die galt dem – für mein Empfinden schamlosen – Plan, in Weimar, nahe Buchenwald, eine Nietzsche-Gedenkstätte zu errichten.

Der X. Schriftstellerkongreß der DDR, im November 1987, bot der Politbürokratie und ihren Hofbarden sodann Gelegenheit, zurückzuschlagen. Hager und Honecker saßen im Präsidium, als Hermann Kant mich mit Pol Pot verglich, als Hermlin mit aus der Luft gegriffenen Verleumdungen auf mich eindrosch. Auf meine Argumentation ging, gewohntermaßen, niemand ein, und öffentlich zu erwidern blieb mir untersagt. Törichterweise habe ich, aus Loyalität, damals von Möglichkeiten, die sich mir zur Stellungnahme in westlichen Medien boten, keinen Gebrauch gemacht. Der Streit sollte, soweit es von mir abhing, eine interne Angelegenheit der DDR bleiben. Die Gegenseite verhielt sich weniger zimperlich. Bei Pahl-Rugenstein, in Köln, kam im Frühjahr 1989 das Protokoll des Kongresses mitsamt den Angriffen auf mich heraus. Als ich nun verlangte, mich noch einmal zu Wort kommen zu lassen, erklärte Hager, er könne keiner Redaktion eine derartige Auflage erteilen.

Unterdes fanden hinter den verschlossenen Türen der Akdemie der Wissenschaften jene gesteuerten „Diskussionen" statt, auf die Mocek sich bezieht und von denen er nur die erste, am 16. Oktober 1987, miterlebt hat. Es waren keine „vierwöchentlichen" Veranstaltungen, wie er annimmt, sondern bloß vier in anderthalb Jahren. Und keineswegs sollten sie die Teilnehmer auf meine Position „zurückbringen". Im Gegenteil, ihr Zweck bestand darin, alle gegen die Nietzsche-Renaissance sprechenden Einwände abzuschmettern und dabei mich, den Störenfried, fertigzumachen. Öffentlicher Disput mit mir kam nicht in Betracht. Dafür waren meine Argumente zu stark. Deswegen bin ich weder zu der Konferenz der Philosophiehistoriker, die am 12. und 13. Januar 1988 in Leipzig über die Bühne ging, noch zu dem Nietzsche-Colloquium der DKP in Wuppertal, am 9. und 10. April 1988, und auch nicht zum letzten Philosophenkongreß der DDR vor drei Jahren eingeladen worden.

Wenn, nebenbei bemerkt, Jean Paul zu seinen runden Gedenktagen, 1975 und 1988, in der DDR nicht gefeiert worden ist, so geschah das ebenfalls um meiner Ausgrenzung willen. Ich sollte Unperson bleiben, und daß ich Jean Paul im Geist von Lukács interpretiert hatte, galt obendrein als Frevel. Nietzsche war nicht zuletzt deswegen willkommen, weil von ihm Jean Paul als „das Verhängnis im Schlafrock" geschmäht worden ist. Unmißverständlich ist mir immer wieder klargemacht worden, niemand brauche mich. Mocek schien da eine Ausnahme zu bilden. Nun enttäuscht auch er mich. Wie soll ich mir den Wandel seiner Einstellung erklären? Er hat mir einmal brieflich sein Bedauern darüber ausgedrückt, gegen meine Isolierung nichts tun zu können. Es ist mir schwer vorstellbar, daß er an seine These, ich hätte Einfluß aufs ZK ausgeübt, selber glaubt.

Verlorene Post aus Paris

Im April 1989 spitzte sich der Konflikt zwischen Hager und mir dermaßen zu, daß ich mir nicht mehr anders zu helfen wußte, als mich, per Eingabe, bei Honecker über den Machtmißbrauch seines führenden Kulturpolitikers zu beschweren. Am 28. Juni kam es daraufhin zwischen dem persönlichen Referenten des Generalsekretärs und mir zu einem kurzen Gespräch. Von der ärgsten Schikane vermochte ich nicht zu beweisen, daß auch sie auf Hager zurück-

ging. Trotzdem führte ich sie als bezeichnendes Beispiel an. Das französische Erziehungsministerium hatte im November 1988 bei mir anfragen lassen, ob ich zu Vorträgen in Paris und Nantes während der ersten Märzhälfte bereit sei, und ich hatte dies bejaht. Die offizielle Einladung an mich, in einem Luftpostbrief, war dann, datiert vom 5. Februar, erst am 18. März, nach Verstreichen sämtlicher Veranstaltungstermine, bei mir eingetroffen, und meine dagegen protestierende Eingabe beim Postministerium der DDR war unter fadenscheinigen Ausflüchten abgewimmelt worden. Ich äußerte also die Befürchtung, daß mein Wunsch, in Paris auch im Kulturzentrum der DDR aufzutreten, hatte hintertrieben werden sollen. Honeckers Mann bestritt, zu meiner Verblüffung, gar nicht, daß an der Sache „gedreht" worden sein könnte. Er sagte nur: „Was kann ich da tun? Das liegt doch an Ihrer Einstellung zu Nietzsche." Zwölf Tage zuvor hatte ich die letzte Gesprächsrunde bei Buhr dazu aufgefordert, sich statt für Nietzsche lieber erst einmal für Trotzki einzusetzen und den Lesern in der DDR auch Solschenizyn nicht länger vorzuenthalten. Betreten hatte man geschwiegen.

Will, so frage ich, angesichts derartiger Fakten Mocek seine einseitige, zusammenhanglose Darstellung im Ernst noch aufrechterhalten? Liebend gern hätte ich das ZK zur Räson gebracht, aber es wollte nichts davon wissen. Zufrieden war mit meiner Position die »New York Times«. Als besorgniserregend hat, in deren Spalter, David Binder die Gehässigkeiten registriert, mit denen ich von Kant und Hermlin überschüttet worden bin. Binders Artikel, der die Wiederbelebung übler deutscher Geistestraditionen durch Honecker scharf verurteilt, trägt die Überschrift: „Seltsame Bettgenossen: Marxisten umarmen Nietzsche." Ähnliche Solidarisierung habe ich in der DDR nur aus kirchlichen Kreisen erfahren, aus solchen, denen, altmodischerweise, der sich großspurig als Antichrist aufspielende Lobredner der „blonden Bestie" ein Greuel ist. Ein beherzter Theologieprofessor warnte die SED-Führung vor Versuchen, mit Nietzsche den humanistischen Konsens zwischen Marxisten und Christen aufzukündigen. Solch unliebsame Resonanz im In- und Ausland dürfte den Anstoß zu der Wuppertaler DKP-Konferenz über Nietzsche gegeben haben.

Was war der Sinn des vielfach mißverstandenen „großzügigeren" Umgangs der spätstalinistischen Nomenklatura mit problematischem Kulturerbe? Je mehr die revolutionären Ursprünge des Realsozialismus in ferne Vergangenheit rückten, je weniger glaubhaft sich seine Zukunftsverheißungen ausnahmen, desto reaktionärer wurden die anderweitigen Überlieferungen, auf die der Machtapparat, zwecks Verbreiterung seiner ideologischen Basis, zurückgriff. Und da es echte Meinungspluralität gleichwohl nicht geben durfte, genossen nun diese „Renaissancen" monolithischen Schutz, im Zeichen eines auf die verlogene Phrase „Weite und Vielfalt" einexerzierten Scheinliberalismus, der gegenüber reellem Querdenken die tolerante Maske jedesmal prompt fallen ließ. Typisch hierfür war in der DDR, daß Historikern, die das Luther-Gedenken von 1983 störten, indem sie die Einschätzung der Reformation durch Marx, Engels und Mehring zu zitieren wagten, Maßregelung widerfuhr. Nach Erfahrungen solcher Art gab die modebewußte Absicht der SED-Diktatur, sich wohlwollend dem Vermächtnis Nietzsches zu „öffnen", zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß.

Zumal speziell in diesem Fall auch noch die Nötigung, Politbüromitglied Hager vor wohlverdienter Blamage zu bewahren, eine zusätzliche Rolle gespielt hat. Hager hatte – zugegeben: ungewollt, aus purer Ignoranz – schon zu Beginn der sechziger Jahre durch verfehlte Behandlung des Nietzsche-Nachlasses dessen Erschließung und Interpretation den Befürwortern einer längst widerlegten philologischen Legende anvertraut, die es zu erlauben scheint, den Urfaschisten gewissermaßen zu „entnazifizieren". Hagers Machterhalt, sein persönliches Prestige geboten daher, zwischen Nietzsche und dem Faschismus einen möglichst weiten Abstand zu schaffen. Derselbe Hager hatte aber auch, starrsinnig, wie er ist, fixiert auf das Parteitrauma von 1956, durch Lukács' Degradierung zur Unperson sowohl in der SED wie in der DKP das antifaschistische Gewissen der Parteiintelligentsja empfindlich geschwächt.

Lukács über Nietzsche

Dabei hätte gerade Lukács' negatives Urteil über Nietzsche nicht etwa abgemildert, sondern eher noch verschärft werden müssen. Lukács hatte Nietzsches extremen Antisemitismus stets unterschätzt, hatte auch nie den enormen Einfluß Nietzsches auf Mussolini gebührend in Betracht gezogen und hat 1969, zwei Jahre vor dem eigenen Tod, unmöglich noch die Kollationierung auswerten können, die von Ernst Sandvoss zwischen Texten Nietzsches und Hitlers durchgeführt worden ist; die macht, zum Beispiel, in „Mein Kampf" 86 Stellen als ans Plagiat grenzende Übereinstimmungen kenntlich. Als Sponsor einer Nazigeschichte hätte folglich Hager dagestanden, wäre dies dem Gros der von ihm stramm gegängelten Genossen ruchbar geworden. Sein Machtmißbrauch bescherte ihm Helfershelfer, die ihm das bis zuletzt erspart haben und sich noch heute darüber ausschweigen. Mocek und manch anderem möchte ich zugute halten, daß sie das alles nicht wissen.

In einem „marxistisch-leninistischen" Machwerk über Nietzsche, das Hager, ungeachtet der Dilettantismen, von denen es wimmelt, zu drukken empfohlen hat, fehlt Sandvoss bezeichnenderweise ganz, fast zwei Jahrzehnte nach seiner für die einschlägige Forschung ungemein wichtigen Entdeckungen. Und nicht nur das: Das besagte zweitägige Colloquium zu Nietzsche hat die DKP in Wuppertal vor allem zu dem Zweck veranstalten sollen, den „Einsamen von Sils Maria" von dem Odium zu befreien, Schöpfer der faschistischen Ideologie zu sein. Auch hiermit dürfte es zusammenhängen, daß ich dem ferngehalten worden bin. Man tauschte sich aus im Zeichen der – an Thomas Mann erinnernden – Frage: „Bruder Nietzsche?" In der Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung ist 1988 das Protokoll veröffentlicht worden. Und es liegt ein 325 Seiten langes Manuskript von mir vor, das, zwischen Januar und Juli 1989 entstanden, unter dem Titel „Nietzsche und seine Brüder" meine Einwände zu den Darlegungen der Referenten und Diskussionsteilnehmer enthält. Bis heute hat, vor wie nach der Wende, die DKP sich nicht bereit gezeigt, es in dieselbe Schriftenreihe aufzunehmen. Vielleicht hilft Mocek, für Meinungsfreiheit streitend, mir da jetzt weiter: Er kann ja dann eine vernichtende Rezension darüber schreiben. Wenn er es kann. ■

Dr. Wolfgang HARICH ist Philosoph in Berlin und seit 1946 Mitglied der KPD bzw. SED.

Beiträge zur Bilanz*

Georg KNEPPLER

Die Rechenschaftslegung über die einundvierzigjährige Existenz der Musikwissenschaft in der DDR, die hier versucht werden soll, die Bilanz eines Sondergebietes also, wird sich notwendigerweise auf jenes Gesamtsystem, innerhalb dessen es funktionierte, zu beziehen haben, ein System, das man wohl am treffendsten als Stalinismus bezeichnet.

Offensichtlich ist der Stalinismus daran zerbrochen, daß er sein Versprechen in keiner Weise halten konnte, der Welt des Kapitalismus eine menschlichere Alternative in Form gedeihender Staatsgebilde entgegenzusetzen. Aber dieser schmähliche Zusammenbruch kann, wie ich meine, heute noch nicht annähernd vollständig erklärt werden.

Vor simplifizierten, plausibel scheinenden Erklärungen, wie sie heute wirkungsvoll verhökert werden, wird man sich zu hüten haben. Vor deren Akzeptanz sollte schon allein die Erinnerung daran bewahren, daß in den frühen Phasen der Sowjetmacht Hunderte von Millionen Menschen, unter ihnen viele der besten Köpfe in aller Welt, ihre Hoffnungen auf das Gelingen eines sozialistischen Konzepts richteten; daß während und nach dem zweiten Weltkrieg die Sowjetunion mit ihren Plänen, mit ihrer politischen und militärischen Macht die Alternative zur Nazibarberei nicht nur schien, sondern war; daß nach dem Ende des Weltkrieges hoffnungsvolle Ansätze nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in China, in mehreren Ländern Mittel- und Osteuropas, Afrikas, Asiens und bald auch Amerikas zu verzeichnen waren. Und dazu gehörte eben auch die DDR. Dabei ging es um nichts Geringers als um eine Alternative zu dem Weltsystem des Kapitalismus, um ein Weltsystem des Sozialismus, das auch einen sozialistischen Weltmarkt aufzubauen in der Lage schien.

Ich will gleich eingangs sagen, daß ich bei diesem Versuch einer Darstellung mich auf meine eigenen Erfahrungen beschränken will. Nicht etwa deshalb, weil ich sie für besonders interessant halte, sondern weil sie, im Gegenteil, typisch sind für die Erfahrungen und Überlegungen vieler; auch, weil ich meine Handlungen und Motive, deren Korrekturen und Neuansätze besser kenne, als von außen kommende Interpreten sie kennen können. Und ich gehe in deren Darstellung von scheinbaren Nichtigkeiten aus; auch welthistorische Entwicklungen lernt man zunächst in Form von Symptomen kennen.

Als ich im November 1949 in die gerade gegründete DDR kam, war ich tief überzeugt davon, daß die Analysen, Erkenntnisse und Konzepte, die Karl Marx entwickelt hatte, der Menschheit unentbehrlich sind. Und ich will es gleich aussprechen: Ich meine das auch heute.

Daß sich aber aus dem Marxismus vieles von dem nicht ergab, was sich in der DDR abspielte, hätte ich bald nach meiner Ankunft erkennen können. – Obwohl offiziell eingeladen, konnte ich das Amt, dessentwegen ich gekommen war – ich sollte eine Hochschule für Musik gründen –, mehrere Wochen hindurch nicht antreten. Erst viele Jahre später erfuhr ich, was sich hinter für mich verschlossenen Türen zugetragen hatte; ich mußte in mehr als zwei Dutzend Sitzungen von dem Verdacht gereinigt werden, ein Spion Titos zu sein. – Als ich, dann endlich doch beginnend, von Ministerium und „Höchster Abteilung" die Zustimmung erhalten hatte, für den Lehrkörper auch Ausländer zu gewinnen; als ein mir befreundeter angesehener Dirigent aus den USA meine Einladung angenommen, mit seiner Frau nach Schweden gekommen war, um dort das Einreisevisum in die DDR abzuwarten; als ich das fest zugesagte Visum beim Vertreter, diesmal aber in Gegenwart noch höherer Vertreter der Höchsten Abteilung, wieder einmal anmahnte und er in die Worte ausbrach: „Warum Ihr immer Leute aus dem Westen haben müßt?!", da mußten meine Freunde, die natürlich ihre Stellungen aufgegeben und ihre Wohnungen gekündigt hatten, aus Schweden wieder in die USA zurückkehren. – Als ich dann trotz allem die Hochschule für Musik in der für heutige Verhältnisse unvorstellbar kurzen Zeit von weniger als einem Jahr, buchstäblich aus Ruinen aufgebaut, im Oktober 1950 eröffnen konnte und in einer der ersten Besprechungen von Hochschuldirektoren mit dem Ministerium für Kultur über Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten, über Zurückbleiben hinter den Erwartungen zu berichten hatte, schüttelte, während ich sprach, ein Vertreter des Ministeriums, der den Vorsitz führte, stumm den Kopf: Ich hatte nicht begriffen, daß es nicht um eine wahrheitsgemäße Darstellung der Verhältnisse, sondern um die Abfassung eines günstig klingenden Berichts ging. – Wenige Jahre vergingen und auf dem Schreibtisch von Johannes R. Becher, der inzwischen Minister für Kultur geworden war, lag ein unterschriftsreifes Entlassungsschreiben für mich. Das wieder war eine Angelegenheit, von deren Hergang ich erst viele Jahre später erfuhr. Windige Gesellen, deren einige in höchsten Ämtern saßen, deren andere man in die Hochschule eingeschleust hatte, um mir den Garaus zu machen, hatten mein Sündenregister zusammengestellt. Becher unterschrieb nicht; er hatte Erkundigungen über die Hochschule eingeholt.

Hätte ich alle Begebenheiten damals schon gekannt, sie hätten bei mir auch nichts anderes bewirkt, als was aus den mir bekannten Vorgängen – und man wird mir glauben, daß ich deren eine ganze Latte berichten könnte – sowieso schon hervorzugehen schien. Derartige Ereignisse, so dachte ich, so horrend sie waren, derartige Fehlentscheidungen, Irrtümer, Böswilligkeiten einzelner bis hin zu ungesühnten Schurkenstreichen seien eben unvermeidlich beim beispiellosen Aufbau einer neuen Gesellschaft; derartige Schläge, sinnlose tagelange Sitzungen, quälende Kopfschmerzen, schlaflose Nächte – das gehöre eben dazu.

---

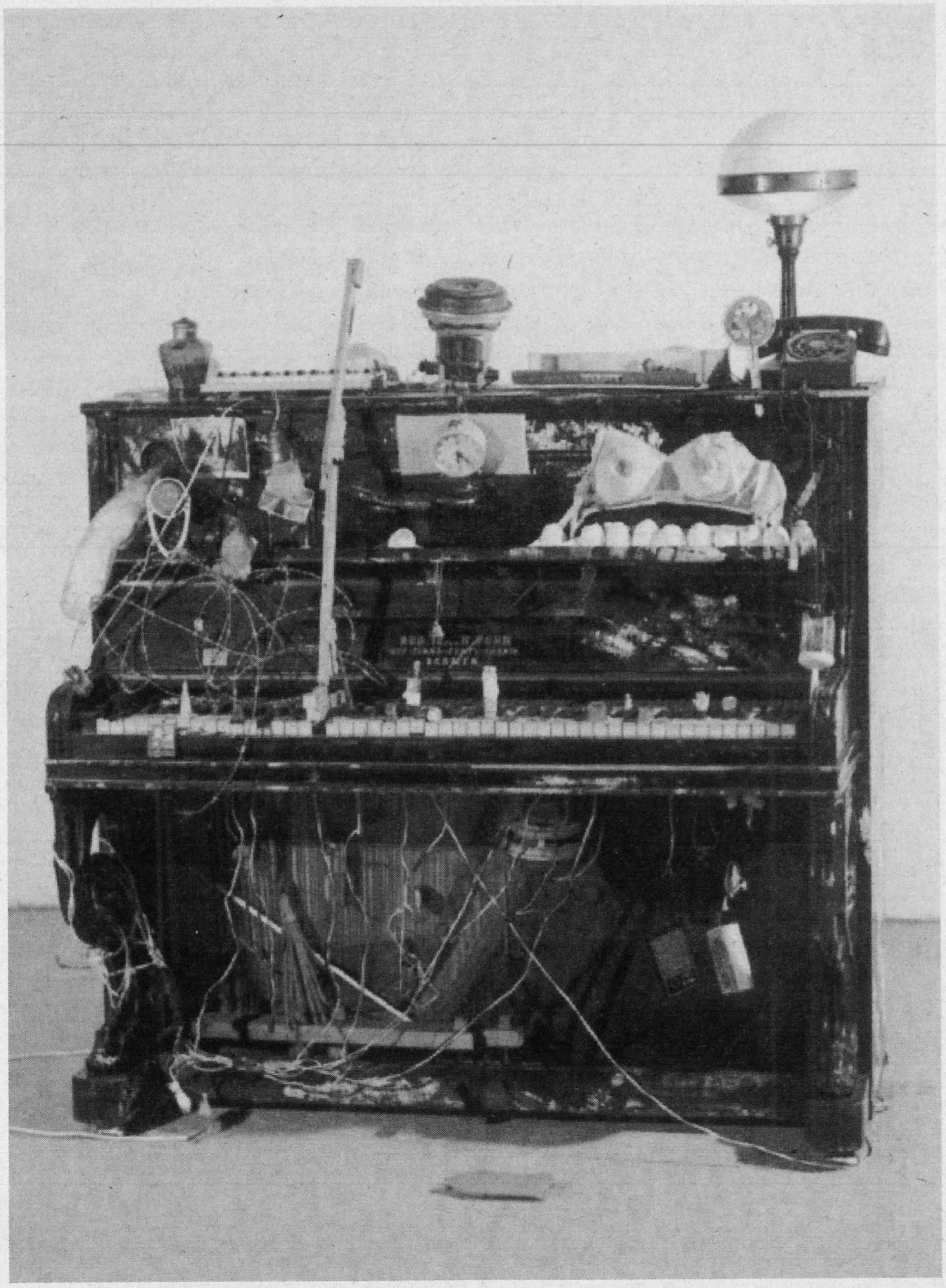
* Erstmals erschienen in »Beiträge zur Musikwissenschaft« Heft 1/1991 herausgegeben von der Gesellschaft für Musikwissenschaft in Berlin, Academia-Verlag.

Es dauerte, um es vorwegzunehmen, bei mir rund eineinhalb Jahrzehnte, gerechnet vom Ende des Weltkrieges an, ehe ich die Einsicht gewann, daß da tiefere Zusammenhänge wirkten. Es waren nicht bloß Randerscheinungen, nicht bloß Machenschaften früherer Nazis und geschickter Agenten westlicher Geheimdienste. Die gab es auch. Aber was wir da aufzubauen trachteten, trug selbstgezeugte Todeskeime in sich.

Auf dem XIX. Parteitag der Kommunstischen Partei der Sowjetunion, dem letzten, den er erlebte, das war 1952, sagte Stalin sinngemäß, der Kapitalismus habe keine Zukunft mehr; alle zukunftsträchtigen Gedanken und Bewegungen gingen nunmehr vom Sozialismus aus. Was hingegen von den kapitalistischen Staaten ausginge, sei verbissene Feindschaft gegen den Sozialismus, Sabotage und raffinierte Propaganda gegen alles, was eine Alternative zum System des Kapitalismus biete. Seltsames Gemisch aus Wahrheit und Täuschung! So unbestreitbar die im letzten Satz formulierte Teilerkenntnis war, so fatal falsch die anderen. – Gesagt wurde das zu einer Zeit, da die Kybernetik, um nur ein Gebiet der wissenschaftlich-technischen Revolution zu nennen, die damals schon begonnen hatte und die die Sowjetunion auf entscheidenden Gebieten verschlief, schon ihre ersten revolutionierenden Ergebnisse zu bieten hatte. Das blieb Stalin verborgen. Desgleichen der Tatbestand, daß der Kapitalismus – und zwar gerade in asiatischen Ländern – zu einer wahrhaft atemberaubenden Entwicklung bereits angesetzt hatte. Und verborgen blieb ihm auch – und leider eben nicht nur ihm –, daß Kritiker der ersten Schritte sozialistischer Länder nicht gleichzusetzen seien mit Feinden; daß potentielle Freunde, Verbündete, unentbehrliche Ratgeber in aller Welt zu finden gewesen wäre, und man hätte nicht lange zu suchen brauchen. Auch der Gedanke, daß nicht in erster Linie Waffen den jungen Staat schützen würden, hätte zur Verfügung gestanden.

Nichts wäre für den Aufbau der neuen sozialistischen Länder wichtiger gewesen, als genaue Analysen der eigenen und der Weltsituation anzustellen – ökonomische, soziale und politische Dimensionen ebenso betreffend wie wissenschaftliche und künstlerische; als Verbündete zu gewinnen in den eigenen Staaten und in der Welt; als neue Formen der Demokratie und der Selbstverwaltung zu entwickeln. Statt dessen wurde die Doktrin, die sich in der Sowjetunion seit Lenins Tod durchsetzte, anderen Ländern mit mehr oder weniger Erfolg aufgezwungen. Feindseligkeit gegenüber Theorien, soweit sie der offiziellen widersprachen, ja Theoriefeindlichkeit überhaupt setzte sich durch. Sachverständige, Berater, Theoretiker gäbe es nur innerhalb der kommunistischen Partein. Und auch unter ihnen habe man mit Saboteuren, Agenten, „Diversanten" zu rechnen. Die teuflischen Konsequenzen, zu denen das führte – von der zweifellos pathologischen Anlage Stalins getrieben –, waren verheerend. Mißtrauen, ausgeheckt in geheimen Zirkeln, die Veränderung der Zielrichtung der für Staatssicherheit verantwortlichen Organe auf innere Feinde, große Zeiten für Karrieristen und Lumpen die bewußte Fälschung von Evidenz, Gerichtsprozesse, bei denen nicht die Angeklagten die Verbrecher waren, *„zufällige Gerichte, blinder Mord und Tode, durch Gewalt und List bewirkt"* (wie Hanns Eisler 1954 nach Shakespeares Worten komponierte) – alles das ergab sich in unheilvollem Ablauf und hätte sich blutig auch in der DDR entfaltet, wäre Stalin nicht zuvor gestorben. Die Chancen einer sozialistischen, einer vernünftigeren und sozialeren Weltordnung waren wohl damals schon verspielt. Und auch die einer günstigeren Atmosphäre für Musikwissenschaft.

Nur wenige Jahre vergingen und



Nam June Paik, Klavier Intégral, 1958/63.

das anfangs günstig scheinende Klima, in dem Wissenschaft gedeihen kann – das Klima echter Demokratie, des Aussprechens von Meinungen, des Ausdiskutierens, auch des Ausprobierens, des Experimentierens mit verschiedenen Möglichkeiten –, das hatte sich gründlich verändert. Von Freizügigkeit der Wissenschaft und des Studiums konnte nicht mehr die Rede sein. Daß noch so verdiente Fachkräfte auch auf unserem Gebiet, das ja nicht ins Zentrum der Macht hineinreichte, eine leitende Position oder selbst nur eine Professur erhielten, wenn er oder sie nicht Mitglieder der SED waren, gehörte zu den seltenen Ausnahmen. Das Studium an Universitäten und Hochschulen war eingeengt durch das – wie ein Heiligtum verteidigte, aber falsch konzipierte – Grundstudium. Zu wenig Raum für wichtige Fächer – vor allem für Fremdsprachen außer Russich – blieb übrig. Raum für individuelle Studienpläne, für Disziplinen, die nicht zum Lehrplan gehörten, war nicht gegeben; Studienrichtungswechsel, selbst Wechsel von einer Universität zur anderen, war aufs äußerste erschwert. Reisen waren nur wenigen möglich. Die unselige Einrichtung der „Reisekader" gehört zum Wissenschaftsfeindlichsten, ja zum Menschenfeindlichsten, was sich das Regime ausgedacht hat. Und ausländische Literatur war selbst in Bibliotheken nur in geringer Auswahl zu haben. Allein diese Aufzählung macht es evident, daß die Musikwissenschaft unter wissenschaftsfeindlichen Verhältnissen existierte.

Aber das sah zunächst nicht so aus. – Als wir vor einundvierzig Jahren begannen, dachten viele von uns, es müsse doch möglich sein, einer neu zu begründenden sozialistischen Gesellschaft eine neu zu begründende sozialistische Musiktheorie zugute kommen zu lassen, die Theorie von der Musikkultur einer sozialistischen Gesellschaft zu entwickeln und zu praktizieren. Es gehörte damals noch nicht zu jedem Einfall ein Formular, zu jeder Maßnahme ein Paragraph, zu jedem Vorhaben ein Instanzenweg. Neue Einfälle ließen sich unbürokratisch und auf eigene Verantwortung durchführen, Experimente auf unserem Gebiet waren möglich: der Zugang zu Ministern und Parteifunktionären war noch nicht verriegelt; Kontroversen wurden ausgetragen, alternative Pläne erörtert.

Ich gehörte damals zu einer Gruppe von Musikwissenschaftlern, die man – sicher nicht in freundlicher Absicht – das „mächtige Häuflein" nannte. Ein „Häuflein" waren wir gewiß, aber was wir in den ersten Jahren an Ansehen und Einfluß, an „Macht" gehabt haben mögen, verloren wir zusehends. Kulturpolitik, Grundfragen der Musikästhetik und der Musikpolitik, auch Personalfragen allein zu entscheiden, nahmen Politbüro und Parteiapparat in steigendem Maße für sich in Anspruch. Und das stand in einem Zusammenhang. Anfängliche Ansätze zu einer neuartigen sozialistischen Demokratie wurden unterdrückt und damit auch das Konzept, die junge Republik könne – in einer neuen Situation und mit anderen Traditionen – einen Weg zum Sozialismus gehen, der sich von dem der Sowjetunion unterscheide. Das alles war, wie gesagt, damals für mich nicht zu durchschauen und für manche andere auch nicht.

Wir richteten unter Heranziehung von Fachleuten mehrerer Nachbargebiete und mit großen Mitteln Vorlesungen ein, in denen Musikgeschichte als Teilgebiet allgemeiner Kulturgeschichte einsichtig wurde. Wir verstanden, daß die Zeit des Eurozentrismus auch auf unserem Gebiet zu Ende gegangen war und entsandten Studenten nach China, in arabische und lateinamerikanische Länder, was damals keineswegs Selbstverständlichkeiten waren. Der Entwicklung der Technik wurde Rechnung getragen und ein für damalige Verhältnisse vorbildlicher und gleichfalls sehr aufwendiger Lehrgang für Tonmeister eingerichtet.

Gleichzeitig aber hielt ich es für richtig, in meinen Vorlesungen gegen zeitgenössische Musik zu polemisieren. An Schönberg und seiner Schule, an anderen Komponisten der Gegenwart, zeitweise auch an bestimmten Formen des Jazz schien mir damals vor allem bemerkenswert, daß sie nur für kleine Gruppen von Hörern verständlich und anziehend seien. Ich selbst hatte in meiner Studentenzeit und im Exil in England zu diesen kleinen Gruppen von Hörern gehört, war zeitgenössischer Musik gegenüber aufgeschlossen, habe manches von ihr auch selbst aufgeführt, und an Jazz hatte ich meine Freude gehabt. Aber das erschien mir nun als Teil jener bürgerlichen Gewohnheiten und Präferenzen, die es abzulegen, zu überwinden galt. Ich hielt es für notwendig, im Sinne der Erneuerung des Musiklebens vor dem „Formalismus" der Moderne zu warnen: Komponisten sollten statt dessen an den Zustand jener Zeiten anknüpfen, in denen große Kunst noch große Massen zu erreichen imstande war.

Ich stand im Banne Shdanows. Wäre ich es allein gewesen, der so dachte, ich fände es heute schwer genug zu verstehen, wie ich zu solchen Fehleinschätzungen, Irrtümern, Denkfehlern kommen konnte. Aber es waren auch klügere Köpfe, geschultere Theoretiker, als es der Schreiber dieser Zeilen damals war, auch bedeutende Künstler, die zunächst nicht verstanden, daß und warum Shdanows Theorien falsch und verderblich waren. Hieraus resultierten schlimme Repressionen, Frustrierung und Resignation bei vielen, zumal bei jenen, die schon damals weiter und tiefer sahen.

Was uns hingegen beeindruckte, die wir Shdanows Lehre verteidigten – ohne zu ahnen, daß in der Sowjetunion diese Lehren nicht nur existenz-, sondern lebensbedrohend waren, daß selbst Schostakowitsch seines Lebens sich nicht sicher fühlte –, war ihr rationeller Kern, den wir in dem Motiv erblickten, große Kunst und große Massen zusammenzubringen. – Umzudenken begann ich mit und nach dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der Stalins Verbrechen enthüllte. Das war im Februar 1956, mehr als sechs Jahre, seit ich in die DDR gekommen war, und es dauerte noch weitere Jahre, ehe ich voll zu verstehen meinte, daß Shdanows Kulturpolitik mit tiefliegenden Fehlkonzepten des Stalinismus zusammenhing. (...)

Wieviel nutzlose Energie mußte aufgewandt werden, um Selbstverständlichkeiten durchzusetzen, um Kritik auszusprechen, zeitgenössischer Musik ihren Platz zukommen zu lassen, vernachlässigte Forschungsgebiete zu erschließen, Zeitschriften Profil und Niveau zu sichern. Und viele vortreffliche Männer und Frauen leisteten ihre Arbeit mit dem Bewußtsein, daß sie nutzlos vertan sei.

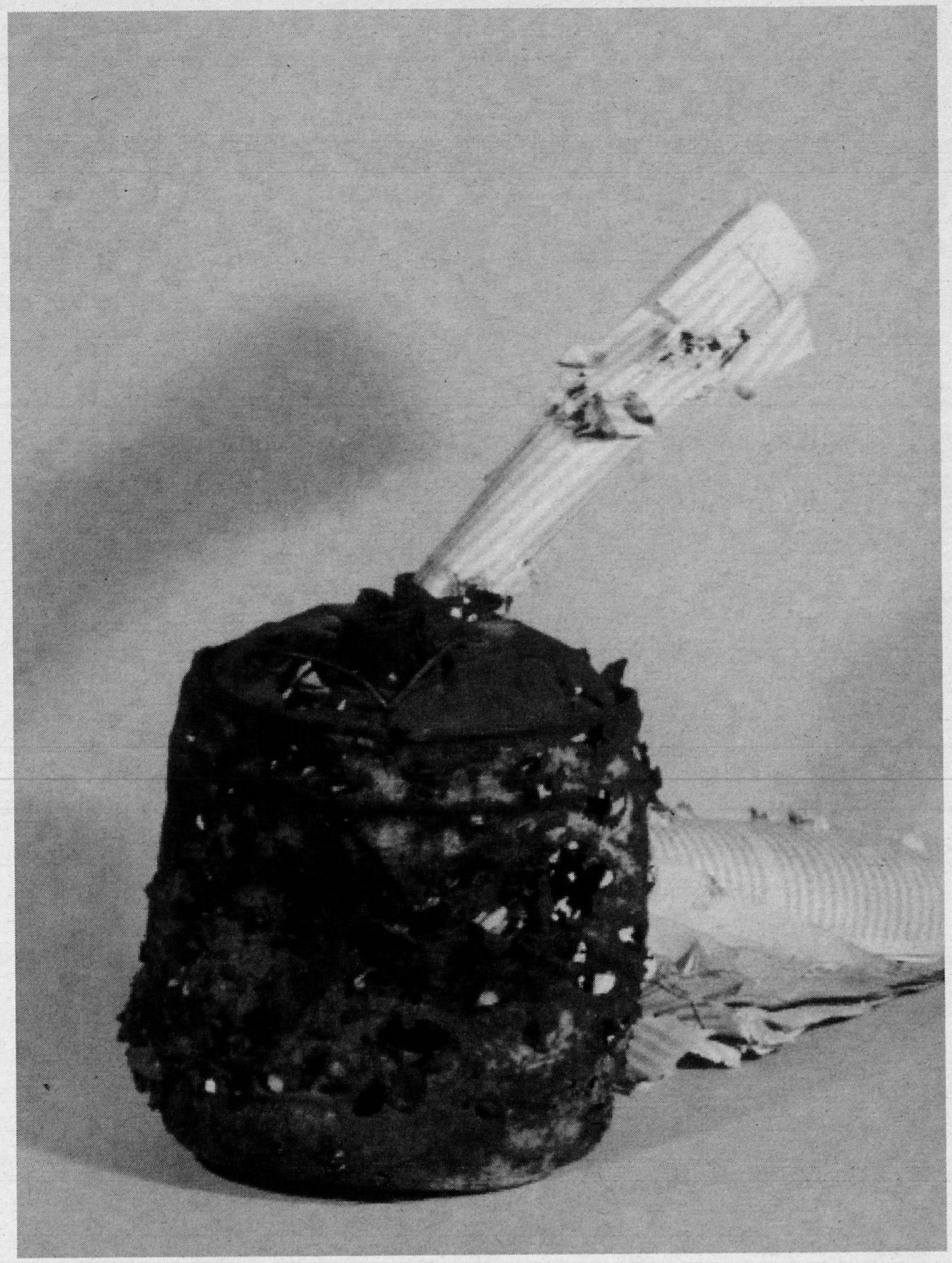
Wer sich wundert, daß so viele meinten, sie könnten trotz alledem innerhalb des Partei- und Staatsapparates der DDR noch Einsicht, Umkehr, Neuansatz bewirken; wem es unverständlich scheint, daß dergleichen Denkfehler entstehen oder daß deren Korrektur Jahre in Anspruch nehmen konnte, wird sich mit ande-

ren, heute massenhaft blühenden Denkfehlern konfrontiert sehen. Walter Benjamins schon 1937 niedergeschriebene Feststellung *„Es ist niemals ein Dokument der Kultur, ohne zugleich ein solches der Barbarei zu sein“* ist heute zu einem Problem der Menschheit geworden, das im vollen Wortsinn ihre Existenz in Frage stellt. (...)

Die Zeiten sind zu ernst, als daß man, um recht zu behalten oder sich zu verteidigen gegen selbsternannte Schiedsrichter, gleichsam Denkfehler gegen Denkfehler verrechnen dürfte. Aber der Denkfehler, daß die regierenden Gesetze des Maximalprofits – ohne daß sie als solche erkannt oder gar benannt werden würden – schon noch alles zum Guten wenden werden, könnte noch katastrophalere Folgen haben als derjenige, der im Zusammenbruch des Versuchs einer Alternative endete.

Nicht nur vom menschlichen, auch vom Sonderstandpunkt des Musikwissenschaftlers geht uns das Weltelend, in alle unsere persönlichen Probleme hineinwirkend, etwas an. Nicht nur Gesänge verstummen, nicht nur Musikinstrumente sind vom Aussterben bedroht; zu Hunderttausenden kommen Menschen um, denen schon längst das Musikinstrument entsunken und der Mund verstummt ist. Und wer vor alledem Augen und Ohren verschließen und glauben möchte, was sich freie Marktwirtschaft nennt – und wäre sie selbst sozialer, als sie sich heute in unserem Landesteil gibt –, wäre ein gesunder Boden für Wissenschaft, irrt. „Kostendeckend“ ist kein Kriterium für Wissenschaftlichkeit und für Menschlichkeit erst recht nicht, und gerade die besten Wissenschaftler haben es nicht für notwendig befunden, zu ihrem Metier die Kunst des Verkaufens dazuzulernen. Wenn wirklich die Bankiers, die Großindustriellen und die Großgrundbesitzer Menschheitskatastrophen verhindern wollen, werden sie das aufgeben müssen, was sie so groß gemacht hat: die Gesetze des Kapitalismus. Wer aber den Teufel mit Belzebub auszutreiben sucht, wer an Stelle des Stalinismus Kapitalismus pur vergötzt, wird auch die Probleme der Musikwisssenschaft nicht lösen helfen.

Die myriadenhafte, oft stoßseufzerartig vorgebrachte Feststellung *„Es war ja nicht alles schlecht in der DDR!“* gilt auch für ihre Musikwissenschaft. Wir haben Forschungsergebnisse, Publikationen, Konferenzen, Colloquia, Opern- und Konzertaufführungen zu verzeichnen, deren wir uns nicht zu schämen haben. Die Forscher, die sich mit Bach und Händel beschäftigten, mit Telemann, mit Beethoven, mit Carl Maria von Weber, mit Schumann und Reger, mit Vivaldi und mit Richard Wagner stehen solchen in anderen Weltteilen nicht nach. Die Arbeiten um das Durchsetzen zeitgenössischer Musik hatten es schwer. Aber sie haben sich durchgesetzt; noch inmitten der DDR-Ära wurde die sinnlose Formalismusdebatte zu Grabe getragen, wenn auch manche ihrer Vertreter in einflußreichen Positionen überlebten. Trotz aller negativer Erscheinungen hat sich etwas von der Art eines DDR-spezifischen Konzepts der Musikwissenschaft durchgesetzt, das wert ist, erhalten und weiterentwickelt zu werden. Sowohl was Einzelleistungen angeht als auch in ihrer Summe hat die Musikwissenschaft der DDR Vergleiche – auch mit der BRD – nicht zu scheuen.



Dick Higgins, Danger Music, 1968.

In dem neuen Kapital der Geschichte Deutschlands sollten wir, wie ich meine, einen Teil unserer Kräfte darauf verwenden, die Analyse der vergangenen vier Jahrzehnte aufzuarbeiten, um aus den Fehlern zu lernen; um begangenes Unrecht, wo es noch geht, gutzumachen; aber auch, um in die Welt der Musikwissenschaft einzubringen, was wir, trotz allem, erarbeitet haben. ■

Prof. Dr. Georg KNEPLER ist Musikwisssenschaftler in Berlin.

Über postmoderne Literatur und die Verpackung der Wirklichkeit

„Der Schein bestimmt das Bewußtsein." Helmut Luger

Manfred STANGL

Die Kritik Brechts und Tretjakows an der Widerspiegelungstheorie: „Die Aufgabe des Schriftstellers ist nicht die Nachahmung, sondern die Veränderung der Wirklichkeit – die Widerspiegelungstheorie abstrahiert von der geschichtlich bedingten, veränderlichen Form der Wahrnehmung – sie ist idealistisch – zeigt nur den Zustand der Gesellschaft ohne deren Veränderung anzustreben", erhält zwar durch die Arbeiten auch zeitgenössischer Autoren Bestätigung, führt letztlich aber zur Position gegenwärtiger Avantgardeliteratur, in der linke wie bürgerliche Schriftsteller im postmodernen Ästhetizismustaumel sich die fein manikürten Hände reichen.

Wenn der Leser nach der Lektüre Gernot Wolfgrubers „Lehrlingsjahre" – der Geschichte eines Burschen, welcher in Familie und Fabrik sozialisiert, von der Übermacht gesellschaftlicher Institutionen kriminalisiert, angepaßt und endgültig ins erstickende Alltagsleben gepreßt wird – resignierend die Achseln zuckt und flüstert: „Genau so ist's, keine Chance hat man", dann muß Widerspiegelungsrealismus, dem eine positive Utopie abhanden kam, tatsächlich der Vorwurf des Fatalismus und der Bestätigung des Bestehenden gemacht werden. Wenn Peter Turrini seinen Arbeiterhelden scheiternd in den Hochofen schickt, verwundert es nicht, daß im nächsten Stück ein christlicher Märtyrer aus dessen Asche steigt und in „Alpenglühen" identitätslose Wesen über die Bühne geistern.

Doch ein persönlicher Regreß Turrinis steht hier nicht zur Debatte. Sehr wohl die Frage, ob die, scheinbar also notwendige, Abkehr von der Widerspiegelung nicht alle Spielarten postmoderner Literatur begünstigt, welche die geschichtlich bedingte Form der Wahrnehmung bloß der veränderten Struktur einer kapitalistischen Gesellschaft unterwirft.

In ihrem anregungsreichen Essay „Sozialisationstheorie und materialistische Ästhetik" spricht sich auch Gisela Dischner gegen das Widerspiegeln der Realität aus. „Die klassische Ästhetik, die von der Kunst als einem ‚Reich des Scheins' ausgeht, wird abgelöst von der modernen Ästhetik, die von der Wirklichkeit des abstrakten, entsinnlichten Tauschverkehrs als fiktionalisierter ‚Welt des Scheins' ausgeht. Denn der Fetischcharakter der Ware und die damit verbundene a priori gesetzte Stillegung von Qualität und Zeit im Tauschakt (Sohn-Rethel) führt zur Verwandlung der Wirklichkeit in Fiktion. (...) Es ist wohl klar, daß die Forderung an die Kunst nicht sein kann, diese scheinhafte Welt der Tauschbeziehung, in der die ‚gegenseitige Plünderung' sozusagen die ‚gesellschaftliche Synthesis' bildet, widerzuspiegeln. Die Schlußfolgerung daraus kann nur sein, einen Weg zu finden, diese Fiktion zu zerbrechen ..."[1]

Dischner erwartet von der Montagetechnik, die von Werbung und Design harmonisierte Wirklichkeitssicht aufzubrechen. Sie zitiert Horst Albert Glaser: „Montage ist notwendig das Stilprinzip für den Ausdruck der in sich zerissenen Welt und eines Bewußtseins, das sie nicht mehr als die Seinige fassen kann und will."

Allerdings hängt die Verwendung jedes Stilmittels von der Intention des Autors/Künstlers ab. Inwieweit postmoderne Autoren die herrschende Wahrnehmungsweise mittels Montage oder anderer Techniken sichtbar machen können oder wollen, wäre zu ergründen.

Postmoderne Montagen, aneinandergestückelte Text-Zitat-Definitionspassagen bringen die Zerissenheit der Wirklichkeit scheinbar formal authentisch zum Ausdruck. Zu fragen bleibt, ob diese Technik als Verfremdung der Entfremdung realitätsstiftend wirkt oder selbst nur Ausdruck entfremdeten Bewußtseins ist. Der Kapitalismus „entwickelte" sich seit Marxens Warenanalyse weiter. Erkennt Marx in der Zeit die Ware, in der alle anderen produziert werden, muß man aus der Umgewichtung vom Produktions- zum Verteilungsprozeß der Waren zusätzliche Schlüsse ziehen.

W. F. Haug weist in seiner „Kritik der Warenästhetik" auf das veränderte Verhältnis von Produktions- und Verkaufskosten hin. „So gibt etwa die Chesebrough-Pound's Inc., der dem Umsatz nach drittgrößte Kosmetikhersteller der Welt, Bilanzzahlen für 1970 an, die erkennen lassen, daß ... die Produktionskosten mit 108 Millionen Dollar erstmals niedriger waren als die Kosten für Verkauf, Werbung und Verwaltung in Höhe von 112 Millionen Doller. In den hier angeführten Produktionskosten dürften – neben den Kosten für verkaufsfördernde Aufmachung, ästhetische Innovation usw. – Teile des Profits in kaschierter Form untergebracht sein, so daß die Verhältnisse weit drastischer sein dürften, als das Verhältnis von 108 zu 112 es ausdrückt."[2]

Verkäufer als Verpackung der Ware

Ein Verhältnis, das unter zunehmenden Absatzschwierigkeiten sich in den letzten Jahren sicherlich weiter im Ansteigen der Verkaufskosten niederschlug. Überproduktion und Konkurrenz verlangte die Herausbildung von Spezialisten in Verkauf, Werbung und Management. Dynamisch, innovativ, kreativ und flexibel trachten diese danach, sich gewinnbringend

ans Kapital zu verkaufen. Je deutlicher sie diese „neuen Werte" verkörpern, desto erfolgreicher verkaufen sie unnötige Waren bzw. gelingt es ihnen deren Tauschwertreiz zu erhöhen. Um den eigenen Verkaufswert zu steigern, umhüllt sich diese Garde des Tauschwerts mit dem adäquaten Image. Permanent die Eigenschaften signalisierend, mittels derer sie sich und die Waren verkaufen, erstarren diese Experten der Selbstdarstellung selbst zu reizvollen „Warenhüllen". Auch das Anforderungsprofil an die Arbeiterklasse erfuhr Veränderungen. Hochtechnologisierung, Robotisierung und gnadenlose Ausbeutung der Arbeiter in den Produktionsstätten der Dritten Welt senkten den Anteil in der Produktion Beschäftigter in den Industriestaaten. Eine wachsende Zahl von „Arbeitern" im Verkauf und im Dienstleistungssektor haben in toter Arbeit her- und bereitgestellte Waren zu verkaufen. Die Anforderung, doppelt tote Arbeit zu leisten, manipuliert unmittelbar das Verhalten der Menschen. Nicht nur verändern sie ihr Äußeres (vgl. W. F. Haug: Die Modellierung der Verkäufer)[3], jegliche Äußerung muß darauf abgestimmt werden, Waren verkaufen zu können. Die Zeit ist die Ware geworden, in der alle anderen verkauft werden. In der Produktion ein Anhängsel der Maschine, mutierte der Mensch im Verkauf zur Verpackung der Ware. Styling, Outfit, das Bild, welches der Mensch von sich entwirft, sein Image, verdinglichen ihn zur Manifestation des Tauschwerts, zur Verpackung. In „Wunschpumpe. Eine Wiener Montage" schreibt Marc Adrian, „daß die Ambivalenz und Vieldeutigkeit ein notwendiges Charakteristikum von Kunstwerken ist, je niedriger der Vieldeutigkeitsgrad ist, um so leichter kann es erklärt, kann es redundiert werden."

Als was nun will Adrian Kunst nicht wiedererkannt sehen? Als Abbild der Fiktion, die sich für Realität ausgibt? Geht es ihm um die Nichtkonsumierbarkeit von Kunst, die ein Bewußtwerden des fiktionalen Seins des Lesers fördert?

Er scheint jene zu beschwören, in dem er jede verständliche Textstelle mittels nicht nachvollziehbaren Assoziationen „zerschreibt". Zitat um Zitat aus Philosophie, Edda, Kunstgeschichte, der Bibel sowie Definitionen in den Text montiert, die Seeschlacht bei Lissa aufrollt, inmitten all dieser Stückchen von Welt die Geschichte des Dichters Hans Frieder Mayer in dessen Zerissenheit anschneidet. Dessen Geschichte nicht erzählt, durch die Montagestellen zerstückelt, in Privatassoziationen auflöst, im Wechseln in Fremdsprachen unterbricht, mit selbstzensurartiger Relativierung von Aussagen verschweigt. So bleibt am Ende nichts von einer Geschichte übrig, was für den Leser nachvollziehbar ist, nichts was Fiktion einsichtig oder Realität greifbar gestaltet. Außer die, dann aber unmittelbarer, zu tätigende Aussage, daß Realität eben unverständlich sei und zerrissen. In einigen hundert Seiten dies nachzuweisen, entspricht allerdings der Intention des Autors.

Da er die Erzählung einer Geschichte erfolgreich verhindert, orientiert sich der Leser an den zahllosen Zitaten und Definitionen. Welche wiederum genausowenig Zusammenhang bieten. Bestehen bleibt der Eindruck, daß der Autor über alle möglichen Sachgebiete Bescheid weiß, aus welcher Unmenge von Themenkreisen er zu zitieren vermag. Die nicht erzählte Geschichte dient ihm als Rahmen, seine umfangreichen Kenntnisse abzubilden.

Kunst als Selbstdarstellungsgelegenheit

Der Postmoderne beabsichtigt nicht Fiktion zu verfremden, um Realität zu schaffen, sondern sich, vermögens seiner Kenntnisse, Selbstdarstellungsgelegenheit zu verschaffen. Die Montage gebraucht er, da sie ihm ermöglicht, aus Hunderten Bereichen Teile für eine riesige Verpackung zusammenzustückeln, die einen ebenso großen Kunstgehalt signalisieren soll.

Die postmoderne Montage ist somit authentischer Ausdruck doppelt entfremdeten Bewußtseins. Äußerung eines fiktiven, entsinnlichten Seins, verpackt in einer durch Wissen glänzenden Hülle. Selbstdarstellung eines beliebigen Postmodernen, der das Image: „Wieviel Kunst enthält doch mein Werk" uns als Kunst verkauft. Die Postmoderne verherrlicht die Ware, in dem sie zur Ware Kunst die kunstvolle Verpackung gleich im Werk mitliefert. „Das Design der Dichter ist die Kunstsprache", nennt Norbert Silberbauer dieses Phänomen.[4]

Der Warencharakter von Kunst kommt speziell dem bürgerlichen Theaterapparat gelegen. Stellen die Designer der Freizeitseele einen brandneuen Markennamen zur Schau, sieht das Publikum brav eineinhalb Stunden pro Selbstdarstellungseinheit dem Theaterstück zu. Zur Zuseherexistenz verurteilte es schon das Fernsehen. Das Konsumprodukt Theateraufführung lockt eben mit der Verpackung Kunst, anstatt mit dem Image „gemütlicher Abend". Verkauft wird die Ware Kulturereignis, die als solches gerne konsumiert wird. Die Stücke eines Walter Schwab beispielsweise bieten sich hierfür wohlfeil an.

Sprachblähungen, Wortzusammenstückelungen rückübersetzt auf die Aussagen, ergäben zehn Minuten, möglicherweise weniger, trivialen Text. „Scheiß auf die Welt, lieber nicht, vielleicht scheißt sie zurück", läßt sich schneller sagen, mit einem Satz aber kein Abend füllen. Vor allem nicht mit dem Image „vieldeutiges Kunststück" beleuchtet. „Nur die Rede bleibt als Fundament der gesellschaftlichen Beziehungen bestehen. Ohne jedes Kriterium, weder der Wahrhaftigkeit (Richtigkeit) noch der Authentizität, nicht einmal der Objektivität. Was heißen soll, daß die Beziehungen ihre Basis verlieren. Die Rede wird, als Form der Kommunikation, auch zu deren Instrument und Inhalt. Manchmal kann man durch eine Wortwolke, die sich sofort wieder verdichtet, den versteckten Inhalt flüchtig sehen: das Alltägliche", schreibt Henri Lefebvre.[5]

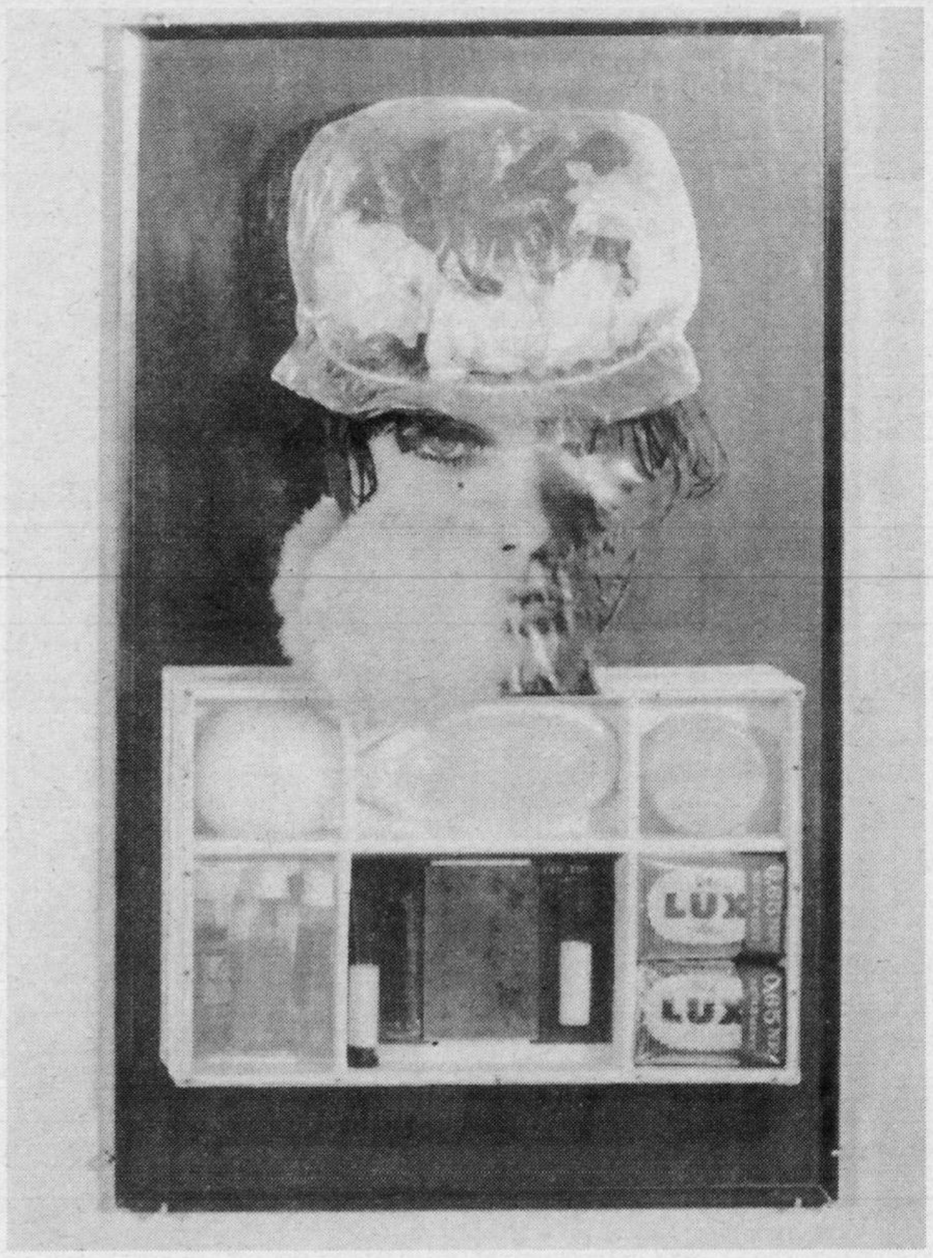
Durch postmoderne Montagetexte scheint kein Inhalt mehr hindurch. Sprachblähungen auf Bühne oder in Prosa funktionalisieren die dürftigen oder altbekannten Inhalte zu Teilen der Verpackungen. Das Reden, die Rede, gesprochen oder geschrieben ist Selbstzweck geworden. Dient nicht der Kommunikation innerhalb von gesellschaftlichen Beziehungen zum produktiven Miteinander, sondern einzig der Selbstdarstellung im Sinne der persönlichen Wertsteigerung.

„Sprachbeziehungen, das heißt durch die Form der Sprache und in dieser Form gebildete Beziehungen setzen sich an die Stelle der auf Tätigkeit (Arbeit und Arbeitsteilung, Zusammenarbeit in einem oder für ein ‚Werk' oder ‚Produkt', Gefühle usw.) gegründete Beziehungen. An die Stelle der aktiven Gruppen, die unter Referenz auf Sitten, Gegenstände und Ziele kommunizieren, werden auf formale Kommunikation gegründeten Beziehungen gesetzt, wobei das Mittel zum Zweck und die Form zum Inhalt erhoben wird."[6]

Warencharakter der Kunst

Die sprachlichen Formen verkommen in der spätkapitalistischen Verkaufsgesellschaft zum Mittel der Selbstdarstellung. Diese wird zum Inhalt der Kommunikation erhoben. Die Form ist zum Inhalt postmoderner Literatur geworden. Die Form-Inhalt-Debatte wurde deshalb obsolet, weil die Meinung gilt, daß Form und Inhalt ohnehin einander bedingen, erst in ihrer Wechselwirkung sich ein Kunstwerk realisiert. Dabei übersah man, daß Kunst bereits von der Ware Kunst ersetzt wurde.

Mit dem Warencharakter der Kunst hebt die Form den Inhalt auf; undialektisch allerdings, da die Form als Tauschwertsignal „viel Kunstgehalt" mißbraucht und die inhaltliche Komponente zum persönlichen Markenzeichen verformt wird. Marc Adrian signalisiert: „Ach wie viele Werke kenn' ich doch ..." Schwab präsentiert den Inhalt: „Wieviel Sprache vermag ich doch zu schöpfen." Autoren, die wie Gert Jonke im „Fernen Klang" Dutzende Seiten lang über Kästen und ähnliche Dinge reflektieren, signalisieren: „Wie viele Gedanken mach' ich mir doch." Weniger große Philosophen unter den Autoren präsentieren ihre Eloquenz. Viele-bunte-Smarties-Worte aneinandergereiht signalisieren: „Wieviel Sprache schreib ich doch." Die Metadichter wiederum zeigen uns, wie sehr sie über die Sprache Bescheid wissen.



Martial Raysse, France miroir, 1962.

Der Inhalt ist die Form, mittels der das Kunstwerk als solches ausgewiesen und verkauft wird – plus individueller Marketingstrategie: beim „typisch" postmodernen Künstler ausgerichtet auf die individuelle Ausplünderung verschiedener Werke der Kunst-, Philosophie-, Literatur- und anderer Geschichte. Einstige Inhalte werden zu Verpackungsmaterial zusammengestückelt zum einzigen Inhalt, den Kunst und spätkapitalistische Realität kennt: die Steigerung des Tauschwerts durch die Präsentation eines Images.

Kein Wunder, daß all die postmodernen Autoren und Künstler erbost aufkreischen, fragt man sie nach den Inhalten ihres Schaffens. Sind sie denn selbst nicht Inhalt genug?

Spaßig übrigens, wie postmoderne Kunst sich in alter Tradition als Alternative zur bürgerlichen Gesellschaft stilisiert. Die Zertrümmerung „alter" Kunst, das Herausbrechen von Teilen aus den Zusammenhängen liegt durchwegs im Interesse des Kapitals. Alte Werte, philosophische Erkenntnisse, ethische Normen, Religionen müssen zertrümmert werden, um sie dem einzig gültigen Wert unterzuordnen. Was an ideellen Werten von den Menschen hochgehalten wird, läßt sich schwerlich in Preisen hochrechnen, hemmt die freie Entfaltung der Ware.

Postmoderne Kunst und Philosophie brach, nach dem ideologischen Dauerbeschuß der Werbung, eine „kulturelle" Bresche in das Hindernis. Bürgerliche Kunst, in der Moderne aufgebrochen, die erstickende Aura von Familie, Religion und Tradition, Säulen bürgerlichen Erwerbslebens, abzustreifen, hält im Spätkapitalismus verbissen die Aura der Ware, den Tauschwert heilig.

Den Zustand warenästhetisch aufbereiteter Fiktion, den die spätkapitalistische Realität beinhaltet, analysiert J. G. Ballard, englischer Science-fiction-Autor, präzise: „Das Leben der Menschen, selbst ihr individuelles, privates Leben wird mehr und mehr durch das kontrolliert, was ich Fiktion nenne. Mit Fiktion meine ich alles, was zu imaginativen Zwekken erfunden worden ist. Sie kaufen beispielsweise kein Flugticket, Sie kaufen nicht eine Beförderung etwa nach Südfrankreich oder Spanien, was Sie kaufen ist das Image einer bestimmten Fluglinie, die Art des Minirocks, den die Stewardessen dieser Fluglinie tragen. (...) Dasselbe gilt für Häuser, die Menschen bauen, die Art, wie sie diese Häuser möblieren, selbst für ihre Art zu sprechen, die Freude, die sie haben; alles wird fiktionalisiert. Deshalb: Geht man davon aus, daß die Realität nur Fiktion ist, hat es der Schriftsteller nicht nötig, Fiktion zu erfinden. Das Verhältnis des Schriftstellers zur Realität ist genau umgekehrt. Es ist die Aufgabe des Schriftstellers, die Realität zu erfinden, nicht Fiktion zu erfinden. Die Fiktion existiert schon."[7] Die Postmoderne verdoppelt diese Fiktion nur, in dem sie das Image von Kunst präsentiert.

Revolutionären Inhalt ersetzen?

Doch auch die linke Avantgarde entgeht den Prinzipien der Warenästhetik so leicht nicht. Die Abkehr von der Widerspiegelung entband die Schriftsteller von der Aufgabe, die Erscheinungsformen gesellschaftlicher Fiktion so deutlich zu zeigen, daß in deren kritischer Auflösung Realität sichtbar wird. Auf der Suche nach der revolutionären Form, die den revolutionären Inhalt ersetzen sollte, verirrte sich linke Avantgarde zwangsläufig ausweglos im Ästhetizismus. Die Welt des Scheins läßt sich über den formalen Ansatz eben nicht aufbrechen, solange Form Inhalt nur imaginiert. Die in der Imagekultur verselbständigte Form muß im künstlerischen Werk wieder an Inhalten festgemacht werden, soll der materialistische Schriftsteller/Künstler nicht unbeabsichtigt der Aura der Ware verfallen. Er muß der Möglichkeit, daß selbst materialistische Inhalte sich zu Verpackungsteilen verformen lassen, gewahr werden und diese Erkenntnis zur Formulierung neuer, die „fiktiven Inhalte" der Imagegesellschaft durchdringenden Inhalte produktiv nutzen. Weder durch „revolutionären" Inhalt, der in realistischer Literatur bloß immer aufs Neue das

Scheitern der Revolution, personifiziert im Arbeiterhelden Turrinis, Wolfgrubers Lehrling oder Scharangs Charly Traktor, nachspielt, noch durch die revolutionäre „Form", welche dieses Scheitern im Ästhetizismus „aufhebt", wird revolutionäres Bewußtsein gebildet. Erst die kritische Widerspiegelung der Scheinhaftigkeit der Imagegesellschaft wirkt realitätsstiftend und verhilft dem im Schein gefangenen Bewußtsein zum Bewußtwerden eigener Identität, Werten und Klassenzugehörigkeit als Vorbedingung revolutionären Handelns.

Florian Leibedtseders Roman „Schlüsselloch" enthält Ansätze dieser Auffassung von materialistischer Ästhetik. Er thematisiert wie scheinhaft der Protagonist Tutterer seine sinnliche südamerikanische Frau Juanita wahrnimmt. Tutterer kauft dieses Bild von einer Frau für eine schöne Stange Dollar. Er sperrt sie in ein Zimmer, betrachtet sie durchs Schlüsselloch und onaniert anhand der Posen, die sie nach Abbildungen in Pornozeitschriften einzunehmen hat. Leibedtseder spiegelt die Fixierung der männlichen Sexualität auf sinnliche Signale, welchen eigentlich nur Schlüsselreizcharakter zukommt, wider. Durch die Gegenüberstellung der Südamerikanerin Juanita, die ihre Sexualität in klassisch patriarchalischer Systematik als Ware verkauft, und Tutterers, eines Protagonisten kapitalistischer Imagekultur, den das Bild, der Schein dieser Sexualität schein-befriedigt, sperrt Leibedtseder die warenästhetische Fiktion der „Konsumrealität" auf. Tutterer kann nur das Image der Sexualität Juanitas „gebrauchen", konsumiert Signale, statt die Frau in ihrem sinnlichen Sein zu erleben. Den Schlüssel benennt Leibedtseder zwar falsch – christliche Moral – aber er paßt.

„Wenn Schuldgefühle und die Angst, die sie verursachen, den Weg zum Sexualobjekt erschweren, dann springt die Ware Sexualität als Schein ein, vermittelt die Erregung und eine gewisse Befriedigung, die im sinnlich-leibhaften Kontakt nur schwer zu entwickeln wären. Durch diese Art scheinhaft widerstandsloser Befriedigung droht die Möglichkeit der direkten Lust nun vollends amputiert zu werden. Hier wirkt die für die massenhafte Verwertung allein geeignete Form des Gebrauchswerts (die ästhetische Abstraktion der sexuellen Sinnlichkeit für die Indienstnahme als Tauschwertreiz der Industriewaren) zurück auf die Bedürfnisstruktur. So wird ein allgemeiner Voyeurismus verstärkt, habitualisiert und werden damit die Menschen in ihrer Triebstruktur auf ihn festgelegt. Triebunterdrückung bei gleichzeitiger Scheinbefriedigung des Triebs führt zu einer allgemeinen Sexualisierung – Gehirnsinnlichkeit nannte es Max Scheler als Verfassung der Menschen", verdeutlicht W. F. Haug.[8]

Eine Gehirnsinnlichkeit, ein allgemeiner Voyeurismus, der Images zu sehen „begehrt". Der eine Gesellschaft in Selbstdarsteller und Publikum teilt. Im öffentlichen Bereich in politische, künstlerische usw. Funktionsdarsteller und das via Fernsehen zusehende Volk, bis in kleine soziale Gruppen, wo in Diskussionsrunden, Freundeskreisen, Mann-Frau-Beziehungen erbittert um Redezeiten und „Ansehen" gekämpft wird.

Die Allgegenwärtigkeit des Tauschwerts, die Ästhetisierung der Waren, filtert die Wahrnehmung des Menschen zum rigiden Wiedererkennungsapparat von Images. Wo der Imagecharakter von sinnlichen Inhalten zurückgedrängt wird, reagieren Menschen verstört und befremdet, mit Angst und Wut.

Tutterer tötet schließlich Juanita, deren „nur" einfach entfremdete Sexualität und Sinnlichkeit er nicht erträgt. Das Manko des Romans liegt in Leibedtseders Glauben, christliche Erziehung, die Unterdrückung Tutterers Sexualität durch die Mutter, für den Mord allein verantwortlich zu setzen. Die Fesselung Tutterers Bewußtsein durch die Reizsprache der Waren, die permanente Verstärkung der Fixierung seiner Wahrnehmung durch die gesellschaftlichen Images, der Waren und der Menschen, die sie verkörpern, spiegelt Leibedtseder nicht wider.

Trendwende zum Realismus

Auf dem Literaturmarkt zeichnet sich eine Trendwende zum Realismus hin ab. Einerseits wünscht das Lesepublikum Bücher, die es, auch auf der Suche nach Orientierung, wirklich lesen kann, anstatt überfüllte Regale zusätzlich mit Kunst zu verzieren, andererseits greift der Markt begeistert dieses Bedürfnis auf, um leichter lesbare Bücher zu verkaufen. Der Markt schillert facettenreich wie ein Brilliant. Wertepluralismus heißt auch, jeder Zielgruppe das spezifische Produkt zu verkaufen.

Jede Autobiographie einer Bäuerin, jedes Theaterstück über Fremdenhaß, jede Satire zum Neonazitum, jegliche Form von Gebrauchsliteratur ist ungleich wertvoller als der Gesamttoutput einer Kunstdichtergeneration.

Werden allerdings bloß Symptome behandelt, noch dazu am Feind-„bild", bricht die warenästhetische Fiktion von Wirklichkeit nicht auf, sondern wird diese polarisiert in „gute und böse" Images.

Vor allem ist eine neue Welle des Freizeitrealismus zu erwarten, welche die Dahintreibenden an exotische Strände des Bewußtseins schwemmt. Seltsame Geschichten, skurrile Begebenheiten, absonderliche Vorkommnisse, Blicke in die Abgründe menschlicher Psyche auf Wahnsinn und Verbrechen lenken die Aufmerksamkeit des in der Fiktion gefangenen Lesers auf die Randerscheinungen gesellschaftlichen Scheins und verstärken dessen Voyeurismus, anstatt ihn zu thematisieren.

Die Aufgabe zeitgemäßer materialistischer Literatur und Kunst aber kann nur lauten, die gegenwärtige Wahrnehmungsweise der Menschen als Empfänger der Reizsprache der Waren begreifbar zu machen und die Verdinglichung der Menschen zu Warenhüllen aufzudecken, in dem sie die Erscheinungsformen der Imagegesellschaft so widerspiegeln und abbilden, daß in der Enthüllung deren Verpakkungscharakters Realität sichtbar und den Menschen bewußt wird – als Vorbedingung revolutionären Handelns. ■

Anmerkungen

1 Dischner, Gisela: Sozialisationstheorie und materialistische Ästhetik. In: Peter Brückner u.a.: Das Unvermögen der Realität. Wagenbach, Berlin 1974, S. 81f.
2 Haug, Wolfgang Fritz: Kritik der Warenästhetik. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/M. 1971, S. 34.
3 Ebd., S. 79ff.
4 Silberbauer, Norbert: Von Gebrauchsstücken und Designerliteratur. In: »Salto« 9/93, S. 42.
5 Lefebvre, Henri: Das Alltagsleben in der modernen Welt. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/M. 1972, S. 164.
6 Ebd., S. 168.
7 Ballard, J.G.: zitiert nach Gisela Dischner, a.a.O.
8 Haug, Wolfgang Fritz: Kritik der Warenästhetik. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/M. 1971, S. 68.

Manfred STANGL ist Schriftsteller.

Kritische Beharrlichkeit

Zum Tode von Leo Löwenthal

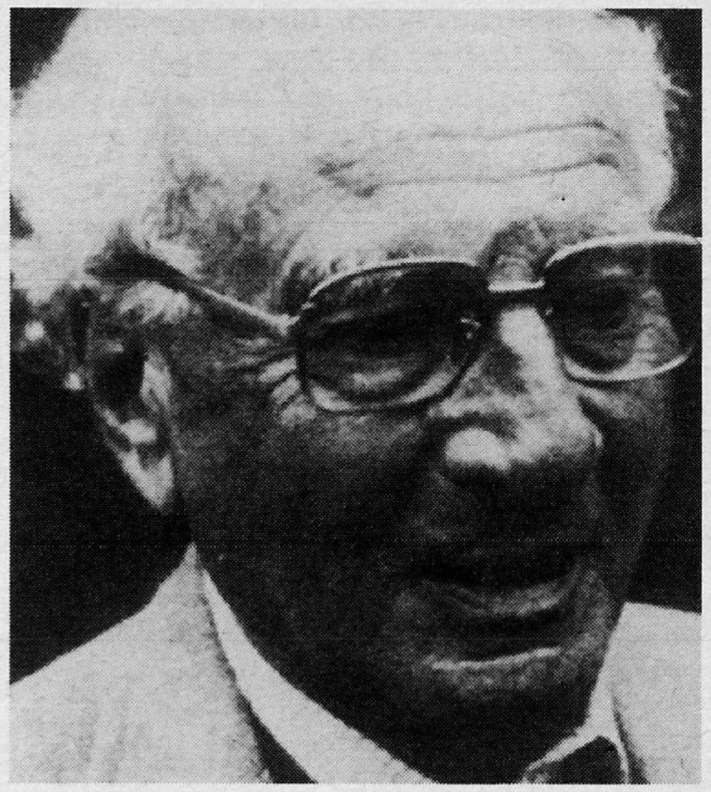
Friedhelm KRÖLL

Hohlräumige Aufgeregtheit war seine Sache nicht. Leo Löwenthal, am 21. Januar 1993 im Alter von 92 Jahren in Berkeley/USA verstorben, gehörte zu jenem Typ von Intellektuellen, dem Renommiersucht fremd ist. Glamour, Mode, das quicke Verhalten am Meinungsmarkt erschien ihm zeitlebens als ebenso abträglich fürs Denken wie dessen Andienung an den Altären der Autorität.

Herangewachsen ist der im Jahre 1900 geborene Leo Löwenthal in einem Milieu kritischer Geistigkeit, das für das Frankfurt jener Zeit, mit seiner großen Gemeinde assimilierter Juden, kennzeichnend gewesen ist. Er tummelt sich an der Frankfurter Universität in jenen radikalen Studentenzirkeln, in denen auch die Gründergeneration und die späteren Protagonisten des Frankfurter Insituts für Sozialforschung, weltweit bekannt geworden als „Frankfurter Schule" bzw. Entwicklungsstätte der Kritischen Theorie, sich um einen neuen gesellschaftskritischen Standort bemühen. Frankfurt zu Anfang der zwanziger Jahr beherbergt so etwas wie eine alternative Intellektuellenszene, zu der Max Horkheimer und Friedrich Pollock, beide später in Schlüsselpositionen der „Frankfurter Schule", ebenso zu zählen sind wie der später international renommierte Psychoanalytiker Erich Fromm oder der Kultursoziologe Siegfried Kracauer, dem Ernst Bloch und Walter Benjamin so manchen Denkimpuls verdanken.

1926 wird Löwenthal Mitglied des am 3. Februar 1923 offiziell gegründeten Instituts für Sozialforschung. Aber erst vier Jahre später, 1930, wird er dessen Vollmitglied in der Position einer der beiden Hauptassistenten. Während diese vier Jahre sammelt der gelernte und promovierte Philosoph bedeutsame Erfahrungen als Redakteur und Herausgeber diverser Zeitschriften, die dem publizistischen Profil der Frankfurter Schule noch zugute kommen sollten. Löwenthal übernimmt ab 1932, mit ihrer Einrichtung also, die editorische Leitung der »Zeitschrift für Sozialforschung«, bis 1941 gleichsam das Hausorgan der Kritischen Theorie.

Nachdem in den letzten beiden Jahrzehnten die Geschichte des Frankfurter Instituts für Sozialforschung eingehender untersucht worden ist, ist deutlicher geworden, welch erheblichen Anteil Löwenthal an der Qualität der Zeitschrift, bis heute eine Fundgrube für Gesellschaftswissenschaftler, gehabt hat. Namentlich der seinerzeit vielbeachtete Rezensionsteil, an dem so illustre Geister verschiedenster Nationalitäten, wie zum Beispiel Raymond Aaron und Herbert Marcuse, Andries Stemheim und Ernst Bloch, Paul Lazersfeld und Karl Korsch, mitgewirkt haben, trägt die Handschrift seiner kompositorischen Fähigkeiten. Wenngleich Löwenthal alsbald zum inneren Kreis der „Frankfurter Schule" gehört, so bleibt seine Person eigentlich während der ganzen Jahre eher im Hintergrund. Wer heute an die Kritische Theorie denkt, dem fallen zuallerest die spektakulären Namen ein: Horkheimer, Adorno, Marcuse oder Fromm. Löwenthal dagegen, eher ein Kopf im Hintergrund. Vielleicht wie kein anderer verkörpert er die integrative Qualität im Denken der Kritischen Theorie, die ansonsten durchaus dissonante Töne, Streit und Konfliktschärfe aufweist. Dabei können sich Löwenthals wissenschaftliche Leistungen während der Jahre seiner Zugehörigkeit zum Institut mehr als sehen lassen. Womöglich hat der breite und lange Schatten, den die eigentümlich charismatische Persönlichkeit Adornos geworfen hat, mit dazu beigetragen, daß die Pionierarbeiten Löwenthals zur Fundierung einer Literatursoziologie, die als spezifisches Moment in die anvisierte Kritische Theorie der gesellschaftlichen Totalität der kapitalistischen Epoche eingebracht worden ist, in unangemessener Weise verdeckt blieben. Nach wie vor zählen seine Arbieten „Zur gesellschaftlichen Lage der Literatur" (1932), „Conrad Ferdinand Meyers heroische Geschichtsauffassung" (1933), „Die Auffassung Dostojewskis im Vorkriegsdeutschland" (1934) sowie „Das Individuum in der individualistischen Epoche – Bemerkungen über Ibsen" (1936) zum Besten, was Literatursoziologie, die diesen Namen verdient, vorzuweisen hat. Und kein Zweifel kann darüber bestehen, daß seine Untersuchung über die Rolle der Natur in der nachliberalistischen, den Faschismus vorbereitenden ideologischen Ära, daß sein Aufsatz über „Knut Hamsun: Zur Vorgeschichte der autoritären Ideologie" (1937) ein Glanzstück kritischer Gesellschaftsanalyse darstellt. Jahre bevor sich der auflagenstarke, norwegische Romancier Knut Hamsun zum Spießgesellen der hitlerfaschistischen Okkupanten in Norwegen macht, arbeitet Löwenthal am Romanmaterial die innere Verwandtschaft der Hamsunschen Naturmetaphysik mit dem völkisch-imperialistischen Brutalismus heraus. Im Unterschied zu anderen zeitgenössischen Geistern, die gescheit taten und Hamsun gar für die Arbeiterbewegung reklamieren wollten, durchschaute die Kritische Theorie den Zusammenhang von Natursentimentalität und menschenverachtender Brutalität. Nachdenkenswert – im Zeichen renovierter Natürlichkeitsmythen – seine am Hamsunschen Material gewonnene Hypothese, daß „von der Anthroposophie zur Astrologie über Vegetariertum und die Syste-



Leo Löwenthal

me der naturgemäßen Diät in Nahrung, Kleidung, Atmung“ es sich um Symptome handelt, worin ein „völliger Verzicht auf geschichtliche Hoffnung“ sich manifestiere: „Die gesellschaftliche Auflösung des Rätsels vom naturhaften Rhythmus ist die blinde Disziplin ... Die Ruhe in der Natur, zu der die bürgerlichen Leserschichten mit Hamsun herüberdämmern möchten, ist bloßer Schein; in der Realität erweist sie sich als Industrie- und Kriegslärm der autoritären Herrschaft.“

„Geschichtliche Hoffnung“, beharrliche Suche nach den gesellschaftlichen Ansatzpunkten der Möglichkeit geschichtlicher Veränderungen, die auf das Lebensglück der Menschen aus sind, diese kritische Beharrlichkeit teilt Löwenthal mit seinen Freunden und Gefährten der Kritischen Theorie. Nach Beendigung der Zeit des US-amerikanischen Exils, wohin die Frankfurter Schule vor den Hitler-Faschisten geflohen war, kann sich Löwenthal nicht mehr entschließen, mit seinen Weggefährten nach Deutschland, nach Frankfurt zurückzukehren. Ausgewiesen durch seine Publikationen, insbesondere die zusammen mit Norbert Guttermann verfaßte Studie „Prophets of Deceits“ („Falsche Propheten“) von 1949, in der die populistischen Reden faschistischer Agitatoren einer gründlichen Analyse unterzogen werden, erhält Löwenthal 1956, nach dem Abflauen der Hexenjagden der McCarthy-Zeit, spät noch, im Alter von 56 Jahren, den Ruf als Soziologieprofessor an der University of California in Berkeley. In jenem Berkeley, das, wesentlich impulsiert von europäischen Exilintellektuellen, knapp zehn Jahre später, neben Paris und Frankfurt zum Ausgangspunkt der legendären Studentenbewegung der sechziger Jahre werden sollte.

Daß die Stadt Frankfurt den Zeit seines Lebens politischen wachen und engagierten Linksintellektuellen, der, wie erst in letzter Zeit kenntlicher geworden ist, erheblichen gedanklichen Anteil an der legendären Schrift „Dialektik der Aufklärung“ von Horkheimer und Adorno aus dem Jahre 1947 gehabt hat, erst zu seinem 80. Geburtstag ehrenwürdig befand, wirft Licht auf das Land, aus dem er vertrieben worden ist. ■

Univ.-Doz. Dr. Friedhelm KRÖLL ist Soziologe in Nürnberg, er lehrt auch an der Universität Wien.

Konkrete Lebensweise – nationalistische Ideologie

Julius MENDE

Bei der Lektüre des hochinteressanten letzten Heftes von »Weg und Ziel«, fehlte mir fast bei allen Artikeln letztlich die Erklärung für neue Nationalismen aus den konkreten Lebenserfahrungen der Menschen.

Selbstverständlich kann es keinen unvermittelten und direkten Zusammenhang zwischen materiellen Lebenstätigkeiten und Denkformen, (Überbauten) geben, trotzdem müßte sich meiner Meinung nach das, was sich als neue Nationalismen darstellt, außer im ideologischen Bereich, im historischen, weltanschaulichen Erbe oder in der nationalistischen Propaganda, auf die konkrete Lebenstätigkeit von Menschen zurückführen lassen. Ansätze dazu wurden ja bei Lenin bzw. bei Max Weber vorgestellt.

In allen Texten nehmen die historischen und ideologischen Erklärungen breiten Raum ein. Garscha bezieht sich auf die Herleitung der Konflikte in Jugoslawien aus den Partisanenkämpfen durchaus kritisch. Er bezweifelt diese „Rückkehr der Vergangenheit“. Kröll referiert Webers Konzeption eines „kollektiven Gedächtnisses“, das in „abgelagerten Schicksalen“ historisches „Material“ anhäufe, welches bei Bedarf mobilisierungsfähig sei. Wie man sich einen solchen Prozeß vorzustellen hätte, bleibt wenig geklärt.

Wichtig erscheint mir der Hinweis, daß Geschichte mobilisierbar ist für zeitgenössische Zwecke. Wenn sich Geschichtsschreibung und Erinnerung je aus dieser Funktionalisierung befreien kann?

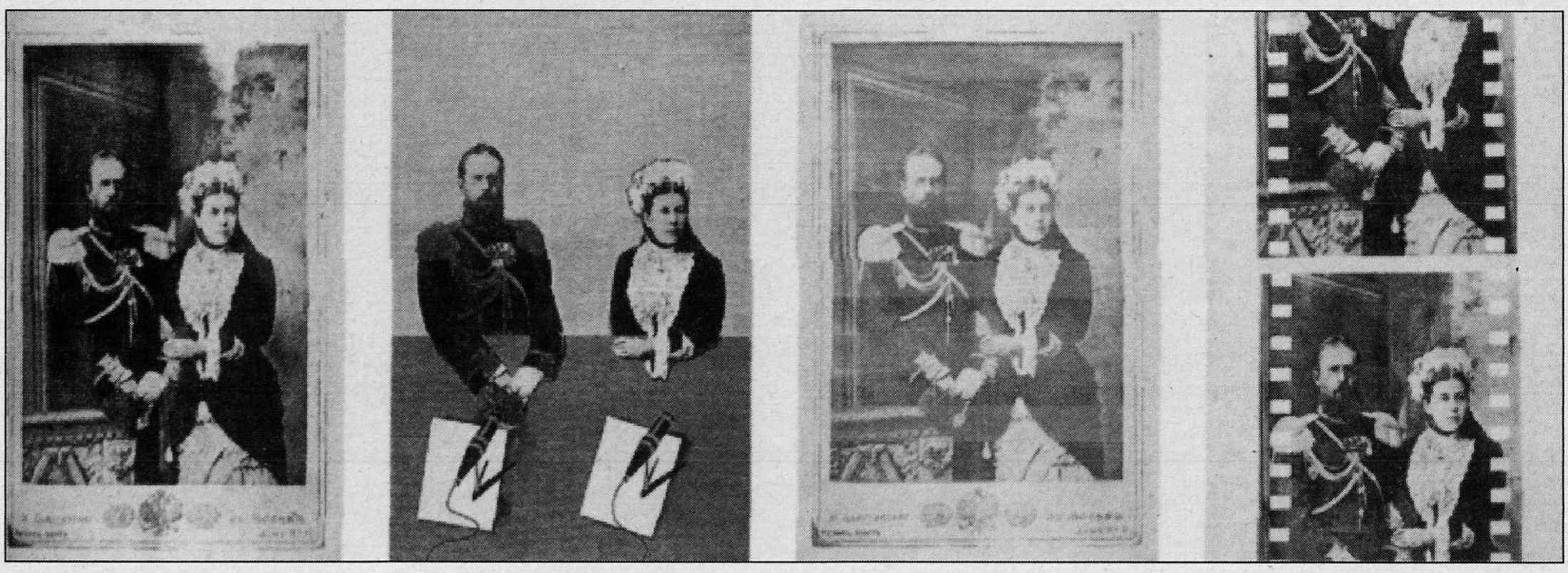
In die Richtung meiner Fragestellung, die ich ja in meinem Artikel „Sitzt das Subjekt gut?“ (»Weg und Ziel« 3/92) entwickelt habe, weist Garschas Schlußbemerkung: „Für entscheidender als die Frage nach den Versäumnissen in der Geschichtsaufarbeitung, halte ich die nach den Strukturen, in denen sich das gesellschaftliche Leben (und damit auch die nationale Selbstverwirklichung) abspielte.“ Mit dem Begriff Strukturen ist, nehme ich einmal, an ganz allgemein an immaterielle und materielle Strukturen zu denken (einerseits Denk-, Werte-, Organisationsstrukturen usw. und andererseits zum Beispiel Strukturen von Lebensräumen, Stadtstrukturen, Arbeitsplätze). Garscha gibt noch einen Hinweis auf Lebensräume, mit der Problematisierung der ethnischen Teilungsversuche rund um den „Dorfbrunnen“.

Den interessanten Ausführungen über die Zusammenhänge von Industrialisierung, Kapitalisierung, Staatsformierung und dem Konstruieren eines nationalstaatlichen Konzeptes, sei es nun weniger reflektiert als ethnischer Nationalstaat oder als wirtschaftlich politische Einheit, bin ich aufmerksam gefolgt, fragte mich aber ständig: wie kommt dieses Konstrukt in die Köpfe der Menschen? Was ist die materielle Ursache dieses historischen Prozesses, der Menschenmassen erfaßt?

Am Beispiel des Judenhasses oder zeitgenössischer Ausländerfeindlichkeit wird immer wieder auf den fiktiven Charakter solcher Emotionen verwiesen, indem nachgewiesen wird, daß der Rassismus dort am ausgeprägtesten sei, wo die geringsten konkreten Erfahrungen mit den genannten Gruppen vorlägen. Laut Kröll spricht Weber im Zusammenhang mit den Begriffen „Rasse“, „Stamm“, „Volk“ und „Nationalität“ von Ideen (Mythen). Kröll nennt das Nationale eine „Kunstform“, die „Glauben“ produziere, eine profane Religion gewissermaßen. Weber betont immer wieder die Bedeutung der Sprach-Kult- und Kulturgemeinschaft, wobei mir, wie gesagt, die materielle Seite von Kult und Kultur zu kurz kommt.

Materielle Handlungen und Rituale

Selbstbestimmung von Menschen und Menschengruppen vollzieht sich vielfältig über materielle Handlungen (Alltagsrituale), etwa die tägliche Ar-



beitsverrichtung im Betrieb oder in der Hausarbeit. Kulthandlungen und Festveranstaltungen ebenso wie politische Veranstaltungen sind ständig mit materiellen Handlungen verknüpft, Fahnenschwingen, Marschieren, Tragen von Abzeichen, Entzünden von Feuern usw. Ich finde, die Bedeutung des geschriebenen und gesprochenen Wortes, sei es der Aufklärung, der Geschichtserzählung oder der Propaganda wird vor allem von Intellektuellen gegenüber der nonverbalen Kommunikation überschätzt. Auch eine Stadt, wie sie gebaut ist, wie die Häuser gestaltet sind und auch das tägliche Gebrauchsgut senden Botschaften aus.

Da Kröll mehrfach die amerikanische Nationsbildung über die Ethnien hinweg betont, sei einmal die Behauptung gewagt, daß für die breite Verankerung des amerikanischen „Nationalbewußtseins“ in den Massen, die materielle Alltagskultur, der „american way of life“, relevanter ist als die ideologischen Ergüsse der Politiker und Historiker – und seien sie auch über die Massenmedien millionenfach verbreitet. Im Falle der amerikanischen Kultur handelt es sich um ein Massenphänomen, das ethnienübergreifend und teilweise auch klassenübergreifend wirkt. Britta Jensen deutet die Entwicklung eines solchen Prozesses in Anlehnung an Lenin wie folgt an: „Allerdings leugnet Lenin nicht, daß es aufgrund zum Beispiel gleicher äußerer Lebensbedingungen wie Landschaft, Klima usw., aber auch überlieferter Traditionen, nationale Besonderheiten in der Psyche der Menschen einer Nation, unabhängig von ihrer Klassenzugehörigkeit gibt. Jedoch prägen sie keine einheitliche nationale Psyche. Allerdings zeigen die nationalen Konflikte in der heutigen Zeit, daß die nationalen Besonderheiten in der Psyche der Menschen in Krisensituationen häufig in den Vordergrund treten.“ (»Weg und Ziel« 1/93, S. 16)

Was unterscheidet die zum Beispiel in Sarajewo um den Brunnen zusammenlebenden Menschen, die bis vor kurzem dies auch friedlich taten, auf der Ebene des alltäglichen Lebens – und das zählt, denke ich, für die Mehrheit der Menschen vor allem in der Krise so, daß sie bereit sind einander zu erschlagen oder gar vorher bestialisch zuzurichten.

Michael Scharang fiel in einem »Salto«-Artikel zu diesem Thema nur ein Verweis auf die uralte Mordgier der Völker ein – sicherlich eine biologistische Entgleisung. Mit diesen Fragen möchte ich nicht rationale Kerne für Nationalismus freilegen, sondern, konkrete Lebenspraxen erfragen, die sich eben dann nationalistisch funktionalisieren lassen. Üben etwa bestimmte Personen einer nationalen Zugehörigkeit bevorzugt spezielle Berufe aus? Sind andere bevorzugt Landbesitzer, haben sie ein höheres Bildungsniveau, pflegen sie eine verschiedene Rollenteilung zwischen Mann und Frau? Nationalistische Haltungen müßten wie andere ideologische Überbauten als komplexe Ge-

Eduard Serijonowitsch Gorochowskij, Spiele, 1983.

bilde gesehen werden, in denen das alltägliche Lebensinteresse vermittelt ist.

Zu Beginn der Jugoslawiendiskussion wurde auf die unterschiedlich entwickelte Ökonomie in den einzelnen Regionen verwiesen. Durch die Anerkennungspolititk sei es den Reicheren gelungen, sich von den Ärmeren abzukoppeln. Eine Frage, die damit zusammenhängt, wäre die, nach den Unterschieden der nationalistischen Exzesse etwa zwischen Stadt und Land, zwischen den verschiedenen sozialen Schichten. Wenn es sich beim realen Sozialismus, laut Robert Kurz, um eine besonders rigide kapitalistische Innovationsvariante, einen Aufholprozeß gewissermaßen, gehandelt hätte, wäre Lenins Koppelung zwischen Industrialisierung, Internationalisierung und Nationalismus auch auf dieser Ebene plausibel. Möglicherweise ist das erst kurz vom Land in die Stadt umgesiedelte neue Industrieproletariat besonders anfällig für neue Nationalismen – ähnlich wie es das vom Abstieg bedrohte Kleinbürgertum im Faschismus war? Jedenfalls scheint mir nötig, den Analysen auf der politisch-ideologischen Ebene oder der makroökonomischen solche auf der Ebene des Alltagslebens und der Herausbildung des Alltagsbewußtseins anzufügen, wenngleich mir in mehreren Gesprächen mit Historikern versichert wurde, daß ich diese Ebene überschätze. Tatsächlich würde die Klärung dieser Ebene mehr Empirie erfordern und weniger Modelldenken. Vielleicht spiegelt sich hier auch der Historikerstreit um die Alltagsgeschichte – dieser wird Theorieverlust (teilweise zu Recht) vorgeworfen, während die Sozialgeschichtler die abstrakten Geschichtsmodelle (z. B. marxistisches Epochenmodell) kritisieren. In der Verbindung könnte man der Wahrheit näher kommen.

Die Sprache der Bilder

Übrigens war die Bebilderung des letzten »Weg-und-Ziel«-Heftes ein Versuch, selbständige Bildbotschaften einzubauen. Die Abbildungen sollten nicht bloß als Auflockerung des Textes verstanden werden, sondern als selbständige Informationen – eben über Bereiche der materiellen Alltagskultur am Beispiel der Nazis, mit Souveniers, Schulbüchern oder Gymnastikübungen. Für deren Entwicklung haben ja die Nazis großen Aufwand getrieben. Denen war nämlich klar, welch große Bedeutung die täglichen materiellen Handlungen für die Ausformung des von ihnen gewünschten Bewußtseins haben. Zum Beispiel passen, mit Verlaub, die mit Hakenkreuzen versehenen Souveniers und Alltagsutensilien vorzüglich zum Text über Max Weber, der dem Kult und der Kultur (wohl auch materieller Kultur) in seinen Erörterungen zur Nationsbildung große Bedeutung beimaß. Auch die Symbolisierung des, nach Vereinheitlichung strebenden Kapitalismus beim „Lenin-Text“ durch einen Muskelmann mit zwei Medizinbällen erscheint mir

Martin Kippenberger, Fine Reggae, Fine Funk, Fine Punk, 1984.

ebenso gelungen, wie die Illustration des psychischen Faktors durch tanzende nackte Grazien. Die Absurdität dieser Symbolisierung durch die Bildauswahl könnte zum Denken anregen.

Bedrohte Räume

Günther Marchner widmet seinen Artikel einem Thema, das in Zusammenhang mit meinen Fragestellungen interessant ist.

Es geht um das Erhalten bzw. Rückgewinnen ganzheitlicher oder vermeintlich ganzheitlicher Lebensräume. Man sollte den Text insofern ernst nehmen, als er wesentliche Faktoren der Herausbildung des sogenannten Heimatgefühls behandelt, dem Lenin sogar Bedeutung für den Klassenkampf beimaß. Hierbei blendet Marchner jedoch Wesentliches aus.

In der Art, wie er „gewachsene Räume“ von sozialen Gegensätzen säubert, gelangt er, meiner Meinung nach unbeabsichtigt – da er sich auf linke Ansätze einer emanzipatorischen Regionalkultur beruft – in die Nähe der Volkstümler, die er kritisiert. Hier wäre von Lenins Konzept der zwei Kulturen zu lernen, wonach innerhalb einer jeden nationalen Kultur, deren Besonderheiten er betont, dennoch eine Kultur der Herrschenden und eine der Beherrschten einander gegenüber stünden. Dies, obwohl die Nationalkultur auch – wie erwähnt – klassenübergreifende Momente ausprägt.

Abstrahiert man von den realen Herrschaftsverhältnissen auf dem Lande, indem man zum Beispiel nicht benennt, wer den Ausverkauf der „gewachsenen“ (ein durchaus problematischer Begriff) Räume voran-

Terroristennachwuchs vom südlichen Mittelmeer, 1984.

treibt und nicht reflektiert, wer daraus Gewinn zieht, gerät man in die Nähe der Volksgemeinschaftsideologie im Kleinformat. Auch die Konzeption des Bewahrens gewachsener Räume ist wenig geeignet, die schöpferische Entwicklung reeller Lebensqualität in der Region zu entfalten. Bewahren hieße eben auch die Stabilisierung der bestehenden Herrschaftsstruktur, die ja gerade die Zerstörung dieser Räume betreibt und die Emanzipation der Masse der auf dem Lande Arbeitenden verhindert. Folklore ist so gesehen auch ein Herrschaftselement, das noch diejenigen zu den Dodeln macht, die es in ihren Abhängigkeitsverhältnissen ohnedies sind.

Die Frage bleibt, ob man in einer Zeit einer neuen nationalen Zwergstaatenbildung, die Neugewinnung des Heimatbegriffes den Rechten überlassen kann und auf das Weltbürgertum reflektiert? ■

Mag. Julius MENDE ist Kunsterzieher, Lehrbeauftragter an der Hochschule für angewandte Kunst und Bundessprecher der KPÖ.

„Die Zeit ist aus den Fugen" – Zeit für SHAKESPEARE z. B.

Gary Taylor, Shakespeare – wie er euch gefällt. Die Geschichte einer Plünderung durch vier Jahrhunderte, Hamburg 1992, Kellner Verlag, 555 Seiten, 609 Schilling.

Ekkehart Krippendorff, Politik in Shakespeares Dramen, Frankfurt am Main 1992, Suhrkamp Verlag, 493 Seiten, 499 Schilling.

Ekkehart Krippendorff drängt auf die Einsicht, daß von nirgends als von der Gegenwart aus der Blickwinkel verständlich wird, aus welchem das aus der Vergangenheit Überlieferte betrachtet werden kann. Andersrum sagt er es nicht: Eine Gegenwart ohne Geschichtsbewußtsein sagt über diese aus, daß sie von sich kein Bewußtsein hat. Die genauere Benennung der Ursachen von Geschichtslosigkeit ist bei ihm nicht zu finden: daß die Herrschenden nicht wollen können, die Gewordenheit ihrer Herrschaft bewußt werden zu lassen. Oder, um mit Gary Taylor eine Gegenposition auszusprechen: „Macht korrumpiert und entstellt. ... Allzuleicht leckt, in HAMLETs Worten, des Höflings ... »Honigzunge« »dumme Pracht«, beugt sich »des Knies gelenke Angel«. Doch wirklich gute Kritik ringt darum, frei zu sein; ... sie ist skeptisch, sie mißtraut der Macht. Heldenverehrung verdient in der Literatur nicht mehr Bewunderung als in der Politik." (S. 496-497)

„Loben ist sicherer als Denken", schreibt er in seiner Kritik an jener Literaturwissenschaft, macht sich lustig über diese, die Shakespeare zum unfehlbaren, keiner Korrektur bedürftigen Genie („Am dritten Tage erschuf Shakespeare VIEL LÄRM UM NICHTS, und er sah, daß es gut war, und so beließ er es und wandte sich anderen Dingen zu." (S. 347)) stilisiert, ja mehr noch: ihm Einzigartigkeit, Singularität, zugeschrieben hat. Taylor weiß, wovon er redet. Als er ein schlechtes Gedicht mit dem Titel „Shall I die?" dem Meister zuschrieb, hat die Fachwelt dies entrüstet als anmaßende Unterstellung zurückgewiesen. Dies hatte er nach langjähriger Mitarbeit an einer Shakespeare-Ausgabe der angesehenen Oxford-University-Press getan. Sein Bemühen ist es, Shakespeare aus der Singularität, die wie ein „schwarzes Loch" alles zu verschlingen droht, was in seinen Bannkreis an „Licht, Begreifen, Verstand, Stoff" gerät, diesen von der nationalstolzen englischen Literaturwissenschaft erzeugten Shakespeare zurückzuführen auf die Dimensionen eines – hell leuchtenden – Sterns am Dichterhimmel zurückzuführen. Nur nebenbei: Gary Taylor steht es frei, vermutlich aus Trotz gegen die etablierte Zunft sich „postmodern" zu schimpfen. Der Verlag hätte im Bewußtsein um die hiesige Bedeutung des Etiketts besser davon Abstand genommen, dieses auf den Klappentext zu kleben, weil es manche, die ihr Wissen bereichern wollen, davon abhalten könnte, das Buch zu lesen.

Kunst kommt von müssen

Shakespeare hat in seine Dramen nicht nur „ein wenig «weil» und «damit» hineingeknüpft". So bietet er auch keine Tröstung durch jenen Schein von Notwendigkeit, den der „«Faden der Erzählung», aus dem nun also auch der Lebensfaden besteht", erzeugt. Ulrich, der Mann ohne Eigenschaften, räsoniert:

Wohl dem, der sagen kann «als», «ehe» und «nachdem»! Es mag ihm Schlechtes widerfahren sein, oder er mag sich in Schmerzen gewunden haben: sobald er imstande ist, die Ereignisse in der Reihenfolge ihres zeitlichen Ablaufes wiederzugeben, wird ihm so wohl, als schiene ihm die Sonne auf den Magen. Das ist es, was sich der Roman künstlich zunutze gemacht hat: der Wanderer mag ... bei zwanzig Grad Kälte mit den Füßen im Schnee knirschen, dem Leser wird behaglich zumute, und das wäre schwer zu begreifen, wenn dieser ewige Kunstgriff der Epik, mit dem schon die Kinderfrauen ihre Kleinen beruhigen, diese bewährteste «perspektivische Verkürzung des Verstandes» nicht schon zum Leben selbst gehörte. ... Und Ulrich bemerkte nun, daß ihm dieses primitiv Epische abhanden gekommen sei, woran das private Leben noch festhält, obgleich öffentlich alles schon unerzählerisch geworden ist und nicht einem «Faden» mehr folgt, sondern sich in einer unendlich verwobenen Fläche ausdehnt.

In den 1850ern, als das Leben in der bürgerlichen Gesellschaft noch nicht zu „einer unendlich verwobenen Fläche ausgedehnt" worden war, suchte sich Karl Marx in den Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie, selbst zu vergewissern, wie er mit seinen Studien in das Geheimnis der Gesellschaft eingedrungen wäre. An den Schluß der Einleitung hat er über „das Verhältnis der griechischen Kunst und dann Shakespeares zur Gegenwart" nachgedacht. Seine knapp zusammengefaßten Erwägungen schließt er so: „Die [theoretische] Schwierigkeit ist, daß sie [griechische Kunst und Epos] uns noch Kunstgenuß gewähren und in gewisser Weise als Norm und unerreichbare Muster gelten.

Ein Mann kann nicht wieder zum Kind werden, oder er wird kindisch. Aber freut ihn die Naivetät des Kindes nicht, und muß er nicht selbst wieder auf einer höheren Stufe streben, seine Wahrheit zu reproduzieren? ... Es gibt ungezogne Kinder und altkluge Kinder. Viele der alten Völker gehören in diese Kategorie. Normale Kinder waren die Griechen. Der Reiz ihrer Kunst für uns steht nicht im Widerspruch zu der unentwickelten Gesellschaftsstufe, worauf sie wuchs. Ist vielmehr ihr Resultat und hängt vielmehr unzertrennlich damit zusammen, daß die unreifen gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen sie entstand und allein entstehen konnte, nie wiederkehren können." (MEW 42, 45)

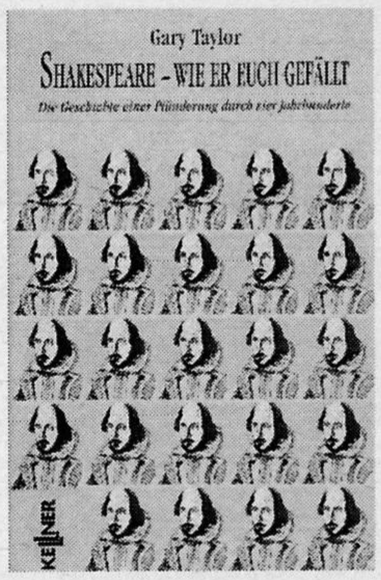
Können und Wissen sind Voraussetzungen jeder Kunst. Kunst kommt aber nicht vom Können, sondern vom Müssen: Wahrheit zu finden und gestaltet mitzuteilen. So ist die Zerstörung von Musik im Gegröle einer Bierzeltgaudi der Kunst näher als Karajan. Denn diesem in der Nazizeit auf dem Rücken der Vertriebenen und

Ermordeten Emporgekommenen, diesem waren die Werke von Bach bis Sibelius nichts als Mittel zur hochdotierten Erhöhung eines jämmerlichen Selbst. Diese Wahrheit zu verdecken, dazu dienten ihm die bombastischen Inszenierungen (wie seinem ergebenen Publikum). Technisches Können war die Voraussetzung seiner Benutzbarkeit. Die einzige Wahrheit des vom *Maestro assoluto* veranstalteten Getöses liegt außer seiner Reichweite: Sein Bedarf, die Leere zu überspielen, hat sich mit der kulturindustriellen Gier vereinigt, bis auf die bloße Hülle verbrauchte Werte zu verwerten, indem sie immer rascher die niemals eingelösten Gebrauchswertversprechen zu erneuern trachten muß. Am beschleunigten Wechsel der Moden ist abzulesen, zu welch atemberaubendem Tempo es die Kulturindustrie getrieben hat, die ältesten und die allerneuesten, die größten und die kleinsten Werke der Kunst zu verschleißen.

Nicht in diesen Wahrheit verschlingenden und Glück ewig an den Horizont bannenden Sog zu geraten, verlangt Muße, verlangt, sich Zeit zu nehmen für nichts als dafür, sich den Genuß zu erarbeiten, den Erlebnis von Schönheit verschafft. Die „Schönheit" des Kunstwerks aber liegt in seiner Wahrheit, die nicht zu „haben" ist als ein fester, sicherer Besitz, sondern nur im Genießen. Zu „haben" ist ein Andy-Warhol-Druck und ein kunstvoll aus Wurzelholz geschnitzter Waldschratt. Ob Maître Leherb an der Wand hängt oder eine Plastikmaria mit Kinde im Wohnzimmer aufgestellt ist, mag besseren oder schlechteren Geschmack zur Schau stellen. Die literarische Entsprechung des einen wie des anderen ist die belletristische Grünfärberei, das Geschwätz ins Blaue. Von Ästhetik entfernt sich die Seichbeutelei noch, wenn sie „schön" geschrieben ist. Shakespeares Dichtung berichtet von Grausamkeit, Tod und Liebe, Schönheit, Haß und Gier, Macht und Wahnsinn nicht wie die Courts-Mahler & Co. als schmachtende Liebelei, die über zahlreiche Verwicklungen zum Happy-End stolpert, und nicht wie die Konsaliks als undurchsichtige Intrige und brutale Knallerei. Wie es kein richtiges Leben im falschen gibt, kann sich Ästhetik nicht mit dem geschmacklich „Schönen" treffen oder mit dem „spannenden" Nervenkitzel; „Unterhaltendes" ist nicht einmal billiger Ersatz für gesicherten Lebensunterhalt.

Über die Kunst und den Nutzen, Shakespeare zu lesen

„Die Literatur über ... füllt Bibliotheken" – die wohl meistgebrauchte Rezensentenphrase, oft genug Übertreibung, ist sie es im Fall Shakespeare nicht. Nun liegen zwei Bücher mehr vor, deren Stellung im unüberschaubaren Shakespeare-Schrifttum der Rezensent wegen sehr, sehr geringer Kenntnisse nicht zu beurteilen vermag. Sie werden besprochen, weil sie an Shakespeare heranzuführen geeignet sind. Von den ihrerseits hochgeschätzten deutschsprachigen Schriftstellern seien nur zwei der vielen als Zeugen angeführt, daß zu diesem großen Stück Weltliteratur ein Zugang erst geschaffen werden muß. „Dichterfürst" Goethe geriet ins Schwärmen: „Er ist gar zu reich und gewaltig. Eine produktive Natur darf alle Jahre nur *ein* Stück von ihm lesen, wenn sie nicht zugrunde gehen will." Allein *Troilus und Cressida* würde „einer spätern Menschheit neue Menschlichkeiten durchschaubar machen". Wer würde gerade von Bert Brecht, der den Nutzen der Kunst auf die Bühne zu bringen sich bemüht hat, erwarten, daß er es eine Kunst nennt, Shakespeare zu lesen: „... wenn mir jemand sagt: ‚Um Shakespeare zu lesen, braucht es gar nichts', so kann ich nur sagen: ‚Probier es!'"



Wer halbwegs englisch lesen kann, sollte zu einer zweisprachigen Ausgabe greifen. Was Heinrich Heine über zwei Übersetzungen gesagt hat, von denen die eine auch heute noch weit verbreitet ist, spricht dafür, das Original zur Hand zu haben: „Während Herr Schlegel immer süßlicher und zimperlicher seine Worte glättete, wurde Voß in seinen Übersetzungen immer herber und derber, ... Endlich, aus Rivalität, wollte letzterer auch den Shakespeare übersetzen, welchen Herr Schlegel in seiner ersten Periode so vortrefflich ins Deutsche übertragen; aber das bekam dem alten Voß sehr schlecht und seinem Verleger noch schlimmer; die Übersetzung mißlang ganz und gar. Wo Herr Schlegel vielleicht zu weich übersetzt, wo seine Verse manchmal wie geschlagene Sahne sind, wobei man nicht weiß, wie man sie zu Munde führt, ob man sie essen oder trinken soll, da ist Voß hart wie Stein, und man muß fürchten, sich die Kinnlade zu zerbrechen, wenn man seine Verse ausspricht." (Die romantische Schule, Leipzig 1985, S. 32)

Sprachliche Schwierigkeiten bereitet Shakespeare auch in seinem Heimatland. Gary Taylor berichtet von einem Herrn W. W. Greg, der später stolz notierte, sich 1926 für Scotland Yard als Streikbrecher betätigt zu haben. Er war von der Aufgabe, eine photographische Reproduktion der ersten Werkausgabe von 1623 zu betreuen, überfordert. Also wandte er sich einer größeren zu: dem Kampf gegen die „reine Perversion". Die erblickte er darin, „*banquet* statt *banket* zu drucken, ... *mushroom* statt *mushrump*, ... *wreck* statt *wrack* und so weiter und so fort ...". Herr Greg ist erwähnenswert im Kontext des um die Jahrhundertwende vorangetriebenen Normenwandels, der nach Taylor den Wandel der Leserschaft spiegelte und verstärkte. (S. 318) Dieser Wandel ging einher mit der Verlegung des elitären Selbstverständnisses zurück in Shakespeare. Nun wurde verlautbart, der kluge Künstler hätte verächtlich auf eine Horde von Primitiven hinabgeschaut. So tat sich ein „Experte" wichtig mit der „Entdekkung": Die meisten Zuschauer hätten HAMLET keinesfalls verstehen können. Taylor vervollständigt die Behauptung zu ihrem arroganten Un-Sinn: „Wenn jedoch »die meisten« das nicht konnten, dann mußten logischerweise »einige wenige« ihn verstehen. HAMLET mußte sich an die Kultivierteren unter den Zuschauern gewandt haben." (S. 308)

Die Opernaufführungen in der Arena von Verona sind Beweise, daß „Hochkultur" heute noch als Volksfest stattfinden kann, wie es ein Schauspiel zu Shakespeares gewesen ist. Der elitären Wende Anfang dieses Jahrhunderts ging der viktorianische Historismus voraus. Diesem entsprach das Bestreben eines William Poel, 1881 zum ersten Mal HAMLET „authentisch", das hieß seiner Meinung, pedantisch genauso wie im Jahre 1603, zur Aufführung zu bringen. Taylor bemerkt zu solchem Maskenspiel: „Für Shakespeares Publikum waren die elisabethanischen Kostüme und Konventionen normal und deshalb unsichtbar gewesen; für Poels Publikum waren sie exotisch, fremd

und aufdringlich." (S. 333) Im Gegensatz zu diesem Herrn hatten Kollegen ebenfalls pedantisch auf historische Genauigkeit ihrer Aufführungen geachtet. Diese aber „hatten die historische Wirklichkeit zu rekonstruieren versucht, die die Dramen selbst anvisiert hatten. ... Poel dagegen leugnete ..., daß die Dramen irgendeine historische Wirklichkeit spiegelten. Um Shakespeare zu verstehen, brauchte man nichts über die wirkliche Welt oder die wirklichen Menschen wissen ..." (S. 332)

Auch der Politikwissenschaftler Ekkehart Krippendorff meint, Shakespeares Stücke sollten unbelastet von historischem Wissen gelesen werden. Es würden alle Versuche, über die Erhellung der zeitgeschichtlichen Hintergründe Schlüssel zu den Tragödien zu finden, scheitern, meint er und verdeutlicht: „Spätestens an *HAMLET* ... prallen solche Unternehmungen ab ..." (S. 50) Nicht nur an dieser Stelle offenbart er seine nicht überwundene Schädigung durch die Art Unterricht, der Geschichte zu einer sinnlosen Anhäufung sinnloser Fakten umlügt, die aufgeführt werden allein zum Ruhme der „Großen Männer, die Geschichte machen". Wie weit es mit solcher „Größe" her ist, davon hat Krippendorff eine Reihe von Beispielen aus Shakespeares Dramen in sein Buch aufgenommen. Diese sind auch die starken Seiten seines Buchs. „Was bleibt von der politischen Größe ..., wenn selbst vom berühmten Alexander nicht mehr bleibt als stinkender Staub, mit dem man das Loch eines Bierfasses stopfen ... kann?", gibt er Hamlets Gedanken wieder und zitiert nach Heiner Müllers Übersetzung aus derselben Friedhofsszene:

Der mächtige Caesar, tot und Lehm geworden
verstopft ein Loch jetzt vor dem Wind aus Norden.
Oh daß der Dreck, vor dem die Welt gebebt
Gegen den Winter eine Wand verklebt.
HAMLET hatte Polonius, den Typ des intriganten Höflings, getötet. Der König fragt nach ihm.
HAMLET Beim Nachtmahl.
KÖNIG Beim Nachtmahl? Wo?
HAMLET Nicht wo er ißt, sondern wo er gegessen wird; eine gewisse Versammlung staatskluger Würmer macht sich soeben über ihn her. Der Wurm ist Euch der einzige Kaiser hinsichtlich der Nahrung: Wir mästen alle anderen Geschöpfe, um uns zu mästen, und uns selber mästen wir für die Maden. Der feiste König und der dürre Bettler sind nur verschiedene Gänge, zwei Speisen, aber an einer Tafel – damit hat's ein Ende.
KÖNIG *O Jammer, Jammer!*
HAMLET *Ein Mann kann mit dem Wurm fischen, der von einem König gegessen hat, und kann den Fisch essen, der von dem Wurm aß.*
KÖNIG *Was willst du damit sagen?*
HAMLET *Nichts, nur aufzeigen, wie ein König eine Staatsreise durch die Gedärme eines Bettlers machen kann.*

Geschichtlichkeit Shakespeares

Darin liegt Krippendorffs Verdienst, daß er mit Shakespeare die Unverträglichkeit von Herrschaft mit menschlichen Verhältnissen bloßlegt. Jenseits des faktenhuberischen Mißverständnisses von Geschichte würde sich aber erweisen, daß ein welthistorischer Begriff von menschlicher Gesellschaft den tieferen Gehalt in Shakespeares Werk erschließen ließe. Thomas Metscher hat in seinem jüngsten Buch im Shakespeare-Exkurs darauf aufmerksam gemacht: „HAMLETs Studien an der Universität Wittenberg werden in Form der *Vorgeschichte* der Handlung impliziert, ... Der Hof von Dänemark, der offensichtliche 'Ort' der Handlung ..., ist in einen größeren geographischen, und dies bedeutet zugleich einen umfassenden historischen Raum gestellt – in den Raum Renaissance-Europa." (Pariser Meditationen, Wien 1992, S. 37-38) Noch in DDR-Zeiten hat Claus Träger, indem er HAMLET die Zentralfiguren aus Stendhals »Rot und Schwarz« sowie Scholochows »Stillem Don« beiseite gestellt hat, vorgeführt, was vergleichende Literauturwissenschaft sichtbar machen kann: „Wir bewegen uns mit HAMLET, Julien Sorel und Grigori Melechow über drei Jahrhunderte hin, immer im gedanklichen Vorraum der Stufe der *„freien Individualität"*, auf die Schwelle zu, die diese letzte Stufe von den vorausgehenden, der *persönlichen* und der *sachlichen* Abhängigkeitsverhältnisse, trennt, ohne daß jedoch sie einer der drei bereits überschritte. Die zwingende Logik der poetischen Phantasie, beruhend auf einer tiefen Einsicht in die jeweilige konkrete Geschichtlichkeit der Gestalten und der ihnen zugrunde liegenden *wirklichen* Bewegung, besteht gerade darin, daß weder Shakespeare noch Stendhal noch auch Scholochow ihre Gestalten diese Schwelle überspringen lassen. Allein dadurch werden diese gleichsam zum verinnerlichten Schauplatz welthistorisch dimensionierter Konflikte, daß sie, jeder auf seine und nur ihm gegebene Weise, als exemplarische Individuen für sich selbst ..., jenen Raum ... vollkommen ausschreiten müssen, jenseits dessen erst die Geschichte freier Menschlichkeit beginnt. Wie immer diese Gestalten darum ringen, *für sich* ein „Reich der Freiheit", eine Sphäre der Verwirklichung ihrer selbst aufzubauen – sie stoßen damit stets an die festgefügten Schranken der sie umgebenden Realität, ... Ihr Ende ist darum jedesmal tragisch." (Studien zur Erbetheorie und Erbeaneignung, Leipzig 1981, S. 329)

Krippendorff nennt als Voraussetzung für eine sinnvolle Shakespeare-Lektüre, daß wer keine Fragen zu stellen hat, auch dort keine Antworten finden wird: „Wer nichts wissen will, erfährt auch nichts." Seine Hinweise etwa auf den zeitgeschichtlichen Erfahrungshintergrund zweier Weltkriege oder des gerade aktuell geführten Golfkriegs, machen begreiflich, daß die von Shakespeare immer wieder behandelte Problematik Krieg und Frieden hochaktuell ist, und umgekehrt solche Ereignisse Shakespeare immer wieder aufs neue Aktualität verschaffen. Nachdem HAMLET von einem Hauptmann das militärische Ziel der gegen Polen ziehenden Truppe erfahren hat:

Um wahr und ohne Zusätze zu reden, wir ziehen um ein kleines Fleckchen Boden zu erlangen, das außer seinem Namen keinerlei Gewinn bringt, kapituliert er kurz danach vor der Absurdität machtpolitischer Logik, wenn er resignierend zu ihrem Apologeten wird: *Im wahren Sinne groß sein, heißt ... großen Grund zum Streit in einem Strohhalme finden, wenn die Ehre auf dem Spiel steht.* (Vgl. S. 377-378)

Frappierend an Krippendorff ist allerdings, daß er eben das Dargestellte enthüllt, um im nächsten Augenblick selbst auf die moralische Bemäntelung von Herrschaft („Ehre") hineinzufallen. Er hätte dieses HAMLET-Kapitel im Rahmen seiner Shakespeare-Vorlesung am achten Tag des Golfkriegs vorgetragen, und die „un-

heimliche Aktualität dieser Schlüsselszene“ hätte sich ihm dergestalt eröffnet: „Ein kleines Stück Land, irgendwo weitab gelegen, wird zum Auslöser eines massenmörderischen Krieges um ein Prinzip, bei dem die eingesetzten Mittel zum tödlichen Selbstzweck werden“. (S. 380) Jedoch der Grund des Golfkriegs war nicht wie für die Feldzüge der Feudalherren die Eroberung von Grund und Boden. Von HAMLET hätte er sich belehren lassen sollen, daß das Söldnerheer (eine Erscheinung des untergehenden Feudalismus) keineswegs „um ein Prinzip“ nach Polen zieht. Und daß auch die „moderne“ Politik nicht ohne moralische Bemäntelung auszukommen scheint, ist schon dem 26jährigen Karl Marx aufgefallen, wie in seiner Schrift „Zur Judenfrage“ nachzulesen ist.

In der Konfrontation mit Arnheim erweist sich das Elend des Moralisierens. Arnheim heißt im »Mann ohne Eigenschaften« der AEG-Generaldirektor Rathenau. Der als Großindustrieller erfolgreiche Großschriftsteller, in Gedanken, was aus der Seele geworden sei, beruhigt sichbei seinen tieferen Einsichten in das Wesen der Moral:

... ohne den Menschen etwas vorschreiben zu dürfen, würde die Moral gar kein Vergnügen bereiten. Diese Eigenschaft der Wiederholbarkeit, die der Moral und dem Verstande eignet, haftet aber am Geld im allerhöchsten Maße; es besteht geradezu aus dieser Eigenschaft und zerlegt, solange es wertbeständig ist, alle Genüsse der Welt in jene kleinen Bauklötze der Kaufkraft, aus denen man sich zusammenfügen kann, was man will. Darum ist das Geld moralisch und vernünftig; und da bekanntlich nicht auch umgekehrt jeder moralische und vernünftige Mensch Geld hat, läßt sich schließen, daß diese Eigenschaften ursprünglich beim Geld liegen ...

Wer auf Stein bauen will im Menschen, darf sich nur der niedrigen Eigenschaften und Leidenschaften bedienen, denn bloß was aufs engste mit der Ichsucht zusammenhängt, hat Bestand udn kann überall in Rechnung gestellt werden; die höheren Absichten sind unverläßlich, widerspruchsvoll und flüchtig wie der Wind.

Krippendorff legt eine ungezügelte Leidenschaft für die Moral an den Tag. Die führt in die Irre. Daß er so bis ins Kosmische gelangt, führt er in seiner Interpretation des Dramas RICHARD II. vor. „An dramatischer Handlung ist das Stück vergleichsweise arm und läßt sich in einem Satz resümieren: Ein menschlich offensichtlich schwacher König, der sein Land durch persönliche Miß- und Günstlingswirtschaft ruiniert hat, wir abgesetzt bzw. gezwungen, seine Krone einem neuen Regenten zu übergeben, der das Vertrauen nicht nur des gesamten Adels, sondern auch des Volkes genießt und der alle Eigenschaften eines kompetenten, selbst- und machtbewußten Herrschers mitzubringen scheint.“ (S. 108) Er wendet sich gegen die Interpretation, daß mit RICHARD II. das überholte Gottesgnadentum zu Grabe getragen werde und mit HEINRICH IV. ein auf Zustimmung und Konsens angewiesenes neues Herrschaftsprinzip auf die Bühne der modernen Geschichte trete, dessen Legitimität auf pragmatischer Machtausübungs- und Regierungskompetenz beruhe. „Aber so einfach macht Shakespeare sich und uns die Geschichte eben nicht“, nur noch diesen einen Schritt ist Krippendorff zu folgen. Ab nun geht's durcheinander. Er übt Kritik an der zweifelhaften Legitimität der neuen, „modernen“ Herrschaft, indem er sich zum Apologeten einer aus dem finstersten Mittelalter überkommenen Herrschaftsideologie macht, wenn er schreibt: Der Sturz RICHARD II., den er „zweiten Sündenfall“ nennt, „ist das Ende jenes Gottesgnaden-Erbkönigtums, dessen Wesen in der Unterordnung des persönlichen Machtwillens unter religiös interpretierte Gesetze und in der Disziplinierung des in dem hohen Amt enthaltenen Gewaltpotentials bestanden hatte, wo Regieren als »entsagendes Dienen« verstanden worden war“. (S. 124) In der Einleitung redet er gar von RICHARD II. als einem Herrscher, der »den zweiten Sündenfall«, nämlich die Durchsetzung einer auf Herrschaftstechnik reduzierten (modernen Real-)Politik provoziert hätte, indem er „mutwillig und leichtfertig provoziert hätte, daß eine noch den ungeschriebenen und (religiös)kosmischen Moralvorstellungen verpflichtete Herrschaft unwiederbringlich zerstört worden wäre. (S. 40) Er unterschiebt Shakespeare überdies als Alternative zum Macchiavellismus, der “reinen (Macht-) Politik, diese käme „aus einem auf den ersten Blick befremdlich erscheinenden kosmischen Kontext. Nur solche Herrschaft, die sich im Dienste höherer Ordnung – der nicht von den Menschen gemachten, ihnen aber überantworteten »Schöpfung« – versteht, ... kann Legitimität für sich beanspruchen“. (S. 27) So nähert sich Krippendorff ungewollt dem erwähnten Herrn W. W. Greg. Der hat seinen einzigen bleibenden Beitrag zur Literaturwissenschaft mit einem 1906 erschienen Buch geschafft. Darin „zelebriert [er] die nostalgische Sehnsucht der Epoche nach einer vorindustriellen, noch nicht urbanisierten Gemeinschaft“.

In der dinglichen Welt

Nur stellenweise dämmert Krippendorff, daß die Vorstellung vom harmonisch geordneten Gemeinwesen, vom »Paradies«, aus dem Horizont entschwinde, daß eine ideologisch und soziologisch zerrissene Gesellschaft nur noch mit Gewalt zusammengehalten werden könne. Im »Leviathan« hat Hobbes dasselbe pessismistisch, doch ungleich schärfer gefaßt. Die Erfahrung der Rosenkriege wurde ihm zum Inbegriff von Gesellschaft als Kampf aller gegen alle. Krippendorff kennt als Alternative nicht die Erkundung der Voraussetzungen und Bedingungen herrschaftsfreier Gesellschaft, sondern träumt von einem „Staat“ als „Oberbegriff für ein Netzwerk von menschlichen Interdependenzen, von Beziehungen, von Freundlichkeiten, der Solidarität und Gegenseitigkeit. Aus der konkreten, von Shakespeare durchgemusterten (englischen) Geschichte läßt sich allerdings kaum der Hoffnungsschimmer für eine Verwirklichung derartiger Perspektiven erkennen“. (S. 42) Vermutlich spricht er deshalb lieber vorsichtig von „Redimensionierung“ der Politik statt von deren Aufhebung durch Rückholung des Staats in die Gesellschaft. Die Redimensionierung bestünde in der Herabsetzung ihrer individualmenschlichen und ihrer gesellschaftlichen Bedeutung. (S. 51-52) So gesehen, würde das miserable Image der Politik(er) die erfreulichsten Aussichten eröffnen, wie weit die Zustände dem den von Krippendorff gewünschten schon genähert wären.

Krippendorffs Kritik der Politik leidet am Unverständnis von Gesellschaft. Vielleicht hat Taylor recht, wenn er Shakespeares „Bekömmlichkeit“ kritisiert, die sich gut zur moralischen Erbauung eignen würde. An-

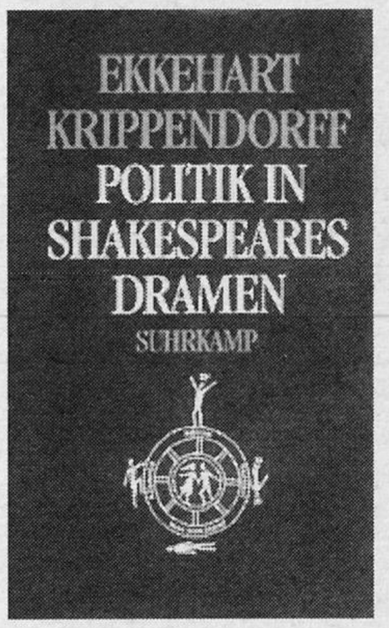
ders als Krippendorff spricht Taylor Shakespeare brennende Aktualität ab. Es mangele seinen Dramen an „Härte", wofür der Dichter verantwortlich zu machen sei: „Shakespeare entschied sich, nicht über das Elend um ihn herum zu schreiben." (S. 489) Immerhin aber hat Shakespeare im *Timon von Athen* vorgeführt, worauf gesellschaftliche Macht – bis heute – gründet:

Gold? Kostbar, flimmernd, rotes
Gold? Nein, Götter!
Nicht eitel fleht' ich.
So viel hievon macht schwarz weiß,
häßlich schön;
Schlecht gut, alt jung, feig tapfer,
niedrig edel.
Dies lockt ... den Priester vom Altar;
Reißt Halbgenesnen weg das Schlummerkissen;
Ja, dieser rote Sklave löst und bindet
Geweihte Bande; segnet den Verfluchten;
Er macht den Aussatz lieblich,
ehrt den Dieb
Und gibt ihm Rang, gebeugtes Knie
und Einfluß
Im Rat der Senatoren; dieser führt
Der überjähr'gen Witwe Freier zu;
Sie, von Spital und Wunden giftig
eiternd,
Mit Ekel fortgeschickt, verjüngt
balsamisch
Zu Maienjugend dies. Verdammt
Metall,
Gemeine Hure du der Menschen, die
Die Völker tört.

Und weiter unten:

Du süßer Königsmörder, edle Scheidung
Des Sohns und Vaters! glänzender
Besudler
Von Hymens reinstem Lager! tapfrer
Mars!
Du ewig blüh'nder, zartgeliebter Freier,
Des roten Schein den heil'gen
Schnee zerschmelzt
Auf Dianas reinem Schoß! sichtbare
Gottheit,
Die du Unmöglichkeiten eng verbrüderst,
Zum Kuß sie zwingst! Du sprichst in
jeder Sprache,
Zu jedem Zweck! o du, der Herzen
Prüfstein!
Denk, es empört dein Sklave sich,
der Mensch!
Vernichte deine Kraft sie all verwirrend,
Daß Tieren wird die Herrschaft dieser Welt.

Diese Stelle ist genauso bei Karl Marx in den Ökonomisch-philosophischen (Pariser) Manuskripten zu finden inmitten seiner Betrachtungen über die Verkehrung der Welt durch die im Geld verdinglichte gesellschaftliche Macht. „Wenn das Geld das Band ist, das mich an das menschliche Leben, das mir die Gesellschaft, das mich mit der Natur und den Menschen verbindet, ist das Geld nicht das Band aller Bande? Kann es nicht alle Bande lösen und binden? Ist es darum nicht auch das alleinige Scheidemittel? Es ist die wahre Scheidemünze, wie das wahre Bindungsmittel, die ... chemische Kraft der Gesellschaft." (MEW, Ergänzungsband 1, S. 565)



An anderer Stelle findet sich eine knappe Antwort auf die Frage: Woher kommt der Soldat, *das* Instrument politischer Macht? Aus welchem gesellschaftlichen Bedürfnis entstehen Polizist und Soldat, die Garanten staatlichen Gewaltmonopols? „Der soldier gehört zu den faux frais (Nebenkosten der Produktion), wie ein großer Teil der unproduktiven Arbeiter, die nichts selbst produzieren, weder geistig noch materiell, sondern nur nützlich, nötig sind wegen der mangelhaften sozialen Verhältnisse – social evils ihr Dasein verdanken." (Theorien über den Mehrwert, MEW 26.1, S. 261)

Und noch knapper seine Antwort, woher der Herrscher kommt: „ ... kann gesagt werden, ... daß die allgemeine Unsicherheit Souveraine produziert". Ebd, S. 259)

Nach Marx ist bekanntlich die kapitalistische Profitsucht fortgeschritten zur totalitären und weltumspannenden imperialistischen Gier. Robert Musil gewährt Einblicke in die Gedankenwelt des ersten deutschen Monopolherrn, im Ersten Weltkrieg Beauftragter für Kriegswirtschaftsplanung. Arnheim-Rathenau, „der wußte, daß man Reiche über kurz oder lang ebenso regieren werde müssen wie Fabriken", spricht zum Herrn:

Die Ichsucht ist die verläßlichste Eigenschaft des menschlichen Lebens.
Der Politiker, der Soldat und der Könnig haben mit ihrer Hilfe Deine Welt durch List und Zwang geordnet. ...
Den Zwang abschaffen, hieße die Ordnung verweichlichen; den Menschen zum Großen befähigen, obgleich er ein Bastard ist, das erst ist unsere Aufgabe!

und lächelnd fährt er fort:

Aber ist das Geld nicht eine ebenso sichere Methode der Behandlung menschlicher Beziehungen wie die Gewalt und erlaubt uns, auf ihre naive Anwendung zu verzichten? Es ist vergeistigte Gewalt ... Beruht nicht das Geschäft auf List und Zwang, auf Übervorteilung und Ausnützung, nur sind diese zivlisiert, ganz in das Innere der Menschen verlegt, ja geradezu in das Aussehen seiner Freiheit gekleidet? Der Kapitalismus, als Organisation der Ichsucht nach der Rangordnung der Kräfte, sich Geld zu verschaffen, ist geradezu die größte und dabei doch humanste Ordnung, die wir zu Deiner Ehre haben ausbilden können; ein genaueres Maß trägt das menschliche Tun nicht in sich!

Seither haben sich die Arnheims weiter verbreitet und ihre Wirkung intensiviert. Wenn Krippendorff darin recht hat, daß Shakespeares Macht und Liebe zum zentralen Thema seiner Dramen gemacht hat, so tat er das im Bewußtsein der Bedeutung beider Teile des Wortpaares. Shakespeare wußte Herrschaft als politische Macht von gesellschaftlicher zu unterscheiden. Wie sich die eine zur anderen heute verhält, ist zu untersuchen. Und Shakespeare litt nicht an einem romantisierenden Mißverständnis von Liebe, sonst hätte er nicht Marxens Einsicht befördert, daß *freie Individualität* nur in freier Gesellschaftlichkeit möglich ist. Dagegen hilft kein Wünschen, menschliche Selbstbefreiung möge auf einem anderen Weg gelingen als durch die Zustände persönlicher und sachlicher Abhängigkeitsverhältnisse hindurch.

Andernfalls kommt Selbstverwirklichung heraus, die es, ernstgemeint, zur zeitgemäßen dramatischen Gattung bringt: zum Melodram, der an Gefühl aufwendigsten Form von Kitsch. ■

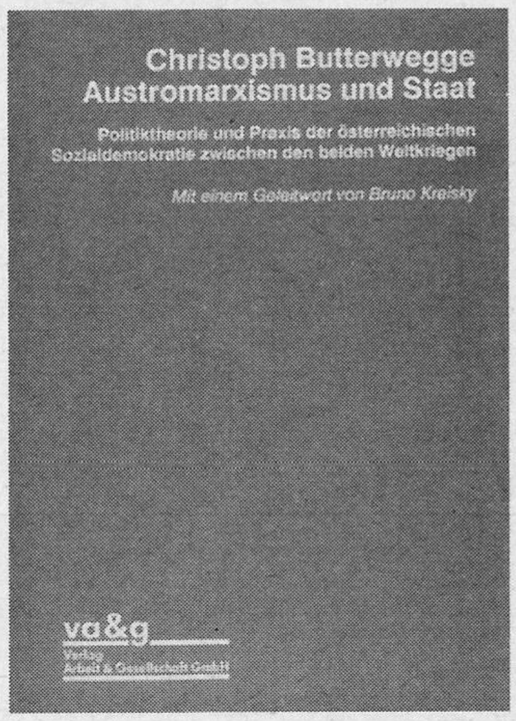
Stephan Ganglbauer

Halbierte Kritik der Staatsfixierung

Christoph Butterwegge, Austromarxismus und Staat. Politiktheorie und Praxis der österreichischen Sozialdemokratie zwischen den beiden Weltkriegen. Mit einem Geleitwort von Bruno Kreisky, Verlag Arbeit & Gesellschaft, Marburg 1992, 730 Seiten, 687 Schilling.

Vor wenigen Jahren noch hätte dieses Buch an dieser Stelle mit Sicherheit eine andere Bewertung erfahren als heute; auch wenn es von derselben Person rezensiert worden wäre, die dies nun tut. Worin sich eine seinerzeitige Besprechung von der heutigen nicht unterschieden hätte, ist die Betonung des Materialreichtums, den Butterwegge in seiner Habilitationsschrift verarbeitet hat. Das Vorwort wäre damals kaum anders als heute gewürdigt worden, denn Kreisky gibt sich darin immerhin als einer zu erkennen, der wenigstens das Bewußtsein um die Vergangenheit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung wachgehalten hat und sich dessen auch nicht schämt, wie mancher seiner früheren, meist weit jüngeren linken Kritiker, zu denen etwa einer der jetzigen Zentralsekretäre zählt. Dieser Cap war in jener grauen Vorvergangenheit stolz gewesen, daß sein Name als einer der Herausgeber eines Buchs zur Propagierung des auf Otto Bauer zurückgehenden Konzepts eines „integralen Sozialismus" gefunden hatte. Damit war Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre nicht mehr wie bei Bauer die Vereinigung des demokratischen Sozialismus mit dem Bolschewismus gemeint gewesen, sondern eine Art Zusammenführung linker austromarxistischer und als demokratisch angesehener kommunistischer Tradition (vor allen anderen Gramsci). Obwohl auch Christoph Butterwegge heute manches, vieles erheblich anders sieht als damals, als er sich in einer „Scharnierfunktion" etwa zu einem der prominenteren sozialdemokratischen Verfechter dieses Projekts von akademischem Boden aus, Detlev Albers, verstand, bemüht er sich im Gegensatz zum Cap nicht um Verdunkelung der vormaligen Bemühungen. So heißt es im vorliegenden Buch, daß die Arbeit 1988 fertiggestellt war und sich bis zum Datum der Abfassung der Vorbemerkungen (Herbst 1990) „in der Weltpolitik grundlegende Veränderungen vollzogen" haben: „Trotzdem erscheint diese Arbeit – von kleineren Kürzungen und Korrekturen abgesehen – in der Originalfassung, weil ich glaube, sie ohne Nachbesserungen dokumentieren zu müssen." Es ist daran zu erinnnern, daß Butterwegge diese Zeilen in der Hochzeit der wendigen Hälse geschrieben hat.
Sein Buch liefert wesentliche Beiträge zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, zur Kenntnis dessen, was sich unter dem Titel „Austromarxismus" an unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Richtungen verbirgt. Dieser Würdigung ist heute hinzuzufügen, was vor 1989 nicht geschrieben worden wäre, weil es so nicht wahrgenommen wurde: Christoph Butterwegges Arbeit leidet – obwohl nicht von einem Parteistandpunkt aus geschrieben – an Ideologisierung. Anders gesagt: Die politiktheoretische Aussagekraft des umfangreichen Werks ist dürftig, trägt wenig zur Klärung der Frage bei, wie und warum selbst den radikalsten „Austromarxisten" die Perspektive einer herrschaftsfreien Gesellschaft abhanden gekommen ist. Hinsichtlich der politischen Kernfrage der Arbeiterbewegung als der gesellschaftspolitischen Kraft menschlicher Selbstbefreiung, der Staatsfrage nämlich, erweist sich Butterwegges Buch als unergiebig: Wie politisch wirksam werden und verhindern, daß die Organisationen einer allmählichen „Durchstaatlichung" unterworfen werden? Wie staatliche Positionen erringen und zugleich innerorganisatorische Demokratie entfalten? Das pädagogische Konzept: Die Erzieher („der neuen Menschen") bedürften keiner Erziehung, teilten die linken Austromarxisten mit dem Stalinismus, wenn sich auch die Mittel unterschieden, und zwar wesentlich. ■

Stephan Ganglbauer



Neue Weltordnung

Henry A. Kissinger, Die sechs Säulen der Weltordnung. Siedler-Verlag, Berlin 1992, 240 Seiten, 281 Schilling.

Auch bei entschiedener Ablehnung seiner Grundposition wird dem Werk und Wirken von Kissinger hoher intellektueller Rang und großer Einfluß bescheinigt werden müssen. Das gilt für den Wissenschaftler wie für den Politiker gleichermaßen. Kissinger, der als Fünfzehnjähriger mit seinen jüdischen Eltern 1938 aus dem bayrischen Fürth in die USA emigrierte, studierte und lehrte an der Elite-Universität Harvard, bevor er als Berater mehrerer Präsidenten und als Außenminister der USA (1973-1977) unter der Präsidentschaft von Nixon und Ford die Außenpolitik der Supermacht entscheidend mitbestimmte.
1954 hatte er mit einer Dissertation von hohem Rang promoviert, die für seine außenpolitische Konzeption große Bedeutung gewann. 1962 erschien sie auch in deutscher Übersetzung unter dem Titel: „Das Gleichgewicht der Großmächte. Metternich, Castlereagh und die Neuordnung Europas 1812-1822." Neben den Außenministern der Habsburgermonarchie und Großbritanniens, die nach der Niederlage Napoleons mit dem zaristischen Rußland gemäß den Prinzipien des Gleichgewichts und konservativer Legitimität Europa neu zu ordnen versuchten, gilt Bismarck als sein weiteres großes Vorbild.
Auf Bismarck und Metternich beruft er sich auch in seiner neuesten Veröffentlichung. Sie besteht aus 31 Artikeln, die zwischen Januar 1987 und März 1992 in führenden amerikanischen Zeitungen und zugleich in der Hamburger »Welt« erschienen sind. Kissinger hat sie in sieben Teilen unter thematischen Gesichtspunkten zusammengefaßt und mit einer Einleitung unter dem programmatischen Titel „Die Wiederkehr der Geschichte" versehen. Positiv ist hervorzuheben, daß er im Gegensatz zu postmodernistischen Versionen, wonach die Geschichte als eine vergangene objektive Realität zu verschwinden scheint, die Geschichte als eine solche Realität auffaßt. Sie unterliege zudem Gesetzen, und der verantwortliche Politiker müsse aus ihr Lehren ziehen, wenn er erfolgreich handeln will. Und in Zurückweisung der modischen These vom „Ende der Geschichte", als deren bekanntester Vertreter Francis Fukuyama, ein strategischer Planer des Außenministeriums, gelten kann, meint er, daß nicht dieses, sondern vielmehr eine Rückkehr zum Altvertrauten, nämlich zum Spiel der Kräfte und Interessen, zu verzeichnen sei.
Denn mit dem Verschwinden der UdSSR als der einen Supermacht würden auch die USA aufhören, eine solche zu sein. Wie im 18. und 19. Jahrhundert werde nun das künftige Weltgeschehen wieder von fünf bzw. sechs Mächten bestimmt werden. Neben den USA wären dies ein neues Rußland, ein – wie er hofft – geeintes Europa bzw. Westeuropa sowie China und Japan und perspekti-

visch vermutlich Indien. Südamerika und vor allem Schwarzafrika würden dagegen lange Zeit – letzteres wahrscheinlich für immer – „draußen bleiben“ (S. 8). Demgemäß finden sie auch kaum Interesse. Die amerikanische Politik, die in erster Linie Außen-, nicht aber Innen- und Sozialpolitik sei, müsse nach dem Leitfaden klar definierter Interessen der USA und unter Beachtung der Interessen jener Staaten für ein internationales Gleichgewicht Sorge tragen. Das ist mit der Kritik an einer amerikanischen Neigung verbunden, „die Geschichte als eine Art Western zu sehen, in dem die Männer mit den weißen Cowboyhüten am Ende die mit den schwarzen Cowboyhüten besiegen“ (S. 72). Allerdings bleibt durch die faktische Übernahme der Theorie vom Primat der Außenpolitik, die mit der konservativen deutschen Geschichtsauffassung von Leopold von Ranke verbunden ist, unerörtert, welche sozialökonomischen und politischen Kräfte im Inneren der genannten und auch der ungenannten oder kaum beachteten Staaten Charakter und Ziel der Außenpolitik direkt oder indirekt bestimmen. Deren leitende Gesichtspunkte beruhen auf der geschichtsphilosophischen Auffassung, daß die Geschichte „dem Gesetz steten Wandels und der Tendenz zur Wiederholung des Immergleichen“ (S. 10) unterliegt. Im Gegensatz zu Historikern, die den Wandel hervorheben, neige er zur Betonung der Wiederholung. Als Beispiel dafür führt er den Nationalcharakter – vor allem am Bespiel des „russischen Nationalismus“ – an, der über alle politischen Systeme triumphiere. Allerdings steht dies mehr für Konstanten denn für Zyklen der Geschichte. Als ein Exempel für einen positiv bewerteten Wandel gilt die Hinwendung der alten und der neuen Bundesrepublik Deutschland zum Westen. Allerdings scheint er deren nationale Eigendynamik sowie die nationalen Eigeninteressen und -kollisionen auch im Rahmen der EG zu unterschätzen.

Am Leitfaden seiner historisch-politischen Konzeption, die starke prognostische Züge aufweist, wird in den sieben Teilen folgendes untersucht: Die neue Machtbilanz nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, Europa und die NATO, von der Perestroika zur GUS, Deutschland auf dem Wege zur Wiedervereinigung, der Krieg gegen Saddam Hussein, Israel/Palästina – Voraussetzungen für einen Frieden im Nahen Osten sowie China und Japan: eine neue Herausforderung für die Vereinigten Staaten in Asien. Dank der umfassenden historisch-politischen Kenntnisse und seiner praktisch-politischen Erfahrungen sowie der analytischen Schärfe und synoptischer Sicht des Autors werden viele Einsichten in weltpolitische Zusammenhänge vermittelt – unabhängig davon, ob seine Wertungen und Folgerungen geteilt oder angelehnt werden. So wird auch für entschiedene Gegner des Golfkrieges, den Kissinger befürwortet, dessen Motivierung und die nüchterne Feststellung von großem Interesse sein, daß sich die USA im Golfkrieg „hauptsächlich … aufgrund der Bedeutung des Öls für das nationale Interesse Amerikas“ engagiert haben (S. 21), womit er die Argumentation jener bestätigt. Aber auch jene Züge seiner Außenpolitik finden Ausdruck, die dazu führten, daß er 1973 gemeinsam mit dem nordvietnamesischen Unterhändler Le Duc Tho den Friedensnobelpreis für die maßgebliche Mitwirkung an der „Wiederherstellung des Friedens in Vietnam“ erhielt. Da die sogenannte „Dritte Welt“ fast nur unter dem Gesichtspunkt des Konzerts der fünf bzw. sechs Weltmächte sowie des Golfkrieges und des Verhältnisses Israels zu den Palästinensern erscheint und das ökologische Weltproblem ganz am Rande bleibt, sind die prognostischen Ambitionen Kissingers fragwürdig. Die Gefahr, daß sie ein ähnliches Schicksal erleiden könnten, das marxistisch-leninistischen Zukunftsgewißheiten beschieden war, ist nicht auszuschließen. Wie nahezu jede Voraussage in eigener Sache enthalten sie zudem Wunschvorstellungen und eine Programmatik. In diesem Zusammenhang meinte Kant, daß eine solche „wahrsagende Geschichtserzählung des Bevorstehenden in der künftigen Zeit … a priori möglich“ sei, „wenn der Wahrsager die Begebenheit selbst macht und veranstaltet, die er zum voraus ankündigt“ (Der Streit der Fakultäten, Reclam, Leipzig 1984, S. 78). Auch wenn die hier enthaltene Ironie Kissinger nur modifiziert treffen kann, ist es sicherlich gewiß, daß er als Akteur der Außenpolitik der USA kaum noch in Betracht kommt. Und inwieweit die neue Regierungsmannschaft im Weißen Haus seinen Vorstellungen folgen wird, ist ungewiß.
Ungeachtet dieser Skepsis verdient das Buch eines Autors vom Range eines Kissinger das Interesse aller, die sich von dieser oder jener Position um ein Verständnis der jüngsten amerikanischen Außenpolitik und ihrer möglichen Alternativen und Perspektiven in einer tief verwandelten Welt bemühen. Es nimmt zugleich einen erstrangigen Platz unter jenen Veröffentlichungen ein, die sich um eine Bilanz des 20. und um eine Sicht auf das 21. Jahrhundert bemühen. ■

Werner Berthold

Umweltzerstörung

Berthold Meyer, Christian Wellmann (Hrsg.), Umweltzerstörung: Kriegsfolge und Kriegsursache. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt a. M. 1992, 314 Seiten, 141 Schilling.

Als 27. Band einer Folge, die unter dem übergreifenden Thema „Friedensanalysen“ seit 1975 erscheint, wurde dieser Titel veröffentlicht. Herausgeber ist die Hessische Stiftung für Friedens- und Konflikforschung, die 1970 vom Land Hessen gegründet wurde. Band 25 war der „Historischen Friedensforschung“, Band 26 „Deutsche Einheit und Europas Zukunft“ gewidmet. Am Band 27 sind 16 Wissenschaftler verschiedener Disziplinen beteiligt. Der älteste wurde 1939, die jüngsten wurden 1960 und 1963 geboren, die übrigen in den vierziger und fünfziger Jahren.
Als Gegenstand der Untersuchung werden die Zusammenhänge zwischen ökologischen Gefährdungen und militärisch-gewaltsamen Konflikten innerhalb oder zwischen staatlich verfaßten Gesellschaften bestimmt. Besondere Aufmerksamkeit soll dabei umweltbedingten Kriegsursachen sowie Folgen für die Umwelt gelten. Einbezogen werden die Schäden des Kalten Krieges. Zwölf Beiträge, die diese umfassende Problematik untersuchen, sind in drei großen Komplexen zusammengefaßt: 1. Theoretisch-konzeptionelle Annäherungen, 2. Die Kosten von Krieg und militärischer Sicherheitspolitik und 3. Umweltgefahren als Herausforderung und Ansatz für Friedenspolitik.
Bei Würdigung des Berichts des „Club of Rome“ von 1991, der zu dem Urteil kommt, daß die Menschheit „im Anfangsstadium der ersten globalen Revolution“ auf einem „kleinen Planeten“ lebt, „den zu zerstören wir offenbar wild entschlossen sind“ (S. 8), erörtert Meyer einleitend Probleme, die in den folgenden Beiträgen ausführlichere Behandlung finden. Er geht davon aus, daß die Freude über erste Schritte der Rüstungsminderung Ende der achtziger Jahre und das Ende des Ost-West-Konflikts durch neue tiefe Sorgen um die weiteren und verstärkten Umweltzerstörungen, in denen Ursachen und zugleich Folgen von Kriegen gesehen werden, verdrängt wird. Genannt und analysiert werden die militärischen Umweltschädigungen in der Alt-BRD und Ex-DDR sowie die akuten und perspektiven Auswirkungen des abgelehnten Golfkrieges. Angesichts des ständig wachsenden

Kraftfahrzeugverkehrs bei Minderung von Geschwindigkeitsbegrenzungen ist die Feststellung jedoch alarmierend, daß das in Kuweit verbrannte Rohöl die Atmosphäre „nur geringfügiger angeheizt" habe, als wenn es als Rückstand verbrauchten Benzins über die Auspuffrohre „entwichen wäre" (S. 8). Auch sei durch die so erfolgreich praktizierte Einsatzbereitschaft der USA und ihrer Alliierten, zur „Sicherung" der „Ölreserven" einen Krieg zu führen, die breite Öffentlichkeit in den Industrieländern geradezu ermuntert worden, „weiterhin hemmungslos Erdöl zu verbrauchen" (S. 14). Andererseits wäre eine „Tabelle" über „südliche und nördliche Sichtweise der Umweltkrise" (S. 10), wonach der „Süden" deren Ursache in seiner Armut und der Verschwendung des Nordens, dieser aber in der Übervölkerung und einem Mangel an Technik im Süden erblickt, ergänzungsbedürftig, denn auch im „Norden" gibt es bekanntlich nicht nur unter den organisierten „Grünen" beachtliche Kräfte, die jene „südliche Sicht" vertreten. Allerdings sind ihre Chancen gering, solange der „westliche Konsumkapitalismus", dessen Prinzipien und Triebkräfte der westdeutsche „Leitgrüne" Joschka Fischer treffend als eine „Verbindung von Egoismus, wissenschaftlich betriebener Naturausbeutung und entgrenzter Triebstruktur" charakterisiert hat (Die Linke nach dem Sozialismus, Hamburg 1992, S. 206), noch halbwegs floriert und seine beträchtlichen sozialen Defizite vor allem Rechtsradikalismus, Ausländerfeindlichkeit sowie die Tendenz hervorbringen, den euro-atlantischen Norden immer wirksamer vom Süden und auch vom Osten abzuschirmen und neue Mauern zu errichten.
In instruktiven und materialreichen Studien werden wichtige Teilprobleme analysiert. So die USA-Kernwaffenproduktion und Atomtests im Pazifik, Militär und Umwelt, der Kampf der Anliegerstaaten des Nil um dessen Wasser, Probleme der Amazonasregion und der Antarktis, ruralzentrierter, primär landwirtschaftlicher Entwicklungen am Beispiel Nikaraguas, Klimawechsel und Treibhauseffekt und anderes. Einige Verfasser warnen vor einem „Ökoimperialismus" und „Ökomilitarismus" (S. 150ff., 194ff.) und unterbreiten Vorschläge für eine Behebung kritisierter Mißstände. Dabei wird auch vor simplen Veränderungen mit negativen Folgen gewarnt. So mag sicher zutreffen, daß eine bloße Umwandlung der Produktion von Kriegs- in die von Zivilflugzeugen keine umweltentlastende Lösung darstellt. Da jedoch die Neigung von Waffenproduzenten und Regierungen, auf hochprofitable kriegsfördernde und -ermöglichende Produktion und Verkäufe von Waffen zu verzichten, weiterhin sehr gering ist, dürfte es wohl auch ganz im Sinne der Autoren in erster Linie darauf ankommen, den Kampf für deren wirksame Kriminalisierung und Beendigung mit allen Kräften zu führen und zugleich umweltgerechte Alternativen zur Diskussion zu stellen.
Ein abschließender „Ausblick" gelangt zu der wenig ermutigenden Feststellung, daß alle Vorschläge für einen internationalen Umweltschutz so lange „Makulatur" bleiben, bis die nationalen Regierungen bereit und fähig sind, ihre ökonomischen Interessen zugunsten globaler ökologischer Erfordernisse zurückzustellen und Konflikte mit „transnational operierenden Konzernen zu riskieren" (S. 294). Damit erhebt sich aber nach bisherigen Erfahrungen die Frage, ob in parlamentarischen Demokratien eine ausreichende nationale Mehrheit der Wähler die Parlamente und Regierungen zu einer solchen folgenschweren Entscheidung autorisieren würde. Andererseits ist jedoch jeder Gedanke an eine wie auch immer geartete „Ökodiktatur" auszuschließen, da sich diese wahrscheinlich bald mit Ökoimperialismus, -militarismus und -totalitarismus verbinden und als Mittel zum Zweck verkehren kann. So bleibt nur das „Prinzip Hoffnung" auf eine opferbereite „Einsicht in die Notwendigkeit" auch bei einer großen Mehrheit.
Zusammenfassung der Beiträge in Englisch sowie nützliche Informationen über analoge Veröffentlichungen und Projekte erhöhen den Wert des engagierten Buches, mit dem seine Verfasser trotz aller Skepsis demonstrieren, daß sie den Kampf für ihr überlebensnotwendiges Anliegen nicht aufgeben. ■

Werner Berthold

„DDR – BRD"

Antonia Grunenberg (Hrsg.), Welche Geschichte wählen wir? Junius-Verlag, Hamburg 1992, 163 Seiten, 194 Schilling.

Wer sich von der Vorstellung befreit, daß dieser Titel von dem handeln müßte, was gemeinhin unter Geschichte verstanden wird, wer vielmehr historisch fundierte Auffassungen über jene vielfältigen Probleme sucht, die mit dem Anschluß der DDR an die Alt-BRD entstanden sind und die auch Österreich in besonderem Maße berühren, der wird die Abhandlungen von elf Autoren, die hier vereinigt sind, mit Gewinn lesen. Sie entstammen zum Großteil der Alt-BRD, einige kommen aus Berlin und der Ex-DDR und ein französischer Professor schließt den Reigen. Da sie offensichtlich mindestens drei Generationen angehören, ergeben sich neben anderen auch generationsspezifische Aspekte.
Die Herausgeberin, Professorin für Politische Wissenschaften in Bremen, wählt für ihren einleitenden Beitrag die von ihr mit einem Fragezeichen versehene Antwort eines interviewten Passanten: „Keine Zeit für Geschichte?" Sie ist um eine Synthese der drei Gesichtspunkte bemüht, die für die Beiträge und ihre Folge bestimmend sind: 1. eine aktuelle Sicht von Deutschland auf Deutschland, 2. Vorstellungen über Deutschland seit den zwanziger Jahren sowie 3. die aktuelle Sicht auf Deutschland von außen her. Volles Einverständnis kann ihre Mahnung finden, „sich der Anstrengung des Begriffs zu unterziehen, ehe man sich dem Gefühl hingibt" (S. 19). Der engagierte und mit der Ex-DDR vertraute Essener Historiker Professor Lutz Niethammer untersucht unter dem Titel „Geht der deutsche Sonderweg weiter?", inwieweit die Tradition dieses Sonderweges (zur und in der bürgerlichen Gesellschaft im Unterschied zu Westeuropa und den USA) auch nach 1945 und trotz wesentlicher Abweichungen von ihm selbst nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten weiterwirkt. Mit der Überschrift „Das Nationale als Wurzelwahn und Monopol einer Selbstverstümmelungsfurie oder Warum die Wiedervereinigung eher ein Baugerüst ergeben hat als ein Haus", wirft der Philosoph und Soziologe Ulrich Sonnemann, Emeritus in Kassel und Nestor der Autoren, die Frage auf, ob „die neue Staatsvereinigung Deutschlands" nicht „eine Zerklüftung seines Volkes tiefer als je schuf?" (S. 65). Und während die „Bonner von den Leipzigern, ja sogar den Ostberliner Deutschen ... zu lernen hatten", habe „statt dessen ... der dann einsetzende von Bonn gelenkte Bevormundungsvorgang sich genau und pervers in der entgegengesetzten Richtung vollzogen" (S. 57). Erinnert wird auch an die von dem Münsterner Historiker Professor Arno Peters aufgestellte und einst auch vom heutigen sächsischen Ministerpräsidenten Professor Kurt Biedenkopf unterstützte Rechnung, nach der die Alt-BRD den Bürgern der Ex-DDR bzw. der neuen Bundesländer mehr als 700 Milliarden DM für Reparationsleistungen schuldet, die sie für ganz Deutschland erbracht haben, wodurch die Summe der vorgesehen Hilfsgelder für diese Länder bedeutend überstiegen würde.
Vier von offenbar jüngeren Soziologen verfaßte Beiträge schließen sich an, die den Deutschlandbildern verschiedener Denker gewidmet sind. Behandlung finden unter diesem Aspekt,

bei einer allerdings nicht ganz einleuchtenden Plazierung, die konservativen und einst pronazistischen Professoren Carl Schmitt (durch Manfred Lauermann, Hannover) und Arnold Gehlen (durch Karl-Siegfried Rehberg, Aachen) sowie der antinazistische Emigrant Helmuth Pessner (Joachim Fischer, Göttingen), in dessen wirkungsstarkem Buch „Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes", das in der Emigration entstanden ist, ein Deutschlandbild erscheint, das als „Großmacht ohne Staatsidee" charakterisiert wird. Auch die sehr kritischen Urteile, der linksintellektuellen, vom Marxismus beeinflußten Kritischen Theorie der Frankfurter Schule, von Max Horkheimer, Theodor Adorno uund andere werden untersucht (Hauke Brunkhorst, Berlin).
In einer Art Einschub fordert die Erfurter Schriftstellerin Gabi Kaufhold dazu auf, „Geschichte als Geschichten" zu „wählen" , und der Berliner Germanistikprofessor Horst Domdey geht auf „dosierter Terror und seine antifaschistische Rechtfertigung" (S. 114) anhand der Meinungen von Isaak Steinberg, Eugen Kogon sowie die bekannten DDR-Schriftsteller Christa Wolf und Heiner Müller ein.
Der Band schließt mit Abhandlungen des namhaften Bremer Geschichtsprofessors Imanuel Geiß, der Anfang der sechziger Jahre als Schüler von Fritz Fischer mit diesem die folgenreiche Auseinandersetzung mit der traditionellen konservativen Richtung in der deutschen Geschichtswissenschaft führte, berichtet aus seinen Erfahrungen als Gastprofessor an asiatischen und polnischen Universitäten über die Resonanz der deutschen Einigung im Ausland. Er erinnert seine Landsleute daran, „wie gut es ihnen ... im Weltmaßstab geht" (S. 147) und rät ihnen, die Erwartungen vor allem im östlichen Ausland nicht zu enttäuschen. Merlio betont die Schwierigkeiten des „Umgangs mit der deutschen Nation" und schließt nach einer postiven Wertung der deutschen Einigung mit der Mahnung, die vergrößerte BRD müsse das „Ziel eines europäischen Deutschland, nicht das eines deutschen Europa verfolgen" (S. 161).
Es liegt in der Natur der Thematik, daß angesichts unterschiedlicher Positionen von Autoren und Lesern eine Reihe von Meinungen Widerspruch erregen werden. Dem offensichtlichen und begrüßenswerten Zweck, zahlreiche Leser zu erreichen und zum Mit-, Weiter- und Querdenken anzuregen, wäre es dienlicher gewesen, wenn sich alle Autoren erfolgreicher um die Vermeidung einer zu esoterischen und fachwissenschaftlichen Sprache bemüht hätten. Zu bedauern ist schließlich, daß bei der Sicht auf die neue Groß-BRD der österreichische Blick fehlt. Zu diesem gehört auch die nicht selten sehr kritische Meinung über die Bonner Politik gegenüber der Ex-DDR sowie die damit korrespondierende Haltung zu ihrer Geschichte und Wissenschaft, die selbst solche österreichische Historiker äußern, die sich als Konservative verstehen. Vielleicht werden österreichische Wissenschaftler durch dieses Defizit der vorliegenden Schrift zu einer ergänzenden Publikation inspiriert. ■

Werner Berthold

Über Partei und Herrschaft

Joachim Hetscher, Robert Michels, Die Herausbildung der modernen Politischen Soziologie im Kontext von Herausforderung und Defizit der Arbeiterbewegung. Pahl-Rugenstein-Verlag (Nachfolger), Pahl-Rugenstein Hochschulschriften 282, Bonn 1993, 241 Seiten, 296 Schilling.

Was die politische Soziologie, namentlich die Organisations- und Parteisoziologie für die Quintessenz seiner Studien hält, ist mit Michels' eigenen Worten so wiederzugeben: „Die Ursachen für die oligarchischen Erscheinungen im Schoße der demokratischen Partei sind, nochmals kurz zusammengefaßt, folgende: Abgesehen von den Fällen der Organisierung und Kartellbildung der Führer untereinander, sowie der ganz generellen geistigen Immobilität der Massen, liegen sie im Geltungsbedürfnis und vorzugsweise in der technischen Unentbehrlichkeit der Führer. Das soziologische Grundgesetz, dem die politischen Parteien ... bedingungslos unterworfen sind, mag, auf seine kürzeste Formel gebracht, etwa so lauten: Die Organisation ist die Mutter der *Herrschaft der Gewählten* über die Wähler, der Beauftragten über die Auftraggeber, der Delegierten über die Delegierenden. Die Bildung von *Oligarchien* im Schoße der mannigfaltigen Formen der Demokratie ist eine *organische*, also eine Tendenz, der *jede* Organisation, auch die sozialistische, selbst die libertäre, notwendigerweise unterliegt." (Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, 4. Auflage, Stuttgart 1989, S. 370/371).
Joachim Hetscher zeigt, daß diejenigen Soziologen und Politiktheoretiker, welche die „westliche Demokratie" zur einzig möglichen und wünschenswerten Staatsform gegen das revolutionärbürgerliche, rousseauistische Verständnis von Demokratie zu rechtfertigen trachten, genau deshalb Michels' zentrale Problematik verfehlen: Wie nämlich eine mit der erklärten Absicht, eine herrschaftsfreie sozialistische Gesellschaft zu errichten, angetretene Partei gerade ihres politischen Erfolgs wegen sich allmählich in eine festgefügte Organisation verwandelt, die in sich – da selbst von den Formen staatlicher Herrschaft durchdrungen – die Herrschaftsverhältnisse, die überwunden werden sollten, neu hervorbringt, verfestigt und schließlich selbst von der oligarchischen Führung kontrollierte, beherrschte Herrschaftsinstanz wird. Deshalb werden alle diejenigen Michels nicht gerecht, die ihm zubilligen, er hätte auf Gefahren für die Demokratie (durch Bürokratisierung etwa) aufmerksam gemacht, ihn zugleich denunzieren, sein demokratisches Ideal hätte seinen Weg zu den Faschisten schon vorgezeichnet, und ihm retrospektiv als Ausweg aus dem totalitären Dilemma die eigene Selbstbescheidung mit elitistischen, funktionalistischen oder pluralistischen Demokratiekonzeptionen andienen. Darüber ist bei Hetscher im einzelnen viel Wissenswertes zu erfahren. Einige Stichworte aus aktuellen Debatten wie Stärkung des Parlamentarismus, Krise der Parteien- und Verbändedemokratie, Geringschätzung der Politiker, Politikverdrossenheit usw. mögen als Hinweis darauf genügen, daß die Problematik in der von Michels gestellten Weise keineswegs überholt ist.
Der Deutsche, von 1876 bis 1936 lebende, 1923 der Mussolini-Partei beigetretene Robert Michels war zwanzig Jahre zuvor als einer von zwei Akademikern Mitglied des sozialdemokratischen Wahlvereins in Marburg geworden. Damals war er bereits zwei Jahre Mitglied des Partito Socialista Italiana gewesen. Auf diesem Weg von den Sozialisten zu den Faschisten lag sein publizistisches Engagement für die französischen und italienischen Syndikalisten und in dieser Zeit (1910) wurde seine für die Parteisoziologie klassisch gewordene Schrift „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie" zum ersten Mal veröffentlicht. Aus den bitteren Worten, mit denen er den Weg der Sozialdemokratie von einer revolutionären zu einer „normalen" konkurrenzdemokratischen Partei der bürgerlichen Gesellschaft beschreibt, zeigt die Lebendigkeit seiner Vergangenheit als Parteimitglied noch zum Zeitpunkt der Veröffentlichung. Es heißt darin: „Dieselbe Partei, die einst nicht davor zurückgescheut war, selbst angesichts der noch rauchenden Gewehre der Bezwinger Frank-

reichs mit lauter Stimme ihre begeisterte Solidarität mit den Kommunarden zu betonen, erklärte später vor aller Welt, die antimilitaristische Agition in allen den Formen zu verwerfen, die auch nur einige ihrer Anhänger mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt bringen könnten, da sie die Verantwortung für die hieraus sich ergebenden Folgen nicht übernehmen wolle. Parlamentarisch erstarkt, begann sich bei ihr plötzlich das Verantwortlichkeitsgefühl zu regen. Ihm zuliebe trat sie alsbald mit aller Autorität, über die sie verfügte, den radikalen Richtungen in ihrem Schoße entgegen, die sie bisher ruhig hatte gewähren lassen. (...) Es ist klar ..., daß auf diese Weise die Partei mit wachsender Organisation immer mehr immobilisiert. Das heißt, sie verliert ihren revolutionären Schwung, sie wird träge und schwerfällig, nicht nur im Handeln, sondern selbst im Denken. (...) Die Männer der Partei haben ein halbes Jahrhundert lang Schweiß und Mühe daran gesetzt, eine Musterorganisation zu schaffen. Nun sind drei Millionen Arbeiter [1907!], mehr als man jemals erhofft, ja zur Besiegung des Gegners für notwendig erachtet hatte, organisiert, eine Bürokratie ist ins Leben gerufen worden, die an Pflichtbewußtsein, Pünktlichkeit und hierarchisch abgestuftem Gehorsam mit der des Staates selbst wetteifert, die Kassen sind gefüllt, ... Eine energische, wagemutige Taktik würde alles aufs Spiel setzen: die Arbeit vieler Dezennien, die Existenz vieler Tausende von Ober– und Unterführern, kurz der ganzen „Partei". (...) Die Liebe zum Geschaffenen und der persönliche Eigennutz von Myriaden ehrsamer Familienväter, deren soziale und ökonomische Lebenshaltung fast durchweg an die Existenz der Partei gebunden ist ..., unberechtigter Sentimentalismus wie berechtigter Egoismus bäumen sich in gleichem Maße gegen das geringste Wagnis auf.
So wird die *Organisation* aus einem Mittel zum Zweck zum Selbstzweck." (S. 346–348)
Was ist bei Hetscher nun darüber zu finden, wie der kommunistische, dem eigenen Anspruch nach weiterhin revolutionäre Flügel der Arbeiterbewegung Michels verarbeitet hat? Im Kapitel „Die Rezeption in der Politischen Soziologie der Bundesrepublik" heißt es in der ersten Anmerkung knapp: „In der DDR hat eine Rezeption praktisch nicht stattgefunden." (S. 195) In der ersten Anmerkung im Kapitel „Die Rezeption in der Arbeiterbe-

wegung" schreibt Joachim Hetscher: „Michels wurde (im Osten nach 1933, S. G.) offensichtlich so unbekannt, daß G. Aschin ihn 1976 als zeitgenössischen amerikanischen Soziologen vorstellt." (S. 147) Zu den Ursachen solcher Ignoranz meint Hetscher: „... dafür dürfte gleichermaßen die Diskreditierung Michels' als Protagonist des Faschsimus wie auch die Tabuisierung von Problemen der Organisationsdemokratie im Zusammenhang des stalinistischen Verständnisses von Staat, Partei und gesellschaftlicher Bewegung verantwortlich sein."
Sinowjew sah in Michels' Schrift im Grunde nicht mehr als die Bestätigung der These, daß der in der Sozialdemokratie vorherrschende Opportunismus als Folge der Bildung einer „Arbeiteraristokratie" zu verstehen wäre. Was Michels im Untertitel „Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens" andeutet, wurde von Georg Lukács in der Rezension aus dem Jahr 1928 hervorgestrichen, nämlich die überzeitliche Gültigkeit beanspruchende, das heißt ahistorische Schlagseite von Michels' Theorie. Lukács gesteht Robert Michels allenfalls zu, eine materialreiche Beschreibung des ohnedies bekannten sozialdemokratischen Opportunismus geleistet zu haben, von vornherein sei aber der Weg versperrt, die wirklichen Probleme der Organisationsentwicklung auch nur zu erblikken. In diesem Fall hatte Nicolai Bucharin schon 1922 (in der „Theorie des historischen Materialismus") wesentlich mehr von der theoretischen wie praktischen, von Michels formulierten Herausforderungen erblickt als Lukács. Bucharin versammelt gegen Michels Argumente, die für die Möglichkeit einer herrschaftsfreien Gesellschaft sprechen. Er läßt sich aber auch auf die reale Möglichkeit des Konflikts zwischen Organisatoren und Organisierten in der „Periode der proletarischen Diktatur" ein, wenn er schreibt: „Deshalb muß auch eine Tendenz zur ‚Entartung', das heißt zur Aussonderung einer führenden Schicht in Form eines Klassenkeimes auftreten." Hetscher faßt Bucharins Michels-Verarbeitung so zusammen: „Bucharin thematisiert also nicht nur Michels' Kritik der Parteiorganisation, sondern auch sein Oligarchietheorem überhaupt – als Problem der Fortexistenz bzw. des Neuentstehens von Herrschaftsverhältnissen in der sozialistischen Gesellschaft ... Andererseits versäumt er allerdings, das Problem auch auf die eigene Partei zu beziehen." (S. 160)
Da sich nach Hetscher Antonio Gramsci als einziger kommunistischer Funktionär genau darauf eingelassen hat, ist ihm ein Abschnitt gewidmet. Gramsci kam zu folgender Überlegung: „... die (von ihm für unabdingbar gehaltene, S. G.) Zentralisierung muß berücksichtigen, daß in den Volksparteien die politische Bildung und ‚Lehrzeit' zum größten Teil durch aktive Teilnahme der Anhänger am geistigen – Diskussionen – und organisatorischen Leben erfolgt. Die Lösung des Problems, das sich gerade wegen der Tatsache verkompliziert, daß in den fortgeschrittenen Parteien die Intellektuellen eine große Funktion haben, läßt sich in der Bildung einer möglichst zahlreichen Mittelschicht zwischen den Führern und den Massen finden, die als Gegengewicht dient, um zu verhindern, daß die Führer in den Augenblicken radikaler Krise abweichen, und um die Massen immer mehr zu heben." (Gefängnishefte, Bd. 2, Heft 2, 75, 289, zit. nach: Hetscher, S. 173) Darin ist wohl das Problem, daß „der mündige Bürger" nicht einfach vorausgesetzt werden kann, sondern die Chance, sich dazu zu bilden, erst einmal gegeben sein muß, gerade auch auf die revolutionäre Partei bezogen. Ob aber die „möglichst zahlreiche Mittelschicht" eine Antwort sein kann? Können nicht genau daraus die „Myriaden braver Familienväter" werden, von denen Michels sprach? Und stellt sich das Problem nicht schon vor der Frage, wie die Verselbständigung einer Partei– oder auch Gewerkschaftsbürokratie zu verhindern sei? Der Sozialliberale Friedrich Naumann jedenfalls sah schon Anfang dieses Jahrhunderts die Chance zur Einbindung der Arbeiterbewegung in den deutschen Nationalstaat: „... es scheint mir, daß die gewerkschaftliche Führung der Arbeiterpartei große Aussichten dafür bietet, daß es möglich sein wird, zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft eine gewisse Gemeinsamkeit der Ziele herzustellen. (...) Sie werden nüchterne, rechnende Arbeiterpolitik treiben, und gerade eine solche ist es, mit der ein rechnendes und überlegendes Bürgertum sich wird verständigen können." Und Naumann empfahl: „In den Stadtkörpern lernen die Sozialdemokraten mit den anderen Bürgern als Mensch mit Menschen zu verkehren, ... es gibt keine größere erzieherische Kraft als die Pflicht der praktischen Arbeit. Wenn es in der Sozialdemokratie vielfach noch Reden gibt, die Unausführbares enthalten, so gibt es gegen solche Reden kein besseres Mittel, als die Möglich-

keiten der wirklichen Betätigung im heutigen Staat auch für die Arbeiter zu vermehren." (zit. nach: Hetscher, S. 71 und S. 72)
Wenigstens erwähnt soll noch sein, daß für die Abwendung Michels' von der Sozialdemokratie maßgeblich waren: die dort auch von Revolutionären wie einem Bebel geförderte Intellektuellenfeindlichkeit; seine über Werner Sombart vermittelte Bekanntschaft mit Max Weber, der sich erfreut zeigte über die Mitarbeit des „knallrothen Sozialdemokraten" Robert Michels in der von ihm geleiteten Zeitschrift; daraus und inspiriert von den Elitetheoretikern Mosca und Pareto erklärt sich sein Übergang auf Webers Position „werturteilsfreier Wissenschaft", die Michels durch die Abspaltung seines Berufs als Soziologe von seinem politischen Engagement vollzog. Kurzum: Es ist lohnend, die Etappen dieses politischen wie intellektuellen Verfalls (Michels hat nach seiner „klassisch" gewordenen Schrift nichts Erwähnenswertes mehr zuwege gebracht) bei Hetscher nachzulesen.
Was bis heute geblieben ist, ist Michels' Frage: Wie die „Durchstaatlichung" der Organisation verhindern, die beitragen will zur Herstellung gesellschaftlicher Zustände, die staatlicher Herrschaft nicht mehr bedürfen, worin die Individuen ein verselbständigtes System staatlicher Herrschaft nicht mehr zulassen? Gegen das „freiheitliche" Gekläff, aber auch gegen die pseudoliberale Publizistik, die sich wichtig tut mit billiger „Enthüllung" von Korruptions-„Skandalen", ohne nur den Gedanken sich zuzutrauen, daß deren Häufung überzufälliger Natur sein dürfte, also erkenn– und benennbare Ursachen hat – jenem wie diesem ist mit Adorno entgegenzutreten: „Lieblingsentdeckungen der Formalsoziologie wie die Bürokratisierung proletarischer Parteien ... entspringen nicht aus dem Oberbegriff „Organisation überhaupt", sondern aus den gesellschaftlichen Bedingungen wie dem Zwang, innerhalb eines übermächtigen Systems sich zu behaupten ..." (Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie, Frankfurt am Main, 1989, S. 13).
Denjenigen, welche nicht einzustimmen gedenken in die zeitgeistige Absage an das Programm der Selbstbefreiung der Menschen, sei Friedrich Engels in Erinnerung gerufen. In Briefen an August Bebel und an Wilhelm Liebknecht hat er wiederholt die Freiheit der sozialistischen Wissenschaft, die Freiheit der Kritik innerhalb der Partei unabhängig von der Räson des Parteivorstandes eingemahnt, und zwar als notwendig für die Entwicklung der Partei.
Heute ist die Anforderung ernsthaft wohl nur noch in der Radikalität des Schlußhalbsatzes von Hetscher zu stellen: „Kritik an der Organisation als Bestandteil der Organisation" (S. 228). ■

Stephan Ganglbauer

Freier Markt kontra Gemeinwirtschaft

Gabriel Obermann, Karl Soukup, Öffentliche Unternehmen und die europäische Integration. Manz'sche Verlagsbuchhandlung, Wien, 1992, 362 Seiten, broschiert, 370 Schilling.*

Rund 400.000 Menschen in Österreich haben ihren Arbeitsplatz in Unternehmen, die der öffentlichen Wirtschaft zuzurechnen sind. Die verstaatlichte Industrie macht davon nur etwa ein Fünftel aus und lieferte (nach Statistiken von 1988) mit fast 54 Milliarden Schilling auch ein Fünftel der gesamten Wertschöpfung öffentlicher Unternehmen (267 Milliarden Schilling). Die Investitionen dieses Sektors betrugen 1988 fast 70 Milliarden Schilling.
Diese Zahlenbeispiele aus der vorliegenden Untersuchung sollen nur andeuten, um welch gewaltige Kapazitäten es geht, die beim angestrebten Anschluß Österreichs an die EG eine Rolle spielen. Vor allem die Auftragsvergabe ist angesichts der hohen Investitionsquoten ein vorrangiges Anliegen des EG-Reglements. Wie differenziert in den einzelnen EG-Ländern die Relationen zwischen öffentlicher und Privatwirtschaft sind, zeigen folgende Beispiele, die aber aufgrund unterschiedlicher statistischer Unterlagen nur annähernde Vergleiche ermöglichen:

1988	Beschäftigungsanteil	Wertschöpfungsanteil	Investitionsanteil
	der öffentl. Unternehmen an der Gesamtwirtschaft (in Prozenten)		
Österreich	14,2	17,1	40,0
Italien	25,0	24,0	47,0
Griechenland	15,0	19,5	32,0
Frankreich	13,3	16,0	25,4
Niederlande	6,0	11,2	11,6
Grobritannien	6,0	7,0	9,2
Luxemburg	4,7	3,5	6,0

In der Regel wird also von einem geringeren Beschäftigtenanteil eine höhere Wertschöpfung erarbeitet und die Grundlage für einen noch größeren Anteil an den Investitionen gesichert. In Österreich betrug der Nettoproduktionswert je Beschäftigten 1988 in der öffentlichen Wirtschaft 669.000 Schilling gegenüber 480.000 Schilling in der Gesamtwirtschaft (ohne Landwirtschaft). Soviel zur Ausgangsposition, die bei allen Vorgängen innerhalb der EG und speziell für die österreichische Anpassung an die EG-Normen mitgedacht werden muß. Es kann jedoch den Banken und Konzernen nicht gleichgültig sein, ob so gewaltige ökonomische Manövriermassen eventuell von demokratischen Prozessen beeinflußt werden könnten oder lediglich der Logik einer zum ehernen Gesetz erhobenen Marktwirtschaft zu gehorchen haben.
Der Auftrag hinter der wissenschaftlichen Arbeit ist im Titelblatt offengelegt: „Institutionelle Anpassungserfordernisse und wirtschaftliche Auswirkungen einer EWR-Teilnahme und einer EG-Mitgliedschaft für den öffentlichen Unternehmenssektor in Österreich."
Die präzise Untersuchung der öffentlichen Wirtschaft in Österreich wird den rechtlichen Rahmenbedingungen gegenübergestellt, die in der EG bestehen und die im EWR gelten. Hierzu sind im Text sorgfältig alle Rechtsquellen in Form von Fußnoten angeführt, und Querverweise erleichtern die Suche nach Zusammenhängen.
Die Gretchenfrage gegenüber der von der EG anerkannten Existenz gemeinwirtschaftlicher Unternehmen oder Einzelaktivitäten besteht übrigens darin, daß gemeinwirtschaftliche Funktionen definitiv als gesetzlicher Auftrag vorgegeben sein müssen (einschließlich der finanziellen Abgeltung durch den Auftraggeber, also den Gesetzgeber), alles andere ist reine Konkurrenzwirtschaft, die keinesfalls durch gemeinwirtschaftliche Aktivitäten gestört werden darf.
Schritt für Schritt sind die rechtlichen Rahmenbedingungen in der EG aufgeschlüsselt, die gemeinwirtschaftlichen Aufgaben von den nicht unter diese Kategorie fallenden Aktivitäten eines Unternehmens getrennt, die daraus entstehenden Folgen geschildert und schließlich der Anpassungsbedarf festgestellt. Außerdem gibt es für die einzelnen Sektoren und Unternehmen aus dem öffentlichen Bereich noch spezielle Erfordernisse, wie etwa die völlige Offenlegung aller Aktivitäten. Betriebsgeheimnisse gibt es fortan nicht mehr. Fragt sich nur, für wen, denn bezüglich bisheriger oder zukünftiger demokratischer Strukturen innerhalb von Unternehmen und Konzernen gibt es im EG-Vokabular keine Stichwörter, et-

* Univ.-Prof. Dr. Gabriel Obermann ist Vorstand, Mag. Karl Soukup Assistent am Institut für Finanzwissenschaft der Wirtschaftsuniversität Wien.

Nationalismus, Rassismus und die Linke

Gemeinsame Tagung von:

IMSF e.V., Frankfurt/M.
isw – sozial-ökologische Wirtschaftsforschung, München

und den Redaktionen von:
Sozialismus, Hamburg
SoFo – Sozialistisches Forum, Köln/Frankfurt/M.
Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Frankfurt/M.
Utopie kreativ, Berlin

am 8. und 9. Mai 1993 in Frankfurt/M.
Bürgertreff Bockenheim, Kurfürstenplatz

Programm
Einleitungsbeiträge und Diskussion zu:

1. Weltmarkt, Internationalisierung und linke Alternativen bzw. Utopien

2. Die Renaissance des Nationalismus und das Selbstverständnis der Linken (Osteuropa und Westeuropa)

3. Die Linke in der Festung Europa: Immigration, Zivilisationschauvinismus und Rassismus

Beiträge unter anderem von:
Joachim Bischoff, Christoph Butterwegge, Heinz Jung, Reinhard Pitsch.

Anmeldung: IMSF e.V., Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt/M. 1, Tel.: 069/739 29 34

Es wird ein Tagungsbeitrag eingehoben.

wa für „Mitbestimmung" oder gar „Betriebsdemokratie". Es kommen die Beschäftigten und ihre Organe in der Untersuchung auch gar nicht vor. Das soll aber nicht den beauftragten Autoren angelastet werden.
Da sind nämlich die Auftraggeber – korrekt: „Unterstützer" der Studie: die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, die Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte und die Österreichische Elektrizitätswirtschafts-AG (Verbundgesellschaft). Hauptfinanzier dürfte die Länderbank-Stiftung zur Förderung der Wirtschaftsuniversität sein, für deren Unterstützung im Vorwort gedankt wird. Natürlich scheint von diesen Unterstützern nur der „Verbund" im Text auf, aus dem der Wahnwitz marktwirtschaftlicher Reglementierung – „Liberalisierung"! – der Produktion und der Verteilung von Strom hervorgeht. Die beiden anderen Unterstützer gehören zu den Standbeinen der „Sozialpartnerschaft" – und von dieser Seite ist kein kritischer Impuls oder gar Auftrag zu erwarten. Aber die kritischen Impulse ergeben sich aus dem Studium der Studie. Sie dient nicht nur der Reglementierung eines EG-Anschlusses, sondern auch der Kritik, wenn man ihre Ergebnisse den politischen Zielen entsprechend in die Waagschale legt.
Die Arbeit gibt präzise Auskunft. Wie sich Eisenbahn, Post, Telefon, Rundfunk, Schiffs- und Fluggesellschaften in Zukunft zu verhalten hätten, was auf die E-Wirtschaft oder die städtischen Verkehrsunternehmen zukommt, was mit dem Tabak-, dem Branntwein- und dem Salzmonopol geschieht, wie es mit öffentlichem Kraftwerksbau und der öffentlichen Bauwirtschaft samt den Ausschreibungsverfahren weitergehen würde, was die verstaatlichten Banken und Industrieunternehmen dürfen und was nicht – all das ist sauber aufgegliedert verzeichnet. In den Schlußfolgerungen werden unter anderem folgende Ausblicke eröffnet:
„Die Öffnung bisher geschützter heimischer Märkte öffentlicher Unternehmen bedeutet Wettbewerb mit privaten und anderen öffentlichen Unternehmen, die in Fällen vertragswidrigen Verhaltens rechtliche Schritte einleiten können. (...) Insbesondere die Umsetzung der Beihilfepolitik könnte in einigen Mitgliedsstaaten (weiterhin) auf Schwierigkeiten stoßen. (...) Gegenüber den im Wettbewerb stehenden öffentlichen Unternehmen bzw. kommerziellen Industrie- und Bankbeteiligungen der öffentlichen Hand könnte der restriktive Kurs der Gemeinschaft hingegen durch den Druck privater Konkurrenten verstärkte Unterstützung finden. (...) Gegenwärtig agieren praktisch alle öffentlichen Unternehmen der Mitgliedstaaten als nationale Unternehmen und verfolgen nationale Ziele. Sie sind nur beschränkt in der Lage, zu Zielsetzungen im allgemeinen Interesse der Gemeinschaft beizutragen. (...) Der Abbau nationalstaatlicher Regulierung und Privilegierung öffentlicher Unternehmen und die grundsätzliche Gleichbehandlung sind nicht gleichbedeutend mit dem Wegfall von Handlungsrestriktionen. Vielmehr werden auf übernationaler Ebene neue Regulierungsmechanismen geschaffen, die nicht zuletzt wirtschafts-, gesellschafts- und demokratiepolitische Fragen aufwerfen. (...)";
Wer sich mit dem angeblich notwendigen Anschluß Österreichs an die EG und der Bedeutung der öffentlichen Unternehmen auseinandersetzt, muß die Argumentation von der sachlichen Analyse ableiten. Diesen Beitrag leistet die vorliegende Studie, auch bei Begrenzung auf das Wesentliche. Wir könnten noch einige bedauerliche Beschränkungen hinzufügen – etwa das Fehlen von Alternativvarianten für die öffentlichen Unternehmen im Falle Österreichs Nichtbeitritt. Aber das hätte sicher den vorgegebenen Rahmen der Studie gesprengt und mindert nicht die Nützlichkeit der Arbeit. ■

Hubert Schmiedbauer

ÖkoLinX

Ökologische Linke Zeitschrift · Nr. 8/9 Dez.–März '93 · 5 DM

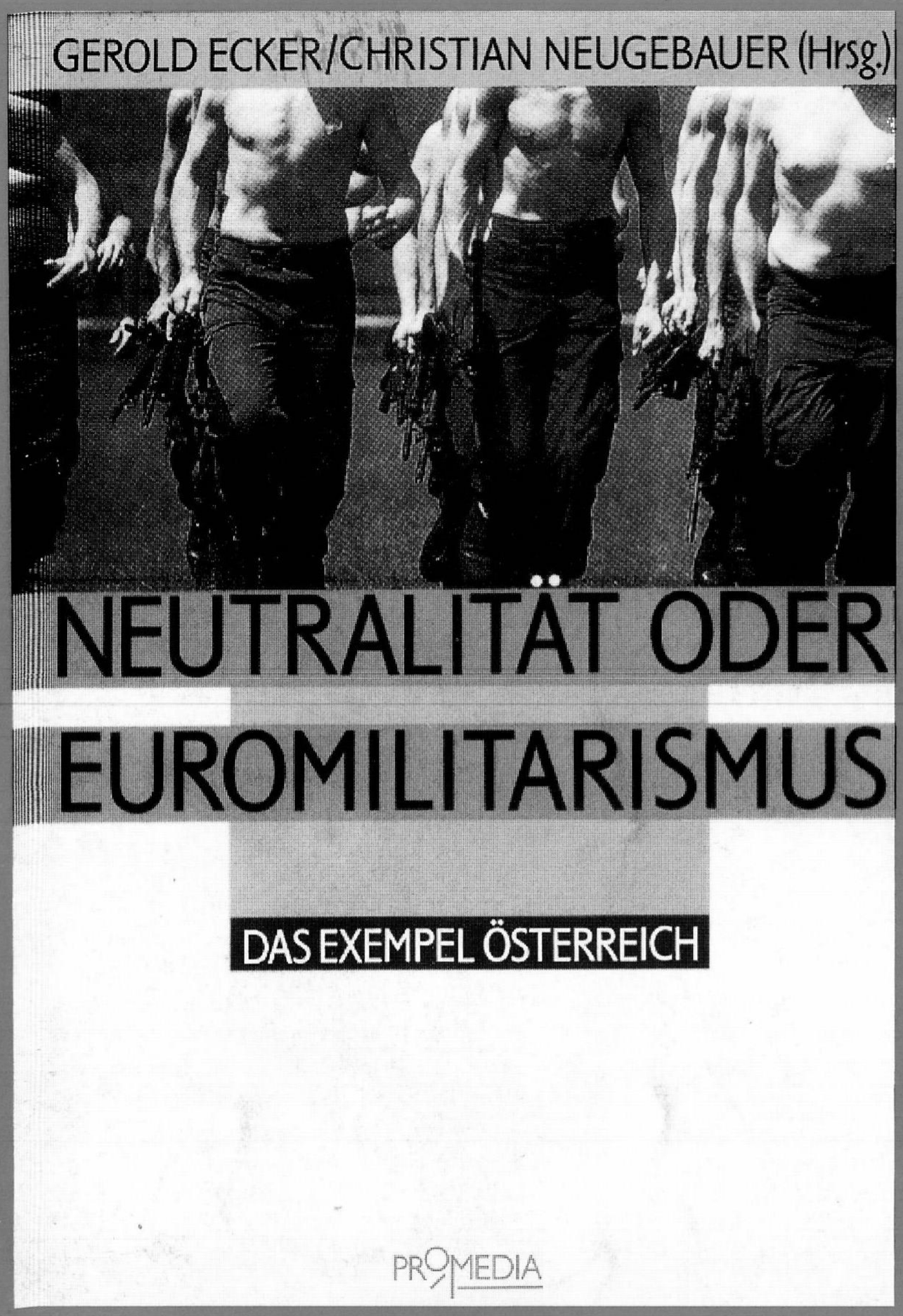
- ★ Atomfusion ... Objekt der Begierde von Technokraten und Rechtsextremisten
- ★ »Differenztheorie« – Befreiung zur Weiblichkeit
- ★ Halt's Maul! ÖkoLi im Verfassungsschutzbericht
- ★ Kommunalwahl '93 Ökologische Linke Liste kandidiert in Frankfurt
- ★ Europäisches Fascho-Netzwerk in Kroatien
- ★ 57 schärfste Demo-Parolen
- ★ Der anständige Rassismus
- ★ Tödliche »Bioethik«
- ★ Folterland Türkei

ÖkoLinX, Jutta Ditfurth, Neuhofstr. 42, 6000 Frankfurt/M. 1

Jahresabo	Inland	30 DM
	Ausland	36 DM
Für Mitglieder	Inland	20 DM
	Ausland	26 DM

Austauschinserat

Soeben erschienen



Die Neutralität ist ins Gerede gekommen. In Österreich und auch in anderen neutralen europäischen Staaten wird seit der neuerlichen EG-Integrationsdebatte verstärkt nach Sinn, Zweckhaftigkeit und Zukunft des politischen Wertes „Neutralität" gefragt. Gleichzeitig sind die Anstrengungen zur militärischen Hochrüstung (West-) Europas, des reichsten Kontinents der Erde, nicht mehr zu übersehen.

Im vorliegenden Band wird darüber diskutiert, welche Art von Neutralität als Gegenmodell zur Militarisierung Westeuropas denkmöglich ist. Ob es dabei um die vielerorts gefragte „Neudefinition" des Begriffes oder um seine Rückgewinnung für die aktuelle politische Debatte geht und inwieweit Neutralität als herrschaftskritisches Konzept dienen kann, dazu liefert das Buch notwendige und höchst interessante Kontroversen.

285 Seiten, 198 Schilling,
Promedia-Verlag, Wien 1993.

Mit einem Vorwort von Johan Galtung,
mit Beiträgen von Charlotte Teuber,
Robert Kurz, Christof Parnreiter,
Klaus Heidegger, Hannes Hofbauer,
Alfred Noll, Walter Baier, Dilek Çinar,
Bernhard Perchinig, Erwin Riess, u. a.

Ein Ersuchen des Verlags an den Briefträger:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Adresse mit.

_____

_____

Straße/Gasse Hausnummer/Stiege/Stock/Tür

_____

Postleitzahl Ort

Besten Dank

P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1020 Wien